

**Anhang zum Arbeitsdokument
für die Verwaltung zum
Gesamtkonzept zur Integration
und Partizipation Geflüchteter**



Anhang zum Arbeitsdokument zum Gesamtkonzept Geflüchteter Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	1
A Handlungsfelder	2
1 Handlungsfeld Ankommen und Bleiben	2
1.1 Maßnahmen zur Optimierung der Beratungsstruktur für Geflüchtete in Berlin6	
1.2 Optimierung der Verfahrensstrukturen und der Kundinnen- und Kundenorientierung in den Migrationsbehörden	8
1.3 Erweiterte Unterstützung für besonders schutzbedürftige Geflüchtete	9
1.4 Förderung der freiwilligen Rückkehr	12
1.5 Schaffung von Bleibeperspektiven	12
2 Handlungsfeld Wohnen, Unterkunft und Soziales.....	15
2.1 Maßnahmen zum Teilziel 2.1.: Die Aufbau- und Ablauforganisation wird dienstleistungsorientiert ausgerichtet	20
2.2 Maßnahmen zu Teilziel 2.2.: Die individuelle Bedarfsdeckung wird mittels eines effizienten, transparenten und dienstleistungsorientierten Verwaltungsverfahrens bei der Leistungsgewährung sichergestellt.....	21
2.3 Maßnahmen zu Teilziel 2.3.: Besondere Schutzbedarfe werden zuverlässig identifiziert.....	22
2.4 Maßnahmen zu Teilziel 2.4.: In die Belegungssteuerung werden partizipative und zielgruppenorientierte Elemente aufgenommen.....	23
2.5 Maßnahmen zu Teilziel 2.5.: Standorte für neue Gemeinschaftsunterkünfte werden unter Wahrung gesamtstädtischer Belange und sozialraumspezifischer Aspekte sowie spezifischer Bedarfslagen bestimmt..	24
2.6 Maßnahmen zu Teilziel 2.6.: Geflüchtete werden zielgruppenorientiert und im Rahmen eines integrativen Konzepts untergebracht.....	27
2.7 Maßnahmen zu Teilziel 2.7.: Eine angemessene Personalausstattung in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften wird sichergestellt	28
2.8 Maßnahmen zu Teilziel 2.8.: Die Bedarfe besonders schutzbedürftiger Personengruppen werden bei der Unterbringung berücksichtigt	30
2.9 Maßnahmen zu Teilziel 2.9.: Das Kontroll- und Beschwerdemanagement wird ausgebaut.....	32
2.10 Maßnahmen zu Teilziel 2.10.: Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete.....	34
2.11 Maßnahmen zu Teilziel 2.11.: Der Zugang zum Wohnungsmarkt für Geflüchtete wird verbessert.....	35
2.12 Maßnahmen zu Teilziel 2.12.: Die Unterstützungs- und Beratungsstrukturen werden ausgebaut.....	37

2.13	Maßnahmen zu Teilziel 2.13.: Zielgruppenorientierte Unterstützung wohnungssuchender Geflüchteter	39
2.14	Maßnahmen zu Teilziel 2.14.: Die Zusammenarbeit zwischen behördlichen und externen Akteurinnen und Akteuren wird intensiviert	40
3	Handlungsfeld Gesundheit	42
3.1	Maßnahmen des medizinischen Rahmenkonzepts	46
3.2	Einwirkung auf das selbstverwaltete Regelsystem	46
3.3	Interkulturelle Öffnung im Zuwendungsbereich vorantreiben	47
3.4	Weiterentwicklung der Fortbildung Gesundheitslotsinnen und -lotsen	47
3.5	Förderung der Vernetzung der Integrationslotsinnen und -lotsen im Gesundheitsbereich	48
3.6	Errichtung einer Fortbildungsplattform.....	49
3.7	Optimierung des Leistungsrechts hinsichtlich muttersprachlicher Angebote im Bereich Psychiatrie, Sucht und Psychosoziales.....	49
3.8	Pilotprojekt Videodolmetschen	50
3.9	Verstärkung von Suchtberatungsstellen (Alkohol und Medikamente) und Zuverdienst	50
4	Handlungsfeld Bildung, Jugend und Familie.....	52
4.1	Frühkindliche Bildung gewährleisten	52
4.1.1	Sprungbrettangebote.....	55
4.1.2	Modellkitas zum Ausbau von Unterstützungsstrukturen in der Kita.....	55
4.2	Schutz von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für Geflüchtete	56
4.2.1	Mobiles Schulungsteam Kinderschutz.....	59
4.2.2	Empowerment von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für Geflüchtete.....	59
4.3	Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für geflüchtete Kinder und Jugendliche.....	60
4.3.1	Stärkung des „Landesprogramms Jugendarbeit an Schulen“	63
4.3.2	Berliner Jugendverbände und junge Geflüchtete	63
4.3.3	flucht.punkt.kultur	64
4.3.4	Bildungsmanufaktur.....	66
4.3.5	Musikpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.....	67
4.3.6	Zirkuspädagogische Projekte mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen.....	68
4.3.7	Aufsuchende und mobile sportorientierte Jugendsozialarbeit	70
4.3.8	Angebote der aufsuchenden offenen Kinder- und Jugendarbeit.....	71
4.3.9	Koordinierung mobiler Jugendsozialarbeit (Straßensozialarbeit) inkl. Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz	73

4.3.10	Junge Geflüchtete in der Jugendberufshilfe	74
4.4	Familienförderung stärken	76
4.4.1	Ausbau der Familienzentren für Flüchtlingsfamilien.....	79
4.4.2	Aufsuchende Elternhilfe in Unterkünften für Geflüchtete.....	80
4.4.3	Koordinierung Patenschaften.....	81
4.4.4	Aufsuchende Erziehungs- und Familienberatung (EFB) für Familien mit Fluchtbiografie	82
4.4.5	Kapitelübergreifende Maßnahme – Sprachmittlung in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe.....	84
4.5	Fort- und Ausbildung pädagogischer Fachkräfte	85
4.6	Schnellstmögliche Integration in Bildungsangebote der formalen Bildung	88
4.6.1	Berücksichtigung sonderpädagogischer Bedarfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche	91
4.6.2	Gewährleistung des frühzeitigen Informationsaustausches bei regionalen und überregionalen Umzügen von geflüchteten Familien mit schulpflichtigen Kindern.....	92
4.6.3	Lerngruppen für besondere Bedarfe.....	93
4.7	Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht und Förderung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen.....	94
4.7.1	Qualifizierung Lehrkräfte an beruflichen Schulen.....	98
4.7.2	Ausweitung der Koordination für Sprachbildung auf alle öffentlichen Berliner Schulen, die Begrenzung auf 40%-Schulen (Schulen mit 40% Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache und/oder Lehrmittelbefreiung) soll entfallen	99
4.8	Bildung und Teilhabe durch außerunterrichtliche und ergänzende Förderung an der inklusiven Ganztagschule (Unterstützungssysteme).....	100
4.8.1	Angebote der sprachlichen Förderung und der gesellschaftlichen Teilhabe für Jugendliche am Übergang von der Regelschule zur berufsqualifizierenden Ausbildung	105
4.8.2	Willkommenslotsinnen und -lotsen an Berliner Schulen.....	105
4.8.3	Verankerung von Tandems zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Fluchterfahrung in der kulturellen Arbeit	106
4.8.4	Erhöhung der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung an außerunterrichtlichen Projekten mit bezirklichen Bildungseinrichtungen wie Jugendkunstschulen und mit Kultureinrichtungen.....	106
4.8.5	Dolmetscherinnen und Dolmetscher SIBUZ (Fortsetzung der Maßnahme).....	107

4.8.6	Ausbau der Inanspruchnahme der BuT-Lernförderung von Schülerinnen und Schülern in Willkommensklassen und am Übergang in die Regelklasse	107
4.8.7	Neuauflage und Übersetzung der BuT-Broschüre	108
4.8.8	Stärkung der Beratungskompetenz zu BuT an Schulen.....	109
4.8.9	Schulgruppenspezifische Ganztagsangebote zur Förderung der Wertebildung in einer demokratischen Gesellschaft	109
4.9	Spracherwerb für Erwachsene	110
4.9.1	Basissprachkurse Volkshochschule.....	113
4.9.2	Berufsbezogene Sprachkurse (Instrument 19B Landes-ESF)	114
4.9.3	Bildungsangebot „Wir im Rechtsstaat“ (vormals „Willkommen im Rechtsstaat“)	116
4.9.4	Bildungsangebot „Arbeitsschutz“	116
4.9.5	Beratungsangebot „Mobile Bildungsberatung“	117
4.9.6	Bildungsangebot „Politische Teilhabe“	118
4.9.7	Qualifizierungsangebot Lehrkräfte	119
4.9.8	Qualifizierungsangebot Ehrenamtliche.....	119
4.9.9	Lehrmaterialien.....	120
4.9.10	„Kurse für Flüchtlinge“ (als Vorbereitung auf das Kolleg mit dem Ziel: Abiturprüfung).....	121
5	Handlungsfeld Arbeitsmarktintegration, Erwerbsleben und Ausbildung	123
5.1	„komm auf Tour“ für „Willkommensklassen“	130
5.2	Landesprogramm Mentoring	131
5.3	Berufsbezogene Sprachkurse im Rahmen von Qualifizierung vor Beschäftigung (QvB)	132
5.4	Willkommen-in-Arbeit-Büros (WiA-Büros).....	133
5.5	Berliner Jobcoaching für geflüchtete Menschen	135
5.6	Mobile Jobberatung (MobiJob)	136
5.7	Mobile Bildungsberatung (MoBiBe)	137
5.8	Gute Arbeit auch für Geflüchtete	139
5.9	Ausbildung in Sicht (AiS) – Vorbereitung auf die Ausbildung.....	140
5.10	Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP)	141
5.11	ARRIVO Servicebüro – Ansprechpartner für Berliner Unternehmen zur Ausbildung und Beschäftigung Geflüchteter	142
5.12	ARRIVO Berlin – Projekte zur Erprobung der betrieblichen Praxis	143
5.13	Flankierung von Gründungsaktivitäten durch spezifische Beratungs- bzw. Orientierungsangebote für geeignete geflüchtete Personen	145

5.14	Weitere Beratungs- und Unterstützungsangebote	145
5.14.1	Jugendberufsagentur Berlin	145
5.14.2	Willkommenszentrum Berlin.....	146
5.14.3	bridge – Berliner Netzwerke für Bleiberecht	147
5.14.4	Berliner Landesnetzwerk „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) Angebote auch für Geflüchtete	148
6	Handlungsfeld Hochschule/Wissenschaft.....	151
6.1	Fach- und Sprachkurse zum Erwerb der formellen Studienberechtigung	155
6.2	Beratung für studieninteressierte Geflüchtete und Betreuung für Geflüchtete an der Hochschule	155
6.3	Gasthöherangebote für Geflüchtete	156
7	Handlungsfeld Sozialräumliche Integration.....	157
7.1	BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften (Oberziele 2,3 und 4).....	160
7.2	Einsatz von Fördermitteln des Programms FEIN – Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften	161
7.3	Landesweite Ausweitung des Stadtteilmütterprojektes sowie Sicherung und Stärkung des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und -lotsen.	162
7.4	LeNa – Lebendige Nachbarschaft	163
7.5	Willkommenskultur des Infrastruktur-Förderprogramms Stadtteilzentren.....	164
7.6	Netzwerk „Berlin hilft“	165
7.7	Beratungsforum Engagement für Geflüchtete	166
7.8	Unterstützung gezielter Projekte zur Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Aspekte der Flucht.....	167
7a	Handlungsfeld Sport.....	168
7a.1	Projekte des Landessportbunds	170
7a.2	Einrichtung von Integrationscoaches.....	170
7a.3	Berliner Boxverband.....	171
7a.4	ALBA Berlin.....	171
7a.5	Berliner Fußball-Verband	171
7a.6	Eisbären Juniors	171
7a.7	Vorspiel SSL	172
7a.8	Tentaja	172
7b	Handlungsfeld Kultur	173
7b.1	Maßnahmen des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung	175
7b.2	Weltoffenes Berlin	176
7b.3	Exil Ensemble des Maxim Gorki Theaters	176
7b.4	Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung. Diversity.Arts.Culture.....	177
7b.5	Mobile Services der Bibliotheken.....	177

7b.6	Kooperation zwischen Zentral- und Landesbibliothek und der arabischen Bibliothek Baynatna.....	178
7b.7	Berlin Mondiale	179
8	Handlungsfeld Partizipation	181
8.1	Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen	184
8.2	Willkommenszentrum Berlin	184
8.3	Konsultation Geflüchteter, Leitfaden und Checklisten für Partizipationsprozesse	185
8.4	Ausbau von Kooperationen, Fachdialogen, Konsultationen und offenen Dialogen mit Geflüchteten	186
8.5	Qualitäts- und Beschwerdemanagement, Rückmeldemechanismen einbauen	187
8.6	Qualitäts- und Beschwerdemanagement der Geschäftsstelle Koordinierung Flüchtlingsmanagement in SenIAS.....	187
8.7	Einbindung von Geflüchteten als Dozentinnen und Dozenten, Expertinnen und Experten in Bildungs- und Informationsveranstaltungen	188
8.8	Ausbau von Mehrsprachigkeit der Verwaltung und ihrer Angebote, Verwendung verständlicher Sprache.....	190
8.9	Förderung Projekte zur Stärkung Partizipation und Empowerment Geflüchteter	191
9	Handlungsfeld Sicherheit und Demokratieförderung.....	192
9.1	Sicherheit	192
9.1.1	Verhaltenstipps für die Sicherheit von Mitarbeitenden, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und Bewohnende in Flüchtlingsunterkünften mit Hilfe von Publikationen	199
9.1.2	Ansprechpartnerkonzept der Polizei Berlin für Flüchtlingsunterkünfte. 200	
9.1.3	Sensibilisierung und Professionalisierung des Umgangs von Dienstkräften der Polizei mit Geflüchteten.....	200
9.1.4	Sichtbare Polizeipräsenz sowie professionelle und nachhaltige Ermittlungsarbeit	200
9.1.5	Angebote themenbezogener Informationsveranstaltungen an Schulen201	
9.1.6	Gewährleistung der frühzeitigen Beratung zu sicherheitsrelevanten Aspekten bei der Auswahl und Planung von Flüchtlingsunterkünften und Wohnquartieren.....	201
9.1.7	Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen	201
9.1.8	Polizeiliche Kriminalprävention	201
9.1.9	Angebote zur Verkehrsunfallprävention	201
9.1.10	Vorstellung und Bekanntmachung der polizeilichen Ansprechpersonen für LSBTI beim Landeskriminalamt	202

9.1.11	Gewalt kriegt die rote Karte.....	202
9.1.12	Radikalisierungsprävention für junge und heranwachsende Geflüchtete – Das Projekt „Al-Namara“	202
9.1.13	Radikalisierungsprävention für junge und heranwachsende Geflüchtete - Das Projekt „Zwischenwelten“	203
9.1.14	Antigewalt-, Verhaltens- und Kommunikationstraining	204
9.1.15	Modellprojekt „Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen“	205
9.1.16	Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention.....	205
9.1.17	Interkulturelle Übergangsräume – Erweiterung von Kommunikations- und Interventionsmöglichkeiten in konflikträchtigen Gruppen/Initiierung einer Müttergruppe für arabischsprachige Flüchtlingsfrauen.....	206
9.1.18	Erprobung neuer Zugänge der Radikalisierungsprävention im Sozialraum	206
9.1.19	Durchführung von Aufklärungsworkshops an Schulen und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.....	206
9.1.20	Durchführung, Modulentwicklung, Teambetreuung und Koordination, Workshops an Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen.....	206
9.1.21	Workshops und Identitätsstärkung.....	207
9.1.22	Präventives Wirken gegen konfrontative Religionsbekundungen sowie islamistische und salafistische Ideologiesegmente unter den Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden	207
9.1.23	Präventives Wirken gegen konfrontative Religionsbekundungen, sowie islamistische und salafistische Ideologiesegmente unter den Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden	207
9.1.24	Extrem Demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken	208
9.1.25	Konzepte gegen islamistische Radikalisierung und Erprobung neuer Zugänge der Radikalisierungsprävention im Sozialraum	208
9.1.26	Durchführung von interkulturellen und interreligiösen Workshops.....	208
9.1.27	Radikalisierungsprävention durch politische Bildungsarbeit	208
9.1.28	Projekt im Internet und Sozialen Medien für Jugendliche (14 – 21 Jahre)	209
9.1.29	Mediales Präventionsprojekt gegen gewaltorientierte salafistische Radikalisierung.....	209
9.1.30	Konflikt-Abbau durch Beratung und Integrationsförderung für Flüchtlinge und Asylsuchende	209

9.1.31	Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migranten und Flüchtlinge.....	209
9.1.32	Interdisziplinäres Wissenschaftliches Kompetenznetzwerk Deradikalisierung	209
9.1.33	Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge	210
9.1.34	Beratung, Fortbildung und Vernetzung zum Themenbereich „Normen und Werte im Kontext von Neuzuwanderung“	210
9.1.35	Fortbildung und Beratung: Stärkung demokratischer Haltung/Zum Umgang mit Vorurteilen, Diskriminierung, rassistischen Anfeindungen oder rechtsextremer Bedrohung, Antisemitismus	210
9.1.36	Projekt „Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten“	210
9.1.37	Ke'Ezrach – Konfliktprävention im Kontext von Flucht und Integration in der Einwanderungsgesellschaft	211
9.1.38	„Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“	211
9.1.39	Projekt „Vermittlung von Grundkenntnissen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der abrahamitischen Religionen und die Entwicklung des Antisemitismus an neu zugewanderte arabischsprachige Eltern in arabischer Sprache“ (Arbeitstitel/ angedacht)	211
9.1.40	„Wir im Rechtsstaat“ (WiR): Bildungsangebote für geflüchtete Menschen durch Richter und Staatsanwälte zu den Grundlagen der Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland. Erwachsenenbildung in Kooperation mit den Berliner Volkshochschulen, Workshop-Angebote für Berliner Schulen.....	212
9.1.41	Wegweiser – Mentorinnen und Mentoren für Geflüchtete.....	212
9.1.42	Peer-Trainerinnen und -Trainer für interreligiöse und weltanschauliche Vielfalt und Verständigung/Interreligious-Peers	212
9.1.43	Unser muslimisches Erbe	212
9.1.44	Lokale Problembeschreibungen/Lagebilder und Einschätzungen zu Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus	213
9.1.45	Angebote des Mobilen Beratungsteams Berlin für Demokratieentwicklung.....	213
9.1.46	Bildung, Fortbildung, (Antidiskriminierungs- und Opfer-) Beratung als Beitrag zur Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“	213

9.1.47	Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in Flüchtlingsunterkünften für das Thema „Islamismus und Gefahren einer islamistischen Radikalisierung“ mit Hilfe von Vorträgen und Publikationen	214
9.1.48	Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit	214
9.1.49	Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Berliner Justizvollzugsanstalten	214
9.1.50	Ethikunterricht für Muslime	215
9.1.51	PROVA – Prevention of violent Radicalisation and Of Violent Actions in intergroup relations.....	215
9.1.52	Beratungsstelle KOMPASS.....	215
9.1.53	Denkzeit - Deradikalisierungs- und Multiplikatorentraining	216
9.1.54	Deradikalisierungsnetzwerk	216
9.1.55	Gewährleistung des Schutzes von LSBTI-Geflüchteten vor homo- und transphob-motivierter Gewalt.....	216
9.1.56	Verbreitung, Fortbildungen und Implementierung der Handreichung „Was tun bei Gewalt gegen Frauen und LSBTI in Unterkünften?“	216
9.1.57	Verbindlichkeit für die Entwicklung und Umsetzung eines Gewaltschutzkonzeptes in Unterkünften gewährleisten	217
9.1.58	Stärkung der Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen im Handlungsfeld „Sicherheit von LSBTI-Geflüchteten“	217
9.1.59	Notfallplätze für LSBTI-Geflüchtete einrichten	217
9.1.60	Wegweiser für LSBTI-Geflüchtete.....	217
9.1.61	Fortbildungen zur Situation von LSBTI-Geflüchteten.....	217
9.2	Demokratieförderung.....	218
9.2.1	Fortbildungsmodule für Fachkräfte und Multiplikatoren (Zieldimension 5) 222	
9.2.2	Fortbildungsangebote für Verwaltungen (Zieldimension 5).....	222
9.2.3	Erstellung eines Indexes zur Selbstreflexion (Zieldimension 6)	222
9.2.4	Teilhabeförderung im Alltag (Zieldimension 7).....	223
9.2.5	Informationsbroschüren zu Politik und Teilhabe (Zieldimension 8)	223
9.2.6	Geflüchtete zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung ausbilden (Zieldimension 9).....	224
9.2.7	Trainingsmodule zur politischen Teilhabe in die Berliner Sprachkurse integrieren (Zieldimension 12) (siehe auch 4.9.6.)	224
9.2.8	Qualifizierung von Sprachlehrkräften (Zieldimension 13) (siehe auch 4.9.7. und 4.9.9.)	225

9.2.9	Seminarangebote für Geflüchtete (Zieldimension 14)	225
9.2.10	Mentoringprojekte für Frauen (Zieldimension 15).....	226
9.2.11	Auseinandersetzung mit antisemitischer Propaganda in den Herkunftsländern (Zieldimension 16).....	226
9.2.12	Begegnungen zwischen Politik und Geflüchteten schaffen (Zieldimension 19)	227
B	Querschnittsthemen	228
1	Querschnittsthema Frauen	228
1.1	Fortbildungen für Mitarbeitende in Unterkünften für Geflüchtete.....	230
1.2	Verbesserung des Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung	231
1.3	Unterstützung geflüchteter Frauen beim Spracherwerb.....	232
1.4	Mobile Bildungsberatung für geflüchtete Frauen	234
1.5	Unterstützung der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen	235
1.6	WOMEN'S WELCOME BRIDGE – Vernetzungs- und Austauschplattform für Frauen	236
1.7	Allgemeine Beratungsangebote für geflüchtete Frauen	237
1.8	Geschützte Unterbringung für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen	238
1.9	Mobile Beratungsangebote für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen	239
1.10	Weitere Maßnahmen zur Stärkung des Hilfesystems für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen	240
2	Querschnittsthema unbegleitete minderjährige Geflüchtete.....	242
2.1	Implementierung ehrenamtlicher Einzelvormundschaften	245

Vorbemerkung

Um die Wirksamkeit der Gesamtstrategie sowie der einzelnen Maßnahmen, die im Rahmen des vorliegenden Konzeptes umgesetzt werden, besser beurteilen zu können, wurden die Zielsetzungen und Maßnahmen der einzelnen Facharbeitsgruppen (FAGen) mit Indikatoren unterlegt. Diese sollen nachgehalten sowie im Zuge der Berichterstattung und des Monitorings ausgewertet werden.

A Handlungsfelder

1 Handlungsfeld Ankommen und Bleiben

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Optimierung der Beratungsstruktur für Geflüchtete in Berlin	Erhöhung der Qualität der Einzelberatung, insbesondere im Bereich des Rechts der Aufenthaltsverfestigung und des Sozialrechts im Willkommenszentrum Berlin und in der Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten der/des Integrationsbeauftragten	Anzahl positives Feedback zu den Beratungsleistungen und Prüfung von Änderungsbedarfen Anzahl an Änderungsmaßnahmen, die aufgrund von Feedback eingeleitet wurden		
		Sprachmittlerinnen und Sprachmittler des Willkommenszentrums und der Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten der/des Berliner Integrationsbeauftragten, die im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Personengruppen fortgebildet wurden		
	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Beratungsangeboten der/des Integrationsbeauftragten und nichtstaatlichen Beratungsstellen	Anzahl der organisierten Austauschformate pro Jahr Anzahl der Netzwerktreffen mit den im Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung geförderter Projekte		
		Vierteljährlich stattfindender Erfahrungsaustausch (insb. mit den geförderten Beratungsstellen der Rechts- und Flüchtlingsberatung)		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
<p>Optimierung der Verfahrensstrukturen und der Kundenorientierung in den Berliner Migrationsbehörden</p> <p>Erweiterte Unterstützung für besonders schutzbedürftige Geflüchtete</p>		Hinweise auf die Beratungsmöglichkeiten der/des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration wurden in der Ausländerbehörde Berlin, im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten sowie im Ankunftszentrum angebracht		
		Pilotprojekt der Ausländerbehörde wurde organisiert, wonach die Vergabe von Wartenummern durch Mitarbeitende des Sicherheitsdienstes vor Öffnung der Ausländerbehörde Berlin künftig durch eine externe Stelle kontrolliert wird		
		Verschiedensprachige Aushänge mit dem Hinweis, dass alle Antragstellenden jederzeit ein Gespräch mit dem Sozialdienst des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten in Anspruch nehmen können, wurden in den Empfangshallen des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten und des gemeinsam betriebenen Ankunftszentrums ausgehängt		
		Inhaltliche Überarbeitung der Informationspakete für Geflüchtete durch den/die Integrationsbeauftragten		Abschluss der nächsten inhaltlichen Überarbeitung
		Anzahl der im LAF ausgegebenen Informationspakete (unter Bezugnahme auf neu eingereiste erwachsene Geflüchtete)		
		Erhöhte Sensibilisierung von Behördenmitarbeitenden für die besonderen Bedürfnisse bes. schutzbedürftiger Personengruppen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		Erhöhte Sensibilisierung der Heimmitarbeitenden im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Personengruppen		
		Unabhängige, nichtstaatliche Fachberatung im Ankunftszentrum ist eingerichtet		
		Ein Leitfaden zur Identifizierung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten in Berlin ist entwickelt, im Internet veröffentlicht und wird vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten/ Sozialdienst angewendet		
		Sichtgeschützte Bereiche zum Stillen und Wickeln von Kindern wurden in der Ausländerbehörde Berlin eingerichtet		
Förderung der freiwilligen Rückkehr		Ein einheitliches Konzept zur Förderung der freiwilligen Rückkehr wurde entwickelt		
Schaffung von Bleibeperspektiven	Stärkung der Härtefallkommission sowie bleiberechts- und familienfreundliche Auslegung und	Anpassungen der Härtefallkommissionsverordnung an geänderte Voraussetzungen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Anwendung des bestehenden Rechts durch die Ausländerbehörde Berlin	Ausweitung der finanziellen Ressourcen der Mitglieder der Härtefallkommission: Aufnahme in die Haushaltsplanung für 2020/2021 (Einsatzplan 11)		
		Die personelle Ausstattung der Geschäftsstelle der Härtefallkommission bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport wurde um eine Stelle erweitert		1 weitere Planstelle A 12 wurde geschaffen
		Anzahl der Sitzungen der Kommission		

1.1 Maßnahmen zur Optimierung der Beratungsstruktur für Geflüchtete in Berlin

Die Auswertung der Rückmeldung Ratsuchender kann Anhaltspunkte dazu liefern, in welchen Aspekten die Beratungsqualität der Beratungsstellen bei der/dem Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration optimiert, das heißt näher an die Erwartungen der Zielgruppe angepasst werden kann.

Einrichtung eines Systems von Rückmeldungen im Willkommenszentrum Berlin und in der Rechts- und Sozialberatungsstelle der/des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Erhöhung der Qualität der Einzelberatung, insbesondere im Bereich des Rechts der Aufenthaltsverfestigung und des Sozialrechts im Willkommenszentrum Berlin und in der Beratungsstelle des Integrationsbeauftragten	Anzahl positive Rückmeldungen zu den Beratungsleistungen und Prüfung von Änderungsbedarfen		
	Anzahl an Änderungsmaßnahmen, die aufgrund von Rückmeldungen eingeleitet wurden		

Die Fortbildung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Personengruppen erhöht die Beratungsqualität. Ratsuchende werden besondere Schutzaspekte eher offenbaren, wenn die direkten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sensibel im Umgang mit persönlichen und vertraulichen Informationen umgehen.

Fortbildung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Personengruppen im Willkommenszentrum und in der Rechts- und Sozialberatungsstelle der/des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Erhöhung der Qualität der Einzelberatung, insbesondere im Bereich des Rechts der Aufenthaltsverfestigung und des Sozialrechts im Willkommenszentrum Berlin und in der Beratungsstelle der/des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration	Anzahl an Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern des Willkommenszentrums und der Rechts- und Sozialberatungsstelle der/s Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, die im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Personengruppen fortgebildet wurden		Alle Sprachmittlerinnen und Sprachmittler des Willkommenszentrums und der Rechts- und Sozialberatungsstelle der/des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration wurden fortgebildet

Bei Informations- und Austauschveranstaltungen des Willkommenszentrums und der Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten der/des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration werden die jeweiligen Beratungsangebote der Stellen und Fragen der Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Beratungsstellen erörtert. Gegenseitiges Verständnis und eine reibungslose Kommunikation sind Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit.

Organisation von Informations- und Austauschformaten des Willkommenszentrums und der Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten der/des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration zum jeweiligen eigenen Angebot und zu Fragen zur Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Beratungsstellen, Einfügung in bestehende Formate (Schulungen etc.)

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Beratungsangeboten bei der/dem Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration und nichtstaatlichen Beratungsstellen	Anzahl der organisierten Informations- und Austauschformate pro Jahr		4 Austauschformate wurden organisiert
	Anzahl der Netzwerktreffen mit den im Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung geförderter Projekte		

1.2 Optimierung der Verfahrensstrukturen und der Kundinnen- und Kundenorientierung in den Migrationsbehörden

Geflüchtete sollen möglichst frühzeitig über die Beratungsangebote des Berliner Senats informiert sein, um entsprechende Unterstützungsangebote bei Bedarf wahrnehmen zu können.

In den Migrationsbehörden werden Hinweise auf das Beratungsangebot des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration und auf das Beratungsangebot des Sozialdienstes des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten gegeben.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales: Entwurf der jeweiligen Hinweise

Aushänge durch die jeweiligen Migrationsbehörden in eigener Verantwortung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte		
			2018	2019
Geflüchtete sollen möglichst zeitnah nach Ankunft die für sie relevanten Informationen über ihre Rechte und Pflichten erhalten	Die Migrationsbehörden (LAF, BAMF und die Ausländerbehörde, das Ankunftszentrum Berlin des BAMF und die Außenstelle Berlin des BAMF) haben aktuelle Hinweise ausgehängt.			

Geflüchtete sollen möglichst frühzeitig über die in ihrer Situation typischen Themenfelder, sowie die sie betreffenden Rechte und Pflichten informiert sein.

Das in acht Sprachen vorliegende Informationspaket für Geflüchtete wird weiterentwickelt, in regelmäßigen Abständen aktualisiert und bekannter gemacht.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Geflüchtete sollen möglichst zeitnah nach Ankunft die für sie relevanten Informationen über ihre Rechte und Pflichten erhalten	Anzahl der im LAF ausgegebenen Informationspakete (unter Bezugnahme auf neu eingereiste erwachsene Geflüchtete)		

Die Vergabe von Wartenummern ist nicht die originäre Aufgabe eines Sicherheitsdienstes. Entsprechende Einweisungen verlieren teilweise ihre Wirkung, wenn wechselnde Mitarbeitende eines Sicherheitsdienstes entsandt werden. Es soll in einem Pilotprojekt untersucht werden, ob eine externe Stelle hier Abhilfe schaffen und eine, nach einheitlichen Kriterien durchzuführende Vergabe von Wartenummern sicherstellen kann. Nach einer Evaluation des Projektes wird entschieden, ob es dauerhaft fortgeführt wird.

Organisation eines Pilotprojekts, wonach die Vergabep Praxis für Wartenummern vor Beginn der Öffnungszeiten durch einen externen Sicherheitsdienst einer regelmäßigen Kontrolle zu unterziehen ist.

Ausländerbehörde Berlin

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Wartezeiten sollen möglichst kurz sein Die Vergabe von Wartenummern soll möglichst transparent gestaltet werden	Pilotprojekt wurde eingerichtet und evaluiert		

1.3 Erweiterte Unterstützung für besonders schutzbedürftige Geflüchtete

Die Anliegen besonders schutzbedürftiger Geflüchteter verlangen den Mitarbeitenden von Migrationsbehörden und von Wohnheimen für Geflüchtete regelmäßig besondere Kompetenzen ab. Durch entsprechende Schulungen sollen die Mitarbeitenden in die Lage versetzt werden, in jedem Einzelfall angemessen sensibel zu verfahren.

Schulungen zur Situation von LSBTI Geflüchteten als besonders schutzbedürftige Personengruppe für Leitungen und Mitarbeitende von Wohnheimen für Geflüchtete

**Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung,
Landesstelle für Gleichstellung – gegen Diskriminierung**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019

Erhöhte Sensibilisierung von Mitarbeitenden von Wohnheimen für die speziellen Bedürfnisse von LSBTI Geflüchteten	Quote der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entsprechend geschult wurden (soweit ermittelbar)		
--	--	--	--

In den Migrationsbehörden und in den Berliner Wohnheimen für Geflüchtete werden Hinweise auf Beratungsangebote zu Themen wie LSBTI oder Gewalt gegen Frauen ausgehängt.

Migrationsbehörden, Berliner Landessstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)/ SenJustVA und Abteilung Gleichstellung/ SenGPG

Jeweilige Migrationsbehörden: Platzierung der Aushänge

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Erweiterte Unterstützung für besonders schutzbedürftige Geflüchtete	Migrationsbehörden hängen Hinweise auf Beratungsangebote zu Themen wie LSBTI oder Gewalt gegen Frauen aus		
	Anzahl der Berliner Wohnheime, die durch Aushänge auf Beratungsangebote zu Themen wie LSBTI oder Gewalt gegen Frauen hinweisen		

Besonders schutzbedürftige Geflüchtete sind nicht immer offensichtlich als solche erkennbar. Ein Gesprächsleitfaden soll Mitarbeitenden des Sozialdienstes des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten dabei helfen, besonderen Schutzbedarf bei Geflüchteten möglichst frühzeitig zu erkennen.

Entwicklung und Anwendung des Gesprächsleitfadens zur Identifizierung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten in Berlin.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration und Soziales in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Gleichstellung und der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Berliner Landessstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung: Entwicklung des Leitfadens,

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten: Anwendung des Leitfadens

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Möglichst frühzeitige Identifizierung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter	Leitfaden ist fertig gestellt und im Internet veröffentlicht		

	Leitfaden wird vom Sozialdienst des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten angewandt		
--	--	--	--

Der Zugang zu sichtgeschützten Bereiche zum Stillen und Wickeln von Kindern kann Eltern und Kleinkindern die Wartezeit in der Ausländerbehörde Berlin erleichtern.

Einrichtung sichtgeschützter Bereiche zum Stillen und Wickeln von Kindern in der Ausländerbehörde Berlin,
Ausländerbehörde Berlin

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Erweiterte Unterstützung für besonders schutzbedürftige Geflüchtete	Sichtgeschützte Bereiche wurden eingerichtet		

1.4 Förderung der freiwilligen Rückkehr

Entwicklung eines Landesprogramms für freiwillige Rückkehr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales in Abstimmung mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, der Ausländerbehörde Berlin und der Rückkehrberatungsstelle der Internationalen Organisation für Migration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Optimierung der Beratungslandschaft zur freiwilligen Rückkehr Verbesserung der Lebensperspektive im Zielland Synergieeffekte bei der Beratung zur freiwilligen Ausreise durch verschiedene staatliche und nicht staatliche Stellen werden angestrebt	Das Landesprogramm wurde entwickelt		

1.5 Schaffung von Bleibeperspektiven

Die Härtefallkommission ist das Gremium, welches Eingaben für Geflüchtete prüft, denen eine Bleibeperspektive zugemessen wird. Wirksame und nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung der Härtefallkommission können dazu führen, dass Geflüchtete mit Bleibeperspektive ihren Aufenthalt in Berlin verfestigen können.

Anpassung der Härtefallkommissionsverordnung an aktuelle gesetzliche Änderungen und Überarbeitung unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen bei der Durchführung von Härtefallverfahren,

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Inneres in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Schaffung von Bleibeperspektiven für langfristig aufenthaltsrechtlich geduldete Geflüchtete	Die Härtefallkommissionsverordnung wurde überarbeitet		

Den Mitgliedern der Härtefallkommission werden größere finanzielle Ressourcen für die Beratung der Betroffenen und für die Vorbereitung der zu beratenden Fälle zur Verfügung gestellt,

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Wirksame und nachhaltige Stärkung der Härtefallkommission	Ausweitung der finanziellen Ressourcen im Vergleich zum Status Quo: Aufnahme in die HH-Planung für 2020/2021		

Verbesserung der personellen Ausstattung der Geschäftsstelle der Härtefallkommission bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Wirksame und nachhaltige Stärkung der Härtefallkommission	Die personelle Ausstattung der Geschäftsstelle der Härtefallkommission bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport wurde um eine Planstelle A 12 erweitert, Aufnahme in die HH-Planung für 2020/2021		

Eine Expertinnen- und Expertenkommission zu den Verfahrenshinweisen der Ausländerbehörde Berlin unter Beteiligung verschiedener Verbände und Organisationen wird sich mit Vorschlägen für eine bleiberechtsfreundliche Auslegung und Anwendung des Aufenthaltsrechts auseinandersetzen und Empfehlungen zur Umsetzung aussprechen.

Einrichtung einer Expertinnen- und Expertenkommission zu den Verfahrenshinweisen der Ausländerbehörde Berlin, die Empfehlungen zu einer noch bleiberechtsfreundlicheren Auslegung und Anwendung des Ausländerrechts prüft, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Inneres

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Bleiberechtsfreundliche Auslegung und Anwendung des Aufenthaltsrechts	Anzahl der Sitzungen der Kommission		

2 Handlungsfeld Wohnen, Unterkunft und Soziales

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Für die Erfolgsmessung hinsichtlich der vorgenannten Lösungsstrategien werden im Wesentlichen folgende Instrumente genutzt:

Die Umsetzung der für die jeweilige Lösungsstrategie durchzuführenden Maßnahmen wird durch eine Dokumentation in der bzw. den zuständigen Behörde/n, insbesondere im LAF dokumentiert. Die Wahl der konkret geeigneten Instrumente zur Erfolgsmessung nach Maßgabe der nachfolgend aufgeführten Indikatoren ergibt sich individuell nach den indikatorspezifischen Kriterien: Hier kommen Auswertungen insbesondere hinsichtlich Fallzahlen, Bearbeitungszeiten oder weiterer vergleichbaren Daten in Betracht.

Ergänzend werden Befragungen der Kundinnen und Kunden bzw. Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner sowie eine Auswertung der Akten im zuständigen Arbeitsbereich vorgenommen. Dies gilt etwa für die in Leistungsbereich vorsprechenden Geflüchteten hinsichtlich der Wartezeit oder für die Betreiberinnen und Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte hinsichtlich der in den Einrichtungen umgesetzten Mitwirkungskonzepte.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
1. Die bedarfsgerechte Versorgung Geflüchteter unter besonderer Berücksichtigung bes. schutzbedürftiger Personengruppen wird gewährleistet	2.1. Die Aufbau- und Ablauforganisation des LAF wird kundenorientiert ausgerichtet	Durchschnittliche Wartezeit im LAF-Leistungsbereich sinkt Zahl der Gespräche mit Fachstellen steigt		
	2.2. Die individuelle Bedarfsdeckung wird mittels eines effizienten, transparenten und kundenorientierten Verwaltungsverfahrens bei der Leistungsgewährung sichergestellt	Zahl von Gewaltvorfällen in Unterkünften (bezogen auf Gesamtbelegung) sinkt, davon Gewaltvorfälle gegenüber Frauen davon Gewaltvorfälle mit homo- und transphober Motivation Anzahl einbezogener Pflegestützpunkte steigt		
	2.3. Besondere Schutzbedarfe werden zuverlässig identifiziert	Anzahl von Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeitende im LAF steigt Anzahl der Behörden mit Ansprechpersonen steigt		
2. Eine gesamtstädtische und sozialraumorientierte Belegungssteuerung wird eingeführt	2.4. In die Belegungssteuerung werden partizipative und zielgruppenorientierte Elemente aufgenommen	Anzahl von Unterkünften mit Empowerment-Maßnahmen steigt		
	2.5. Standorte für neue Gemeinschaftsunterkünfte werden unter Wahrung gesamtstädtischer Belange und sozialraumspezifischer Aspekte sowie spezifischer Bedarfslagen bestimmt	Anzahl ausgearbeiteter Standortprofile unter Einbeziehung integrationsrelevanter Faktoren steigt Anzahl der geförderten praxisbewährten Ansätze steigt		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	2.6. Geflüchtete werden zielgruppenorientiert und im Rahmen eines integrativen Konzepts untergebracht	Anzahl der Unterkünfte mit an Zielgruppen angepasster Leistungsbeschreibung steigt Anzahl der Unterkünfte, die zielgruppenspezifisch kategorisiert wurden, steigt		
3. Die Qualitätssicherung bei der Unterbringung von Geflüchteten wird kontinuierlich weiterentwickelt	2.7. Eine angemessene Personalausstattung in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften wird sichergestellt	Anzahl der Unterkünfte mit jederzeit erreichbarer Ansprechperson bei Personalwechsel steigt		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	2.8. Die Bedarfe bes. schutzbedürftiger Personengruppen werden bei der Unterbringung berücksichtigt	<p>Zunahme der Anzahl der Unterkünfte mit Kinderschutzbeauftragten</p> <p>Anzahl des Personals für Kinderbetreuung steigt</p> <p>Anzahl der Unterkünfte für Frauen (einschließlich Wohngruppen) steigt</p> <p>Anzahl der Unterkünfte mit Ansprechpersonen für Frauen steigt</p> <p>Anzahl der Unterkünfte mit Ansprechpersonen für LSBTI steigt</p> <p>Anzahl barrierefreier Plätze steigt</p> <p>Anzahl der Plätze für LSBTI steigt</p> <p>Anzahl der Unterkünfte mit Lotsinnen und Lotsen/Ansprechpersonen für Geflüchteten mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen steigt</p>		
	2.9. Das Kontroll- und Beschwerdemanagement wird ausgebaut	<p>Anzahl der Einrichtungen mit niedrighschwelligem Beschwerdemanagement steigt</p> <p>Anzahl der Unterkünfte mit Statistik zu Gewalt-/Bedrohungsfällen steigt</p>		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
4. Geflüchtete werden wirksam mit privatem Wohnraum versorgt	2.10. Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete	Anzahl der neu gebauten Wohnungen für Menschen, die sich ohne fremde Hilfe nicht versorgen können, steigt Anzahl der unterstützten Modellprojekte im Rahmen des „Experimentellen Wohnungsbaus“ steigt		
	2.11. Der Zugang zum Wohnungsmarkt für Geflüchtete wird verbessert	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer im LAF-Mietsachgebiet sinkt		
	2.12. Die Unterstützungs- und Beratungsstrukturen werden ausgebaut	Anzahl der bezirklichen qualifizierten Angebote, die zur Wohnungssuche und zur Begleitung bei der Wohnungssuche vorgehalten werden, steigt		
	2.13. Zielgruppenorientierte Unterstützung wohnungssuchender Geflüchteter	Anzahl von Vermittlungen an Beratungsangeboten für wohnungssuchende Geflüchtete mit spezifischen Bedarfen		

Zur Erreichung, der im Hauptteil beschriebenen Ziele und Umsetzung der Lösungsansätze in der Verwaltungspraxis sind folgende Maßnahmen – dem jeweiligen Teilziel zugeordnet – vorgesehen:

2.1 Maßnahmen zum Teilziel 2.1.: Die Aufbau- und Ablauforganisation wird dienstleistungsorientiert ausgerichtet

Der Senat beabsichtigt, das Verwaltungsverfahren im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) bei der Terminvergabe durch die Nutzung einer Terminbuchungsmaske (einschließlich der Möglichkeit, dass Geflüchtete selbst den besonderen Schutzbedarf angeben können) zu optimieren und dadurch eine zügigere Terminvergabe zu erzielen. Weiterhin wird damit die vorrangige Bearbeitung von Anträgen als besonders schutzbedürftig identifizierter Geflüchteter und ähnlicher Personengruppen angestrebt, etwa durch getrennte Vorsprachetermine für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen. Im Geschäftsverkehr mit Leistungsbezieherinnen und -bezieher wird auf persönliche Vorsprachen soweit wie möglich verzichtet. Dabei wird auch das verfahrensrechtliche Instrument der Vertretung durch Bevollmächtigte und Beistände konsequent genutzt.

Die vorsprechenden Personen werden über die für sie zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner mittels leicht verständlicher, mehrsprachiger Informationsaushänge sowie weiterer geeigneter Mittel wie z. B. Flyer unterrichtet. Diese Informationen umfassen insbesondere auch zielgerichtete Hinweise für Menschen mit besonderen Bedarfslagen (z. B. Schwangere, Menschen mit Behinderung, LSBTI).

Sowohl im Leistungsbereich des LAF als auch im Sozialdienst sind klare Zuordnungen von Sachgebieten bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu vorsprechenden Personen – einschließlich besonders Schutzbedürftige, wie etwa LSBTI-Geflüchtete – zu definieren.

Die Zusammenarbeit zwischen dem LAF und den Leistungsbehörden mit Unterkünften, Geflüchteten und Unterstützerinnen und Unterstützern (Beratungsstellen) wird mit dem Ziel weiterentwickelt, eine umfassende Informations- und Kommunikationskultur zu etablieren. Daran werden beispielsweise das Netzwerk „Berlin hilft“ sowie die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (BNS) beteiligt.

Zur Verbesserung der Informationsbreite wird ein Online-Informationsportal („FAQ“) und eine telefonische Info-Hotline mit festen Sprechzeiten eingerichtet, um beispielsweise Informationen zu Zugang, Terminen und Zuständigkeiten zu vermitteln. Um die Beratungsangebote für die Neuankommenden zu vervollständigen, erfolgt hierzu eine Vernetzung mit dem Willkommenszentrum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration.

Um die Kommunikation mit den Kundinnen und Kunden zu erleichtern und insbesondere zu vermeiden, dass die Verständlichkeit der ihnen vermittelten Informationen unter einer Sprachbarriere leidet, wird eine bedarfsgerechte Sprachmittlung gewährleistet.

Hierzu prüft der Senat folgende Maßnahmen:

- Die Neudefinition von Anforderungsprofilen für Sprachmittlerinnen und Sprachmittler,
- den Einsatz zusätzlicher Sprachmittlerinnen und Sprachmittler in den Leistungsbehörden des Landes bzw. der Stadt Berlin,
- die Schulung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern zu Fachbegriffen im Leistungsrecht sowie im medizinischen Bereich, im Fachgebiet Dolmetschen, dem sensiblen Umgang mit besonders Schutzbedürftigen, u.a. mit LSBTI,
- die Vermittlung von Informationen über aktuell verfügbare Sprachmittlung (wann/wo/welche Sprache),

- die Ausweitung der Kapazitäten für den Gemeindedolmetscherdienst.
- Außerdem werden Fremdsprachenkenntnisse bei der Personalrekrutierung berücksichtigt, soweit dem keine rechtlichen Hinderungsgründe entgegenstehen.

**Die Aufbau- und Ablauforganisation wird kundenorientiert ausgerichtet¹,
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Verbesserung der Information Vorgesprechender	Ein Online-Informationsportal wurde erstellt		
Gewährleistung einer bedarfsgerechten und diskriminierungsfreien Sprachmittlung	Anforderungsprofil für Sprachmittlung wurde erstellt		

2.2 Maßnahmen zu Teilziel 2.2.: Die individuelle Bedarfsdeckung wird mittels eines effizienten, transparenten und dienstleistungsorientierten Verwaltungsverfahrens bei der Leistungsgewährung sichergestellt

Nicht nur bei der Unterbringung, sondern ebenso bei der Gewährung sozialer Leistungen ist den spezifischen Bedarfen der Geflüchteten durch geeignete, konzeptionelle Maßnahmen zu entsprechen:

- Für Opfer von Gewalttaten oder von Gewalt Bedrohte, insbesondere Frauen, LSBTI-Geflüchtete und religiöse Minderheiten werden bestehende Gewaltschutzkonzepte durch dem Gewaltschutz dienende Maßnahmen weiterentwickelt.
- Bei Flucht vor Täterinnen und Tätern werden nach Möglichkeit Mehrbedarfe für Ausstattung und Kleidung berücksichtigt.
- Über Gewaltdelikte und Bedrohungstatbestände in den Unterkünften wird eine Statistik eingeführt einschließlich einer gesonderten Ausweisung für homo- und transphoben Übergriffe.

Die zwischen dem LAF und der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg abgeschlossene Vereinbarung wird mit dem Ziel überprüft, für Geflüchtete mit erfolgreich abgeschlossenem Asylverfahren den Wechsel der Leistungsgrundlage (vom AsylbLG in das SGB) zu erleichtern. Darüber hinaus prüft der Senat, mit welchen Maßnahmen die Vernetzung zwischen den Leistungsbehörden und den Einrichtungen verstärkt werden kann.

Das Verwaltungsverfahren bei der Bewilligung von Eingliederungshilfe nach dem AsylbLG bzw. SGB XII wird unter Einbeziehung der Pflegestützpunkte mit dem Ziel der Verkürzung der Bearbeitungsdauer und der Öffnung der Eingliederungsmaßnahmen für besonders Schutzbedürftige (z. B. für lernbeeinträchtigte jugendliche Geflüchtete, psychisch erkrankte Geflüchtete etc.) überprüft. Eine bessere Versorgung lernbeeinträchtigter jugendlicher Geflüchteter z. B. durch flexibel ausgestaltete Sprachkurse wird angestrebt.

¹ Datenbasis: Dokumentation LAF.

Es wird geprüft, wie die Zusammenarbeit mit den Krankenkassen verbessert werden kann, insbesondere durch eine Sensibilisierung der Kassen für die spezifischen Bedarfslagen Geflüchteter und bestehende rechtliche Besonderheiten (z. B. Einschränkungen hinsichtlich der Ausstellung von Geburtsurkunden).

Die individuelle Bedarfsdeckung wird mittels eines effizienten, transparenten und dienstleistungsorientierten Verwaltungsverfahrens bei der Leistungsgewährung sichergestellt²

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Verbesserung des Gewaltschutzes	Gewaltschutzkonzept wurde weiterentwickelt		
Individuell bedarfsgerechte Leistungsgewährung	Hinweise zur Berücksichtigung von individuellen Mehrbedarfen wurden erarbeitet		
Erfassung von Gewaltvorfällen	Statistik über Gewaltvorfälle wurde eingeführt		
Schnittstellenoptimierung AsylbLG – SGB	Das Verfahren beim Leistungsübergang AsylbLG – SGB wurde reformiert		
Zugang zu Eingliederungshilfe erleichtern	Das Verfahren zur Gewährung von Eingliederungshilfe wurde optimiert		
Verbesserung der Zusammenarbeit mit Krankenkassen	Das Ergebnis der Abstimmung mit den Krankenkassen liegt vor		

2.3 Maßnahmen zu Teilziel 2.3.: Besondere Schutzbedarfe werden zuverlässig identifiziert

Es werden Fortbildungsmaßnahmen zur diskriminierungssensiblen Identifizierung von besonders schutzbedürftigen Personen im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie (sowie LSBTI-Geflüchteten und religiösen Minderheiten) durchgeführt, die u. a. den recht- und zweckmäßigen sowie sachgerechten Umgang mit Bescheinigungen oder Schreiben externer Einrichtungen (z. B. Beratungsstellen) betreffen. Die Zielgruppe dieser Fortbildungsmaßnahmen besteht vorrangig aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Leistungs- und Registrierungsbereich des LAF. Darüber hinaus werden Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern Fortbildungen für einen sensiblen Umgang mit besonders Schutzbedürftigen angeboten. Diversity- und LSBTI-kompetenz finden Eingang in landesweite Qualitätsstandards bei der Sprachmittlung.

Zur Verdeutlichung des Verfahrens bei der Identifizierung von besonders Schutzbedürftigen wird ein Schaubild entwickelt.

² Datenbasis: Dokumentation LAF.

Der Katalog der Kriterien, die einer Weiterleitung in andere Bundesländer im Rahmen der Verteilung nach § 45 AsylG entgegenstehen, wird hinsichtlich eventuell zusätzlich aufzunehmender Tatbestände wie Gewährleistung der Sicherheit der Geflüchteten überprüft (z. B. LSBTI-Geflüchtete oder religiöse Minderheiten, die in den anderen Bundesländern weit überwiegend nicht als besonders schutzbedürftig gelten sowie Menschen mit Behinderungen). Zudem wird geprüft, ob dieser Katalog veröffentlicht werden kann. Die konsequente Umsetzung der Vereinbarung zur Aussetzung der Weiterleitung schwangerer Personen (ggf. durch zusätzliche Unterbringungskapazitäten, wenn die Aufnahmequote vorübergehend überschritten wird) wird sichergestellt.

Das Land Berlin wird sich auf Bundes- bzw. landesübergreifender Ebene in den zuständigen Gremien dafür einsetzen, LSBTI-Geflüchtete sowie religiöse Minderheiten in gleicher Weise wie die in Art. 21 der EU-Aufnahmerichtlinie genannten Personengruppen zu behandeln.

In den Leistungsbehörden (im LAF bezogen auf den Leistungsbereich und den Sozialdienst) wird der Einsatz von qualifizierten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für besonders schutzbedürftige Geflüchtete einschließlich ihrer Zuständigkeit für bestimmte Zielgruppen (z. B. LSBTI, gewaltbetroffene Frauen u. a.) angestrebt.

Zur Erleichterung der diskriminierungssensiblen Identifizierung besonders schutzbedürftiger Personen wird der bereits entwickelte Leitfaden zur Gesprächsführung eingesetzt, der unter Beteiligung des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (BNS) entwickelt wurde.

Besondere Schutzbedarfe werden zuverlässig identifiziert³,

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Transparentes Verfahren zur Identifizierung besonders Schutzbedürftiger	Schaubild wurde entwickelt und wird gepflegt		
Überarbeitung der Kriterien, die einer Weiterleitung in andere Bundesländer entgegenstehen	Katalog der Härtekriterien bei Verteilentscheidung wurde überarbeitet		
Erleichterung der Identifizierung besonders Schutzbedürftige mittels Leitfaden zur Gesprächsführung	Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Leitfaden anwenden		

2.4 Maßnahmen zu Teilziel 2.4.: In die Belegungssteuerung werden partizipative und zielgruppenorientierte Elemente aufgenommen

Die Leistungs- und Qualitätsbeschreibung, welche ein Bestandteil der Vergabeunterlagen für die Auswahl von Betreiberinnen und Betreiber von Flüchtlingsunterkünften ist und als Anlage zum Betreibervertrag Verbindlichkeit erlangt, wird um sog. Empowerment-Maßnahmen zur

³ Datenbasis: Dokumentation LAF

Förderung der aktiven Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern ergänzt⁴. Dadurch wird die aktive Mitwirkung der Geflüchteten an der Regelung des gemeinschaftlichen Lebens sukzessive in allen Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften gestärkt.

Bei Umzügen erfolgt eine stärkere Einbeziehung der betroffenen Akteurinnen und Akteure. Der so genannte Vorplanungsprozess ist – unter Mitwirkung der involvierten Beteiligten – zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzuleiten. Nach erfolgten Umzügen sind die maßgeblichen Informationen so weit wie möglich an die Betroffenen zu kommunizieren. Die Geflüchteten werden an der Belegungssteuerung durch Befragung zu Unterkunftswünschen sowie Erhebung relevanter Sozialindikatoren unter Einbeziehung der Bewohnerräte (o. ä. nach demokratischen Prinzipien gebildeter partizipatorischer Instrumente in der Unterkunft) und Betreiberinnen und Betreiber beteiligt. Der Senat prüft alle erforderlichen Schritte, um sicherzustellen, dass Belegungsentscheidungen und insbesondere abgelehnte Unterkunftswünsche transparent begründet werden.

Es werden Maßnahmen zur Begrenzung des finanziellen Risikos der Betreiberinnen und Betreiber durch nicht ausgelastete Kapazitäten entwickelt. Eine angemessene Beteiligung der Betreiberinnen und Betreiber bei der Entwicklung dieser Maßnahmen wird gewährleistet.

In die Belegungssteuerung werden partizipative und zielgruppenorientierte Elemente aufgenommen⁵

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Aktive Mitwirkung von Bewohnerinnen und Bewohnern in Flüchtlingsunterkünften wird gestärkt	Zielgruppenorientierte Anpassung der Qualitätsanforderungen (QA)/Leistungsbeschreibung ist erfolgt		
Beeinträchtigungen der Wirtschaftlichkeit des Unterkunftsbetriebs werden minimiert	Maßnahmen zur Begrenzung des finanziellen Risikos der Betreiberinnen und Betreiber durch nicht ausgelastete Kapazitäten wurden entwickelt		

2.5 Maßnahmen zu Teilziel 2.5.: Standorte für neue Gemeinschaftsunterkünfte werden unter Wahrung gesamtstädtischer Belange und sozialraumspezifischer Aspekte sowie spezifischer Bedarfslagen bestimmt

Der Senat wird die Bezirke frühzeitig und umfassend über Entscheidungen zu neuen Standorten für Unterkünfte und bevorstehenden Änderungen der Unterkünfte (durch

⁴ Zielsetzung ist die Partizipationsförderung der untergebrachten Personen durch Ertüchtigung ihrer eigenen Kompetenzen. Das beinhaltet u. a. die Wahl von Bewohner-Vertreterinnen und -vertretern, die Mitsprache hinsichtlich der Planung von Betreuungsangeboten und -zeiten zur spezifischen Bedarfsdeckung (unter Beachtung einschlägiger Rechtsvorschriften und Flexibilisierung der Leistungsbeschreibung) sowie die Gestaltung von gesellschaftlichen Anlässen.

⁵ Datenbasis: Dokumentation LAF.

Sanierung, Erweiterung oder Aufgabe) informieren. Hierbei werden dem jeweiligen Bezirk die vorliegenden und gesicherten Informationen zu den Standorten oder Änderungen übermittelt und entsprechende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) für Rückfragen zu Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und den bezirklichen Verordneten der BVVs benannt.

Darüber hinaus wird der weitere Informationsfluss zwischen Senat und Bezirken durch regelmäßige – vom Senat organisierte – Treffen der an der Planung der Standorte und Änderungen der Unterkünfte Beteiligten auf Bezirks- und Senatsebene gesichert. Diese Treffen werden zum gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch, zum Bericht über Planungs- und Baufortschritte der Standorte/Änderungen der Unterkünfte wie auch zur Klärung von auftretenden Problemlagen bei der Umsetzung der Vorhaben und von Dissensen zwischen Bezirk und Senat genutzt. Weiterhin dienen die regelmäßigen Treffen der Abstimmung von Anwohnerversammlungen und Eröffnungen der Unterkünfte.

Bei Anwohnerversammlungen und Bürgerinformationsveranstaltungen wird durch den Senat angestrebt, ein möglichst einheitliches Veranstaltungsmodell zu etablieren, dass den jeweiligen Interessierten Platz und Raum für die Beantwortung von Fragen und die Mitteilung von eigenen Ansichten lässt. Hierbei wird vom Senat angestrebt, das so genannte „Stockholmer Modell“ zusammen mit den Bezirken umzusetzen, dass statt großen Versammlungen im „Frontcharakter“ eine aufgelockerte Atmosphäre mit Informationstischen/-ständen der einzelnen, die Bürgerinnen und Bürger interessierenden Themen bietet und das direkte Gespräch zwischen Politik, Verwaltung und Bürger- bzw. Anwohnerschaft zulässt. Darüber hinaus wird geprüft, ob „best practice“-Beispiele landesweit ausgeweitet werden können.

Es werden zielgenaue Standortanalysen zur Entwicklung von standortbezogenen Profilen mit den Besonderheiten des Sozialraums und der Unterkunftsform entwickelt. Diese Profile berücksichtigen insbesondere auch die Bedarfe besonderer Schutzgruppen (gesonderte Unterkünfte und/oder getrennte Gebäudeteile/Etagen in Unterkünften) Die betreffenden Betreiberinnen und Betreiber werden über die Standortanalysen und standortbezogenen Profile informiert, darüber hinaus werden diese Informationen in geeigneter Form Geflüchteten als Orientierung bei der Entscheidung über favorisierte Unterkünfte zugänglich gemacht. Es wird geprüft, ob die Kriterien für Standorte um infrastrukturelle Rahmenbedingungen erweitert werden können, sofern dadurch die Sicherstellung ausreichender Unterbringungskapazitäten nicht beeinträchtigt wird.

Es wird angestrebt, Gemeinschaftsunterkünfte für geflüchtete Frauen sowie mit einem hohem Anteil an Familien vorrangig in räumlicher Nähe zur versorgungsrelevanten Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Schulen, Kindertagesbetreuung, Arztpraxen) und Gemeinschaftsunterkünfte für queere Geflüchtete vorrangig in einem LSBTI-freundlichen Umfeld/Sozialraum zu errichten bzw. zu betreiben. Es wird ferner angestrebt, Geflüchtete mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen und traumatisierte Geflüchtete vorrangig in räumlicher Nähe zu medizinischen Einrichtungen, einschlägigen Arztpraxen und Therapiemöglichkeiten unterzubringen. Dies setzt eine Übersicht über bestehende Therapieangebote und Berücksichtigung in der Sozialraumanalyse voraus.

Die integrationsfördernden Angebote sowohl innerhalb als auch im Umfeld einer Unterkunft werden nach den unterschiedlichen Schutzbedarfen differenziert. Es wird geprüft, ob die soziale Mischung sowohl im Stadtgebiet als auch in der jeweiligen Unterkunft fokussiert gesteuert werden kann bzw. ob die Angebote entsprechend angepasst werden können.

Neue Strukturen, die im Zusammenhang mit der Errichtung bzw. Inbetriebnahme einer Flüchtlingsunterkunft entstehen (z. B. Spielplätze oder integrierte Kindergärten), werden

nach Möglichkeit sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner als auch die Anwohnerinnen und Anwohner zugänglich gemacht. In der Praxis bewährte Ansätze wie Elterncafés, Stadtteilbegleitungen und Integrationsbegleitung werden unterstützt. Die Abgrenzung der Areale der Einrichtungen zur Umzäunung wird standortspezifisch der Notwendigkeit und der Höhe nach geprüft. Auf eine Umzäunung wird nach Möglichkeit verzichtet, sofern weder Sicherheitsbelange der Bewohnerinnen und Bewohner noch berechnigte Interessen der Anwohnerschaft entgegenstehen.

Die Leistungsbeschreibung des Betriebs von Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften wird um die Verpflichtung ergänzt, die soziale Interaktion zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und der umliegenden Wohnbevölkerung zu unterstützen, sofern ein derartiger Austausch von allen Betroffenen gewünscht wird.

Der Senat prüft, inwieweit integrationsfördernde Modellprojekte, in denen Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete in einem Objekt, welches zum Teil weiterhin als Unterkunft genutzt wird, leben, gefördert werden kann.

Es wird unter Einbeziehung des Willkommenszentrums Berlin sowie der bezirklichen Integrationsbeauftragten geprüft, ob über ein Online-Portal transparent, umfassend und landesweit über bestehende integrationsfördernde Angebote (einschließlich Beratung) informiert werden kann. Es wird eine gebündelt, nutzerspezifisch und barrierearm abrufbare Nutzung im Internet angestrebt. Stadtteilzentren, Vereine, Netzwerke und Nachbarschaften werden zur Informationsstreuung und Vernetzung einbezogen.

Bei der Planung und Ausgestaltung neuer Unterkünfte sind (sowohl in Innen- als auch Außenbereichen) Bereiche, die – etwa aufgrund mangelnder oder unzureichender Beleuchtung, nicht einsehbarer Nischen o. ä. – keine ausreichende persönliche Sicherheit vermitteln, zu vermeiden und soweit diese in bereits betriebenen Einrichtungen noch bestehen – nach Maßgabe der baulichen Gegebenheiten – soweit wie möglich zu beseitigen (z. B. durch eine helle Ausleuchtung).

Standorte für neue Gemeinschaftsunterkünfte werden unter Wahrung gesamtstädtischer Belange und sozialraumspezifischer Aspekte sowie spezifischer Bedarfslagen bestimmt ⁶

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Bezirke werden frühzeitig und umfassend über Standortauswahl/Änderungen der Unterkünfte informiert	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die laufenden Standorte sind den Bezirken bekannt		
Informationsfluss wird durch regelmäßige Treffen zwischen Senat und Bezirken gesichert	Regelmäßige Gespräche zwischen Senat und Bezirken sind implementiert und werden durchgeführt		
Für die Anwohnerinnen- und Anwohnerversammlungen und die Bürgerinnen- und Bürgerversammlungen wird ein einheitliches Konzept angestrebt	Senat und Bezirke haben sich auf ein einheitliches Konzept geeinigt und führen dieses gemeinsam durch		
Standortauswahl erfolgt unter Berücksichtigung integrationsrelevanter und infrastruktureller Faktoren	Kriterien für die Standortwahl wurden um infrastrukturelle Rahmenbedingungen ergänzt		
Soziale Kontakte zwischen GU-Bewohnerinnen und -Bewohnern und Nachbarschaft werden gefördert	Anpassung der Leistungsbeschreibung bzgl. Unterstützung bei der sozialen Interaktion mit dem Umfeld – soweit gewünscht – ist erfolgt		
Landesweite Information über integrationsfördernde Angebote wird vorgehalten	Online-Infoportal wurde eingerichtet		
Frühzeitige und umfassende Beteiligung aller fachlich betroffenen Stellen bei der Standortwahl wird sichergestellt	Gemeinsames Gremium für die Abstimmung der Standortwahl wurde etabliert		

2.6 Maßnahmen zu Teilziel 2.6.: Geflüchtete werden zielgruppenorientiert und im Rahmen eines integrativen Konzepts untergebracht

Die Bedarfslagen besonders schutzbedürftiger Personengruppen werden durch die zuständigen Behörden und einschlägigen Organisationen sowie Beratungsstellen erhoben. Sie werden bei den Unterkunftsplätzen und den Vorgaben für die Betreuung in der Leistungsbeschreibung berücksichtigt. Dabei wird auch verwaltungsexterner Sachverstand einbezogen.

⁶ Datenbasis: Dokumentation LAF

Der Senat wird prüfen, ob Regelstrukturen wie bezirkliche Beratungs- und Stadtteilzentren finanziell abzusichern und auszubauen sind, z. B. durch die Beschäftigung zusätzlicher Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Die Objektstrategie (einschließlich Betreuungsschlüssel und Personalausstattung) wird an zielgruppenspezifische Bedürfnisse (z. B. besonders schutzbedürftige Personen) nach Maßgabe des Betreuungs- und Beratungsbedarfs einerseits und einer selbstbestimmten Lebensführung in der Einrichtung andererseits angepasst. Hierzu erfolgt eine differenzierte Kategorisierung der Unterkünfte und Betreuungskonzepte mit entsprechender Berücksichtigung in den Qualitätsanforderungen/der Leistungsbeschreibung im Rahmen von Vergabeverfahren. Weiterhin wird die Zusammenarbeit zwischen den Betreiberinnen und Betreibern und den Interessenvertretungen der jeweiligen Zielgruppen intensiviert.

Geflüchtete werden zielgruppenorientiert und im Rahmen eines integrativen Konzepts untergebracht⁷

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Bedarflagen bes. schutzbedürftiger Geflüchteter werden berücksichtigt	Zielgruppenorientierte Anpassung der Leistungsbeschreibung (bzgl. Betreuung) ist erfolgt		
Ausbau und Absicherung von Regelstrukturen	Maßnahmen zur finanziellen Absicherung und zum Ausbau der Beratungs- und Stadtteilzentren wurden umgesetzt		

2.7 Maßnahmen zu Teilziel 2.7.: Eine angemessene Personalausstattung in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften wird sichergestellt

Betreiberinnen und Betreiber werden im Rahmen des Abschlusses des Betreibervertrags zur Vorlage eines Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzepts verpflichtet. Dieses Konzept muss vom Land Berlin definierte Bausteine enthalten, die sowohl feststehend (z. B. Fortbildungsveranstaltungen zu einzelnen besonders schutzbedürftigen Gruppen einschließlich LSBTI und religiöse Minderheiten) als auch variabel ausgestaltet sind und die Supervision beinhalten.

Es wird geprüft, ob diese Vorgabe auf das gesamte vom Betreiber und vom Sicherheitsdienstleistungsunternehmen eingesetzte Personal und beauftragte Externe ausgeweitet werden kann. Darüber hinaus wird geprüft, ob der zeitliche Umfang der verpflichtenden und qualitätsgesicherten Fortbildungsmaßnahmen von derzeit drei Fortbildungstagen erhöht werden kann.

Die Eignungskriterien bei der Auswahl und der Beschäftigung des Einrichtungspersonals werden hinsichtlich einer flexibleren Anwendung unter Beachtung vergaberechtlicher Anforderungen über die bereits umgesetzte Erleichterung des Quereinstiegs durch Anerkennung von Jahren der Berufserfahrung geprüft. Mit der Flexibilität wird eine stärkere Gewichtung von Erfahrungen bei Quereinstiegen sowie interkulturelle-, Sprachen- und

⁷ Datenbasis: Dokumentation LAF, SenIAS/Bezirksämter

Diversity-Kompetenz verbunden. Darüber hinaus prüft der Senat, inwieweit berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen für „Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger“ durchzuführen sind.

Es wird eine verpflichtende und konkrete Regelung der Meldekette zwischen den Betreiberinnen und Betreibern und dem LAF bei Personalwechseln in der Unterkunft festgelegt. Diese Regelung muss – soweit es die Personalsituation zulässt – auch den notwendigen Wissenstransfer und eine Schnittstelle zum LAF beinhalten.

In den Leistungsbeschreibungen (Betrieb und Sicherheit) werden Aufgaben und Kompetenzen der Betreiberinnen und Betreiber und des Sicherheitsdienstleistungsunternehmens eindeutig definiert. Diese Darstellung muss insbesondere auch eine klare Abgrenzung zueinander sowie die Weisungsbefugnis der Betreiberinnen und Betreiber gegenüber dem Sicherheitsdienstleistungspersonal beinhalten.

Weiterhin gehören hierzu verbindliche Kompetenzanforderungen für die eingesetzten Sicherheitsdienstleistungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter u. a. im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Geflüchteten (siehe Anforderung aus der EU-Aufnahmerichtlinie), zum Gewaltschutz, insbesondere Frauen- und Kinderschutz sowie Schutz von LSBTI und der interkulturellen und Diversity Kompetenz.

In jeder Unterkunft soll jederzeit – entweder vor Ort oder an anderer Stelle eine Ansprechperson für Notfälle und dringliche Beschwerden (zumindest fernmündlich) erreichbar sein. Dazu gehört nach Möglichkeit auch eine weibliche Ansprechperson.

Eine angemessene Personalausstattung in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften wird sichergestellt⁸

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Verfahren bei Personalgewinnung, -fluktuation und -besetzung wird optimiert	Personalentwicklungs- und Fortbildungskonzepte liegen vor		
	Qualitätsanforderungen lassen bei gleichzeitiger Qualitätssicherung Einzelfallentscheidungen zu		
Einheitliche Meldekette in allen Unterkünften	Meldekette und Vorgaben zum Wissenstransfer sind definiert und werden bei Personalwechsel umgesetzt.		
Trennscharfe Aufgabenabgrenzung in Unterkünften	Leistungsbeschreibungen zu Betreiber- und Sicherheitsdienstleistungsvertrag sind bzgl. Aufgaben der Sicherheitsdienste angepasst		

2.8 Maßnahmen zu Teilziel 2.8.: Die Bedarfe besonders schutzbedürftiger Personengruppen werden bei der Unterbringung berücksichtigt

Es werden nachhaltige Anstrengungen unternommen, um ausreichende Kapazitäten für die bedarfsgerechte Unterbringung und Versorgung der besonders schutzbedürftigen Geflüchteten zu schaffen. In Abstimmung mit der für den Geschäftsbereich Frauen zuständigen Senatsverwaltung beinhaltet dies auch die Prüfung der Einrichtung zusätzlicher Wohnformen für allein reisende Frauen sowie Frauen mit minderjährigen Kindern mit Anbindung an den Sozialraum (queerfreundlich/medizinische Versorgung/Kindertagesstätten/Schule/ Polizei). Gleiches gilt auch für LSBTI Geflüchtete.

Der Senat prüft, inwieweit die Qualitätsstandards und die Leistungsbeschreibung für Aufnahmeeinrichtungen/Gemeinschaftsunterkünfte hinsichtlich der Berücksichtigung von Bedarfslagen der vorgenannten Personengruppen fortentwickelt werden. Dies kann – abhängig von den individuellen Gegebenheiten der jeweiligen Unterkunft (z. B. Größe/Kapazität, Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft usw.) – insbesondere folgende Aspekte umfassen:

- Unterkünfte mit kleinerer Kapazität,
- Gewährleistung ausreichender Privatsphäre und des Rechts auf Selbstbestimmung möglichst durch abgeschlossene Wohneinheiten mit eigener Küche und Sanitärraum,
- Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für besonders schutzbedürftige Geflüchtete je nach Bedarfsgruppe,
- nach Geschlechtern getrennte Wohn- und Sanitärbereiche (einschließlich Möglichkeiten, transgeschlechtlichen Personen sicheren und diskriminierungsfreien Zugang zu Sanitärbereichen zu ermöglichen),

⁸ Datenbasis: Dokumentation LAF

- Betreuung/Vermittlung in das Regelsystem sowie Sprachkurs- und Bildungsangebote,
- Aufenthaltsräume sowie Beratungs-, Ruhe-, Untersuchungs- und Behandlungsraum sowie „Raum der Stille“,
- qualifiziertes und hinsichtlich der Geschlechter an die untergebrachten Personengruppen angepasstes Sicherheitsdienstleistungspersonal,
- Unterbringung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften sowie die Einrichtung von Notfallplätzen.

Personengruppenübergreifend sind sowohl der Zugang zu der Unterkunft selbst als auch zu den gemeinschaftlich genutzten Bereichen sicher auszugestalten, so dass u. a. durch ausreichende Beleuchtung keine „Angsträume“ entstehen.

Für die bedarfsgerechte Unterbringung von Kindern ist zu prüfen, ob folgende Qualitätsanforderungen umgesetzt werden können:

- abgeschlossene Wohneinheiten für Familien einschließlich Sanitäranlagen und eigenen Kochmöglichkeiten, soweit dies im Rahmen der einschlägigen bundesgesetzlichen Vorschriften zulässig ist,
- Bereithaltung von altersgerechten betreuten Aufenthalts- und Rückzugsräumen für Kinder und Jugendliche,
- Angebote für Hausaufgabenhilfe einschließlich geeigneter Räumlichkeiten,
- betreute Kinder- und Jugendräume,
- Elternbildung in den Unterkünften,
- Kinderbetreuung nach Betreuungsschlüssel 1:10⁹,
- kindgerechte Ausstattung der Unterkünfte mit kinderfreundlichem Mobiliar in zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten (Kinderbetten usw.),
- entsprechenden Vorrichtungen in Sanitäranlagen (wie u. a. Wickeltische) sowie
- Bereithaltung von entsprechender Kindernahrung.

In den Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ist den Erfordernissen des Kinderschutzes zu entsprechen. Für jede Einrichtung ist eine Kinderschutzbeauftragte/ein Kinderschutzbeauftragter und für jede Betreiberin/jeden Betreiber eine qualifizierte und insoweit erfahrene Fachkraft zu benennen, alternativ muss die Betreiberin/der Betreiber eine verbindliche Kooperation mit einem auf Kinderschutz spezialisierten Berliner Träger vereinbaren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterkünften sind zu Belangen des Kinderschutzes durch das mobile Schulungsteam Kinderschutz fortzubilden. Ferner ist es sinnvoll, ein Verfahren zum Umgang mit Verdachtsfällen von Kindeswohlgefährdung festzulegen.

Der Senat prüft in Abstimmung mit der für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) zuständigen Senatsverwaltung, die Schaffung eigener, bedarfsgerecht ausgestatteter Wohngruppen für junge Erwachsene (18. – 21. Lebensjahr), die aus einer Einrichtung der Jugendhilfe entlassen werden, einschließlich bedarfsgerechtem Betreuungsangebot. Das

⁹ Für Kinder von Geburt bis zum Schuleintrittsalter gilt als Empfehlung ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 7 (in Anlehnung an das Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) und bei Schulkindern ein Betreuungsschlüssel (analog für Hort-kinder) von 1 zu 22 empfohlen.

„Empowerment“¹⁰ wird für besonders schutzbedürftige Geflüchtete einschließlich Kinder gefördert.

Geflüchtete mit Behinderung und chronischen Erkrankungen werden (wenn möglich zentrumsnah, mindestens aber) bedarfsgerecht untergebracht. Das betrifft insbesondere folgende Aspekte: barrierefreie Unterkünfte¹¹, Lotsinnen und Lotsen für sinnesbeeinträchtigte Menschen, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort sowie Meldekette, Berücksichtigung der Belange behinderter Bewohnerinnen und Bewohner im Betreuungskonzept, mit Anbindung an den Sozialraum.

In Abstimmung mit der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung werden traumatisierte und psychisch erkrankte Geflüchteten bedarfsgerecht untergebracht. Das betrifft insbesondere die Überprüfung, ob folgende Aspekte angemessen berücksichtigt werden: vorzugsweise Unterbringung in separaten Wohneinheiten einschließlich Sanitärbereich und Kochgelegenheit, Berücksichtigung des erhöhten Betreuungs- und Beratungsbedarfs, Angliederung an psychosoziale, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgungsangebote, gesonderte Unterkünfte für suchterkrankte Menschen, medizinisch qualifizierte Sprachmittlung.

LSBTI Geflüchteten werden – auch jenseits der queeren Unterkunft – bedarfsgerecht untergebracht. Wenn möglich, soll auf Wunsch eine Unterbringung in separaten Wohneinheiten einschließlich Sanitärbereich und Kochgelegenheit erfolgen. Darüber hinaus ist der erhöhte Betreuungs- und Beratungsbedarf zu berücksichtigen, insbesondere eine sensibilisierte und diskrete Betreuung zu gewährleisten und Schutz vor Übergriffen durch andere Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft zu bieten. Ferner ist eine gute Anbindung an Angebote zur Unterstützung der psychischen und somatischen Gesundheit mit spezifischer Ausrichtung für LSBTI-Personen herzustellen.

Die Bedarfe bes. schutzbedürftiger Personengruppen werden bei der Unterbringung berücksichtigt¹²

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Bedarfsgerechte Unterbringung und Betreuung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten in Unterkünften wird gewährleistet	Qualitätsstandards und Leistungsbeschreibung ist hinsichtlich Bedarfe bes. schutzbedürftiger Personen fortgeschrieben		

2.9 Maßnahmen zu Teilziel 2.9.: Das Kontroll- und Beschwerdemanagement wird ausgebaut

Zur Einführung eines unabhängigen Beschwerdemanagements und der damit verbundenen Etablierung gültiger, transparenter Qualitätsstandards sowie effektiver Ombuds- und Beschwerdesysteme wird durch die Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement ein

¹⁰ Datenbasis: Dokumentation LAF

¹¹ hier und im Folgenden ist mit „barrierefrei“ die Barrierefreiheit im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention gemeint: dies bedeutet über die Zugänglichkeit hinaus vollumfassende Barrierefreiheit

¹² Datenbasis: Dokumentation LAF

Pilotprojekt in Unterkünften für die Unterbringung von Geflüchteten über eine Laufzeit von sechs bis zwölf Monaten gestartet. Dieses Pilotprojekt beinhaltet den Einsatz eines mobilen Monitoringteams mit muttersprachlichen Vertrauenspersonen, welche in Zusammenarbeit mit den Betreiberinnen und Betreibern die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkünfte über ihre Rechte und Beschwerdemöglichkeiten weiterführend aufklärt, Hinweise zur Qualitätsverbesserung erfragt und mehrsprachige Beschwerde-Sprechstunden anbietet. Die dokumentierten Beschwerden werden nach Möglichkeit bereits vor Ort mit den Betreiberinnen und Betreibern geklärt oder zur Klärung an das LAF oder andere zuständige Behörden weitergeleitet.

Darüber hinaus wird von einer Koordinierungsstelle das Pilotprojekt Beschwerdemanagement nach außen repräsentiert, welche die Beschwerden dokumentiert und monatliche Berichte erstellt, die Einsätze des mobilen Monitoringteams koordiniert und die für die fachliche Fortbildung der Vertrauenspersonen verantwortlich ist.

Ein Beirat bestehend aus dem Projektträger (GFBM – mit mobilem Monitoringteam), der Koordinationsstelle Flüchtlingsmanagement der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, der Flüchtlingskoordination der beteiligten Bezirke, den Betreiberinnen und Betreibern der am Pilotprojekt beteiligten Unterkünfte, der Alice-Salomon-Hochschule als wissenschaftliche Begleitung, dem LAF sowie weiterer Expertinnen und Experten aus der Frauenhauskoordination und von Selbstorganisationen von Geflüchteten begleitet die Umsetzung des Pilotprojektes und widmet sich den Aufgaben der Projektevaluation und der Ergebnisauswertung.

Nach Abschluss des Pilotprojektes und der Vorlage der Evaluationsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung wird ein niedrigschwelliges, unabhängiges Beschwerdemanagement in den Unterkünften des LAF etabliert. Unberührt hiervon bleibt den Bewohnerinnen und Bewohnern die Option, sich mit Beschwerden direkt an die zuständige Stelle des LAF zu wenden. Das dort bestehende Beschwerdemanagement wird mit dem Ziel fortentwickelt, ein niedrigschwelliges und kundenorientiertes Angebot (d. h. mehrsprachig und Anonymität gewährleistend) vorzuhalten und ein transparentes, effizientes und wirksames Verfahren bei der Prüfung eingehender Beschwerden und der ggf. zu veranlassenden Maßnahmen einschließlich statistischer Aufbereitung zu gewährleisten.

Das Kontroll- und Beschwerdemanagement wird ausgebaut¹³

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Pilotprojekt zur Einführung eines unabhängigen, transparenten Beschwerdemanagements	Abschluss des Pilotprojektes und Übernahme der Ergebnisse für die Etablierung eines flächendeckenden, unabhängigen, transparenten Beschwerdemanagements in den Unterkünften des LAF		
Gewährleistung eines effektiven und transparenten Kontroll- und Beschwerdemanagement	Ein unabhängiges Beschwerdemanagement wurde eingerichtet		
	Die Konzeption für einen „Unterbringungs-Check“ wurde als Kontrollmanagement erstellt		

2.10 Maßnahmen zu Teilziel 2.10.: Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete

Bei neuen Wohnungsbauprojekten wird angestrebt, einen Anteil dieser Wohnungen für geflüchtete Menschen und andere wohnungslose Menschen zur Verfügung zu stellen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Bedarf an Wohnraum für Familien ab einer Größe von fünf und mehr Personen.

Bei der Errichtung der Modularen Unterkünfte für Geflüchtete (MUF) laut dem Beschluss vom 27. März 2018 wird an einigen Standorten geprüft, inwieweit statt der Errichtung eines baulichen MUF, dem Wohnungsbauprojekt entsprechende Wohnhäuser errichtet werden können, die dann als Unterkunft für das LAF dienen. Diese Wohnhäuser würden den umgebenden Gebäuden des Wohnungsbauprojekts entsprechen, somit nicht als Unterkunft erkennbar. Die Räume dieser Wohnungen würden wie in einer Gemeinschaftsunterkunft belegt werden, solange die Nutzung als Unterkunft besteht.

Darüber hinaus wird geprüft, inwieweit in den Objekten selbst integratives Wohnen (Geflüchtete mit anderen Bedarfsgruppen) ermöglicht werden kann.

Wohnen verschiedener Personengruppen „unter einem Dach“ fördert die soziale Integration von Geflüchteten. Die modularen Unterkünfte, die keinen baurechtlichen Nutzungsbeschränkungen unterliegen, werden perspektivisch in der Nachnutzung dem Wohnungsmarkt, insbesondere den Bedarfsgruppen des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt. Dabei ist bei der Nachnutzung ebenfalls davon auszugehen, dass die Wohnungen zum Teil an Menschen mit Fluchthintergrund vermietet werden.

Durch die Konzeption neuer, innovativer Wohnformen, die sich möglichst kleinteilig in ein größeres Neubauvorhaben oder das städtische Umfeld integrieren, wird ein erweitertes Angebot an geeignetem Wohnraum angestrebt. Modellprojekte im Rahmen des Experimentellen Wohnungsbaus werden unterstützt, um durch Neubau ein Angebot für diese

¹³ Datenbasis: Dokumentation LAF, SenIAS

innovativen Wohnformen zu schaffen. Ziel ist die Herbeiführung einer sozialen Mischung in einem Bauvorhaben durch Wohnraum für Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete (z. B. Studierende).

Die geförderten Modellprojekte sollen die besonderen Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen (z. B. Betreuung durch soziale Träger, Gemeinschaftsräume, große Wohnungen für große Familien) in ihrem Raumprogramm integrieren und baulich umsetzen und eine flexible Grundrissgestaltung ermöglichen. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA), Teilprogramm „Experimenteller Geschosswohnungsbau“, soll ein Betrag von 3,5 Millionen Euro umgewidmet werden, um Modellvorhaben zu unterstützen.

Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Schaffung von Neubau durch innovative Wohnformen	Die Zahl unterstützter Modellprojekte im Rahmen des Experimentellen Wohnungsbaus wächst		

2.11 Maßnahmen zu Teilziel 2.11.: Der Zugang zum Wohnungsmarkt für Geflüchtete wird verbessert

Im Mietsachgebiet des LAF wird ein kontinuierliches Qualitätsmanagement implementiert. Ziel ist eine kompetente Beratung wohnungssuchender Geflüchteter in der leistungsrechtlichen Zuständigkeit des LAF anzubieten und den Arbeitsprozess zu optimieren, um Verzögerungen bei der Prüfung des Mietgesuchs zu vermeiden, die ggf. zum Verlust von Wohnungsangeboten führen können.

Darüber hinaus werden Verbesserungen bei der Kommunikation und dem Zusammenwirken mit den städtischen Wohnungsunternehmen angestrebt, um das Verwaltungsverfahren beim Wohnungsbezug zu beschleunigen.

Es wird geprüft, ob die Akquise von Wohnraum und somit von Wohnungsangeboten einschließlich Beratung (auch für Vermieterinnen und Vermieter) wirksamer aufgestellt werden kann. Dafür kommt alternativ die Wahrnehmung dieser Aufgabe im Mietsachgebiet des LAF oder die Vergabe an eine externe Dienstleisterin oder einen externen Dienstleister in Betracht. Angestrebt wird die Öffnung dieses Angebots auch für Wohnungssuchende ohne Fluchtbiografie.

Anfang 2018 initiierte der Senat einen Runden Tisch „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung geflüchteter Menschen, der zunächst bis zum Herbst 2018 in regelmäßigen Abständen tagt. An diesem Runden Tisch versammeln sich neben der Verwaltung und Behörden, in der Wohnraumvermittlung für Geflüchtete tätige Initiativen, Projekte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Unterstützt wird der Runde Tisch durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie durch die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.

Dieser Runde Tisch beschäftigt sich unter anderem mit der Gewinnung von neuen Vermieterinnen und Vermietern für die Zielgruppe der Geflüchteten. Neben den

Wohnungsbaugenossenschaften werden darüber hinaus weitere private Vermieterinnen und Vermieter angesprochen, z. B. durch konkrete Unterstützungsangebote für die Vermieterinnen und Vermieter.

In den regelmäßigen Treffen sollen Handlungsbedarfe infolge struktureller und unmittelbarer Diskriminierung am Wohnungsmarkt eruiert werden, aus denen sich Maßnahmen zur Unterstützung der Betroffenen ableiten lassen.

In der Zusammenarbeit mit der städtischen und privaten Wohnungswirtschaft sind folgende Maßnahmen beabsichtigt:

- Rechtmäßige und zweckmäßige Umsetzung der Neufassung der AV-Wohnen ab dem 01.01.2018, hierzu ist eine Stärkung der Kompetenz auf Vollzugsebene (z. B. bei den Wohnungsgesellschaften) erforderlich,
- Fortentwicklung des Kooperationsvertrags „Wohnungen für Flüchtlinge“ – WfF,
- Gewinnung weiterer Partnerunternehmen für den Beitritt zum WfF einschließlich privater und kirchlicher Wohnungsunternehmen,
- Verbesserung des Zugangs Geflüchteter zu Wohnungen in ihren Sozialräumen in Anlehnung an das „best practice“-Beispiel der Kooperationsvereinbarung zwischen der degewo und den Gemeinschaftsunterkünften/Betreibern,
- Kooperationsprojekte zwischen WBG und sozialen Trägern (z. B. „Probewohnen“ Lübeck) in Anlehnung an diesbezüglich Forschungsprojekte auf Bezirksebene,
- Einführung eines Generalmietermodells im LAF zur Akquise geeigneten Wohnraums,
- Prüfung, ob Wartelisten für Wohnungen bei den Wohnungsbaugesellschaften eingeführt werden können,
- Beteiligung der vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband e. V. (DPW) beauftragten Agentur Inklusiv Wohnen (STATTAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH), um die Kooperation zwischen sozialen Trägern und Vermieterinnen und Vermietern auszuweiten,
- Prüfung, ob die Regelung im WfF zu Ausfallgarantien auf andere Vermieterinnen und Vermieter (z. B. Genossenschaften) ausgedehnt werden kann.

Die Ausführungsvorschriften zu § 27 Abs. 2 Gesetz über die soziale Wohnraumförderung (Wohnraumförderungsgesetz – WoFG) werden hinsichtlich der Einbeziehung weiterer Personengruppen (Asylbegehrende, Geduldete) überprüft.

Die Einrichtung eines „Akut-Segments“ im Geschützten Marktsegment (GMS) – etwa bei Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) oder bei Familiennachzug – wird in Anlehnung an Projekte wie die Stiftung „Wohnbrücke Hamburg“ geprüft.

Die Vergabe einer externen Dienstleistung zur Erstellung von Studien zu Erfahrungen bei der Vermietung an Geflüchtete sowie zur Situation geflüchteter Kinder, Frauen und alleinstehender Männer nach Wohnungsbezug wird geprüft. Zielsetzung ist, Vermietungshemmnissen aufgrund von vorurteilsbehafteten bzw. diskriminierenden Einstellungen entgegen zu wirken, auch durch Begleitung von Geflüchteten bei Wohnungsbesichtigungen.

Der Zugang zum Wohnungsmarkt für Geflüchtete wird verbessert¹⁴

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Erleichterter Zugang für Geflüchtete zum Wohnungsmarkt	Die Vergabe einer externen Dienstleistung zur Akquise von Wohnraum einschließlich Beratung (auch für Vermieterinnen und Vermieter) wurde geprüft		
	Kooperationen mit Wohnungsunternehmen wurden ausgebaut		
	Generalmietermodell im LAF wurde geprüft		
	Rechtsauslegung des § 27 Abs. 2 WoFG: Einbeziehung weiterer Personengruppen in die WBS-Berechtigung wurde geprüft		
	Vermittlungshemmnisse werden durch die am Runden Tisch „Alternativen für öffentliche Unterbringung geflüchteter Menschen“ erarbeiteten Maßnahmen schrittweise abgebaut.		
Chancengleichheit für Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund am Wohnungsmarkt	Handlungsbedarfe, die sich aus struktureller und direkter Diskriminierung ergeben, wurden erarbeitet		

2.12 Maßnahmen zu Teilziel 2.12.: Die Unterstützungs- und Beratungsstrukturen werden ausgebaut

Es wird ein landesweites Konzept für den Aufbau professioneller, bezirklicher Bearbeitungsstrukturen unter Einbeziehung der Erfahrungen beratend tätiger zivilgesellschaftlicher/ehrenamtlicher Stellen erstellt. Die Beratungsangebote haben neben den Themen Wohnungssuche und -bezug auch weitergehende Aspekte im Sinne einer allgemeinen Sozialberatung zu umfassen und sind sowohl für bereits in Wohnungen lebende Geflüchtete als auch Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften ohne eigene Sozialberatung zugänglich.

Das Konzept soll auch eine trennscharfe Aufgabenabgrenzung zwischen behördlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern leisten. Konzeptioneller Ansatz ist es, in allen Bezirken (unabhängige) Beratungsstellen einzurichten, die ggf. individuelle Begleitung bei der Wohnungssuche anbieten können (z. B. durch Ehrenamtliche), einschließlich

¹⁴ Datenbasis: Dokumentation LAF

bedarfsgerechter Sprachmittlung und einer juristisch qualifizierten Mieterberatung für bereits in Wohnungen lebende Geflüchtete.

In Ergänzung zu den Angeboten persönlicher Beratung wird ein allgemeingültig und mehrsprachig ausgestaltetes Online-Informationsportal einschließlich Beratung zum Umgang mit Diskriminierungsfällen und Verweis auf bezirkliche Beratungsstellen unter Beteiligung von Migrantenorganisationen erstellt.

Es wird geprüft, wie Geflüchtete wirksam(er) vor unseriösen/betrügerischen Mietangeboten und kriminellen Machenschaften geschützt werden können (z. B. durch gezielte Aufklärung/Beratung, Info-Flyer u. a.). Dies umfasst auch die Aufklärung Wohnungssuchender zu möglichen Gefahren (wie erhöhte Kautions u. ä.) im Rahmen der allgemeinen Beratung wohnungssuchender Geflüchteter. Angestrebt wird eine juristisch qualifizierte Rechtsberatung, die eine Hilfestellung gegen Vermittlungs-Betrug, Wuchermieten, schwere Wohnungsmängel usw. bietet und dabei unterstützt, die gebotenen Maßnahmen einzuleiten. In Diskriminierungsfällen wird auf das bereits bestehende Beratungsangebot der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt hingewiesen.

Der Senat prüft, ob eine Expertise zum Thema „Problemimmobilien“ mit dem Ziel der Erstellung eines Handlungsleitfadens im Auftrag gegeben wird.

Die Unterstützungs- und Beratungsstrukturen werden ausgebaut¹⁵

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Landesweites einheitliches Beratungsangebot für Geflüchtete	Bestandsaufnahme der vorhandenen Beratungsinfrastruktur liegt vor		
	Online-Informationsportal wurde erstellt		
Schutz vor unseriösen Wohnungsangeboten	Schutzmaßnahmen gegen unlautere Machenschaften wurden entwickelt		
Einheitliches Vorgehen bei „Problemimmobilien“	Expertise zum Thema „Problemimmobilien“ wurde in Auftrag gegeben		

2.13 Maßnahmen zu Teilziel 2.13.: Zielgruppenorientierte Unterstützung wohnungssuchender Geflüchteter

Beratungsangebote für wohnungssuchende Geflüchtete sollen die spezifischen Belange besonderer Personengruppen (besonders schutzbedürftige Geflüchtete einschließlich besonders Schutzbedürftige, LSBTI und religiöse Minderheiten, gewaltbetroffene Frauen u. a.) berücksichtigen. Mit dem Runden Tisch „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung geflüchteter Menschen werden darüber hinaus Handlungsempfehlungen für Maßnahmen erarbeitet, die zielgerichtet den Zugang zum Wohnungsmarkt für die jeweilige Gruppe der Betroffenen in der für ihre Bedarfslagen passenden Form erleichtert. Dies schließt neben der Bereitstellung von passenden Wohnungsangeboten die Bedarfe der sozialen Infrastruktur, den Zugang zu medizinischer Regelversorgung, die Barrierefreiheit und die Etablierung von individuelle Wohnformen, Wohngruppen und Wohngemeinschaften mit ein.

Es wird geprüft, wie diese Personengruppen bei der Wohnungssuche über die allgemein vorgehaltenen Angebote hinaus gezielt unterstützt werden können (mögliche Instrumente: Landesförderprogramm Experimenteller Wohnungsbau, gezielte Trägerförderung bzw. Öffnung von Trägern für die Zielgruppe der Geflüchteten, Begleitung bei der Wohnungssuche, Wohngebietspartnerschaften).

Die Option wird geprüft, die Agentur INKLUSIV WOHNEN¹⁶ in die Wohnraumversorgung Geflüchteter einzubeziehen, indem die Kooperation zwischen sozialen Trägern und Vermieterinnen und Vermietern ausgeweitet wird.

¹⁵ Datenbasis: Dokumentation LAF/Bezirksämter.

¹⁶ Die Agentur INKLUSIV WOHNEN wurde 2017 zur Unterstützung der Sozialen Träger bei der Versorgung von bedürftigen Personen mit Wohnungen gegründet und wird im Auftrag des paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin von der STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft betrieben. Ihre Aufgaben bestehen im Wesentlichen in der Vermittlung zwischen Sozialen Trägern und der Wohnungswirtschaft, in der Erstberatung Sozialer Träger zu fachlich relevanten Themen im Zusammenhang mit der Wohnungsvermittlung und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Zielgruppenorientierte Unterstützung wohnungssuchender Geflüchteter¹⁷

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Wohnraumversorgung bes. schutzbedürftiger Geflüchteter	Beratungsangebote sind auch auf bes. schutzbedürftige Geflüchtete ausgerichtet		
	Instrumente zur Unterstützung bei der Wohnungssuche wurden entwickelt		
	Einbeziehung der Agentur INKLUSIV WOHNEN des Paritätischen, Ausweitung der Kooperation zwischen sozialen Trägern und Vermieterinnen und Vermietern		
	Handlungsempfehlungen für zielgerichtete Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zum Wohnungsmarkt und zu alternativen Wohnformen wurden erarbeitet		

2.14 Maßnahmen zu Teilziel 2.14.: Die Zusammenarbeit zwischen behördlichen und externen Akteurinnen und Akteuren wird intensiviert

Es wurde der Runde Tisch „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung geflüchteter Menschen“ für einen ersten Austausch der für Integration und Soziales bzw. Wohnen zuständigen Senatsverwaltungen sowie der Sozialbehörden mit den relevanten zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteurinnen und Akteuren mit dem Ziel der Identifikation von Optimierungspotenzialen bei der Wohnraumversorgung Geflüchteter und der Unterstützung der Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, Fair mieten – Fair wohnen sowie der Koordinationsstelle für Flüchtlingsmanagement einberufen, der vorerst bis zum Herbst 2018 tagen wird.

Es wird die Einführung eines fachübergreifenden Dialogs und einer Strategieentwicklung für eine Übereinkunft hinsichtlich einer „Kultur fairen Vermietens“ mit dem Ziel der ressortübergreifenden Befassung mit auf Gleichbehandlung zielenden Vermietungskonzepten/Belegungskonzepten auf dieser Grundlage geprüft.

Die Zusammenarbeit zwischen behördlichen und externen Akteurinnen und Akteuren wird intensiviert¹⁸

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte
------------------------------	-------------	----------------

¹⁷ Datenbasis: Dokumentation SenIAS/IntMig/LAF, SenSW, Paritätischer, ggf. Bezirksämter.

¹⁸ Datenbasis: Dokumentation SenIAS, SenSW, Bezirksämter, Zivilgesellschaft.

		2018	2019
Verbesserte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Zivilgesellschaft	Instrumente/Formate usw. zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren wurden entwickelt		

3 Handlungsfeld Gesundheit

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge – Indikatoren

Das Ziel „Geflüchtete finden Zugang zum Gesundheitssystem“ wird mit den *durchschnittlichen Kosten der Krankenversicherungen für die gesundheitliche Versorgung* gemessen. Der vermutete Wirkungszusammenhang besteht darin, dass sich der Zugang zum Gesundheitssystem an den in Anspruch genommenen Leistungen bemisst. Durch den Vergleich von Werten der Durchschnittsbevölkerung mit Werten von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. von Menschen aus den Herkunftsländern Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea kann der Grad des Zugangs ermittelt werden. Entsprechen die durchschnittlichen Kosten für Menschen mit Migrationshintergrund dem der (gleichaltrigen) Durchschnittsbevölkerung, ist wahrscheinlich auch der Zugang annähernd vergleichbar. Über den Indikator sind nur krankenversicherte Menschen, aber keine Geflüchteten mit offenem Asylverfahren innerhalb der ersten 15 Monate abzubilden. Die Qualität der Behandlungen ist auf diese Weise ebenfalls nicht messbar.

Die Indikatoren für das Ziel einer dem AsylbLG gesetzeskonformen Ertüchtigung des medizinischen Regelsystems für Geflüchtete ergeben sich aus den insbesondere auf Auslastung und erbrachte Hilfsmaßnahmen hin zu evaluierende Situationslage in den umliegenden ärztlichen Praxen, Rettungsstellen und Notaufnahmen sowie durch die regelmäßig erhobenen statistischen Werte der erbrachten medizinischen Leistungen des LAF.

Als Lösungsstrategie ist hier die Verstetigung der 24 Fachkräfte in der psychosozialen Beratung und die Verstärkung der Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen und im Zuverdienst zu benennen. Der Erfolg der Maßnahme wird an der Zahl der Beratungsgespräche gemessen. Eine weitere Maßnahme ist die Fortentwicklung von Projekten zum Einsatz von Lotsinnen und -lotsen zu benennen. Gemessen wird die Anzahl der Integrationslotsinnen und -lotsen, die im Rahmen von Regionaltreffen zum Thema Gesundheit informiert wurden.

Das Konzept der interkulturellen Öffnung ist vielschichtig und kann sich z. B. auf kulturell sensible Regularien, auf Kompetenzzuwachs, auf Mehrsprachigkeit und die Diversität der Mitarbeitenden beziehen. Das Ziel „Das Gesundheitssystem zeichnet sich durch interkulturelle Kompetenz im Umgang mit Geflüchteten und anderen Menschen mit Migrationshintergrund aus“ wird anhand der Indikatoren „Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Sprachkompetenz“ (Arabisch, Farsi und Dari sowie Mehrsprachigkeit im Allgemeinen) gemessen. Hierfür wird im Vierjahresturnus bei ausgewählten Institutionen (z. B. Notaufnahmen und Zahnarztpraxen) im Gesundheitssystem eine Stichprobe durchgeführt. Im zuwendungsfinanzierten Bereich wird zweijährig der Anteil der Projektträger überprüft, die Vorhaben der interkulturellen Öffnung verbindlich in ihrem Projektkonzept verankern.

Mit Blick auf die Lösungsstrategien wird der jährliche Anteil der zuwendungsfinanzierten Projektträger (aus dem Integrierten Gesundheitsprogramm und dem Aktionsprogramm Gesundheit) gemessen, die Vorhaben der interkulturellen Öffnung in ihrer Projektkonzeption ausdrücklich erwähnen. Bei den Gesundheitslotsinnen und -lotsen soll der jährliche Anteil der Absolventen gemessen werden, die im Anschluss an ihre Fortbildung Anstellung in einem Gesundheitsberuf gefunden haben. Hinsichtlich der Auslastung von ermächtigten Psychotherapeutinnen und -therapeuten sollte die durchschnittliche Zahl an Patientinnen und Patienten pro Ermächtigung gemessen werden.

Mehrere Lösungsstrategien bedürfen der weiteren Abstimmung mit anderen Behörden oder mit selbstverwalteten Akteurinnen und Akteuren im Gesundheitswesen und können daher noch nicht mit Indikatoren hinterlegt werden. Für diese Maßnahmen gelten stattdessen die folgenden Meilensteine.

Der Senat stellt fest, dass eine Kostenübernahme für Sprachmittlungen im Rahmen des SGB V gesetzlich nicht vorgesehen ist. Daher prüft der Senat, ob eine Bundesratsinitiative zur Änderung des SGB V initiiert wird, um die entsprechenden Bedarfe im Rechtskreis des SGB V abdecken zu können.

Abgesehen von der oben beschriebenen, engeren Kooperation der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales bei den Gesundheitslotsinnen und -lotsen können Fortschritte bei der Weiterentwicklung von Programmen zum Einsatz von Lotsinnen und Lotsen nur in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern und dem Jobcenter erreicht werden. Die Erstellung und Abstimmung eines Konzepts durch eine Trägerorganisation ist hier der wesentliche erste Meilenstein.

Für die Einrichtung einer Fortbildungskoordination und -plattform gilt es, konzeptionell zu hinterlegen, wo diese anzusiedeln ist und welche spezifischen Aufgaben erfüllt werden sollen. Die Vorlage eines solchen Konzepts ist ein erster Meilenstein. Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung beabsichtigt, hierfür Mittel im Haushaltsplan für 2020/2021 (im integrierten Gesundheitsprogramm) anzumelden, wenn der Bedarf weiterhin besteht.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
1. Geflüchtete finden Zugang zum Gesundheitssystem ¹⁹	1.1 Krankenversicherte Geflüchtete nehmen Leistungen der nicht-zielgruppenspezifischen Gesundheitsversorgung in einem mit der (gleichaltrigen) Durchschnittsbevölkerung vergleichbarem Umfang wahr	Durchschnittliche Kosten der Krankenversicherungen für die gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten Die Werte werden getrennt für Frauen und Männer erhoben		
	1.2 Geflüchtete im Leistungsrahmen des LAF nehmen Leistungen der nicht-zielgruppenspezifischen Gesundheitsversorgung in einem mit der (gleichaltrigen) Durchschnittsbevölkerung vergleichbarem Umfang wahr	Durchschnittliche Kosten des LAF für die gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten. Die Werte werden getrennt für Frauen und Männer erhoben		
	1.3 Die wohnortnahe, medizinische Versorgung von Geflüchteten in den Unterkünften des LAF erfolgt vermehrt durch das gesundheitliche Regelsystem	Evaluierung der Situation in umliegenden ärztlichen Praxen, Rettungsstellen und Notaufnahmen		

¹⁹ Die Nummerierung in der Tabelle gründet in der Nummerierung der Kapitel in der Textdatei „Arbeitsgrundlage für die die Verwaltung zum Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter“.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
2. Das Gesundheitssystem zeichnet sich durch interkulturelle Kompetenz im Umgang mit Geflüchteten und anderen Menschen mit Migrationshintergrund aus	2.1 Mehr Menschen mit Migrationshintergrund sind im Gesundheitssystem angestellt	Die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund, die im Gesundheitswesen in Berlin tätig sind, ist gegenwärtig nicht messbar		
	2.2 Die Sprachkompetenz von Mitarbeitenden im Berliner Gesundheitssystem verbessert sich	Anteil der Mitarbeitenden, die Arabisch, Dari oder Farsi sprechen, anhand einer Stichprobe bei ausgewählten Institutionen (z. B. Notaufnahmen und Zahnarztpraxen)		
		Anteil der Mitarbeitenden, die mehrsprachig sind, anhand einer Stichprobe bei ausgewählten Institutionen (z. B. Notaufnahmen und Zahnarztpraxen)		
	2.3 Mehr Institutionen im Berliner Gesundheitssystem treffen verbindliche Regelungen für eine interkulturelle Öffnung	Ein Gesamtüberblick über das Gesundheitssystem ist nur unter unverhältnismäßig großem Aufwand zu erfassen und zu operationalisieren. Im direkten Einflussbereich des Lands Berlin (Zuwendungen), wird dieser Indikator gemessen (vgl. Maßnahme 3.1.3)		

3.1 Maßnahmen des medizinischen Rahmenkonzepts

Die Planung und Beschreibung von Maßnahmen für die gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten im Land Berlin erfolgten bislang mit dem so genannten „gesundheitlichen Rahmenkonzept“. Die bestehenden Maßnahmen im Bereich der medizinischen Leistungen sowie die psychiatrische Clearingstelle werden mit Ausnahme der Leistungen nach § 62 AsylG schrittweise eingestellt bzw. in das gesundheitliche Regelversorgungssystem überführt. Andere Leistungen haben sich überwiegend verstetigt und werden an dieser Stelle nicht erneut detailliert aufgeführt. Bis spätestens 2020 wird das gesundheitliche Rahmenkonzept daher im Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation aufgehen. 2016 und 2017 wurde ergänzend zur Unterstützung der medizinischen Versorgung Geflüchteter das „Rahmenkonzept für die gesundheitliche Versorgung Geflüchtete im Land Berlin“ erarbeitet. Die daraus resultierenden Bedarfe für 2018 und 2019 sind im Haushaltsplan etatisiert und somit verstetigt worden. Sofern fortgesetzter Bedarf an Inhalten des Rahmenkonzepts Gesundheit zum Jahr 2020 bestehen sollte, werde diese nachrichtlich im Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation dargestellt. Entscheidungen zu möglichen Finanzbedarfen aufgrund der Fortführung einzelner Maßnahmen sind im Rahmen der HPL-Aufstellung 2020/21 ff. zu treffen.

Die Maßnahmen des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) umfassen:

- Vorscreening im Ankunftszentrum Tempelhof (verstetigt),
- Hausärztliche Versorgung in einigen großen Unterbringungseinrichtungen über so genannte Med-Punkte bis längstens Ende 2018,
- Niedrigschwellige psychosoziale Beratung in Unterkünften als Ergänzung zur Regelversorgung (verstetigt),
- Versorgung von Schwangeren und Wöchnerinnen in Unterkünften (verstetigt),
- Sanitätsdienst für das LAF-Dienstgebäude in der Darwinstraße (verstetigt),
- Verpflichtende Erstuntersuchung, Impfungen/Folgeimpfungen und Tuberkulose-Untersuchungen gemäß § 62 AsylG (verstetigt),
- Zentrale psychiatrische Clearingstelle der Charité mit niedrigschwelligen Zugangsvoraussetzungen und Angeboten zur Beratung, Weiterleitung und Kurzzeitbehandlung bis 31.12.2018.

Die Maßnahmen der für Integration und Soziales zuständigen Senatsverwaltung umfassen:

- Förderung von Trägern im Bereich der psychosozialen Versorgung, wie dem Zentrum Überleben gGmbH und Xenion-Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e. V.
- und des Berliner Netzwerkes für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (BNS) (verstetigt)

Die Maßnahmen der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltungen umfassen:

- Sprachmittlung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst durch den Gemeindedolmetschdienst (verstetigt),
- Psychosoziale Unterstützung für Geflüchtete durch 24 Fachkräfte in Kontakt- und Beratungsstellen (verstetigt),
- Unterstützung des Lotsenprojekts „Guidance“ sowie des Präventionsprojekts „Hinschauen – Hinhören – Handeln“ in der Suchthilfe (verstetigt),
- Prävention sexuell übertragbarer Erkrankungen, Infektionsprophylaxe und psychosoziale Versorgung schutzbedürftiger Geflüchteter (verstetigt).

3.2 Einwirkung auf das selbstverwaltete Regelsystem

Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung wird die weitere interkulturelle Öffnung bei relevanten Institutionen im Berliner Gesundheitssystem anregen und mehr Angebotstransparenz schaffen. Hierzu tritt sie gemeinsam mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten in den Dialog mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Psychotherapeutenkammer Berlin, der Ärztekammer Berlin und der Krankenkassen, die als selbstverwaltete Körperschaften des öffentlichen Rechts die gesundheitliche Versorgung im Land Berlin maßgeblich gestalten. Das LAF möchte hierbei insbesondere über die Vergabe von Kassensitzen und Ermächtigungen sprechen. Die SenGPG wird die systematische Erfassung und das Erkennbarmachen von vorhandenen und möglichen neuen (muttersprachlichen) Sprachkompetenzen von Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten sowie ggf. Sprechstundenhilfen thematisieren.

Da diese Gespräche ergebnisoffen geführt werden, können hierzu keine Indikatoren gebildet werden. Da für den Teilbereich der ermächtigten Psychotherapeutinnen und -therapeuten festgestellt wurde, das Angebot und Nachfrage noch nicht gut zueinander finden, sollte die Auslastung der für die Arbeit mit Geflüchteten ermächtigten Psychotherapeutinnen und -therapeuten regelmäßig überprüft werden.

Einwirkung auf das selbstverwaltete Gesundheitssystem

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Gesundheit

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Die Auslastung der bestehenden Ermächtigungen für Psychotherapeutinnen und -therapeuten steigt	Durchschnittliche Zahl an Patientinnen und Patienten pro Ermächtigung		
	davon Frauen		

3.3 Interkulturelle Öffnung im Zuwendungsbereich vorantreiben

Durch das Integrierte Gesundheitsprogramm (IGP) und das Aktionsprogramm Gesundheit (APG) werden wichtige gesundheitsbezogene Projekte an den Schnittstellen zwischen den verschiedenen sozialen Sicherungssystemen gefördert. Eine interkulturelle Öffnung sollte sich nicht nur auf das regelhafte Gesundheitssystem erstrecken, sondern auch die Projekte der oben genannten Programme umfassen. Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung wird sich daher im Rahmen von Trägergesprächen dafür einsetzen, dass sich möglichst alle bestehenden Projekte im IGP und im APG interkulturell öffnen.

Interkulturelle Öffnung im Zuwendungsbereich vorantreiben

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Gesundheit

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Eine stetig wachsende Zahl an Projektträgern soll sich gezielt mit interkultureller Öffnung auseinandersetzen	Anteil der zuwendungsfinanzierten Projektträger (IGP/APG), die Vorhaben der interkulturellen Öffnung verbindlich in ihrem Projektkonzept verankert haben		

3.4 Weiterentwicklung der Fortbildung Gesundheitslotsinnen und -lotsen

Die von der katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und KommRum e. V. angebotene Fortbildung „Gesundheitslotsinnen und Gesundheitslotsen“ zielt darauf ab, Geflüchtete auf die Arbeit als Fachkräfte im Gesundheitssystem vorzubereiten und ihnen mit einem Zertifikat den Einstieg auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern. Aktuell wird durch Gespräche mit Bildungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit geprüft, inwieweit das Konzept quantitativ (mehr Absolventinnen und Absolventen) und qualitativ (engere Verknüpfung mit berufsqualifizierenden, deutschen Abschlüssen) weiterentwickelt werden kann. Ein wichtiger Meilenstein hierfür ist die Erstellung eines neuen Projektkonzepts.

Unabhängig von der Weiterentwicklung des Programms wurden die Mittel des Fortbildungsprojektes auch für 2018 – 2019 verstetigt.

Weiterentwicklung der Fortbildung Gesundheitslotsinnen und -lotsen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Gesundheit

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Geflüchtete finden Anstellung im Gesundheitswesen	Anzahl der geflüchteten Alumni, die ein Jahr nach der Fortbildung einer sozialsicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen		
	davon Frauen		

3.5 Förderung der Vernetzung der Integrationslotsinnen und -lotsen im Gesundheitsbereich

Die Vermittlung ins Gesundheitssystem ist nicht die Hauptaufgabe der Integrationslotsinnen und -lotsen. Dennoch stehen sie immer wieder vor der Herausforderung, ihren Klientinnen und Klienten Zugänge in das Gesundheitssystem zu vereinfachen. Um dies zu unterstützen, wird die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung den Wissenstransfer zu Angeboten und Entwicklungen im Gesundheitsbereich aktiv über verschiedene Kommunikationswege ausbauen. Das betrifft die Teilnahme von Vertretern der SenGPG bei Trägertreffen und Regionaltreffen der Integrationslotsinnen und -lotsen sowie bei Bedarf die Erstellung von Informationsmaterial.

Förderung der Vernetzung der Integrationslotsinnen und -lotsen im Gesundheitsbereich

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Gesundheit

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Das Wissen der bereits ausgebildeten Lotsinnen und Lotsen wurde verbessert und Angebote und Akteurinnen und Akteure im Gesundheitsbereich haben sich vergrößert	Anzahl der Integrationslotsinnen und -lotsen, die im Rahmen von Regionaltreffen zum Thema Gesundheit informiert wurden	50	
	davon Frauen		
	Anzahl der Trägertreffen, an denen Vertretungen der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung teilgenommen haben	1	

3.6 Errichtung einer Fortbildungsplattform

Alle Teilnehmenden der Facharbeitsgruppe stellten fest, dass es einerseits eine große Vielfalt an Akteurinnen und Akteuren in der Arbeit mit Geflüchteten gibt, die einen sehr heterogenen Bedarf an Fortbildungen haben. Hierzu zählen u. a. Mitarbeitende der Gemeinschaftsunterkünfte, Ärztinnen und Ärzte, Peer-to-Peer-Beraterinnen und -berater sowie Sprachmittlerinnen- und Sprachmittler. Andererseits gibt es bereits eine Vielzahl von Angeboten für Fortbildungen auf dem Markt, die allerdings sehr unterschiedliche Inhalte und Ansprüche aufweisen, so dass von einer intransparenten Lage gesprochen werden kann.

Im Rahmen eines vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin initiierten Runden Tisches gibt es bereits trägerübergreifende Überlegungen für eine koordinierende Stelle, die dafür Sorge trägt, dass einheitlichere Qualitätsstandards hergestellt werden und mittels einer Fortbildungsplattform Angebotstransparenz hergestellt werden kann.

Die Mittel für eine solche Stelle wurden im Doppelhaushalt 2018/2019 nicht priorisiert. Die Maßnahme wird daher für die Haushaltsjahre 2020/21 anvisiert.

3.7 Optimierung des Leistungsrechts hinsichtlich muttersprachlicher Angebote im Bereich Psychiatrie, Sucht und Psychosoziales

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung setzt sich dafür ein, das Leistungsrecht hinsichtlich muttersprachlicher Angebote im Bereich Psychiatrie, Sucht und Psychosoziales zu optimieren. Hierfür wurde eine entsprechende Länderabfrage initiiert, die die Positionen der anderen Bundesländer abfragt. Auf dieser Grundlage wird eine Einschätzung möglich, ob eine Rechtsänderung des SGB V hinsichtlich der Kostenübernahme für qualifizierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher oder Sprach- und Kulturmittlung erfolgversprechend ist.

Da weitere Maßnahmen vom (positiven) Rücklauf der Länderabfrage abhängen, kann an dieser Stelle noch kein Indikator gebildet werden. Ein Meilenstein wäre die Formulierung konkreter Änderungsvorschläge im Entwurf.

3.8 Pilotprojekt Videodolmetschen

Da die Vor-Ort-Bereitstellung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern aus praktischen Gründen immer wieder an Grenzen stößt, soll in einem Sprachmittlungspilotprojekt das Videodolmetschen einer praktischen Überprüfung unterzogen werden und ggf. die Grundlage zu einem weitergehenden umfangreichen Einsatz (im LAF) darstellen.

In Zusammenarbeit mit den Berliner Amtsärztinnen und Amtsärzten soll für die Dauer von drei Monaten ein Pilotprojekt, voraussichtlich in den Gesundheitsämtern der drei Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick durchgeführt und ein internetbasierendes Videodolmetschen erprobt werden. Die Gesundheitsämter der Bezirksämter werden diese Dienstleistung für ihre Arbeit mit Geflüchteten nutzen.

Pilotprojekt Videodolmetschen, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwert	
		2018	2019
Erprobung des Einsatzes des Videodolmetschens bei der medizinischen und psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten	Anzahl der Behandlungs-/ Beratungsgespräche		

3.9 Verstärkung von Suchtberatungsstellen (Alkohol und Medikamente) und Zuverdienst

Im Jahr 2016 wurden im Rahmen des Masterplans Integration und Sicherheit 24 Stellen für psychosoziale Fachkräfte geschaffen, um die psychosoziale Versorgung für Geflüchtete zu verbessern. Die Fachkräfte werden über Zuwendungen bei freien Trägern – angebunden an bezirkliche Kontakt- und Beratungsstellen Psychiatrie – eingesetzt. Die Etablierung der psychosozialen Fachkräfte hat sich über das zu erwartende Maß hinaus bewährt. Diese Mittel wurden daher für 2018/19 verstetigt.

Analog hierzu werden ab 2018 für jeden Bezirk je eine Stelle für die Suchtberatung sowie eine halbe Stelle für Zuverdienste finanziert, so dass nun insgesamt 42 durch die Bezirke koordinierte Stellen für die Arbeit mit Geflüchteten zur Verfügung stehen.

**Verstärkung von Suchtberatungsstellen (Alkohol und Medikamente) und Zuverdienst
Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Gesundheit**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwert	
		2018	2019
Riskantem und schädigendem Konsum von Alkohol und Medikamenten entgegenwirken	Anzahl der Suchtberatungsgespräche mit Geflüchteten pro Jahr		
	davon Gespräche mit Frauen		
	Anzahl der besetzten Stellen an den Suchtberatungsstellen		
Teilhabe psychisch kranker Geflüchteter stärken	Anzahl der in den Zuverdienst vermittelten Geflüchteten pro Jahr		
	davon Frauen		
	Anzahl der besetzten Stellen im Bereich Zuverdienste		

4 Handlungsfeld Bildung, Jugend und Familie

4.1 Frühkindliche Bildung gewährleisten

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Das Ziel, jedem Kind und jeder Familie mit Fluchtbiografie die Möglichkeit zu eröffnen, Angebote der frühkindlichen Bildung in Anspruch nehmen zu können und dabei bedarfsgerechte Unterstützung zu bieten, ist dann erreicht, wenn die Familien die vorbereitenden Angebote zur Kindertagesförderung in Anspruch nehmen und sich die Anzahl der Kinder mit Fluchtbiografie in den Kindertageseinrichtungen erhöht. Auskunft über die Inanspruchnahme der vorbereitenden Angebote geben die Zahlen zu Kindern, die an Sprungbrettangeboten, Frühe Bildung vor Ort sowie an den regionalen Sprachfördergruppen 1,5 Jahre vor dem Schuleintritt teilnehmen. Das Wirksamkeitscontrolling der vorbereitenden Maßnahmen weist auch die Zahl der Kinder aus, die von einer vorbereitenden Maßnahme in das Regelsystem der Kindertagesförderung wechseln.

Der Grad der Erzieherinnen und Erzieher aus Kindertageseinrichtungen, die zum Thema Flucht und Migration fortgebildet sind, ergibt sich aus der jährlichen Datenerhebung des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) und aus der Inanspruchnahme von Konsultationsangeboten der Berliner Modellkitas für die Integration und Inklusion von Kindern mit Fluchterfahrung.

Der wichtige Aspekt der Stärkung von Elternbeteiligung und Elternkompetenz wird im Rahmen der internen Selbstevaluation der Einrichtungen der Kindertagesförderung und des Wirksamkeitscontrollings der auf die Kindertagesförderung vorbereitenden Maßnahmen erhoben.

Oberziele(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Jedes Kind/jede Familie hat die Möglichkeit und erhält bedarfsgerechte Unterstützung, um Angebote der frühkindlichen Bildung in Anspruch nehmen zu können	Der Anteil der Kinder mit Fluchtbiografie, die an Angeboten der frühkindlichen Bildung teilnimmt, ist erhöht	Die Anzahl der Kinder, die an Angeboten zur Vorbereitung auf die Kindertagesförderung teilnehmen, ist erhöht		
		Die Anzahl der Kinder, die von einem vorbereitenden Angebot in die Kindertagesförderung vermittelt wurden, ist erhöht		
		Anzahl der Kinder, die an regionalen Sprachfördergruppen (1,5 Jahre vor dem Schuleintritt) teilnehmen		
		Die Anzahl der Kinder, die eine Kita besuchen, ist erhöht		
	Kita-Einrichtungen haben sich für die Arbeit mit Geflüchteten qualifiziert und geöffnet	Anzahl der pädagogischen Fachkräfte, die durch das SFBB zum Kontext Flucht fortgebildet sind		
		Anzahl der Einrichtungen, die das Thema „Integration von Kindern mit Fluchtbiografie“ konzeptionell verankert haben		
		Anzahl der pädagogischen Fachkräfte, die ein Konsultationsangebot der Modell- und Sprachkitas in Anspruch genommen haben		
	Die Elternkompetenz ist durch bestehende bedarfsgerechte Angebote unterstützt	Anzahl der Elternkompetenz stärkenden zielgruppenspezifischen und integrativen Angebote finden in Unterkünften oder wohnortnah im Sozialraum oder wohnortnah statt		
		Anzahl der Eltern, die an Angeboten zur Stärkung der Elternkompetenz teilgenommen haben		

Oberziele(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Elternbeteiligung ist ermöglicht und wird gefördert	Anzahl der Eltern, die an Elterngesprächskreisen teilnehmen		
		Anzahl der Eltern, die in Gremien der Kitas vertreten sind (entsprechend dem prozentualen Anteil in der Gruppe)		
		Anzahl der Eltern, die in Aktivitäten der Kitas (wie Elterncafé, Feste etc.) involviert sind		
		Anzahl der Kitas, die Sprachmittlung zur Verfügung stellen bzw. über Sprachkompetenz verfügen		

4.1.1 Sprungbrettangebote

Ziel der Maßnahme ist es, Familien mit Kindern im vorschulischen Alter, die in Flüchtlingsunterkünften leben, auf den Besuch einer Einrichtung der Kindertagesbetreuung vorzubereiten sowie den Übergang in das Regelsystem der Kindertagesbetreuung anzubahnen. Durch „Sprungbrettangebote“, die von freien Trägern durchgeführt werden, werden Familien gefördert, Eltern in ihren Kompetenzen unterstützt und die Eltern-Kind-Beziehung gestärkt. Durch die niedrigschwelligen Angebote werden begleitete Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und auf spielerische Art die erste Bildung der Kinder, insbesondere in Bezug auf die deutsche Sprache, gefördert.

„Sprungbrettangebote“ werden in Unterkünften oder im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete eingerichtet. Die Maßnahme umfasst die Einbindung von Eltern(teilen), die Zusammenarbeit mit den Unterkünften, und die Schaffung stabiler Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Sprachanbahnung und -bildung. Die Bekanntmachung des Systems der Kindertagesbetreuung wird beispielsweise durch regelmäßig stattfindende Elternabende erreicht. Geflüchtete Familien erhalten eine umfassende Beratung und Unterstützung bei allen Anliegen rund um den Kita-Besuch. Um die Kita-Platzsuche zu unterstützen, gehen die „Sprungbrettangebote“ Kooperationen mit Kitas in der Umgebung ein.

Die (aufsuchende) Maßnahme trägt dazu bei, geflüchtete Familien mit Kindern im vorschulischen Alter niedrigschwellig zu erreichen und einen Zugang zu Angeboten der Jugend- und Familienhilfe im Allgemeinen zu fördern. „Sprungbrettangebote“ tragen auch zur Erhöhung der Anzahl von Kindern mit Fluchtbiografie in der Kita bei.

„Sprungbrettangebote“

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte		
		2017	2018	2019
„Sprungbrettangebote“ sind durch geeignete Träger implementiert	Anzahl der „Sprungbrettangebote“	21		
	Anzahl der an den Angeboten teilnehmenden Kinder	482		
	Anzahl der Unterkünfte, die an der Maßnahme beteiligt waren	28		
Anbahnung des Übergangs in das Regelsystem der Kindertagesbetreuung ist erfolgt	Anzahl der in Kindertagesbetreuung vermittelten Kinder	182		
	Vorhandensein von Kooperationen der „Sprungbrettangebote“ mit Kitas	100% der Projekte		
Eltern sind in die „Sprungbrettangebote“ einbezogen	Anzahl der an den Angeboten teilnehmenden Eltern(-teilen)	260		

4.1.2 Modellkitas zum Ausbau von Unterstützungsstrukturen in der Kita

Im Rahmen von Modellkitas wird die fachliche Expertise ausgewählter Kitas im Bereich der Integration und Inklusion von Kindern aus Familien mit Fluchtbiografie weiterentwickelt und

der Transfer guter Praxis befördert. Eine Vernetzungsstelle bündelt die Erfahrungen der acht Modellkitas, organisiert Arbeitskreise zum gezielten Fachaustausch sowie Fachgespräche, Fortbildungen und Fachtage. Die Aufgabe der Vernetzungsstelle umfasst auch die Produktion einer pädagogischen Handreichung, die theoretische Ansätze mit Erfahrungen der Kitas verbindet. Die Modellkitas offerieren im Sinne des Ansatzes „Praxis berät Praxis“ Konsultationsbesuche und -gespräche für interessierte Kitas. Die Vernetzung der Modellkitas untereinander, die Etablierung des Konsultationsangebotes sowie die Erarbeitung einer inklusiven Haltung benötigen Zeit. Zu berücksichtigen ist auch, dass die einzelnen Kitas unterschiedliche Ausgangslagen haben, je nach Träger, Bezirk oder Teamzusammensetzung. Aufgrund der Erfahrungen aus den Jahren 2016/17 wird die Intensivierung der individuellen fachlichen Begleitung der einzelnen Modellkitas zur nachhaltigen Verankerung des Konzeptes „Praxis berät Praxis“ empfohlen. Wichtig sind darüber hinaus die Weiterführung der Vernetzung der Modellkitas untereinander (Fortführung der Arbeitskreise) sowie weiterer fachlicher Input nach Bedarf. In den nächsten Jahren soll die fachliche Begleitung bedarfsorientierter Konsultationen und deren Evaluierung einen weiteren Fokus bilden sowie die externe Vernetzung (im Bezirk, berlinweit und länderübergreifend), ebenso die Weiterführung der Öffentlichkeitsarbeit. Die Resonanz bei den pädagogischen Fachkräften belegt den großen Bedarf an Unterstützung bei der Integration und Inklusion Geflüchteter im Bereich der Kindertagesförderung. Eine Anhebung der Anzahl der Modellkitas und eine Ausweitung auf weitere Berliner Bezirke werden perspektivisch, unter Verwendung der bereits im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel, empfohlen.

Modellkitas zum Ausbau von Unterstützungsstrukturen in der Kita

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte		
		2017	2018	2019
Arbeitskreise, Fachgespräche und Fortbildungen der Modellkitas sind realisiert	Anzahl der durchgeführten Arbeitskreise, Fachgespräche, Fortbildungen	13		
Ein Fachtag zum Thema „Geflüchtete Kinder in der Kita“ befördert die fachliche Diskussion	Anzahl der Teilnehmenden am Fachtag	160		
Konsultationen im Sinne von „Praxis berät Praxis“ sind umgesetzt	Anzahl der durchgeführten Konsultationen	35		

4.2 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für Geflüchtete

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Einen entscheidenden Indikator für die erfolgreiche Sicherung des Kinderschutzes stellt die Handlungssicherheit der Mitarbeitenden im Umgang mit Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung dar. Für diese Handlungssicherheit ist das Wissen um ein fachlich fundiertes Kinderschutzkonzept der jeweiligen Einrichtung und darin dargestellter Meldewege notwendig. Das Kinderschutzkonzept muss sowohl Standards enthalten, die sich auf die eigene Organisation beziehen – wie zum Beispiel Verhaltensrichtlinien zum Umgang

mit Kindern in der Einrichtung, Standards im Personalbereich oder in der internen Kommunikation – als auch Standards, die sich auf die nach außen gerichtete Arbeit beziehen wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern oder der Umgang mit Verdachtsfällen.

Da eine zuverlässige Messung der Handlungssicherheit nur schwer möglich ist, wird auf andere Messinstrumente zurückgegriffen wie die Anzahl der Kinderschutzkonzepte in den Unterkünften, welche die oben genannten Kriterien erfüllen, die Anzahl der unabhängigen Beschwerdestellen oder die Anzahl der Unterkünfte, deren komplettes Personal zum Kinderschutz geschult wurde.

Die flächendeckende Implementierung von Schutzkonzepten wird durch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten kontrolliert.

Die Stärkung der Handlungsfähigkeit von Kindern, Jugendlichen und Familien ist qualitativ ebenfalls nur begrenzt messbar.

Im Rahmen der Maßnahmen zum Empowerment von Kindern, Jugendlichen und Familien werden neben der Erhebung von Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen auch qualitative Interviews zur Messung der Umsetzungserfolge durchgeführt.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Alle Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund sind wirksam geschützt und in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt	Verbindliche Schutzstandards sind in Unterkünften flächendeckend verankert und an die Bewohnerinnen und Bewohner kommuniziert. Besonders Schutzbedürftige sind in den Schutzstandards berücksichtigt	Anzahl der Einrichtungen, in denen Schutzstandards – auch für besonders Schutzbedürftige – vorhanden sind		
		Anzahl der unabhängigen Beschwerdestellen in den Unterkünften		
		Anzahl der formulierten Beschwerden		
	Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unterkünften sind zu den Themen Kinderschutz und -rechte sowie Antidiskriminierung und Diversity geschult und sensibilisiert	Anzahl der Unterkünfte, deren Personal durch das Mobile Schulungsteam Kinderschutz geschult wurde, inkl. Prozentsatz des geschulten Personals		
	Angebote und Peer-to-Peer-Ansätze zu Kinderschutz und Kinderrechten für Kinder und Jugendliche in Unterkünften sind etabliert	Anzahl und Art der Projekte und Workshops zu Kinderschutz und Kinderrechten		
	Familien sind für den Kinderschutz und zu Kinderrechten sensibilisiert	Anzahl der Informationsveranstaltungen für Eltern zu den Themen Kinderschutz und -rechte in Unterkünften		
		Anzahl der Familien, die an Informationsveranstaltungen zum Kinderschutz/zu Kinderrechten teilnehmen		

4.2.1 Mobiles Schulungsteam Kinderschutz

Die Maßnahme „Mobiles Schulungsteam Kinderschutz“ trägt dazu bei, einen umfassenden Kinderschutz in Unterkünften für Geflüchtete zu etablieren. Das Team hat die Aufgabe, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unterkünften für Geflüchtete umfassend zum Thema Kinderschutz zu qualifizieren und zu sensibilisieren. Die Teilnahme an entsprechenden Fortbildungen wird zukünftig für alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterkünfte, inklusive der Sicherheitsdienste, verpflichtend sein.

Im Rahmen einer temporären ressortübergreifenden und interdisziplinären Arbeitsgruppe wurde ein Konzept für den Einsatz eines mobilen Schulungsteams erarbeitet. Um Doppelangebote zu vermeiden, wurde eine Übersicht bereits vorhandener Angebote, Verfahren und Informationen zum Thema Kinderschutz im Kontext der Einrichtungen für Geflüchtete erstellt. Eine Schulungsmatrix mit einer konkreten Beschreibung der zu schulenden Zielgruppen und der jeweiligen Schulungsinhalte wurde ebenfalls erarbeitet. Die Aufnahme von Kinderschutzstandards in neue Betreiberverträge für Unterkünfte für Geflüchtete ist bereits erfolgt.

Damit sind einheitliche Standards schriftlich fixiert und die Betreiberinnen und Betreiber sind an die Umsetzung dieser Vorgaben gebunden. Die Schulungen begannen 2018 mit den 16 Einrichtungen, welche die neuen Verträge unterschrieben haben bzw. unterschreiben werden. Sukzessive ist eine flächendeckende Schulung aller Mitarbeitenden der Einrichtungen für Geflüchtete geplant.

Mobiles Schulungsteam Kinderschutz (Start: Mitte 2018)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unterkünften für Geflüchtete (inklusive Sicherheitsdienste) sind zu den Themen Kinderschutz und Kinderrechte geschult und sensibilisiert	Anzahl der Einrichtungen, in denen Schulungen durchgeführt wurden		
	Anzahl der geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		

4.2.2 Empowerment von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für Geflüchtete

Ab Mitte des Jahres 2018 werden Projekte in ausgewählten Unterkünften für Geflüchtete durchgeführt. Diese haben zum Ziel die individuellen Ressourcen der Kinder und Jugendlichen zu stärken, Kenntnisse zu Kinderrechten und Kinderschutz spielerisch und altersgerecht zu vermitteln und Kinder und Jugendliche so für die Thematik zu sensibilisieren. Für 2019 ist eine Weiterentwicklung dieser Projekte hin zu einem Peer-to-Peer-Ansatz vorgesehen. Jugendliche ab 14 Jahren, die bereits 2018 an dem Projekt teilgenommen haben, erhalten die Gelegenheit, ihr Wissen zu vertiefen und dies an Kinder und/oder Gleichaltrige weiterzugeben. Sie werden so zu Expertinnen und Experten in eigener Sache, konkret für Kinderrechte und Kinderschutz. Die Erfahrung von Selbstwert und aktiver Handlungs- und Gestaltungskraft können durch den Peer-to-Peer-Ansatz und die Verbindung mit den Kinderrechten dazu beitragen, eigene Rechte und Mitwirkung für sich und andere Kinder und Jugendliche einzufordern.

Neben der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist es erforderlich, Eltern und andere Erziehungsberechtigte in die Beschäftigung mit der Thematik mit einzubeziehen, sie zu sensibilisieren und zu beraten. Dies ist auch mit dem Ziel verbunden, Kinder, die am Projekt teilnehmen, vor Konflikten mit den Eltern oder anderen Erwachsenen zu bewahren und die Nachhaltigkeit von Veränderungsprozessen zu sichern.

Die Maßnahme erfolgt in Abstimmung mit dem Vorhaben „Mobiles Schulungsteam Kinderschutz“.

Empowerment von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für Geflüchtete (Start: Mitte 2018)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Kinder und Jugendliche sind im Hinblick auf Kinderrechte und Kinderschutz aufgeklärt	Anzahl der Projekte, in denen Kenntnisse zum Kinderschutz spielerisch und altersgerecht vermittelt sind		
Kinder und Jugendliche sind zu Peerhelpern im Kontext Kinderrechte und Kinderschutz qualifiziert	Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die an der „Ausbildung“ zu Peerhelpern teilnehmen davon junge Frauen		

4.3 Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Die Erfolge von Unterstützungsangeboten in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Jugendsozialarbeit sind nur schwer direkt messbar. Die Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit, beruflicher Integration oder gesellschaftlicher Teilhabe sind stets längerfristige Prozesse. Da eine zuverlässige Messung dieser (beispielhaften) Erfolgskriterien nicht möglich ist, wird auf andere Messinstrumente zurückgegriffen, wie die Anzahl der realisierten Angebote, insbesondere Angebote zur Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchthintergrund sowie Angebote der Jugendsozialarbeit für junge Menschen mit besonderen Problemlagen oder die Anzahl der Angebote, die eine Beteiligung junger Menschen und ihre Selbstorganisation befördern.

Die Anzahl der Fachkräfte in der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit, die im Bereich Diversity geschult sind, gibt Auskunft über den Grad der Qualifizierung im Kontext Flucht und Migration. Die jährliche Datenerhebung des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg wird zur Messung genutzt.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Die Entwicklung junger Geflüchteter wird unterstützt, indem sie Zugänge zu Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erhalten und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt sind	Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit für Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund sind berlinweit zur Verfügung gestellt	Anzahl der realisierten Angebote		
	Durch Angebote ist die Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchthintergrund gefördert	Anzahl der Angebote zur Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchtbiografie		
	Angebote der Jugendsozialarbeit sind berlinweit zur Verfügung gestellt	Anzahl der realisierten Angebote		
	Mit den Angeboten der Jugendsozialarbeit sind (auch schwer erreichbare) junge geflüchtete Menschen erreicht	Anzahl der erreichten jungen Menschen		
		Anzahl, unterteilt in Altersgruppen		
		Prozentsatz Mädchen/Jungen		
	Empowerment und Selbstorganisation junger Geflüchteter ist gefördert	Anzahl junger Geflüchteter in Mitwirkungsstrukturen der Jugendverbände davon Frauen		
		Anzahl junger Geflüchteter in jugendspezifischen Gremien davon Frauen		
		Anzahl der Förderprogramme für Selbstorganisationen ohne Vereinsstatus		
	Niedrigschwellige Informationen zu Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind bereitgestellt	Anzahl der Jugendeinrichtungen, die Informationen über soziale Netzwerke kommunizieren		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		Anzahl der Jugendeinrichtungen mit Zugang zu kostenfreiem W-LAN		
	Die Diversity-Kompetenz der pädagogischen Fachkräfte in der Jugend(sozial)arbeit ist gefördert	Anzahl der pädagogischen Fachkräfte, die an themenspezifischen Fortbildungen und Fachtagungen teilgenommen haben		

4.3.1 Stärkung des „Landesprogramms Jugendarbeit an Schulen“

Das „Landesprogramm Jugendarbeit an Schulen“ fördert Angebote, die an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden. Es zielt auf die regionale sozialräumliche Vernetzung von Einrichtungen der Jugendarbeit mit anderen Bereichen der Jugendhilfe, Schulen und weiteren für die Bildung von jungen Menschen bedeutsamen Institutionen. Zielgruppe sind vorrangig Kinder und Jugendliche im Alter von elf bis 16 Jahren. Bestehende Angebote werden für die Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen genutzt und ausgebaut. Im Fokus stehen integrative und inklusive Angebote überwiegend an Grundschulen sowie weitere Kooperationsprojekte von Schulen und Projekten der bezirklichen Jugendarbeit. Im Rahmen von Angeboten der Jugendarbeit – zirkuspädagogische, künstlerische, sportbezogene, jugendkulturelle und medienpädagogische Projekte – werden Begegnungen zwischen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchtbiografie geschaffen. Die Teilnahme an den Aktivitäten ist freiwillig, die Inhalte der Projekte werden von den Kindern und Jugendlichen mitbestimmt. Kinder und Jugendlichen lernen sich kennen, wobei Vorbehalte reduziert und gemeinsame Interessen entdeckt werden. Umzüge von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund erschweren die Möglichkeiten, nachhaltige Beziehungen zwischen den Kindern und Jugendlichen aufzubauen.

Stärkung des „Landesprogramm Jugendarbeit an Schulen“

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	Vergleichswerte		Zielwerte	
			2017	2018	2019
Ergänzende integrative Angebote der Jugendarbeit am Ort Schule sind ermöglicht	Anzahl der Angebote mit dem Fokus Integration und Inklusion geflüchteter Kinder und Jugendlicher		32	32	
	Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Fluchthintergrund in integrativen und inklusiven Angeboten der Jugendarbeit an oder in Kooperation mit Schulen	Generell keine Erhebung von TN-Zahlen			
Förderung der Begegnung zwischen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchthintergrund außerhalb des Unterrichts ist ermöglicht	Anzahl der Angebote, bei denen die Begegnung von geflüchteten und nicht geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Fokus steht		32		

4.3.2 Berliner Jugendverbände und junge Geflüchtete

Ziel der Maßnahme, die seit 2016 besteht, ist die Durchführung von Mikroprojekten mit jungen Geflüchteten. Die Projekte werden von Jugendverbänden, Migrantinnen- und Migrantenjugendorganisationen und Jugendbildungsstätten initiiert und durchgeführt. Ein weiteres Anliegen ist die Einbeziehung junger Geflüchteter in Regelangebote der Jugendverbände, um die Weiterbildung von ehrenamtlich Tätigen mit Fluchtbiografie für die

Arbeit mit jungen Geflüchteten voranzubringen. Jugendarbeit, die in Jugendverbänden und Jugendbildungsstätten geleistet wird, stellt eine wichtige Brücke in den Sozialraum dar und leistet somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration junger Geflüchteter. In den Maßnahmen und Projekten im Kontext der Jugendverbandsarbeit gelingt es, Kontakte von jungen Geflüchteten zu nicht Geflüchteten und zu Regelangeboten sowie zu Strukturen der Jugendverbandsarbeit herzustellen und junge Menschen mit Fluchtbiografie, über die konkrete geförderte Maßnahme hinaus, in weitere Angebote von Jugendverbänden einzubinden. Es gibt bereits Beispiele dafür, dass Geflüchtete, die an den geförderten Maßnahmen teilgenommen haben, sich längerfristig im Jugendverband engagieren. Es gelingt zudem in einzelnen Projekten (z. B. Teilnahme junger Geflüchteter an Schulungen zur Jugendleiter/In.Card [Juleica]), junge Geflüchtete dazu zu befähigen, selbst Verantwortung für einzelne Angebote zu übernehmen. Mit anderen Projekten, beispielsweise von Migrantinnen- und Migrantenjugendorganisationen, wird die Selbstorganisation junger Geflüchteter unterstützt. Die Maßnahme ist ein Integrationsangebot für junge Geflüchtete in zivilgesellschaftliche Strukturen, das die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Entwicklung einer Lebensperspektive in Berlin unterstützt.

Berliner Jugendverbände und junge Geflüchtete

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie:	Indikatoren	Ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Junge Geflüchtete in die Jugendverbandsarbeit integrieren	Anzahl der Angebote bzw. Aktivitäten, durch die Jugendverbände junge Geflüchtete ansprechen	52		
	Anzahl der Teilnehmenden	800		
	davon junge Frauen			
Projekte der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit für junge Geflüchtete nach §§ 11 und 12 SGB VIII sind realisiert	Anzahl der Projekte, die gezielt (auch) junge Geflüchtete ansprechen	30		
Selbstorganisation und Interessenvertretung junger Geflüchteter nach § 12 SGB VIII sind gefördert	Anzahl der Maßnahmen, welche die Organisation und Interessenvertretung fördern (von 52:8)	8		

4.3.3 flucht.punkt.kultur

In der kulturellen Bildung sind Geflüchtete in der Regel noch überwiegend Adressatinnen und Adressaten von Angeboten. Das vorliegende Projekt hat u. a. zum Ziel, einen Perspektivwechsel vorzunehmen, d. h. es geht darum, Teilhabe in verantwortliche Mitarbeit weiterzuentwickeln und Menschen mit Fluchtbiografie aus dem Status als Adressatinnen und Adressaten in die Rolle einer selbstbewussten Vertretung zu bringen. Die kulturelle Bildung braucht einen „anderen Blick“, sie soll Schritte gehen, um den Zugriff auf Ressourcen, Gestaltungsmacht und Durchsetzungskraft für Menschen mit Fluchtbiografie zu öffnen.

Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit Berlin e. V. (LKJ) nimmt zum einen den Impuls des „Rahmenkonzept Kulturelle Bildung Berlin 2016“ auf, um Diversität, Transkulturalität und Partizipation aus der Perspektive von Fachkräften sowie Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung zu formulieren und sie als Akteurinnen und Akteure sowie Initiatorinnen und Initiatoren im Kontext kultureller Bildung zu stärken. Zum anderen entspricht die Maßnahme flucht.punkt.berlin den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses zur Entstehung des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter insbesondere in Bezug auf die Beteiligung und interkulturelle Öffnung der freien Träger der Jugendhilfe.

flucht.punkt.kultur wird ausschließlich von Personen (männlich und weiblich) mit Flucht- und oder Migrationserfahrung geleitet, um Mehrsprachigkeit, Diversität und Dialog auf Augenhöhe zu gewährleisten. Im Rahmen der Maßnahme wird ein Aktionsfonds für kulturelle Arbeit entwickelt, der sich speziell an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchtbiografie richtet. Der Aktionsfonds ermöglicht kleinen Gruppen von jungen Menschen auch ohne Vereinsstatus, von Fördergeldern zu profitieren. Das Projekt fördert so auch die Organisation geflüchteter junger Menschen.

Die Projektmitarbeitenden beraten und begleiten junge Geflüchtete bei der Initiierung und Durchführung der Projekte bei Bedarf.

Die Maßnahme arbeitet vernetzt mit den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in und im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete.

flucht.punkt.kultur

**Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie
(Start: Juni 2018)**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Junge Geflüchtete sind Akteurinnen und Akteure kultureller Bildung	Anzahl junger Geflüchtete, die an selbst organisierten Projekten beteiligt sind davon junge Frauen		
Die Selbstorganisation junger Geflüchteter ist gefördert, indem sie einen Zugang zu Fördermitteln erhalten	Anzahl der Gruppen, die vom Aktionsfonds flucht.punkt.kultur profitieren		
Junge Geflüchtete sind bei der Initiierung und Durchführung von Projekten und Aktionen unterstützt	Anzahl der Beratungen durch die Projektleitung		

4.3.4 Bildungsmanufaktur

Der Träger Schlesische27 – Kunst und Bildung bietet niedrigschwellige, künstlerisch-kreative Bildungsangebote, die wichtige Integrationsschritte junger Geflüchteter in und nach der Phase des Ankommens unterstützen. Das Angebot der offenen Werkstätten sowie Workshopangebote und Präsentationen zielt gleichzeitig darauf ab, Begegnungen zwischen Menschen aus Unterkünften für geflüchtete Menschen und der Berliner Öffentlichkeit herzustellen sowie sinnvolle Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen mit Fluchtbiografie zu schaffen, die ihnen Wertschätzung ihrer Talente sowie Brücken zu regulären Bildungs- und Ausbildungspfaden vermitteln. Alle Angebote integrieren anteilig unkomplizierte Unterstützungsformate für den Erwerb der deutschen Sprache.

Jugendliche und junge Erwachsene sind in verschiedene ganztägige berufsorientierte Maßnahmen an unterschiedlichen Standorten integriert: Die „Bildungsmanufaktur“ umfasst einen Werkstätten-Parcours in den Bereichen Kunst, Handwerk und Design in enger Verzahnung mit Berufsorientierung und Deutschqualifizierung (Alphabetisierung bis A2, elementare Sprachanwendung). Der wichtigste Effekt ist die neue Tagesstrukturierung sowie Empowerment und das Erlebnis der Selbstwirksamkeit. Die „Bildungsmanufaktur“ leistet einen flexiblen Einstiegskorridor in die Ausbildungs- und Arbeitswelt Berlins mit dem Ziel, die jungen Teilnehmenden baldmöglichst in reguläre Bildungs- und Ausbildungsformate zu vermitteln.

Die „Bildungsmanufaktur“ ist gut ausgelastet und stark nachgefragt. Die Zahl der teilnehmenden Mädchen und Frauen nahm im Verlauf der Maßnahme zu: Ende 2017 betrug der Anteil von Mädchen und jungen Frauen 20%. Es kommen regelmäßig neue Teilnehmende wie auch vermehrt Anfragen von Beratungseinrichtungen. Die Auslastung und die Aufgaben im Sozialbüro machen deutlich, wie stark die Teilnehmenden nach wie vor von rechtlichen Fragen und ihrer oft prekären Wohnungssituation absorbiert sind. Die Erfahrungen belegen den großen Bedarf an niedrigschwelligen berufsorientierten Maßnahmen im künstlerisch-kreativen Bereich. Die Einrichtung offener Werkschulen und Werkhöfe nach dem Konzept der „Bildungsmanufaktur“ wird empfohlen. Dringend benötigen unversorgte Jugendliche ganzheitliche Betreuungs- und Beschäftigungsrahmen, die unkompliziert zugänglich sind. Ein weiteres Aktionsfeld bleiben die Empowermentworkshops für Mädchen und junge Frauen mit ersten Berufsweltkontakten.

„Bildungsmanufaktur“

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie:	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Unterstützung zur Entwicklung lebens- und arbeitsweltlicher Perspektiven ist angeboten und angenommen	Anzahl der Teilnehmenden am ganztägigen Angebot der Bildungsmanufaktur	120		
Junge Geflüchtete haben Sprachkompetenzen erworben	Anzahl der jungen Geflüchteten, die regelmäßig kommunikative Sprechanlässe wahrnehmen (Sprechcafé, Alphabetisierung)	300		
Selbstwirksamkeit und Empowerment sind gestärkt	Anzahl der Teilnehmenden, die Möglichkeiten für kreative Neuverortung nutzen (neue Talente zu entdecken, Neigungen erkennen, Erfahrung machen, eigenständig Neues zu kreieren)	80	350	
Mädchen und junge Frauen sind als Teilnehmerinnen erreicht	Die Anzahl der Mädchen und jungen Frauen an den Angeboten der Bildungsmanufaktur ist steigend			

4.3.5 Musikpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Das Projekt des Trägers WeTeK Berlin gGmbH trägt dazu bei, Kindern und Jugendlichen mit Fluchtbiografie eine kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, kulturelle und sprachliche Barrieren durch gemeinsame musisch-kreative Aktivitäten in Begegnung mit der Aufnahmegesellschaft zu überwinden, Nachbarschaft und Umfeld für die Belange der Flüchtlingsfamilien zu sensibilisieren und dauerhafte Kooperationen mit Bildungs- und Sozialeinrichtungen im Umfeld der jeweiligen Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln.

Das Angebot gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zum gemeinsamen Musizieren, fördert die Artikulation eigener Ideen, schafft Raum für die gegenseitige Vorstellung kultureller Eigenheiten und Traditionen und baut über kleine Präsentationen Brücken in Öffentlichkeit, Nachbarschaft und Bezirke. Die musikalischen Angebote werden in Form verschiedener Musikworkshops – Percussion, Hip-Hop, Tanz sowie Band- und Instrumentenworkshops – umgesetzt. Da die Workshops keine Vorkenntnisse erfordern, können Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Kenntnissen und Erfahrungen teilnehmen. So ist es möglich, die ganze Vielfalt musikalischen Ausdrucks zu berücksichtigen.

Erreicht werden Kinder und Jugendliche in Unterkünften für Geflüchtete, in anliegenden Jugendeinrichtungen und Schulen (Willkommensklassen) im Alter zwischen 6 – 18 Jahren. Mit den Angeboten können Gruppen in unterschiedlicher Größe (4 – 20 Personen) angesprochen werden.

Insbesondere die musisch-kreativen Aktivitäten, die in gemischten Gruppen, bestehend aus Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchthintergrund, stattfinden, fördern deutlich wahrnehmbar Annäherung, Kontakt und Kommunikation. Herausfordernd bleibt es, eine Balance zu finden, um Jugendlichen, die durch Flucht- und Kriegserfahrungen belastet sind, Raum für die „Besinnung“ auf Herkunft und Tradition zu geben und sie dennoch – mit Ruhe und ohne Überforderung – in die „neue“ Gesellschaft mitzunehmen. Eine weitere Herausforderung bleibt der im Vergleich zu den Willkommensklassen geringe Anteil von Mädchen und jungen Frauen in Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit.

Musikpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie:	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Integration von Kindern und Jugendlichen ist durch kulturelle Bildung gefördert	Anzahl der musikorientierten Angebote wie Hip-Hop-, Tanz-, Rap- oder Percussion-Workshops	731		
	Anzahl der Teilnehmenden davon junge Frauen/ Mädchen	5.114		
Integration durch Begegnung ist gefördert	Anzahl der integrativen Veranstaltungen	4		
	Anzahl der Teilnehmenden davon junge Frauen/ Mädchen	1.300		

4.3.6 Zirkuspädagogische Projekte mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien sowie minderjährige unbegleitete Flüchtlinge lernen ihre Fähigkeiten und Talente durch Zirkustraining kennen. Das Projekt wird durch den Träger Cabuwazi Grenzkultur gGmbH realisiert und findet in Unterkünften oder auf verschiedenen Cabuwazi-Zirkusplätzen statt. Im Zirkustraining erfahren Kinder und Jugendliche sich selbst und den eigenen Körper als wertvoll, begegnen anderen Kindern und Jugendlichen außerhalb der Unterkunft und knüpfen Kontakte. Die Teilnehmenden erhalten die Gelegenheit, die Umgebung zu erkunden und im Zirkus einen Ort zu entdecken, an dem sie willkommen und Teil der Zirkusfamilie sind. Das spielerische Erlernen der deutschen Sprache und damit verbunden, die sich entwickelnde Fähigkeit, eigene Bedürfnisse ausdrücken zu können, sind weitere Ziele der zirkuspädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung. Die kontinuierliche aufsuchende Arbeit in Not- und Gemeinschaftsunterkünften wirkt sich sehr positiv auf die Beteiligung an den Angeboten aus. Herausforderungen stellen die knappen räumlichen Ressourcen sowie die ständige Fluktuation der Teilnehmenden – bedingt durch Wechsel der Unterkunft – dar. Die Angebote inklusiv zu gestalten, d. h. Kinder und Jugendliche mit und ohne Fluchthintergrund zusammenzubringen – gelingt nicht in jedem Fall, da dies sehr von den räumlichen

Gegebenheiten vor Ort und von der Nähe zu den Cabuwazi-Zirkusplätzen in verschiedenen Berliner Bezirken abhängig ist.

Um die Begegnung von jungen Menschen mit und ohne Fluchthintergrund zu befördern, sind die Intensivierung der Arbeit im Sozialraum und eine noch stärkere Kooperation mit anderen Einrichtungen und Trägern erforderlich. Neben den klaren zirkuspädagogischen und sprachfördernden Inhalten wird empfohlen, die Vermittlung von Kinderrechten, Kinderschutz und Empowerment stärker in die pädagogische Arbeit zu integrieren.

Zirkuspädagogische Projekte mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Es sind Möglichkeiten geschaffen, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche sich selbst und ihr Potenzial durch Zirkustraining kennenlernen können	Anzahl der zirkuspädagogischen Angebote		12		
	Anzahl der Teilnehmenden davon junge Frauen/ Mädchen		800		
Möglichkeiten zum spielerischen Spracherwerb sind bereitgestellt	Anzahl der spielerischen Angebote (Kurse) mit Sprachförderungselementen				
	Anzahl Kurse	36	36		
	Anzahl Ferienangebote	6	6		
	Teilnehmende an Kursen, pro Woche Teilnehmende an Ferienangeboten, gesamt	490 90	490 90		
Begegnungen und Einbindung von Teilnehmenden in berlinweite Angebote auf Cabuwazi-Zirkusplätzen ist erreicht	Anzahl der Angebote, die Begegnung fördern (z. B. Shows, Festivals, Schnupperangebote, Kiezveranstaltungen)	23	23		
	Anzahl von Teilnehmenden mit und ohne Fluchtbiografie an Veranstaltungen davon Frauen	1.400	1.400		
	Anzahl Kooperationen im Sozialraum	35	35		

4.3.7 Aufsuchende und mobile sportorientierte Jugendsozialarbeit

Durch die Schaffung mobiler, aufsuchender, integrativer Sportangebote im Rahmen des Projektes „[ankommen] – KiezSport mobil“ des Trägers Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit (GSJ) werden mehrere Ziele erreicht: Kontaktaufnahme durch verschiedenartige Sportangebote am Wohnort (Unterkünfte), Erkundung des näheren und weiteren Wohnumfelds im Hinblick auf Sport- und Freizeitangebote, Begleitung zu Ausflügen in den Bereichen Sport, Kultur und politische Bildung (dabei Wegetraining mit öffentlichen Verkehrsmitteln), niedrigschwellige Wassergewöhnung und Vermittlung grundlegender Schwimmtechniken, Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen (Normen und Werte), Vermittlung und Begleitung von Interessierten zum regelmäßigen Vereinstraining, niedrigschwellige sozialpädagogische Beratung, enge Kooperation mit Trägern vor Ort, Gewinnen von Helferinnen und Helfern (auch aus der Zielgruppe) und deren Qualifizierung.

Der Sport als geeignetes Medium fungiert bei der Umsetzung der Ziele in zweierlei Hinsicht: beim Durchführen von Sportarten werden Regeln und Normen des sozialen Umgangs vermittelt, die auch außerhalb des Sports anwendbar sind. Außerdem ist der Sport aufgrund der niedrigschwelligen Kontaktaufnahme zu Kindern, Jugendlichen und Angehörigen ein ideales Medium, um Vertrauensverhältnisse aufzubauen und zu intensivieren und nachhaltigen Kontakt zu heimischen Jugendlichen herzustellen (Integration). Mit kontinuierlicher Beziehungsarbeit kann differenzierter kommuniziert und sozialpädagogisch mit den Kindern und Jugendlichen gearbeitet werden. Mit dem Angebot verschiedener Sportarten lässt sich die Zusammensetzung der Teilnehmenden (Alter, Geschlecht, Gruppengröße) gut steuern. Durch die kontinuierliche Arbeit entstehen stabile Vertrauensverhältnisse – auch zu Angehörigen. Geflüchtete als Helferinnen und Helfer einzubinden, ist ein weiteres Ziel der sportorientierten Jugendsozialarbeit. Um dieses Ziel erfolgreich umzusetzen, ist viel Unterstützung der jungen Geflüchteten notwendig. Herausfordernd bleibt die teilweise wenig konstante Zahl der Teilnehmenden in den Gruppen, die durch die Fluktuation in den Unterkünften bedingt ist. Hinzu kommt, dass die Angebote im Zuge der Qualitätsverbesserung immer wieder überprüft und umstrukturiert werden und eine intensivere Betreuung einzelner Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist. Dies betrifft auch den steigenden Beratungsbedarf der jungen Menschen.

Die Kontinuität der Arbeit ist ein wichtiges Kriterium für deren Wirksamkeit. Viele Erfolge werden erst mit der Etablierung stabiler Vertrauensverhältnisse nach Monaten oder Jahren sichtbar.

Aufsuchende und mobile sportorientierte Jugendsozialarbeit

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Integrative sozialpädagogisch begleitete Sportangebote als Medium für Kontaktaufnahme, Beratung und Begleitung sind durchgeführt	Anzahl der Angebote, die mindestens einmal pro Woche stattgefunden haben		28		
Kinder und Jugendliche sind für sportorientierte Angebote erreicht	Anzahl der Teilnehmenden davon Frauen		360*		
Niedrigschwellige sozialpädagogische Beratungsgespräche sind durchgeführt	Beratungsangebote sind in Anspruch genommen: Anzahl der Beratungsgespräche		236*		
Das Umfeld von Unterkünften ist bekannt gemacht	Anzahl der selbständigen Erkundungen des Umfelds über den unmittelbaren Nahraum hinaus		48*		
Die steigende Teilnahme von Mädchen ist erreicht	Angebote werden stärker durch Mädchen frequentiert Anzahl der teilnehmenden Mädchen		120*		
Angebote im Umfeld von Unterkünften an der Peripherie der Stadt sind erfolgt	Sportorientierte Angebote in der Peripherie von Bezirken (Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Tempelhof-Schöneberg, Spandau – in einigen Bezirken an mehreren Standorten) haben stattgefunden	7	7		

* Die Teilnehmenden wurden im Wochen- und Jahresverlauf nur einmal gezählt, auch wenn sie mehrmals wöchentlich an Angeboten teilgenommen haben.

4.3.8 Angebote der aufsuchenden offenen Kinder- und Jugendarbeit

Durch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit des Trägers Outreach – Mobile Jugendarbeit Berlin gGmbH und die Erschließung vorhandener außerschulischer Bildungs- und Freizeitangebote wird die schwierige Lebenssituation junger Geflüchteter, die in Unterkünften wohnen, verbessert und sie werden beim Integrationsprozess unterstützt. Gleichzeitig geht es darum, sozialpädagogische Hilfestellungen zu organisieren und damit problemlösend tätig zu sein. Einen besonderen Schwerpunkt bilden Angebote für Mädchen und junge Frauen. Um diese zu erreichen, ist es wichtig, auch Angebote für Familien einzubinden, die darüber

hinaus zum Ziel haben Begegnungen und Austausch der Eltern untereinander zu fördern. Im Fokus der Maßnahme steht auch die Erschließung vorhandener Ressourcen (wie z. B. Jugendeinrichtungen, Familienzentren, Sportvereine usw.) für junge Geflüchtete und ihre Familien. Die Angebote sind mit den von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie ebenfalls beauftragten Trägern Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit, Jugend- und Kulturzentrum Schlesische Straße 27, WeTeK gGmbH sowie Cabuwazi abgestimmt. So kommen Synergieeffekte optimal zum Tragen und es werden sowohl Doppelangebote als auch Überschneidungen von Angeboten vermieden. Neben den jugendpädagogischen und -kulturellen Angeboten wie Mädchenarbeit, Film- und Trickfilmprojekte, Musikaarbeit mit Einsatz des Tonspeicherbusses, Erstellung von Radiosendungen, Koch- und Näh-Workshops und Geocaching gibt es ein Schnittstellenteam, das die Verbindung zwischen den Unterkünften und den Stadtbezirken und den dort ansässigen Jugendeinrichtungen und Familienzentren erfolgreich herstellt. Die Erfahrungen machen deutlich, wie wichtig es ist, vor dem Beginn von Angeboten im Umfeld von Unterkünften die Bereitschaft und das Interesse des jeweiligen Betreibers sicherzustellen. Es ist empfehlenswert abzufragen, inwiefern die Angebote erwünscht sind und welche Angebotsstrukturen schon vorhanden sind. Die Ausweitung der dargestellten Angebote an weiteren Standorten von Unterkünften in Berlin wird als notwendig beurteilt, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Entstehens neuer Tempohomes vor allem in Randlagen und aufgrund sich verändernder Bedürfnisse der Zielgruppe (z. B. zunehmende Selbstständigkeit).

Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren/Anzahl Angebote	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Selbstständigkeit von Mädchen und Frauen ist gestärkt	Anzahl der Mädchen und Frauen, die an Angeboten teilgenommen haben	1.230		
Akzeptanz von Beratungs- und Begleitangeboten ist gefördert	Anzahl der jungen Geflüchteten, die Beratungs- und Begleitangebote in Anspruch genommen haben	1.160		
Freizeitbeschäftigung, kulturelle Bildung (inklusive Medienkompetenz), soziale und gesundheitliche Integration sind gefördert	Anzahl der Teilnehmenden an bereitgestellten Angeboten	1.850		
Kennenlernen des Sozialraumes ist erfolgt	Anzahl der Teilnehmenden an Erkundungen, Ausflügen usw.	300		
Wohnungssuche und Aufbau eines selbstständigen Lebens sind unterstützt	Anzahl junger Geflüchteten, die das Angebot „WG-Gesucht“ in Anspruch genommen haben	100		

4.3.9 Koordination mobiler Jugendsozialarbeit (Straßensozialarbeit) inkl. Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz

Ein Ziel von Straßensozialarbeit und mobiler Jugend(sozial)arbeit in Berlin ist die Verbesserung der Lebenssituation junger Menschen mit Fluchtbiografie. Dabei geht es vor allem um die Ermittlung konkreter Bedarfe unter besonderer Berücksichtigung unsicherer Bleibeperspektiven und Erwartungen der Familien aus dem Herkunftsland, die häufig mit hiesigen Normen und Werten kollidieren. Die Maßnahme zielt darauf ab, bezirksübergreifend bestehende Angebotsstrukturen durch eine gesamtstädtische Koordination noch effizienter für die jungen Menschen zu nutzen. In Berlin werden bezirksübergreifende mobile Teams eingesetzt, die auf die Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen spezialisiert sind. Diese Teams arbeiten in der Nähe von Not- und Gemeinschaftsunterkünften. Hierfür müssen die Hauptkriterien der Straßensozialarbeit und mobilen Jugendsozialarbeit an die Zielgruppe der jungen Menschen mit Fluchtbiografie angepasst werden. Wesentliche Arbeitsprinzipien wie der Aufbau einer tragfähigen und langfristigen Beziehung oder die Entwicklung einer Perspektive sind unter den gegebenen Bedingungen kaum zu bewerkstelligen. Viele geflüchtete Menschen haben einen kurzfristigen Wohn- oder Aufenthaltsstatus, der eine individuelle Perspektiventwicklung nahezu unmöglich macht. In der Arbeit mit jungen Geflüchteten werden daher kurzfristige und gut koordinierte Angebote umgesetzt, die den Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe ebnen.

Die geschaffene Koordinierungsstelle unterstützt die Streetworkteams bezirksübergreifend bei der Umsetzung von Angeboten. Die Arbeit der mobilen Jugend(sozial)arbeit/ Straßensozialarbeit ermöglicht Jugendlichen – mit und ohne Fluchtbiografie – sich kennenzulernen, Vorurteile abzubauen und gemeinsame Interessen zu entdecken (z. B. Integration über gemeinsame Streetwork-Sportangebote). Um die Ziele der Straßensozialarbeit umzusetzen, sind gender-, religions- und kultursensible Ansätze gefragt. Häufig werden an geflüchtete junge Menschen sehr hohe Erwartungen aus den Herkunftsländern gestellt, die nicht selten vor allem auf allein stehende Jugendliche und junge Männer einen hohen Druck ausüben. Die Aufgabe der sozialen Arbeit ist in vielen Herkunftsländern nicht bekannt und nicht selten gestatten die Herkunftsfamilien den Jugendlichen zunächst den Kontakt zu den Streetworkerinnen und -workern nicht. Daher ist es wichtig, dass die eingesetzten Fachkräfte kultursensibel sind und stetig Kontakt zur Zielgruppe aufnehmen. Auf dem Hintergrund dieser besonderen Herausforderungen ist eine konstante und intensive Koordination der Angebote erforderlich. Häufig sind „Türöffnerprojekte“ notwendig wie z. B. gemeinsames Kochen, um die jungen Geflüchteten zu erreichen, da insbesondere Mädchen die Angebote der mobilen Jugendsozialarbeit häufig nicht ohne Begleitung ihrer Brüder oder anderer Familienmitglieder wahrnehmen dürfen. Herausfordernd im Sinne der Nachhaltigkeit von Beziehungen ist der häufige Wechsel des Wohnortes der Familien/Jugendlichen wie z. B. der Wechsel der Gemeinschaftsunterkünfte, der Übergang von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Jugendhilfeeinrichtungen oder Abschiebungen eines Teils der Familie.

Die Koordination der Angebote mobiler Jugend(sozial)arbeit/Straßensozialarbeit für Geflüchtete wird weitergeführt, um der Isolierung der jungen Menschen entgegenzuwirken und die Integration auch schwer erreichbarer junger Menschen zu fördern.

Koordinierung mobiler Jugendsozialarbeit (Straßensozialarbeit)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Straßensozialarbeit mit Geflüchteten ist bezirksübergreifend koordiniert	Eine Koordinierungsstelle mit zwei Mitarbeitenden wurde geschaffen	2 Stellen		
Durch die Koordination der berlinweiten Angebote sind mehr junge Geflüchtete erreicht	Die Anzahl der erreichten jungen Geflüchteten steigt davon junge Frauen/ Mädchen	600		

4.3.10 Junge Geflüchtete in der Jugendberufshilfe

Mit dem Projekt „Everest“ unterstützt der Senat ein Projekt zur gesellschaftlichen und betrieblichen Integration junger Geflüchteter im Alter von 17 bis 27 Jahren. Jungen Geflüchteten, die über eine Aufenthaltsgestattung oder Aufenthaltserlaubnis verfügen, sowie anerkannte Asylbewerberinnen und -bewerber und Personen mit einer Duldung wird die betriebliche Integration in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt ermöglicht. „Everest“ ist ein teilstationäres Angebot der Jugendberufshilfe gem. § 13 Abs. 2 SGB VIII (sozialpädagogisch begleitete Berufsorientierung/-vorbereitung in betriebsintegrierter Form). Junge geflüchtete Menschen werden im Sinne der Jugendsozialarbeit in ihrer gesamten Persönlichkeit betrachtet und respektiert – Stärken und Schwächen stehen gleichberechtigt nebeneinander. Die noch zu entwickelnde deutschsprachige Kompetenz wird durch die Verknüpfung mit berufspraktischen Projekten kontextbezogen gelöst. Die Teilnehmenden lernen und arbeiten zwar in einem auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Projekt, sie sind aber durch gemeinsame Aktivitäten und vor allem durch die betrieblichen Phasen bei öffentlichen Unternehmen in projektübergreifende Abläufe integriert. Die Kooperationspartner Berliner Stadtreinigung (BSR), Vivantes Kliniken und Charité Facility Management GmbH bieten den jungen Menschen die Möglichkeit durch eine betriebliche Phase (bis zu dreimonatigem Praktikum) berufliche Erfahrungen zu sammeln. Im Anschluss an ein erfolgreich abgeschlossenes Praktikum und bei persönlicher Eignung der Teilnehmenden besteht die Möglichkeit, mit einer Ausbildung oder sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit zu beginnen. In Einzelfällen sind sogar duale Studiengänge möglich.

Nach einer verhaltenen Startphase mit schleppend verlaufener Akquise hat sich das Projekt als anerkanntes, passgenaues Unterstützungsangebot etabliert. Derzeit befinden sich 23 junge Menschen im Projekt „Everest“.

Elf von zwölf Berliner Bezirken belegen zurzeit das Angebot gem. § 13 Abs. 2 SGB VIII. Zahlreiche weitere Anfragen der Jugendämter und vieler regionaler Jugendberufsagentur-Standorte liegen vor. Angesichts dieser steigenden Nachfrage wird die Platzzahl von 40 Teilnehmenden, die gleichzeitig am Projekt teilnehmen können, voraussichtlich im Sommer 2018 erreicht sein.

Als Reaktion auf die größtenteils ungenügenden sprachlichen und allgemeinbildenden Kompetenzen der Zielgruppe, die eine berufsorientierende oder -vorbereitende Integration in den Arbeitsmarkt und die erfolgreiche Teilnahme an den Praktika in den Betrieben häufig

erschwert haben, wird vom Projekt zuzüglich zum Sprachkurs der Volkshochschule Mitte nunmehr vertiefend Deutsch als Fremdsprache auch im Förderunterricht angeboten. Durch die verstärkt Bildungsinhalte vermittelnde Neuausrichtung besteht bei Eignung künftig die Möglichkeit, zur externen Nichtschülerinnen- und Nichtschüler-Prüfung (BBR-Berufsbildungsreife, eBBR-erweiterte Berufsbildungsreife, MSA – Mittlerer Schulabschluss) angemeldet zu werden. Diese neue Option auf das Erreichen eines Schulabschlusses stellt eine wichtige Motivation dar und ist ein zentraler Baustein, der die Integration in Gesellschaft und Arbeit befördern kann.

Junge Geflüchtete in der Jugendberufshilfe

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Betriebliche Integration in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt ist erfolgt	Anzahl junger Geflüchteter, die an den betrieblichen Orientierungs- und Trainingsphasen Handwerk/Holz, Farbe/Druck usw., Büro/Verwaltung, Hauswirtschaft/Pflege, Gastronomie, IT/Technik teilnehmen	23		
	davon junge Frauen	/		
Sprachkompetenzerwerb durch Kooperation mit der Volkshochschule Mitte ist ermöglicht	Anzahl der Teilnehmenden, die ein angemessenes Sprachlevel (Deutsch für den Beruf: Stufe A2.2/Stufe B1/Stufe B2) erreicht, um bestehende Barrieren für eine gelingende soziale und betriebliche Integration abzubauen	/		
	davon junge Frauen	/		
Junge Geflüchtete sind auf externe Prüfungen (BBR, eBBR, ggf. sogar MSA) vorbereitet	Anzahl der Teilnehmenden, die allgemeinbildenden (Förder-)Unterricht in Anspruch nehmen, der dazu befähigt, einen BBR, eBBR oder MSA zu erlangen,	/		
	davon junge Frauen	/		

4.4 Familienförderung stärken

Das Ziel, Familien mit Fluchtbiografie dauerhaft einen niedrigschwelligen Zugang zu Angeboten der Beratung, Begleitung, Unterstützung und Begegnung zu gewährleisten, ist erreicht, wenn bedarfsgerechte Angebote bereitgestellt und von Familien mit Fluchtbiografie in Anspruch genommen werden. Die quantitative Messung erfolgt im Rahmen des Wirksamkeitscontrollings der einzelnen Maßnahmen.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Familien mit Fluchtbiografie erhalten unabhängig von ihrer Konstellation Zugang zu Angeboten der Beratung, Begleitung, Unterstützung und Begegnung	Zielgruppenorientierte Formate für die Informationsvermittlung sind entwickelt W-LAN-Zugang ist in den Einrichtungen vorhanden	Anzahl der Informationen, die mehrsprachig (auch in leichter Sprache) vorhanden sind und zielgruppenorientiert kommuniziert werden, z. B. über soziale Medien (Auflistung der Kommunikationswege)		
	Beratungs- und Unterstützungsangebote – aufsuchend und im Sozialraum – erreichen Familien mit Fluchtbiografie	Anzahl der Familien, die beraten werden		
		Anzahl der Familienmitglieder, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Berlin gekommen sind und beraten werden		
	Programme des ehrenamtlichen Engagements zur Unterstützung von Familien sind gestärkt	Anzahl der Patenschaftsvereine, die gefördert werden		
		Anzahl der ehrenamtlichen Patinnen und Paten		
		Anzahl der Schulungen für ehrenamtliche Patinnen und Paten		
		Anzahl der Patinnen und Paten, die an Schulungen teilnehmen		
	Partizipation ist integraler Bestandteil der Angebote der Familienförderung	Anzahl der Einrichtungen, in denen Ansätze der Partizipation konzeptionell festgeschrieben sind		
		Anzahl der Familien, die an der Entwicklung und Durchführung von Angeboten beteiligt sind		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Familienmitglieder außerhalb Deutschlands sind in Beratungsangebote für Familien mit einbezogen (z. B. via Skype)	Anzahl der Unterkünfte, welche die technischen und räumlichen Voraussetzungen geschaffen haben, damit in geschützten Räumen Beratungsangebote unter Einbeziehung von Familienmitgliedern, die nicht in Deutschland leben, durchgeführt werden können (d. h. W-LAN und Computerzugang/separate Beratungsräume)		

4.4.1 Ausbau der Familienzentren für Flüchtlingsfamilien

Ziel der Maßnahme ist die Etablierung niedrigschwelliger und kultursensibler Angebote in allen der zurzeit 42 Familienzentren aus dem „Landesprogramm Berliner Familienzentren“. Die Angebote umfassen alle Handlungsfelder der Familienzentren: Familienbildung, Beratung und Unterstützung, frühe Hilfen, Netzwerkarbeit, Begegnung und Selbsthilfe. Die Angebote finden sowohl aufsuchend in den Unterkünften als auch in den Familienzentren statt. Dafür sind die Fachkräfte der Familienzentren sehr gut in den Bezirken und im Sozialraum vernetzt und kooperieren mit den Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Die Partizipation von Familien mit Fluchthintergrund ist zukünftig ein zentrales Ziel der Familienzentren, ebenso die Bekanntmachung der Zentren bei den Familien.

Die Weiterentwicklung und der Ausbau der bestehenden Strukturen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel für die Zielgruppe der geflüchteten Familien eröffnet die Chance, insbesondere die Elternkompetenz frühzeitig im Integrationsprozess zu stärken.

Ab 2018 werden die bereits bewährten Angebote für Familien mit Fluchtbiografie als Modellprojekt durch die Förderung von zwölf Stadtteilmüttern in Familienzentren ergänzt. Die Stadtteilmütter übernehmen für die Familien eine „Brückenfunktion“ und tragen so zu einem noch besseren Gelingen des Integrationsprozesses bei. Durch die Anbindung der Stadtteilmütter an die Familienzentren wird die Arbeit mit geflüchteten Familien in einen kohärenten integrationspolitischen Ansatz im Bereich der Familienförderung überführt. Dieser Ansatz ist angesichts der Tatsache, dass Berlin weiterhin eine Stadt der Zuwanderung für Menschen aus vielen verschiedenen Ländern bleiben wird, eine langfristige Aufgabe der Familienförderung und Stadtentwicklung. Hierfür bedarf es nicht nur der Weiterführung der bereits erfolgreich etablierten Instrumente, sondern auch einer stetigen Weiterentwicklung und Erprobung von Instrumenten und Maßnahmen.

Ausbau Familienzentren (FZ) für Flüchtlingsfamilien

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Angebote der Familienförderung für Geflüchtete in FZ sind vorhanden	Anzahl der spezifischen Angebote für Geflüchtete in den Programmen der FZ	184		
In allen FZ des Landesprogramms sind Angebote für Geflüchtete berücksichtigt	Anzahl der FZ, die Angebote für Geflüchtete durchgeführt und konzeptionell verankert haben	32		
Geflüchtete nehmen an Angeboten der FZ teil	Anzahl der Geflüchteten, die an aufsuchenden Angeboten und Angeboten in FZ teilnehmen	32.558*		
	davon Frauen			

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Partizipation Geflüchteter in FZ ist gefördert	Anzahl der Koordinatorinnen und Koordinatoren aus FZ, die an einem Workshop zum Thema „Partizipation geflüchteter Menschen in Familienzentren“ teilgenommen haben	27		
FZ sind bei der Zielgruppe bekannt gemacht	Der Flyer „Berliner Familienzentren“ wurde in verschiedene Sprachen übersetzt, gedruckt und kommuniziert:	Auflage		
	Arabisch	1.900		
	Farsi	500		
	Paschtu	500		
	Englisch	2.600		
	Französisch	500		

* Diese Angabe ist nur vorläufig, da sie auf nicht vollständigen Rückmeldungen der Träger beruht.

4.4.2 Aufsuchende Elternhilfe in Unterkünften für Geflüchtete

Die aufsuchende Elternhilfe in Unterkünften für Geflüchtete ist ein niedrighschwelliges präventives Angebot im Rahmen des Berliner „Netzwerk Kinderschutz“. Aufsuchende Elternhilfe für Geflüchtete wird in allen zwölf Berliner Bezirken angeboten und richtet sich an schwangere Mütter und die Kindesväter oder Partner mit Fluchtbiografie. Es sind Familien, die ihr erstes Kind in Deutschland erwarten und aufgrund ihres Fluchthintergrundes unterschiedliche Schwierigkeiten haben und die das Leben mit einem Neugeborenen zusätzlich herausfordert. Zu den wichtigsten Beratungs- und Umsetzungszielen gehören: Vorbereitung auf die Elternrolle und Unterstützung bei der Suche nach einer Hebamme, Unterstützung bei der Terminvereinbarung für Vaterschaftsanerkennung, Sorgerechterklärung, Unterstützung bei der Suche nach Sprachmittlung, Informationsvermittlung zu kindlichen Entwicklungsphasen und Bedürfnissen sowie das Handling mit dem Neugeborenen, die gesundheitliche Versorgung für Mutter und Kind im Kontext sozialpädagogischer Hilfestellung, Unterstützung bei der Wahrnehmung der Vorsorgeuntersuchungen für das Kind und damit verbunden die Unterstützung bei der Suche nach einer Kinderärztin oder einem Kinderarzt evtl. Fachärztinnen und Fachärzte oder Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ)/Zentrum für Sozialpädiatrie und Neuropädiatrie (DBZ), Anbindung an die Institutionen im Sozialraum (z. B. Herstellen von Kontakten zu Einrichtungen und Diensten der gesundheitlichen und sozialen Versorgung) sowie an Angebote freier Träger, soziale Vernetzung mit anderen Familien (beispielsweise Mutter-Kind-Sprachlerngruppe), Sicherstellung der materiellen Versorgung, (z. B. durch staatliche und weitere Leistungen, Unterstützung im Umgang mit Behörden und Beratungsstellen, Unterstützung bei der Beantragung der Geburtsurkunde für das Neugeborene, Stabilisierung der sozialen Lebenslage (z. B. Wohnungssuche, Umzug und Ausstattung), Klärung des weitergehenden Hilfebedarfes, eventuell Überleitung in andere Hilfeformen sowie die Unterstützung bei drohender Abschiebung.

Die Maßnahme beinhaltet ein hohes Maß an präventivem Kinderschutz und stellt eine wichtige zielgruppenspezifische Ergänzung zu bereits bestehenden Angeboten dar. Sie unterstützt den Zugang zu bestehenden Unterstützungsangeboten und beugt krisenhaften Entwicklungen durch den frühzeitigen Einsatz während der Schwangerschaft, den niedrigschwelligen Zugang und den kurzfristigen Hilfebeginn vor.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass das deutsche System grundlegend erklärt werden muss. Familien welche die Strukturen hier kennenlernen und für die Zugänge zu Hilfeangeboten geschaffen werden müssen, bevor die eigentliche Arbeit der aufsuchenden Elternhilfe beginnen kann. Den Fokus auf das Kind und seine Belange zu richten, hat oft zur Voraussetzung, dass Belastungsfaktoren wie schlechte Wohnverhältnisse oder mangelnde finanzielle Absicherung zunächst beseitigt und gemildert werden müssen und erfordert grundsätzlich eine kultursensible Arbeitsweise. Die aufsuchende Elternhilfe für Geflüchtete hat sich bewährt. Es gibt nach wie vor eine hohe Nachfrage, welche aufgrund finanzieller Ressourcen nur teilweise gedeckt werden kann. Besonders im Hinblick auf die Chance einer Integration in die Mehrheitsgesellschaft und der Schaffung von Netzwerken für die teils sehr isolierten neu ankommenden Menschen ist es wünschenswert, diese Maßnahme weiterzuführen bzw. perspektivisch dem Bedarf entsprechend zu fördern.

Aufsuchende Elternhilfe (AEH) in Unterkünften für Geflüchtete

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Menschen mit Fluchthintergrund am Beginn der Elternschaft sind berlinweit unterstützt	Anzahl der Bezirke, in denen aufsuchende Elternhilfe (AEH) bereitgestellt ist	12		
	Anzahl der Träger der AEH (*ein Träger pro Bezirk + ein berlinweit tätiger Träger mit Schwerpunkt Sucht)	13*		
Familien in Unterkünften sind erreicht	Anzahl der Mütter und Familien in Unterkünften, die AEH in Anspruch genommen haben	46		

4.4.3 Koordinierung Patenschaften

Die Maßnahme fördert Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements, indem sie Organisationen finanziell unterstützt, die Patenschaftsprogramme für Geflüchtete durchführen. Sechs geförderte Vereine vermitteln und begleiten Patenschaften für Kinder, Jugendliche und Familien mit Fluchtbiografie. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Vermittlung neuer Patenschaften und die Weiterbetreuung bereits bestehender Patenschaften. Begleitet durch eine Patin oder einen Paten können geflüchtete Kinder und Jugendliche die neue Umwelt und das gesellschaftliche Zusammenleben erfahren sowie Freizeitaktivitäten nachgehen, bei denen auch auf spielerische Art und Weise ihre Deutschkenntnisse verbessert werden.

Im Rahmen der Maßnahme werden die erforderlichen Kapazitäten geschaffen, um das Engagement von Menschen zu unterstützen, die eine Patenschaft für ein geflüchtetes Kind oder einen Jugendlichen übernehmen möchten. Der durch die Förderung geschaffene hauptamtliche Rahmen stellt sicher, dass hohe Qualitätsstandards eingehalten sowie kinderschutzrechtliche Anforderungen gewährleistet werden.

Weiterhin wird Folgendes umgesetzt: gemeinsames Arbeiten in der „Arbeitsgemeinschaft Flüchtlingspatenschaften“ zur Nutzung von Synergieeffekten, Erarbeitung gemeinsamer Qualitätsstandards sowie eines Kinderschutzkonzeptes, Einrichtung einer gemeinsamen Internetplattform, Gewinnung von neuen Ehrenamtlichen und Durchführung des Auswahlverfahrens auf der Grundlage gemeinsam ausgearbeiteter Auswahlkriterien sowie Qualifizierung der Ehrenamtlichen durch regelmäßig durchgeführte Schulungsveranstaltungen zu wesentlichen Themen (z. B. Ziele und Grenzen einer Patenschaft, Interessen und Potenzialentfaltung im Mentoring, Traumata und kindliche Entwicklung).

Aufgrund der gesunkenen Anfragen im Bereich Flüchtlingsengagement und des weiterhin bestehenden hohen Bedarfs sind zukünftig eine intensivere Werbung sowie eine verstärkte Akquise von Ehrenamtlichen notwendig.

Koordinierung Patenschaften

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Strukturen des bürger-schaftlichen Engagements sind durch Förderung von Organisationen, die Patenschaftsprogramme für geflüchtete Kinder und Jugendliche anbieten, unterstützt	Anzahl der Patenschaftsprojekte, die gefördert werden und durch Akquise, Schulung und Beratung interessierter Bürgerinnen und Bürger zur Erhöhung der Anzahl an Patinnen und Paten beitragen	6		
Integration geflüchteter Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien in das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Deutschland ist unterstützt	Anzahl neuer Patenschafts-Tandems für geflüchtete Kinder, Jugendliche und ihre Familien	139		

4.4.4 Aufsuchende Erziehungs- und Familienberatung (EFB) für Familien mit Fluchtbiografie

Die Angebote der Erziehungs- und Familienberatung als bestehende Regelversorgung der Stadt Berlin sind u. a. auf die professionelle und interdisziplinäre Beratung und Unterstützung bi-nationaler Familien ausgerichtet. Es bestehen langjährige Erfahrungen in der Beratung von Menschen aus anderen Kulturkreisen und mit unterschiedlichen Muttersprachen. Die aufsuchende Erziehungs- und Familienberatung für Familien mit Fluchtbiografie nutzt diese Erfahrungen. Ziel ist es, Eltern, Jugendliche (inkl. unbegleitete minderjährige Geflüchtete), junge Erwachsene und Kinder sowie andere Erziehungsberechtigte frühzeitig vermittelnd und kultursensibel bei der Klärung und Bewältigung individueller oder familienbezogener

Fragen, bei der Lösung von Erziehungs- und Bildungsfragen und bei Problemen der Integration zu unterstützen. Dabei geht es um psychosoziale Erstversorgung und Krisenintervention, migrationssensible Erziehungs- und Familienberatung, bedarfsgerechte psychologische und psychosoziale Beratung, aufsuchende Erziehungsberatung im sozialen Nahraum, Präventionsmaßnahmen für Flüchtlingsfamilien mit Säuglingen und Kleinkindern und Fachkräfteberatung (Coaching von pädagogischen Fachkräften) in Schulen und Einrichtungen der Kindertagesförderung. Die Maßnahmen belegen zum einen die große Vielfalt und hohe Flexibilität der Projektträger in Bezug auf Ziel- und Altersgruppen (von der pränatalen Betreuung Schwangerer bis zur Beratung ganzer Familiensysteme mit mehr als drei Generationen), Herkunftsländer (arabischer, afrikanischer, kurdischer, türkischer und persischer Sprachraum) sowie Geschlechtergerechtigkeit (Anteil der Mädchen und Frauen: 55 – 79,5%). Zum anderen wird deutlich, dass alle freien Träger in enger Abstimmung mit der jeweiligen Jugendhilfeplanung ihrer Bezirke eine sozialräumliche Schwerpunktsetzung und Diversifizierung der durchgeführten Maßnahmen und Angebote wahrnehmen. Dabei wird eine fachbereichsübergreifende Vernetzung und Kooperation mit den Einrichtungen des kommunalen Jugendhilfeträgers und darüber hinaus mit Institutionen des Gesundheitswesens, des Bildungsbereichs und anderen ambulanten, teilstationären sowie zum Teil auch stationären Trägern der Jugendhilfe realisiert.

Das vielfältige Angebot der Erziehungs- und Familienberatungsstellen wird berlinweit stark nachgefragt. Die Beratungsstellen leisten einen wichtigen Beitrag zur Verminderung von individuellen und familiären Problemen, bei der Aufklärung über gültige Normen und Rechte bezüglich Familie und Erziehung.

Für die Beratung geflüchteter Menschen besteht in Berlin weiterhin ein großer Bedarf – auch an vertraulicher und professioneller Sprachmittlung. Die Beratungszeit verdoppelt sich durch die Übersetzungstätigkeit. Dies wirkt sich auf die Beratungsangebote aus. Auch ist die sozialräumliche Vernetzung in der Arbeit mit geflüchteten Menschen sehr zeitintensiv, aber wünschenswert.

Aufsuchende Erziehungs- und Familienberatung

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Geflüchtete Familien sind durch die Bereitstellung interdisziplinärer und kultursensibler Beratungsangebote unterstützt	Jahresarbeitsstunden für die Zielgruppe „geflüchtete Familien“ (Angebote und Leistungen)	8.000		
Männer und Frauen sind erreicht	Anteil der Männer, die Beratungsangebote wahrgenommen haben	20,1 – 45%		
	Anteil der Frauen, die Beratungsangebote wahrgenommen haben	55 – 79,9%		

4.4.5 Kapitelübergreifende Maßnahme – Sprachmittlung in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe

In der pädagogischen Arbeit mit geflüchteten Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien ist Sprachmittlung unbedingt erforderlich. Ein Bedarf besteht insbesondere im Bereich der Kindertagesförderung. Die Beratung und Betreuung von Eltern mit Fluchtbiografie und ihren Kindern in der Kindertagesförderung ist ohne Sprachmittlerinnen und Sprachmittler kaum zu bewältigen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertageseinrichtungen sind beim Erstkontakt, während der Eingewöhnungsphase und bei Bildungsgesprächen im Jahr auf Sprachmittlung angewiesen. Ein Bedarf besteht ebenso im Arbeitsbereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) und bei den (aufsuchenden) Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB). Das Angebot der EFB beinhaltet u. a. psychologische, pädagogische und ggf. therapeutische Leistungen, die in vielen Fällen ohne Sprachmittlung kaum praktiziert werden können.

In den Jahren 2018/2019 stehen Haushaltsmittel für Sprachmittlung zur Verfügung, die in Form eines Kontingentsystems bereitgestellt werden.

Ergänzt wird das Sprachmittlungsangebot durch:

- mehrsprachiges Informationsmaterial in leichter Sprache und als Audiodatei, zugänglich auch über Soziale Medien,
- eine allgemein zugängliche Datei der wichtigsten Alltagsbotschaften zwischen Eltern und Fachkräften (z. B. Wechselwäsche wird benötigt, ein Kind muss aufgrund einer Krankheit abgeholt werden oder Informationen zum Elternabend) mit Schrift- und Audioübersetzungen in mehreren Sprachen, die dann im Tür- und Angelkontakt benutzt oder als Schrift- bzw. Sprachnachricht per Handy übermittelt werden können,
- die Möglichkeit, einfache Elternbriefe, Einladungen usw. in der entsprechenden Muttersprache einlesen zu lassen, um sie als Audiodatei an die Eltern weiter zu geben.

Die Bereitstellung von Audiodateien berücksichtigt auch geflüchtete Eltern, die Analphabeten sind und trägt damit entscheidend zur Barrierefreiheit und zum Empowerment, insbesondere geflüchteter Frauen bei.

Sprachmittlung in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

(Start: Juli 2018)

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Bedarfsgerechte Sprachmittlung in der Kindertagesförderung, in den Hilfen zur Erziehung und in der Erziehungs- und Familienberatung ist zur Verfügung gestellt	Anzahl der in Anspruch genommenen Sprachmittlung im Verhältnis zu den geäußerten Bedarfen		
Alternative Formen der Sprachmittlung in Form von leichter Sprache, digitalen Dateien mit Schrift- und Audioübersetzungen, Videobotschaften usw. sind zur Verfügung gestellt	Anzahl der bereitgestellten alternativen Angebote an Sprachmittlung		

4.5 Fort- und Ausbildung pädagogischer Fachkräfte

Ziel ist es, die pädagogischen Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe zu pädagogischen, sozialen und rechtlichen Themen, die in der Arbeit mit geflüchteten Menschen von Bedeutung sind, fortzubilden und so ihren Wissensstand zu Migrations- und Fluchtthemen anzuheben und ihre Handlungskompetenz zu erweitern. Zur Erfolgsmessung werden sowohl quantitative als auch qualitative Instrumente verwendet. Im Rahmen der Jahresberichtserstattung des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg erfolgt die quantitative Messung des Umsetzungserfolgs. Im Rahmen der qualitativen Erfolgsmessung werden die Feedbackbögen aller Veranstaltungen (Seminare, Kurse, Workshops und Fachtagungen) evaluiert und bei der Planung der Fortbildungen fortlaufend berücksichtigt.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Pädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe sind zu pädagogischen, sozialen und rechtlichen Themen, die in der Arbeit mit geflüchteten Menschen von Bedeutung sind, fortgebildet und begleitet	Ein Fortbildungsangebot, das auch die im Rahmen einer jährlichen Abfrage formulierten Bedarfe, berücksichtigt, ist vorhanden	Anzahl der Empfänger der jährlichen Bedarfsabfrage		
		Anzahl der Rückmeldungen auf die Bedarfsabfrage		
		Anzahl der Veranstaltungen, die aufgrund der Bedarfsabfrage neu im Programm aufgenommen wurden		
	Pädagogische Fachkräfte sind zu den Themen Flucht/Migration/Diversität etc. fortgebildet	Anzahl der realisierten Veranstaltungen		
		Anzahl der Anmeldungen		
		Anzahl der Teilnehmenden		
	Eine interkulturelle Öffnung der Fortbildung ist gelungen	Anzahl der Honorardozentinnen und -dozenten mit Migrationshintergrund		

Um das Gelingen der Ausbildung zu evaluieren, werden komplementär quantitative sowie qualitative Daten erhoben. Neben den Sachberichten der beteiligten sozialpädagogischen Fachschulen erfolgt ein begleitendes Monitoring zum Schulversuch: ausgehend von einer Auswertung anonymisierter biografischer Daten der Teilnehmenden (Bildung, Sprache(n), ethnische Herkunft, sozioökonomische und familienbezogene Daten), soll der Lern- und Qualifikationsverlauf halbjährlich durch Befragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfasst und ausgewertet werden. Dabei werden die Leistungsnachweise der Schulen und Praxisstellen einbezogen. Abgerundet wird das Monitoring durch eine jährliche Kurzbefragung der Lehrkräfte und Praxisanleitenden, wodurch eine Außensicht von förderlichen und hinderlichen Faktoren für eine erfolgreiche Ausbildung ermöglicht wird.

Da das Modellvorhaben erst im Jahr 2018 begonnen hat, kann der Erfolg der Maßnahme anhand von Ausbildungsabschlüssen im Rahmen der Vergleichswerte der Jahre 2016 – 2019 noch nicht gemessen werden.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Geflüchteten Menschen mit pädagogischen Vorkenntnissen und/oder Interesse ist die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin ermöglicht	Möglichkeiten für den Beginn einer beruflichen Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher für Menschen mit Fluchtbiografie sind geschaffen	Anzahl der Plätze für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher		
	Es sind die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, dass Menschen mit Fluchthintergrund die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher beginnen können	Anzahl der Menschen mit Fluchtbiografie, welche die Ausbildung begonnen haben davon Frauen		
	Voraussetzungen für eine erfolgreiche berufsbegleitende Ausbildung sind vorhanden	Anzahl der Geflüchteten, die eine berufsbegleitende Ausbildung absolvieren und mit wöchentlich je nach Ausbildungsjahr 1 – 3 Stunden fachlich begleitet und sprachlich gefördert werden		

4.6 Schnellstmögliche Integration in Bildungsangebote der formalen Bildung

Beschreibung der Instrumente zur Messung des Umsetzungserfolgs

Zugang zu bestehenden Bildungsangeboten der formalen Bildung beginnt für schulpflichtige Geflüchtete mit der Aufnahme in eine Willkommensklasse oder eine Regelklasse.

Um dies ungeachtet des Status geflüchteter Kinder und Jugendlicher zu gewährleisten, wurden die Voraussetzungen geschaffen, jederzeit bedarfsgerecht Willkommensklassen zu eröffnen und mit Lehrkräften auszustatten. In Planungsgesprächen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit den bezirklichen Schulämtern und der regionalen Schulaufsicht werden die Bedarfe geprüft und erforderliche Maßnahmen umgesetzt.

Das Ziel des schnellstmöglichen Zugangs zu diesen Angeboten kann als erreicht gelten, wenn die Zuweisung eines Schulplatzes nach der Anmeldung eines schulpflichtigen Kindes bzw. schulpflichtigen Jugendlichen in der Koordinierungsstelle für Willkommensklassen zu mindestens 80% innerhalb eines Monats erfolgt. Durch eine vierteljährliche Abfrage in den Regionen über die Belegung der Willkommensklassen aller Schularten und ggf. existierende Wartelisten wird dies quantitativ überprüft.

In Abhängigkeit von den individuellen Voraussetzungen soll möglichst frühzeitig eine Teilintegration der Willkommensklassenschülerinnen und -schüler stattfinden. Dies setzt jedoch entsprechende Platzkapazitäten am Beschulungsort voraus, die erst nach und nach geschaffen werden können. In die vierteljährliche Abfrage werden daher zur Feststellung der Entwicklung die Anzahl und die Unterrichtsfächer, in die integriert wird, einbezogen.

Für eine große Zahl der über 16-jährigen Jugendlichen führt der Weg über den Besuch einer Willkommensklasse an einem Oberstufenzentrum (OSZ) in Berufsqualifizierende Lehrgänge (BQL) bzw. die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung (IBA) in die Duale Ausbildung, weitere schulische Ausbildung, andere Maßnahmen oder direkt in die Berufstätigkeit.

Ein erstes Instrument zur Messung des Zugangs in anschließende Bildungsgänge der beruflichen Bildung steht über die beauftragte Evaluation der Bildungsbegleitung an den Oberstufenzentren zur Verfügung. Die Ergebnisse der ersten Evaluation der Bildungsbegleitung wiesen nach, dass mit Hilfe dieser Maßnahme hinsichtlich der Vermittlung in Duale Ausbildung für jugendliche Geflüchtete das gleiche Niveau wie für die durchschnittliche Berliner Schülerpopulation in der Berufsvorbereitung im Schulversuch IBA seit 2015 erreicht wurde.

Sollte es trotz des großen Anstiegs der Schülerinnen- und Schülerzahl und damit einer deutlichen Vergrößerung des Betreuungsschlüssels gelingen, 40% zu einem Schulabschluss zu führen und 16% in eine Duale Ausbildung zu vermitteln, kann diese Maßnahme als erfolgreich eingestuft werden. Eine weitere Evaluation ist bereits in Umsetzung.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund erhalten schnellstmöglichen Zugang zu bestehenden Bildungsangeboten der formalen Bildung	Willkommensklassen sind in bedarfsgerechter Zahl eingerichtet	Anzahl der Willkommensklassen	739	
		Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen	8.696	
	Lehrkräfte für Willkommensklassen stehen in bedarfsgerechter Anzahl zur Verfügung	Anzahl der zugewiesenen Vollzeitstellen für Willkommensklassen	821	
	Mindestens 80% der neu angemeldeten schulpflichtigen Geflüchteten werden innerhalb eines Monats in eine Willkommensklasse aufgenommen	Anzahl der Schulpflichtigen, die auf einen Schulplatz warten		
	Die Möglichkeiten für stufenweise auszuwehnende Teilintegration von Schülerinnen und Schülern aus Willkommensklassen in Unterrichtsangebote der Regelklassen werden zunehmend verbessert	Anzahl der Schüler/innen aus Willkommensklassen, die an Unterrichtsangeboten der Regelklassen teilnehmen		
		Anzahl der Wochenstunden, an denen diese Schüler/innen am Regelunterricht teilnehmen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	BQL und IBA-Klassen sind in bedarfsgerechter Zahl eingerichtet	Anzahl der BQL-Klassen mit Schülerinnen und Schülern aus Willkommensklassen	101	
		Anzahl der Schülerinnen und Schüler aus Willkommensklassen in BQL	1.647	
	Über 60% der Geflüchteten über 16 Jahren, die an der Maßnahme teilnehmen, erzielen einen Schulabschluss: Berufsbildungsreife (BBR), erweiterte Berufsbildungsreife (eBBR) oder Mittlerer Schulabschluss (MSA)	Anzahl der Abschlüsse	Ziel:*	
	Über 70% der Geflüchteten über 16 Jahre, die an der Maßnahme „Bildungsbegleitung“ teilnehmen, erzielen einen Anschluss an Duale (betriebliche) bzw. schulische Ausbildung oder andere geförderte Maßnahmen	Anzahl der Anschlüsse	Ziel:*	
			BBR 40%	
			eBBR 20%	
			MSA 3%	
			Duale Ausbildung 16%	
			schulische Ausbildung 45%	
			andere Maßnahmen 10%	

* Bei gleich bleibender personeller Ausstattung für die Begleitung

4.6.1 Berücksichtigung sonderpädagogischer Bedarfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Ziel der Maßnahme ist die Schaffung von Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilhabe an Bildung.

Eine sonderpädagogische Förderung erfordert eine vorausgehende sonderpädagogische Diagnostik, die sich bei geflüchteten Menschen, die sich noch nicht lange in Deutschland aufhalten, aus verschiedenen Gründen als besonders anspruchsvoll und zeitaufwändig erweisen kann. Die beauftragten SIBUZ benötigen besondere Ressourcen für die fachliche Diagnostik und Dolmetschleistungen. Das Antragsverfahren für Dolmetschleistungen ist einfach zu gestalten. In den Willkommensklassen ist eine adäquate sonderpädagogische Förderung wie in den Regelklassen erforderlich. Für die sonderpädagogische Förderung sind hier behindertengerechte und barrierearme Schulplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen.

Lehrkräfte in Willkommensklassen benötigen regionale basisqualifizierende Fortbildungsangebote zum inklusiven Unterricht, um Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Fluchterfahrung eine barrierearme Förderung zukommen zu lassen.

Berücksichtigung sonderpädagogischer Bedarfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche,

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Nutzung der sonderpädagogischen Grundausstattung auch in Willkommensklassen Vereinfachtes Vertrags- und Verwaltungsverfahren für Dolmetschleistungen Verbesserung der Differenzialdiagnostik und Berücksichtigung der erforderlichen Zeit für die Diagnostik- und Beratungslehrkräfte Ausreichend adäquate Schulplätze	Entsprechender Einsatz sonderpädagogischer Ressourcen		
	Abrufen der Mittel für Dolmetschleistungen	Vgl. Kapitel 9	
	Die SIBUZ erhalten für die erschwerte Diagnostik erforderliche Ressourcen		
	Führen eines sonderpädagogischen Förderbogens ermöglicht adäquate Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf	Nichtadäquat beschulte SuS minimieren	
	Wahrnehmen von Fortbildungsangeboten für die sonderpädagogische Diagnostik bei Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung		

4.6.2 Gewährleistung des frühzeitigen Informationsaustausches bei regionalen und überregionalen Umzügen von geflüchteten Familien mit schulpflichtigen Kindern

Ziel der Maßnahme ist es, Brüche in der Bildungsbiografie von schulpflichtigen Kindern nach Möglichkeit zu vermeiden. Deshalb sollen Familien mit schulpflichtigen Kindern, die aus einer Not- oder Gemeinschaftsunterkunft aus- bzw. umziehen müssen, soweit möglich in der jeweiligen Region verbleiben.

Ist ein Umzug in eine weit entfernte Unterkunft innerhalb der Region oder in eine andere Region notwendig, soll zur Gewährleistung der Beschulung der betroffenen Kinder die auf Arbeitsebene (LAF/ SenIAS/ SenBJF) getroffene Vereinbarung zur Übermittlung aller für die nahtlose Beschulung erforderlichen Informationen angewendet werden.

Die Vereinbarung wurde am 30.04.2018 von den beteiligten Verwaltungen verbindlich beschlossen.

Zur Verbesserung des Wissenstransfers und der Eigeninitiative wird für Eltern und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine mehrsprachige Handreichung verfasst, die das Vorgehen bei umzugsbedingtem Schulwechsel beschreibt.

Gewährleistung der nahtlosen Beschulung von vom Umzug betroffenen geflüchteten Familien mit schulpflichtigen Kindern

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Verbleib der Familien in den bisherigen Regionen	Anzahl der Familien, die in der Region verbleiben können		
Vereinbarung zur Gewährleistung des Informationsaustausches bezüglich der nahtlosen Beschulung schulpflichtiger Kinder bei (überregionalen) Umzügen	Die Vereinbarung liegt bis zum 30.04.2018 durch die beteiligten Verwaltungen (LAF/SenIAS/SenBJF) vor (FF SenBJF)	Die Vereinbarung wird angewandt	
Wissenstransfer	Die für die Fortführung der Beschulung notwendigen Informationen liegen vier Wochen vor dem Umzug vor (Name, Jahrgangsstufe, Schulart, besuchte Schule, Beschulungsart (Willkommensklasse/ Regelklasse)		
	Die mehrsprachige Handreichung für Eltern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Vorgehen bei umzugsbedingtem Schulwechsel liegt zum 30.06.2018 vor	Wissenstransfer und Selbstertüchtigung Betroffener	

4.6.3 Lerngruppen für besondere Bedarfe

Ziel der Maßnahme ist das Schaffen von Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilnahme an Regelbildungsangeboten bzw. für das Erreichen schulischer Abschlüsse. Die Zielgruppe besteht aus jugendlichen Geflüchteten im Alter von 15 oder 16 Jahren, die große Defizite in Bezug auf schulische Vorkenntnisse haben oder eine spezielle Unterstützung zur Vorbereitung auf den Besuch einer gymnasialen Oberstufe benötigen. In Abhängigkeit von der Zielsetzung wurden daher in sieben Regionen insgesamt 22 Lerngruppen an 16 Schulen eingerichtet, die Ende des Jahres 2017 von 390 Schülerinnen und Schülern besucht wurden. Alle Schulen haben pädagogische Konzepte vorgelegt, die den schulaufsichtlichen Vorgaben entsprechen:

- Die Frequenz dieser Lerngruppen liegt bei 17 bis maximal 20 Schülerinnen und Schülern.
- Es gilt grundsätzlich die Stundentafel der Schulart, an der diese Lerngruppe eingerichtet wird.
- Es erfolgt eine zusätzliche Sprachförderung auf Grundlage eines durchgängigen Gesamtkonzepts. Dafür können auch Stunden des Wahlpflichtunterrichts genutzt werden.
- Die Integration in die Schulgemeinschaft wird u. a. über die Teilnahme am Unterricht einer Parallelklasse im Umfang von mindestens zehn Stunden pro Woche gewährleistet. Dafür bieten sich insbesondere der Sportunterricht und der Unterricht in den musischen Fächern an. Denkbar ist aber auch eine Teilnahme am Unterricht in anderen Fächern zur Leistungsdifferenzierung. Des Weiteren werden die Schülerinnen und Schüler dieser Lerngruppen in Projekte der Jahrgangsstufe einbezogen, wobei der Gesichtspunkt der Kontakte zu den gleichaltrigen Mitschülerinnen und Mitschülern der anderen Regelklassen unbedingt berücksichtigt werden muss. Daneben werden diese Schülerinnen und Schüler in die Angebote des Ganztags (Arbeitsgemeinschaften, Streitschlichterausbildung, Angebote zur Stärkung der sozialen Kompetenz, Angebote zu genderbezogenen Themen usw.) einbezogen.

Die Maßnahme ermöglicht auch eine fachliche Schwerpunktsetzung z. B. zum Erwerb der englischen Sprache oder erforderlicher mathematisch-naturwissenschaftlicher Voraussetzungen, um einen MSA zu erhalten.

Die für die Überprüfung der Wirksamkeit erforderlichen Daten werden im Juni 2018 erstmals erhoben.

Lerngruppen für besondere Bedarfe Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Ausgleich fehlender schulischer Vorkenntnisse	Anzahl der Angebote bzw. Aktivitäten	22 Klassen		
	Anzahl der Angebotsannahme	390 Schülerinnen und Schüler		

Aufnahme in Regelbildungsangebote	Zahl der Aufnahmen aus diesen Lerngruppen in Regelbildungsangebote außer an Gymnasien	0		
	Zahl der Aufnahmen aus diesen Lerngruppen in Gymnasialklassen	0		

4.7 Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht und Förderung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen

Beschreibung der Instrumente zur Messung des Umsetzungserfolgs

Erfolge von Maßnahmen der Qualitätsentwicklung zeigen sich vor allem in der Qualität des Unterrichts und in der Entwicklung der Sprachkompetenz der unterrichteten Schülerinnen und Schüler. Da eine zuverlässige Messung dieser Erfolgskriterien kaum zu verwirklichen ist, wird auf andere Indikatoren zurückgegriffen.

Auch nach dem Übergang in das Regelsystem benötigen neu zugewanderte Kinder und Jugendliche eine individuelle Förderung besonders in Bezug auf den Erwerb (bildungs)sprachlicher Kompetenzen sowie im Fachunterricht. Um die Förderung gewährleisten zu können, benötigen Schulen Ressourcen, die verbindlich für diese Förderung genutzt werden. In einer jährlichen Abfrage wird die Nutzung der Sprachförderressourcen durch die Schule erhoben.

Curriculare Vorgaben formulieren Grundsätze und bieten eine Orientierung für die Arbeit in Willkommensklassen. Die Entwicklung der curricularen Vorgaben erfolgt auf Grundlage wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse, die u. a. im Rahmen des Bund-Länder Vorhabens Bildung durch Sprache und Schrift (BiSS) gewonnen wurden. Im Rahmen einer Dokumentenanalyse wird geprüft, ob in den curricularen Vorgaben Grundsätze zu folgenden Inhalten formuliert wurden:

- Spracherwerb und Alphabetisierung,
- Durchführung von Fachunterricht in Willkommensklassen,
- Berufsorientierung in Willkommensklassen der Sekundarstufe,
- einer frühzeitigen (Teil)Integration in Angebote des Regelsystems auch während des Besuchs der Willkommensklasse,
- sprachliche und fachliche Kompetenzen für den Übergang aus den Willkommensklassen in das Regelsystem,
- Umfang und Art der Förderung bildungssprachlicher Kompetenzen nach dem Übergang in das Regelsystem,
- Instrumente der Sprachstandserhebung.

Messbare Erfolge der Qualifizierungsmaßnahmen zeigten sich sowohl in der Nachfrage der Lehrkräfte in Bezug auf die verschiedenen Fortbildungsangebote als auch in der Entwicklung der Sprachkompetenz der unterrichteten Schülerinnen und Schüler. Da die Erhebung der Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler nicht realisierbar ist, erfolgt im Rahmen einer externen Evaluation eine Befragung der Lehrkräfte der Willkommensklasse.

Übergeordnetes Ziel der berufsschulischen Maßnahmen für die Geflüchteten über 16 Jahre ist die angestrebte Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die kompetenzorientierte individuelle Entwicklung wird einerseits durch die handlungsorientierte

Bildungsbegleitung und andererseits durch den Aufbau der notwendigen sprachlichen Kompetenzen bewerkstelligt.

Das Erreichen der zuvor genannten Sprachbildungsziele der Geflüchteten über 16 Jahre setzt ein mit diesen Zielen korrespondierendes Fortbildungsmanagement für die Lehrkräfte in den betreffenden Bildungsgängen voraus. Messbare Erfolge der Maßnahme zeigen sich sowohl in der Nachfrage der Lehrkräfte in Bezug auf die verschiedenen Fortbildungsangebote als auch bezüglich der gelungenen Übergänge in jeweils höhere Regelklassen. Zahlen hierfür werden im Rahmen von Datenabfragen erhoben.

Eine qualitativ gute Förderung bedarf abgestimmter, aufeinander aufbauender Fördermaßnahmen und deren verbindliche Umsetzung. Diese zu organisieren und konzeptionell im Schulprogramm zu verankern, ist Aufgabe der Sprachbildungskoordinatorinnen und -koordinatoren, die dafür Zeitressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. In einer jährlichen Abfrage wird erhoben, an wie vielen Schulen Sprachbildungskoordinatorinnen und -koordinatoren eingesetzt und mit einer Zeitressource ausgestattet wurden.

Eine wissenschaftliche Evaluation der Willkommensklassen soll Steuerungswissen bezüglich notwendiger Umsteuerungs- und Unterstützungsmaßnahmen sowie Erkenntnisse generieren über:

- den Bildungs- und Integrationserfolg der Beschulung geflüchteter und neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher,
- die Qualität der in Willkommensklassen geleisteten Arbeit,
- die sprachliche und fachliche Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in das Regelsystem,
- Best-Practice-Beispiele,
- den Erfolg spezieller Modelle der Beschulung Willkommensklassen.

Oberziele(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Die Qualität der Unterrichtsarbeit in den Willkommensklassen sowie der Sprachförderung nach dem Übergang der Schülerinnen und Schüler in das Regelsystem wird gesichert und weiterentwickelt	Die durch den Abbau der Willkommensklassen frei werdenden Personalressourcen werden zielgerichtet für die Unterstützung und Förderung von neu zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Regelsystem eingesetzt	90% der zur Verfügung gestellten Stunden werden für die Förderung neu zugewanderter und geflüchteter Kinder und Jugendlicher im Regelsystem genutzt		
	Im Januar 2019 liegen curriculare Grundlagen vor, die Grundsätze für die schulische Arbeit mit neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen formulieren	Curriculare Grundlagen liegen im Januar 2019 vor und erfüllen mindestens fünf der formulierten Vorgaben		
	Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, die neu zugewanderte Kinder und Jugendliche in Willkommensklassen und nach der Integration in das Regelsystem unterrichten, werden entsprechend der Bedarfe entwickelt und durchgeführt	70% der Lehrkräfte der Willkommensklassen äußern, dass das Fortbildungsangebot ihren Bedürfnissen entspricht		
	In der beruflichen Bildung wird das spezifische Fortbildungsangebot angenommen	Anzahl der Fortbildungsangebote	22	
		Anzahl der Teilnehmenden davon Frauen	250	
	Übergänge der Schülerinnen und Schüler in höhere Regelklassen werden realisiert	Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen der beruflichen Bildung (Stand jeweils Mitte des Jahres)	2.498	

Oberziele(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen in a) BQL b) IBA	a.1.800 b.450	
		Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen der Berufsausbildung	530	
	Im Schuljahr 2019/20 sind Sprachbildungskoordinatorinnen und -koordinatoren an allen Berliner Schulen benannt	75% aller Berliner allgemeinbildenden Schulen haben Sprachbildungskoordinatorinnen und -koordinatoren benannt und stellen Zeit für die Koordination zur Verfügung		
	Eine wissenschaftlich begleitete Studie generiert Steuerungswissen zu Bildungs- und Integrationserfolgen neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher ohne Deutschkenntnisse	Ein Gesamtbericht zu der Evaluation liegt Ende 2019 vor		

4.7.1 Qualifizierung Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Übergeordnetes Ziel der berufsschulischen Maßnahmen für die Geflüchteten über 16 Jahre ist die angestrebte Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die kompetenzorientierte individuelle Entwicklung wird einerseits durch die handlungsorientierte Bildungsbegleitung und andererseits durch den Aufbau der notwendigen sprachlichen Kompetenzen bewerkstelligt.

Das Teilziel Sprachbildung wird in Form allgemeiner Sprachbildung in den Willkommensklassen angelegt (Niveaustufe des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens GER A1 – A2), durch berufsfeldbezogene Sprachbildung in der Berufsvorbereitung fortgesetzt (GER B1.1 – 1.2) und mündet in berufsbezogene Sprachbildung in der Berufsausbildung (GER B 2 – C 1). Die auf Berufsfelder bezogene Handlungskompetenzorientierung basiert auf den Niveaustufen 2 – 4 des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR).

Das Erreichen der zuvor genannten Sprachbildungsziele der Geflüchteten über 16 Jahre setzt ein mit diesen Zielen korrespondierendes Fortbildungsmanagement für die Lehrkräfte in den betreffenden Bildungsgängen voraus. Die Qualifizierungsmaßnahmen beinhalten demnach:

- Fortbildung der Lehrkräfte in den Willkommensklassen,
- Fortbildung der Lehrkräfte in den Klassen der Berufsvorbereitung (BQL/IBA),
- Fortbildung der Lehrkräfte in Regelklassen der Berufsausbildung zu Fragen der Integration,
- Fortbildung der Lehrkräfte zur Anbindung des neuen Curriculums der Berufsvorbereitung,
- Bereitstellung geeigneter Lehrmittel.

Messbare Erfolge der Maßnahme zeigen sich sowohl in der Nachfrage der Lehrkräfte in Bezug auf die verschiedenen Fortbildungsangebote als auch in der Entwicklung der Sprachkompetenz der unterrichteten Schüler und Schülerinnen sowie bezüglich der gelungenen Übergänge in jeweils höhere Regelklassen. Für die Zukunft gilt es die erfolgreiche Maßnahme zu verstärken und noch berufsfeldbezogener weiterzuentwickeln.

Qualifizierung Lehrkräfte an Beruflichen Schulen

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Nr. 6.11 der entsprechenden Maßnahme aus Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Spezifisches Fortbildungsangebot wird angenommen	Anzahl der Angebote bzw. Aktivitäten	27	14	22	
	ggf. Anzahl der Angebotsannahmen (z. B. Teilnehmende, Beratungen usw.)	261 TN	140 TN	250	

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
Übergänge der Schülerinnen und Schüler in höhere Regelklassen werden realisiert	Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen der beruflichen Bildung	3.000	2.200	1.700	
	Anzahl der Schülerinnen und Schüler aus Willkommensklassen in BQL und IBA	480 80	1.647 345	1.800 450	
	Anzahl der Schülerinnen und Schüler aus Willkommensklassen in der Berufsausbildung	50	350	530	

4.7.2 Ausweitung der Koordination für Sprachbildung auf alle öffentlichen Berliner Schulen, die Begrenzung auf 40%-Schulen (Schulen mit 40% Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache und/oder Lehrmittelbefreiung) soll entfallen

Ziel der Maßnahme ist die Implementierung der Sprachbildungskoordination im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel an allen Berliner Schulen, um eine durchgängige Sprachbildung und -förderung flächendeckend zu gewährleisten. Bisher erfolgt die Benennung von Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren nur an Schulen mit 40% Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache und/oder Lernmittelbefreiung. Seit dem Schuljahr 2018/19 ist die Sprachbildungskoordination an allen Beruflichen Schulen verankert und mit Anrechnungsstunden abgesichert.

Die Verpflichtung zur Integration der sprachlichen Bildung in das Schulprogramm und das schulinterne Curriculum besteht seit Inkrafttreten des neuen Rahmenlehrplans mit dem darin integrierten Basiscurriculum Sprachbildung. Nur mittels Vereinbarungen über Förderstrategien innerhalb des Kollegiums kann erfolgreicher sprachförderlicher Unterricht stattfinden. Schuleigene Sprachbildungskonzepte umfassen alle sprachförderlichen Maßnahmen der Schule. Das reicht von Sprachförderung im Fachunterricht über zusätzliche Sprachkurse in besonderen Lerngruppen bis zu außerunterrichtlichen und sogar außerschulischen Angeboten, die in Kooperation mit freien Trägern, den Volkshochschulen, Museen, Theatern oder Bibliotheken durchgeführt werden. Diese Vereinbarungen müssen für alle Beteiligten in dem Sprachbildungskonzept sichtbar und nachlesbar sein. Um diesen Prozess zu steuern, werden Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren an den Schulen benannt und für diese Aufgabe qualifiziert, u. a. in einem einjährigen Weiterbildungskurs. Sie sind für die Erarbeitung des Sprachbildungskonzeptes, dessen Umsetzung und Evaluation verantwortlich. Um diese Aufgabe zu erfüllen, sollen allen Schulen zwei Anrechnungsstunden zugewiesen werden aus dem vorhandenen Kontingent nach Auflösung der Willkommensklassen. Eine Abstimmung über die Ressourcenzuweisung ist in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bisher noch nicht erfolgt.

Ausweitung der Koordination für Sprachbildung auf alle öffentlichen Berliner Schulen
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Steigerung der Qualität der Sprachförderung durch Implementierung der Sprachbildungs-koordination an allen Berliner Schulen	Anzahl der Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren an den Allgemeinbildenden Schulen		
	Qualifizierungsangebote der Fort- und Weiterbildung für die Ausbildung der Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren		
	Zuweisung von zwei Anrechnungsstunden pro Schule		
	Anzahl der Teilnehmenden an den Netzwerktreffen für Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren		
	Anzahl der Teilnehmenden an den Fachtagungen für Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren		
	Qualität der schulinternen Sprachbildungskonzepte steigt		
	Stellenbeschreibung für Sprachbildungskordinatorinnen und -koordinatoren liegt vor und berücksichtigt die Arbeit mit neu zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen		

4.8 Bildung und Teilhabe durch außerunterrichtliche und ergänzende Förderung an der inklusiven Ganztagschule (Unterstützungssysteme)

Beschreibung der Instrumente zur Messung des Umsetzungserfolgs

Zugang zu Bildung und Teilhabe an außerunterrichtlichen und ergänzenden schulischen Angeboten zielt darauf, Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung, Angebote, welche im Regelsystem etabliert sind, zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ist es nur bei einigen Maßnahmen möglich, einen direkten Wirkungszusammenhang der Maßnahme auf Kinder und Jugendlichen mit Fluchterfahrung zu quantifizieren. Manifeste zählbare Indikatoren einzuführen, birgt im schulischen Kontext die Gefahr der Stigmatisierung. Mit Blick auf den Wirkungszusammenhang geht es vielmehr darum, die Effektivität der Maßnahmen, welche primär als ein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit im Schulsystem verankert sind, zu erhöhen.

Die pädagogischen Konzepte der Ganztagschule sowie die konkreten Ganztagsangebote sollen hinsichtlich der Chancen außerschulischer Bildung und Erziehung für zugewanderte Kinder und Jugendliche weiterentwickelt werden. Die Effektivität der Ganztagschule durch einen manifesten Indikator zu beschreiben und dadurch Wirksamkeit von Maßnahmen

sichtbar zu machen, ist nahezu unmöglich. Indikatoren, die repräsentativ dafür stehen, dass verstärkt Angebote für die Zielgruppe gemacht werden, sind in der Tabelle dargestellt.

Für das Teilziel „schulgruppenspezifische Ganztagsangebote zur individuellen Förderung ...“ können beispielsweise drei Indikatoren die Zielerreichung spiegeln. Bietet eine Schule während der außerunterrichtlichen Zeit zusätzliche sprachliche Förderung und für den Fachunterricht ergänzende Lernangebote kann das Teilziel als erreicht aufgefasst werden, auch wenn der Lernerfolg des einzelnen Kindes nicht messbar ist.

Mit den meisten Indikatoren dieses Handlungsfeldes wird demnach nicht die konkrete Wirkung der Maßnahme auf das Kind dargestellt, sondern auf gültige Indikatoren zurückgegriffen, welche die Erwünschtheit spiegeln. Die verallgemeinerbare Absicherung der Indikatoren speist sich aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, welche hinsichtlich erfolgreicher Schulentwicklung vorliegen. Eine weitere Präzisierung der Indikatoren würde der Kontextabhängigkeit schulischer Entwicklung nicht gerecht werden.

Einige der Teilziele können dennoch mit quantifizierbaren Indikatoren unterlegt werden. Effekte der Förderung werden in den quantifizierbaren Indikatoren meist an der Anzahl der Inanspruchnahme gemessen. Die Mehrperspektivität von Daten sowie deren Deutung werden in diesem Kontext vernachlässigt.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Kindern und Jugendlichen mit Fluchtbiografie wird der Zugang zu Bildung und Teilhabe an der außerunterrichtlichen und ergänzenden Förderung sowie an weiteren Unterstützungsangeboten an der inklusiven Ganztagschule gewährleistet	Schulgruppenspezifische Ganztagsangebote zur individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung werden konzeptionell verankert	Abbildung der Sprachförderangebote während der außerunterrichtlichen Zeit des Ganztags im Ganztagschulkonzept Verankerung der fachlichen Ganztagsangebote im Ganztagschulkonzept Abbildung der Angebote sozialen Lernens und der Persönlichkeitsentwicklung im Ganztagschulkonzept		
	Die Teilnahmequote von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung an der außerunterrichtlichen Zeit des Ganztags wird erhöht	Anzahl der Teilnehmenden an außerunterrichtlichen und ergänzenden Ganztagsangeboten		
	Es werden handlungsleitende Beratungen durch die Schulen sowie Beratungssprechstunden durchgeführt	Anzahl der Beratungssprechstunden		
	Soziale und kulturelle Teilhabe der Zielgruppe wird durch die Inanspruchnahme der BuT-Leistungen erhöht	Erhöhung der Anzahl der Leistungsempfängenden für die soziale und kulturelle Teilhabeleistung		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	In Berliner Ferienschulen wird in Ergänzung zum Regelunterricht die Sprachkompetenz gefördert Ergänzend sind vielfältige Bildungsangebote in den Bereichen Kultur, Sport und Sprache ein Beitrag zur Integration	Anzahl der Lerngruppen in den Ferien Anzahl der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen		
	In „Fit für die Schule“-Lerngruppen erwerben neu zugewanderte Kinder und Jugendliche in vielfältigen Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten Kompetenzen in der Verkehrssprache Deutsch	Anzahl der durchgeführten Lernwochen Anzahl der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen		
	Handlungsleitende Beratung durch die Schule sowie Beratungssprechstunden werden durchgeführt mit dem Ziel, die Eltern über kulturelle Bildungsangebote zu informieren	Anzahl der Beratungssprechstunden mit Informationen über kulturelle Angebote in der Region		
	Angebote von demokratiefördernden partizipativen Lerngelegenheiten und Räumen im Ganzttag werden verstärkt	Ganzttagsschulen bieten Servicelearning mit jahrgangsspezifischen Inhalten an Es gibt interkulturelle Konfliktlösungsteams wie z. B. Streitschlichtung		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Die schulpsychologische Einzelfallberatung und Diagnostik geflüchteter Kinder und Jugendlicher wird gesichert Beratung und Supervision von Lehrkräften (in Willkommensklassen) wird gewährleistet	Anzahl der Beratungen und Supervisionen		
	Gesamtstädtisch werden Angebote der Jugendsozialarbeit etabliert	Anzahl der Stellen der Jugendsozialarbeit Anzahl der sozialpädagogischen Fachkräfte		

* Werte liegen nicht vor

4.8.1 Angebote der sprachlichen Förderung und der gesellschaftlichen Teilhabe für Jugendliche am Übergang von der Regelschule zur berufsqualifizierenden Ausbildung

Jugendliche, die ihre Berufsqualifizierung nach dem Ende des Schulbesuches im Oktober beginnen, benötigen während der Zeit, in der sie keine Bildungseinrichtung besuchen, Angebote, welche die Bindung zum Bildungssystem stärken.

Jugendlichen mit Fluchterfahrung während der Zeit bis zum Beginn der berufsqualifizierenden Ausbildung Angebote von Bildung und Teilhabe machen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Förderung der Sprachkompetenz, Stärkung des Selbstkonzepts sowie Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe einschließlich der zielgruppenspezifischen Vorbereitung auf die Berufsqualifikation und Berufsausbildung	Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen	Die Benennung eines Zielwertes ist derzeit nicht möglich, da der Finanzierungsrahmen dieser zusätzlichen Maßnahme noch offen ist	
	davon junge Frauen		

4.8.2 Willkommenslotsinnen und -lotsen an Berliner Schulen

Das in einer Region erprobte Konzept zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung soll im Rahmen einer gelebten Willkommenskultur in die Regionen überführt werden.

Willkommenslotsinnen und -lotsen an Berliner Schulen installieren Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Willkommenslotsinnen und -lotsen gesamtstädtisch etablieren	Anzahl der Schulen mit Willkommenslotsinnen und -lotsen in Regionen		
	Anzahl der Tandems in den Schulen		

4.8.3 Verankerung von Tandems zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Fluchterfahrung in der kulturellen Arbeit

Die Maßnahme, die an einzelnen Schulen bereits erprobt worden ist, zielt darauf ab: sowohl den geflüchteten Kindern und Jugendlichen orientierende Unterstützung zu geben als auch den Schülerinnen und Schülern ohne Fluchterfahrung die Erkenntnis zu ermöglichen, dass sie durch den engen Kontakt mit einem jungen geflüchteten Menschen selbst profitieren, indem sie Einblick in andere Kulturen und Wertvorstellungen gewinnen und durch die konkrete Unterstützung eines anderen Menschen eine Selbstwirksamkeitserfahrung machen. In Projekten der kulturellen Bildung, wie Theater und Tanz, sind Aushandlungsprozesse über gemeinsame Ausdrucksformen von besonderer Bedeutung. In Tandems zwischen Schülerinnen bzw. Schülern können sprachliche Hürden leichter bewältigt und Ängste von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung besser aufgefangen werden. Die Tandembildung muss schulorganisatorisch ermöglicht werden.

Bildung und Verankerung von Tandems Schülerinnen und Schülern mit und ohne Fluchterfahrung

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Schulorganisatorisch unterstützte Tandems von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Fluchterfahrung	Anzahl der gebildeten Tandems, die in der außerunterrichtlichen Zeit des Ganztags, z. B. in künstlerischen Projekten, wirksam werden		
	Dauer der gebildeten Tandems bzw. strukturelle Verankerung		

4.8.4 Erhöhung der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung an außerunterrichtlichen Projekten mit bezirklichen Bildungseinrichtungen wie Jugendkunstschulen und mit Kultureinrichtungen

Nicht nur die Schulen im Programm „Kulturagenten für kreative Schulen Berlin“ haben die Möglichkeit, im Ganztag mit bezirklichen Bildungseinrichtungen, wie Jugendkunstschulen sowie Kulturinstitutionen zu kooperieren. Diese Maßnahme schließt an die oben dargestellte Maßnahme „Teilnahmequote von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung in der außerunterrichtlichen Zeit des Ganztags fördern“ an. Eltern sollen über die dort genannten Informationen zum Rechtsanspruch des Besuchs der Ganztagsschule und über Antragsverfahren hinaus auch Informationen über Angebote von bezirklichen Einrichtungen und Kultureinrichtungen erhalten, die sie ggf. mit ihren Kindern gemeinsam besuchen können. Dies kann einen Anreiz für die Teilnahme an Ganztagsangeboten darstellen und darüber hinaus die gemeinsame Wahrnehmung von kulturellen Angeboten erhöhen.

Teilnahmequote von Kindern und Jugendlichen an kulturellen Angeboten im außerunterrichtlichen Bereich des Ganztags steigern

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte
------------------------------	-------------	----------------

		2018	2019
Handlungsleitende Beratung durch die Schule sowie Beratungssprechstunden mit dem Ziel, die Teilnahmequote am außerunterrichtlichen Ganztagsangebot zu steigern und die Eltern über kulturelle Bildungsangebote zu informieren	Anzahl der Teilnehmenden an außerunterrichtlichen und ergänzenden Ganztagsangeboten davon junge Frauen		
	Anzahl der Beratungssprechstunden mit Informationen über kulturelle Angebote in der Region		
	Nachweisbare Erhöhung der Inanspruchnahme kultureller Angebote von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung mit ihren Eltern		

4.8.5 Dolmetscherinnen und Dolmetscher SIBUZ (Fortsetzung der Maßnahme)

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen schnell in das Berliner Schulsystem integriert werden. Da die Deutschkenntnisse der Kinder und Jugendlichen sowie deren Erziehungsberechtigten in der Regel für eine schulpsychologische und/oder inklusionspädagogische Beratung in der deutschen Sprache nicht ausreichend sind, ist für die Psychodiagnostik und Beratung dieser Zielgruppe der Einsatz von qualifizierten Dolmetscherinnen und Dolmetschern auf Honorarbasis zwingend notwendig.

Die Mittel für qualifizierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher sind an den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) unverzichtbar, um eine Beratung und Diagnostik von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Bereich Bildung – Dolmetscherinnen und Dolmetscher SIBUZ

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Dolmetscherleistungen am SIBUZ	Inanspruchnahme von Dolmetschleistungen	209 €	60.000 €	

4.8.6 Ausbau der Inanspruchnahme der BuT-Lernförderung von Schülerinnen und Schülern in Willkommensklassen und am Übergang in die Regelklasse

Die Schulen sollen angeregt werden, die BuT-Lernförderung systematisch in das Konzept zur Förderung der Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen einzubinden und den Übergang in die Regelklassen mit BuT-Lernförderangeboten zu unterstützen. Darüber hinaus soll über eine verstärkte Beratung der Eltern zu BuT-Leistungen allgemein, aber auch insbesondere zur BuT-Lernförderung beispielsweise durch regionale Beratungszentren die Inanspruchnahme unterstützt werden.

Ausbau der Inanspruchnahme der BuT-Lernförderung von Schülerinnen und Schülern in Willkommensklassen und am Übergang in die Regelklasse

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Verankerung der BuT-Lernförderung als Unterstützungsangebot für Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen und beim Übergang in die Regelklassen	Steigerung der Inanspruchnahme der BuT-Lernförderung		

4.8.7 Neuauflage und Übersetzung der BuT-Broschüre

Die Informationsbroschüre zum Bildungs- und Teilhabepaket soll überarbeitet und erneut aufgelegt werden. Um die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets auch den zugewanderten Familien nahe zu bringen, soll die Broschüre in andere Sprachen übersetzt werden.

Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sollte möglichst von einem regionalen Beratungsangebot, z. B. in Familienzentren, flankiert werden.

Neuaufgabe und Übersetzung der BuT-Broschüre zur Information der Leistungsberechtigten

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Übergreifendes Ziel ist die Erhöhung der Inanspruchnahme aller BuT-Leistungen in Kita und Schule. Die Öffentlichkeitsarbeit und Information der Leistungsberechtigten über die einzelnen Leistungen und Beantragung spielen dabei eine zentrale Rolle	Veröffentlichung einer Broschüre zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets bzw. von Flyern zu konkreten Leistungen (z. B. soziale und kulturelle Teilhabe)		
	Verbreitung des Materials über Schulen und Leistungsstellen		

4.8.8 Stärkung der Beratungskompetenz zu BuT an Schulen

Neben dem Ausbau von regionalen Beratungsangeboten zu Unterstützungsangeboten in Familienzentren o. ä. soll auch die Beratungskompetenz des pädagogischen Personals in Schulen in Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket gestärkt werden. Hierzu sollte ein Fortbildungsangebot entwickelt werden, das Lehrkräfte und das weitere pädagogische Personal zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets informiert.

Stärkung der Beratungskompetenz zu BuT an Schulen

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Erhöhung der Inanspruchnahme aller BuT-Leistungen in Kita und Schule. Um die Beratungsleistung der Schulen qualitativ zu unterstützen, sollen regelmäßige Fortbildungsangebote gemacht werden	Durchführung von Fortbildungsangeboten für Schulen		
	Erhöhung der BuT-Inanspruchnahme im Schulbereich		

4.8.9 Schulgruppenspezifische Ganztagsangebote zur Förderung der Wertebildung in einer demokratischen Gesellschaft

Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung haben häufig wenig Erfahrung mit demokratischen Strukturen und Handlungsweisen. Schulen agieren eingebettet in ihr gesellschaftliches Umfeld demokratisch. Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung bedürfen in diesem Kontext der besonderen Aufmerksamkeit. Demokratisches Verhalten zu fördern und einzuüben und die Schule als einen Ort der Vielfalt und Toleranz zu erleben, ist das Ziel der konkreten schulischen Maßnahmen.

Demokratiebildung in der inklusiven Ganztagschule

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Angebote von demokratiefördernden partizipativen Lerngelegenheiten und Räumen in Ganztagschulen	Ganztagschulen bieten Servicelearning mit jahrgangsspezifischen Inhalten an		
	Es gibt Konfliktlösungsteams wie z. B. Streitschlichterinnen und Streitschlichter		

4.9 Spracherwerb für Erwachsene

Beschreibung der Instrumente zur Messung des Umsetzungserfolgs

Zur Messung des Umsetzungserfolgs im Bereich Spracherwerb für Erwachsene existieren in weiten Teilen bereits etablierte Instrumente. Über diese können viele der notwendigen Daten erhoben und entsprechend Indikatoren gebildet werden.

Angebote im Bereich der Volkshochschulen können über die VHS-Statistik bereits abgebildet werden, die über das gemeinsame elektronische Fachverfahren der VHS generiert wird. Im Rahmen dieser Statistik werden Daten erfasst, die Aussagen insbesondere über Kurse (Anzahl, Gesamtangebote, Alphabetisierungskurse, Belegungen etc.), Prüfungen (wie Schulabschlüsse, Sprachen-Zertifikats-Prüfungen, Sprachtests zur Einbürgerung, „Deutsch-Test für Zuwanderer“) und Anteil der Zielgruppenangebote am Gesamtprogramm ermöglichen. Zum Teil lassen sich auch Aussagen über die Teilnehmenden (Geschlecht, Alter, Personen mit Alphabetisierungsbedarf unterteilt nach der Muttersprache, Arbeitslosigkeit, Staatsbürgerschaft, Behinderung, SGB-Förderung, Eltern mit Kindern) treffen. Die Teilziele (s. u. Tabelle) zur Erreichung des Oberziels Sprachkurs für alle können somit über die VHS-Statistik erfasst und gemessen werden. Entwicklungen können nachgezeichnet und somit Aussagen über den Umsetzungserfolg getroffen werden. Weitere Ausdifferenzierungen sind möglich. Entsprechende Auswertungen erfolgen bereits durch die Geschäftsstelle Integration der Berliner Volkshochschulen.

Hinzu kommt, dass an den VHS die Integrationskurse des BAMF durchgeführt werden. Das BAMF selbst hat ein feinmaschiges Datenerhebungssystem, das Aussagen über die Teilnehmenden (Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Jahr der Migration, ALG II-Beziehung, freiwillige oder verpflichtete Teilnahme am Integrationskurs etc.), Kursarten (u. a. allgemeiner Integrations-, Alphabetisierungs-, Eltern- und Frauen-, Förder-, Intensiv-, Zweitschriftlernerkurs) Belegungen der Kurse, Sprachprüfungen etc. für die gesamte Stadt Berlin erlaubt.

Aus den Jahresberichten des Landesinstruments 19B des ESF können ebenfalls bereits Daten zu Teilnehmenden (u. a. Geschlecht, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Alter, Bildungsabschluss, Alleinerziehende, Staatsangehörigkeit, Minderheiten, Behinderung, Obdachlosigkeit) eruiert und somit Aussagen über den Umsetzungserfolg getroffen werden.

Ein Qualitätsmerkmal der Kurse ist die Vermeidung von Diskriminierung sowie die Gestaltung einer wertschätzenden Lernumgebung in den Sprachkursen. Die Diskriminierungserfahrungen der Teilnehmenden sollen regelmäßig per Fragebögen

abgefragt und die Beschwerden über Diskriminierungserfahrungen statistisch erfasst werden.

Ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Hinführung der Teilnehmenden von den Sprach- zu Anschlusskursen sowie die Vermittlung in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt ist die Sicherstellung von flächendeckender Bildungsberatung (unterschiedlicher Anbieter). Die Bildungsberatung – gekoppelt mit Sprachstands- und Kompetenzfeststellung kann als ein Bindeglied fungieren und zugleich zur Qualitätssicherung dienen. Bisher verfasst die MoBiBe regelmäßig einen Bericht über ihre Tätigkeit, der als Grundlage für die Messung der Erreichung der Teilziele dienen kann. Hier werden Daten über Gruppen- und Einzelberatungen erfasst und aufbereitet. Auch die Übersicht über die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit sind verlässliche Zahlen im Hinblick auf die Erreichung der gesellschaftlichen Teilhabe von geflüchteten Erwachsenen (vgl. Kapitel D.5.), entsprechend können die vorliegenden Daten und Analysen der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Alle Geflüchteten erhalten in Berlin, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Bleibeperspektive oder Herkunft, schnellstmöglich ein Angebot zum Deutsch-Lernen, das ausdifferenziert, zielgruppenspezifisch und nachhaltig gestaltet ist und zu dem es Anschlussangebote gibt	Öffnung der Integrationskurse des Bundes für alle Geflüchteten im Asylverfahren, mit Gestattung oder Duldung unabhängig vom Herkunftsland	Anteil an Geflüchteten mit Zugang zu Integrationskursen des Bundes im Asylverfahren, mit Gestattung oder Duldung Verhältnis zwischen der Anzahl von Teilnehmenden an Basissprachkursen der Berliner VHS und der Anzahl der Teilnehmenden mit Aufenthaltsgestattung und Duldung an Integrationskursen des Bundes in Berlin		
	Für Geflüchtete ohne Zugang zu Regelinstrumenten des Bundes bietet das Land Berlin adäquate Angebote schnellstmöglich nach Einreise an	Durchschnittliche Wartezeit für die Teilnahme an einem landesfinanzierten Deutschkurs für Geflüchtete		
	Nutzung der Berliner Volkshochschulen als Bildungs- und Beratungsstandort für Geflüchtete	Anzahl der Teilnehmenden an Bildungs- und Beratungsangeboten speziell für Geflüchtete an VHS		

4.9.1 Basissprachkurse Volkshochschule

Das Deutschangebot des Landes Berlin hat das Ziel, allen nicht schulpflichtigen Schutzsuchenden, die keinen sofortigen Zugang zu regelfinanzierten Kursen des Bundes haben, ein Angebot an Basisdeutschkursen zu unterbreiten und somit die Möglichkeit zu bieten, selbstbestimmt in Deutschland zu leben. Zugleich soll der Deutschkurs als Ort der Begegnungs- und Informationsangebote dienen.

Das Angebot an Basissprachkursen an den Volkshochschulen in Berlin haben im Jahr 2017 6.142 Geflüchtete genutzt, darunter 2.225 Frauen (36,2%). An allen Berliner Volkshochschulen wurden insgesamt 823 Module à 100 Unterrichtseinheiten für Geflüchtete durchgeführt. Jede Person war berechtigt, bis zu vier Module à 100 Unterrichtseinheiten zu belegen.

Eine Vielzahl, der in ganz Berlin durchgeführten Sprachmodule hat sich an die spezifischen Bedarfe der Zielgruppe orientiert. Insgesamt wurden 201 Alphabetisierungsmodule²⁰ (24,4%) sowie 73 Module, die sich nur an Frauen richteten²¹ (8,9%), durchgeführt.

Für die Zielgruppe der Frauen, für die aus unterschiedlichen Gründen eine regelmäßige Teilnahme an Sprachkursen außerhalb ihres Wohnortes nicht möglich ist, ermöglichen die Kurse vor Ort das Deutschlernen in einem geschützten Raum. Insgesamt wurden 2017 35 Frauenmodule (2016: 5) in Unterkünften durchgeführt (siehe auch Darstellung der Sprachkurse mit Kinderbeaufsichtigung in Kapitel B.1.3).

Spracherwerb (Basissprachkurs VHS)

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Nr. 6.1.1 im Masterplan 2017:

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Bedarfsgerechtes Angebot an Basissprachkursen: -Ausbau und Ausdifferenzierung nach Lernstand und Zielgruppen - Steigerung der Zahl der Geflüchteten, die eine B1 Prüfung bestehen	Anzahl der angebotenen Unterrichtseinheiten				
	Anzahl der angebotenen Module Gesamt	919	823		
	Anzahl der angebotenen Alpha-Module	179	201		
	Anzahl der angebotenen Frauen-Module	n. a.	73		
	Anzahl der teilnehmenden Personen (Gesamt)	9.359	6.142		
	davon Frauen	24,4%	36,2%		

20 Zahlen liegen aus elf von zwölf Bezirken vor.

21 Zahlen liegen aus neun von zwölf Bezirken vor.

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
	Anzahl der Prüfungsanmeldungen (Gesamt)	1.150 ²²	1.076		
	Quote der bestandenen Prüfungen (Gesamt) ²³	n.a.	68%		
	Anzahl der Sprachmodule mit Kinderbeaufsichtigung in Unterkünften	5	27		

4.9.2 Berufsbezogene Sprachkurse (Instrument 19B Landes-ESF)

Das Basissprachangebot des Landes Berlin wird durch die Landes-ESF-Maßnahme der berufsbezogenen Sprachkurse (Landes-ESF-Instrument 19B) ergänzt. Dieses Angebot hat das Ziel, allen nicht schulpflichtigen Schutzsuchenden, ohne Zugang zu Berufssprachkursen des Bundes, Sprachkurse mit Berufsbezug zu vermitteln und flankierende Maßnahmen zur Heranführung an den Arbeitsmarkt durch Praktika zu gestalten.

Die Integrationskurse des Bundes werden durch ein weiteres Angebot des Bundes, die Berufssprachkurse nach § 45a AufenthG ergänzt, welche die ESF-BAMF-Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung seit 2018 vollkommen ersetzt haben. Die Berufssprachkurse des Bundes stehen für Schutzsuchende, die sich im Asylverfahren befinden und aus den Herkunftsländern Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia stammen, zur Verfügung.

Dieses Angebot gibt es als Basismodul zur Vermittlung allgemeiner Deutschkenntnisse für die Berufswelt sowie als Spezialmodul zur Vertiefung des Wortschatzes für bestimmte Tätigkeitsfelder.

Die Landes-ESF-Maßnahme bietet all denen, die vom Angebot des Bundes ausgeschlossen werden, die Möglichkeit zur Teilnahme an weiterführenden, berufsbezogenen Deutschkursen und eröffnet die Chance zur Aufnahme einer Beschäftigung oder einer Berufsausbildung.

²² Daten werden ab 2018 differenziert nach Sprachlevel gemäß Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) erhoben.

²³ Daten werden ab 2018 differenziert nach Sprachlevel gemäß GER erhoben.

Berufsbezogener Spracherwerb (Instrument 19B)**Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Abteilung Integration****Nr. 6.1.2 im Masterplan 2017**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Spracherwerb Berufsbezogenes Deutsch und Heranführung an den Arbeitsmarkt	Anzahl der angebotenen Unterrichtseinheiten				
	Anzahl der angebotenen Kurse	21	16		
	Anzahl der teilnehmenden Personen	463	408		
	davon Frauen		17%		
	Anzahl der Prüfungsteilnahme	265	231		
	davon Frauen				
	Quote der bestandenen Prüfungen	67%	68%		
	Anzahl der Teilnehmenden am Praktikum				
	davon Frauen				
	Anzahl der Teilnehmenden, die eine Arbeit aufnehmen				
	davon Frauen				
	Anzahl der Teilnehmenden, die eine Ausbildung aufnehmen				
	davon Frauen				
	Anzahl der Teilnehmenden, die eine Qualifizierungsmaßnahme aufnehmen				
	davon Frauen				
	Übergangsquote der Teilnehmenden aus den VHS-Kursen in das Instrument 19B				

4.9.3 Bildungsangebot „Wir im Rechtsstaat“ (vormals „Willkommen im Rechtsstaat“)

„Wir im Rechtsstaat“ ist ein Angebot, bei welchem Geflüchtete durch Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Grundlagen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland geschult werden. Dies erfolgt i.d.R. in Begleitung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern bzw. Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern.

Die Veranstaltung besteht aus einem Vortrag, einer Gruppenarbeit und einem Quiz. Das eingangs im Vortrag Gehörte wird anschließend in Kleingruppen auf lebensnahe Fälle angewandt und diskutiert. Zum Schluss wird in einer Quiz-Runde das Erlernte spielerisch abgefragt. Die Finanzierung erfolgte im Rahmen des Masterplans Integration und Sicherheit.

2016 hat die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung in Kooperation mit den Volkshochschulen eine 3½-stündige interaktive Unterrichtseinheit im Bereich des Rechtskundeunterrichts mit dem Titel „Willkommen im Rechtsstaat – Willkommen in Deutschland“ entwickelt. Im Jahr 2017 fanden in acht Bezirken 74 Veranstaltungen dieser Unterrichtseinheit statt.

Bildungsangebot „Wir im Rechtsstaat“

**Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung,
Landesstelle für Gleichstellung – gegen Diskriminierung**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Vermitteln von Grundkenntnissen des deutschen Rechtssystems Dieses Angebot flächendeckend für Teilnehmende der VHS-Sprachkurse anbieten	Anzahl der angebotenen Module an VHS	81	74		
	Anzahl der teilnehmenden Personen				
	davon Frauen				

4.9.4 Bildungsangebot „Arbeitsschutz“

2017 wurden 14 Workshops in VHS Kursen für Geflüchtete zum Thema Arbeitsschutz/Arbeitsausbeutung/Arbeitsrechtsangeboten angeboten.

Die Materialien zum Modul Arbeitsschutz auf A1-/A2-Niveau (nach Bedarf auch auf höherem Sprachniveau) wurden durch den Verein Arbeit und Leben e. V., mit pädagogischer Begleitung im Jahr 2016 durch VHS Mitte und 2017 durch die Geschäftsstelle Integration der Berliner Volkshochschulen erstellt und in an VHS-Sprachkursen andockten Modulen genutzt.

Bildungsangebot Arbeitsschutz

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Vermitteln von Informationen zu Themen rundum Arbeitsschutz/ Arbeitsausbeutung/Arbeitsrecht Steigerung der Zahl der Teilnehmenden an diesem Angebot, die einen VHS-Basis Sprachkurs absolvieren bzw. absolviert haben	Anzahl der angebotenen Module an VHS	10	14	10 Stand Juli 2018, Ziel: 12 weitere (1 pro Bezirk) Zielwert für 2018: 22	
	Anzahl der teilnehmenden Personen				
	davon Frauen				

4.9.5 Beratungsangebot „Mobile Bildungsberatung“

Ziel der Mobilen Bildungsberatung (MoBiBe) für geflüchtete Menschen ist es, deren berufliche und gesellschaftliche Teilhabe zu unterstützen und ihnen Möglichkeiten und Angebote für Beruf und Bildung zugänglich zu machen. Die MoBiBe hat von der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung den Auftrag erhalten, vorhandene Qualifikationen und Kompetenzen zu erheben, Wege in Bildung und/oder in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen aufzuzeigen und passende Angebote zu vermitteln.

Die MoBiBe stellt sicher, dass geflüchtete Menschen frühzeitig und wohn- bzw. lernortnah erreicht werden. Zu diesem Zweck wurden insbesondere in Deutschsprachkursen der Berliner Volkshochschulen und an weiteren bezirklichen Orten, an denen sich auch geflüchtete Menschen aufhalten, Bildungsberatungen angeboten.

Für geflüchtete Frauen werden Beratung und Akquise für VHS-Sprachkurse für Frauen nach Bedarf weiterhin auch in den Geflüchtetenunterkünften stattfinden, welche über die für Integration zuständige Senatsverwaltung und die VHS umgesetzt werden.

Die Mobile Bildungsberatung wird des Weiteren sowohl im Kapitel zum Querschnittsthema Frauen (B.1.4) als auch im Kapitel Arbeitsmarkt (A.5.7) beschrieben. Diese Darstellungen sind jeweils aufeinander abgestimmt.

Bildungsangebot „Mobile Bildungsberatung“

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Begleitendes Bildungsberatungsangebot	Anzahl der angebotenen Beratungsmodule geknüpft an die VHS Sprachkurse (Erst-Info-Veranstaltung)		132		
Strukturelle Verknüpfung von Bildungsberatung mit Sprachkursen	Anzahl der Teilnehmenden an dem Beratungsmodul der MoBiBe, das verknüpft ist mit den VHS Sprachkursen (Erst-Info-Veranstaltung)		1.322		
Flächendeckende Bildungsberatung	Anzahl der teilnehmenden Personen aus den Sprachkursen, die nach Erstinformation in den VHS ein Beratungsgespräch der MoBiBe wahrgenommen haben	763	279		
Übergänge sicherstellen	davon Frauen	177	78		
	Übergangsquote der Teilnehmenden aus den VHS-Basis Sprachkursen in die Beratung der MoBiBe, die an dem Beratungsmodul teilgenommen hatten				
	davon Frauen				

4.9.6 Bildungsangebot „Politische Teilhabe“

Neben der Ausweitung der VHS Sprachkurse nach Zielgruppen und Lerninhalten sollen diese mittelfristig um Module der politischen Bildung und des Wertedialogs erweitert werden. Dazu wird eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung eingesetzt. Eine weitere Verzahnung mit bestehenden Angeboten, etwa „Wir im Rechtsstaat“ (vormals „Willkommen im Rechtsstaat“), wird geprüft. Ziel der Module ist die Auseinandersetzung mit dem deutschen politischen System sowie mit Fragen der Teilhabe, der politischen Partizipation und zu Menschenrechten. Ein solches Format bietet zudem die Möglichkeit, eine partizipative Mitgestaltung der Kursinhalte und Abläufe seitens der Lernenden zu gewährleisten.

Ein Angebot in diesem Bereich soll aufgebaut werden.

Bildungsangebot „Politische Teilhabe“

**Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung
Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemein bildende
Schulen; Lehrkräftebildung**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Vermitteln von Wissen über das politische System, Menschenrechtsbildung, Stärkung der Handlungsfähigkeit und der politischen sowie gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten Erarbeitung eines Moduls „Politische Teilhabe“ (federführend Landeszentrale für Politische Bildung) Pilotierung dieses Moduls an Volkshochschulen (perspektivisch) Flächendeckend dieses Modul an die VHS-Sprachkurse andocken	Anzahl der angebotenen Module		
	Anzahl der teilnehmenden Personen		
	davon Frauen		

4.9.7 Qualifizierungsangebot Lehrkräfte

Um ein ausdifferenziertes Kursangebot gewährleisten und qualitativ hochwertig durchführen zu können, ist es zentral, eine gezielte Qualifizierung der Lehrkräfte anzubieten.

Ein Angebot in diesem Bereich soll aufgebaut werden.

Qualifizierungsangebot Lehrkräfte

Senatsverwaltung für Bildung, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Qualifizierung der Lehrkräfte an VHS	Anzahl an Fortbildungen		
	Anzahl der teilnehmenden Lehrkräfte		
	davon Frauen		

4.9.8 Qualifizierungsangebot Ehrenamtliche

Das Angebot von Sprachkursen mit dem Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation erfordert nicht nur den Blick auf Geflüchtete, sondern auch auf die

Stadtgesellschaft. Ein Aspekt davon ist die Qualifizierung für Berlinerinnen und Berliner, die sich ehrenamtlich in Sprachkursen engagieren.

Ein Angebot in diesem Bereich soll aufgebaut werden.

Qualifizierungsangebot Ehrenamtliche

Senatsverwaltung für Bildung, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Qualifizierung der Berliner Ehrenamtlichen, die Deutschkurse anbieten möchten	Anzahl der Fortbildungen		
	Anzahl der Teilnehmenden		
	davon Frauen		

4.9.9 Lehrmaterialien

Innerhalb der landesfinanzierten Sprachkurse für Geflüchtete sollen Räume für einen multiperspektivischen Wertedialog geschaffen werden – erste Ansätze und Lehrmaterialien („Vielfalt Leben“) hierzu sind bereits entwickelt worden.

Auf dieser Basis sollen weitere Lehrmaterialien folgen, die in den Unterricht der VHS-Kurse für Geflüchtete bereits auf den Sprachniveaustufen A1 und A2, eingebettet werden sollen.

Unterrichtsmaterialien – „Vielfalt Leben“

Die Unterrichtsmaterialien zum Themenfeld „Geschlechtergerechtigkeit und queere Lebensrealitäten“, deren Konzipierung im Jahr 2016 von der überbezirklichen und ressortübergreifenden AG „Wertedialog“ initiiert wurde, sind am 1. März 2018 erschienen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Hueber-Verlag und auch unter Beteiligung von Migrantenorganisationen wurde ein Heft entworfen, das in neun Handlungsfeldern praxisorientiert und teilnehmendenzentriert Themen von Ausbildung und Beruf bis hin zu Kinderbetreuung und Zusammenleben behandelt – jedes Thema aus einer geschlechtergerechten, queeren und intersektionalen Perspektive.

„Vielfalt Leben“ ist das erste professionell entwickelte Arbeitsheft für den Deutsch als Zweitsprache Unterricht (DaZ), das zentrale gesellschaftliche Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, queere Lebensrealitäten und Intersektionalität von Beginn an ins Zentrum des Lernens stellt (Sprachniveaustufe A1 und A2).

Lehrmaterialien

Senatsverwaltung für Bildung, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019

Erarbeitung und Anwendung von zusätzlichen Lehrmaterialien	Anzahl der erarbeiteten Lehrmaterialien	1 ²⁴ (Publikationsjahr)		
	Anzahl der Module, in denen die Lehrmaterialien genutzt wurden			

4.9.10 „Kurse für Flüchtlinge“ (als Vorbereitung auf das Kolleg mit dem Ziel: Abiturprüfung)

Diese Kurse für Geflüchtete bereiten Menschen, die nach Berlin geflohen sind, stets am ersten Tag nach den Berliner Sommerferien auf den Besuch des Kollegs vor. Am Ende des Vorbereitungskurses wird eine Prüfung in Deutsch in den Bereichen Schreiben und Leseverstehen in Anlehnung an B2-Niveau abgelegt. Mit dem Bestehen der Prüfung ist der Übergang in den Vorkurs möglich. Es findet dort für ein halbes Jahr Unterricht in Deutsch, Mathematik und Englisch statt. Der Abschluss des Vorkurses mit ausreichenden Leistungen (Note: 4) gestattet den Übergang in die Einführungsphase des Kollegs.

Die Voraussetzungen für die Teilnahme an dem Kurs sind:

- Aufenthalt in Deutschland höchstens fünf Jahre
- nachweisliche Registrierung in Berlin
- Lebensalter: Mindestens 18 Jahre, anerkannter Schulabschluss aus dem Herkunftsland oder ersatzweise eine Aufnahmeprüfung in Mathematik
- Sprachniveau in Deutsch: B1, Prüfungsnachweis nötig

Berufstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Besuch von Sprachkursen werden im Einzelgespräch geklärt.

Am Ende der Ausbildung am Kolleg steht die Abiturprüfung.

²⁴ Arbeitsheft „Vielfalt Leben“.

„Vorbereitungskurse für Flüchtlinge“ am Kolleg (als Vorbereitung auf das Kolleg mit dem Ziel: Abiturprüfung)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung

Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemein bildende Schulen; Lehrkräftebildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Dieser Kurs bereitet die Teilnehmenden auf das Kolleg vor, mit dem Ziel die Abiturprüfung zu bestehen	Anzahl der TN davon Frauen	14	34	34	
	Übergang nächstes Schuljahr Bestandene Prüfungen	9	20		

5 Handlungsfeld Arbeitsmarktintegration, Erwerbsleben und Ausbildung

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Für das Monitoring zur Erreichung der Oberziele werden Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, insbesondere aus dem Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit, verwendet. Dabei sind spezifische Definitionen der Zielgruppe und der Merkmalsausprägungen (insbesondere Herkunftsländer und Aufenthaltsstatus) zugrunde gelegt, die bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen sind und deren Systematik zu Zwecken des Monitorings gefolgt wird.

Seit Juni 2016 werden in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ auf Basis des Aufenthaltsstatus erfasst. Zu dieser Personengruppe gehören Drittstaatsangehörige mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Aufenthaltserlaubnis Flucht (§§ 22 – 25 Aufenthaltsgesetz) und einer Duldung. Im Hinblick auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt hat dieser Personenkreis ähnliche Problemlagen. Personen, die im Rahmen eines Familiennachzugs (§§ 29 ff. AufenthG) zu geflüchteten Menschen nach Deutschland migrieren, zählen im statistischen Sinne nicht zu „Personen im Kontext von Fluchtmigration“, sondern zu „Personen mit sonstigem Aufenthaltsstatus“. Ebenso zählen Personen, die zwar aus Fluchtgründen nach Deutschland eingereist sind, inzwischen aber eine Niederlassungserlaubnis erworben haben, im statistischen Sinne nicht mehr zu „Personen im Kontext von Fluchtmigration“. Seit Mitte November 2017 ist es in Agenturen für Arbeit und Jobcentern operativ möglich, den Aufenthaltsstatus geflüchteter Menschen über einen Abgleich mit dem Ausländerzentralregister zu erfassen und zu aktualisieren. Ab Berichtsmonat Dezember 2017 fließen die so erfassten Angaben auch in die statistische Verarbeitung ein.

Oberziel: Integration erwerbsfähiger Geflüchteter in den Arbeitsmarkt

- Arbeitslosenquote von Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern, Bestand und Anteil von arbeitslosen Personen im Kontext von Fluchtmigration

Die Daten werden dem Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Bei der Arbeitslosenquote ist der methodische Hinweis der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu beachten, dass hier mit einer eingeschränkten Bezugsgröße gearbeitet wird. Sie umfasst nur Erwerbspersonen in sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung sowie Arbeitslose aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern. Aufgrund der geänderten Berechnungsweise der Ausländerarbeitslosenquoten weichen die Quoten auf Bundes-, Länder- und Regionaldirektionsebene von denen in anderen Publikationen der Standardberichterstattung ab.

Da keine geschlechts- und altersgruppenspezifische Arbeitslosenquoten für die Gruppe der Personen im Kontext von Fluchtmigration zur Verfügung stehen, werden im Rahmen des Monitorings die Veränderungen geschlechts- und altersgruppenspezifischer Bestands- und Anteilsdaten beobachtet.

- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus den acht Hauptasylherkunftsländern

Die Bezugsgröße umfasst alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien, die kranken-, renten-, pflegeversicherungs- und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der

Arbeitsförderung zu zahlen sind. Bei der Bezugsgröße handelt es sich um ein durch die Bundesagentur für Arbeit gebildetes Aggregat der nichteuropäischen Länder, aus denen in den letzten Jahren die meisten Asylgesuche kamen. Zu berücksichtigen ist, dass aus der Staatsangehörigkeit kein Rückschluss darauf gezogen werden kann, seit wann sich eine sozialversicherungspflichtig beschäftigte Person in Deutschland aufhält und aus welchem Grund sie nach Deutschland gekommen ist.

Ganz allgemein können weniger arbeitslose und mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Geflüchtete grundsätzlich als ein Indiz für die Wirksamkeit der Integrationsmaßnahmen und der Offenheit der Wirtschaft für das Arbeitskräftepotenzial geflüchteter Menschen aufgefasst werden. Generell gilt aber, dass die Größenordnung und die Entwicklung der Daten durch zahlreiche Variablen beeinflusst werden, die vom Land Berlin nicht steuerbar sind. Zudem lässt die Beschäftigungsstatistik keine Informationen über die Dauer des Aufenthalts in Berlin zu: Daher sind auch Personen erfasst, die sich schon seit längerer Zeit in Berlin aufhalten und arbeiten.

Oberziel: Sicherung eines hohen auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Qualifikationsniveaus

- Bewerbende im Kontext von Fluchtmigration für Berufsausbildungsstellen
(Daten aus Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit)

Als Bewerbende für Berufsausbildungsstellen zählen diejenigen gemeldeten Personen, die im aktuellen Berichtsjahr (1. Oktober – 30. September) individuelle Vermittlung in eine betriebliche/außerbetriebliche Berufsausbildungsstelle in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) wünschen und deren Eignung dafür geklärt ist bzw. deren Voraussetzung dafür gegeben ist. Hierzu zählen auch Bewerbende für eine Berufsausbildungsstelle in einem Berufsbildungswerk oder in einer sonstigen Einrichtung, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen durchführt. Zu den Bewerbenden für Berufsausbildungsstellen im aktuellen Berichtsjahr zählen auch diejenigen Personen, die am Ende des vorhergehenden Berichtsjahres unversorgt waren und die im aktuellen Berichtsjahr weiterhin Unterstützung durch Agenturen für Arbeit/Jobcenter bei ihrer Ausbildungssuche beanspruchen.

- Versorgte Bewerbende im Kontext von Fluchtmigration für Berufsausbildungsstellen
(Daten aus Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit)

Versorgte Bewerbende sind in Ausbildung einmündende und andere ehemalige Bewerbende sowie Bewerbende mit Alternative (z. B. Schulbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierung Jugendlicher) zum 30. September – also Bewerbende, die entweder eine Ausbildung oder eine Alternative zum 30. September haben bzw. keine weitere Hilfe bei der Ausbildungssuche wünschen.

- Bestand/Anteil arbeitsloser Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern im SGB II und SGB III mit/ohne abgeschlossene/r Berufsausbildung
- (teil)erfolgreiche Anerkennungsverfahren von Personen aus Asylherkunftsländern

Auch hier gilt, dass die Größenordnung und die Entwicklung der Daten durch zahlreiche Variablen beeinflusst werden, die nicht durch das Land Berlin steuerbar sind.

Oberziel: Ermöglichung eines von staatlichen Transferleistungen unabhängigen Lebens

- Anteil der Personen im Kontext Fluchtmigration an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)

Es erfolgt ein Monitoring des Anteils erwerbsfähiger SGB II-leistungsbeziehender „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ an allen erwerbsfähigen SGB II-leistungsbeziehenden Personen.

Im Folgenden findet sich die Darstellung der Indikatoren zur Messung des Umsetzungserfolges geordnet nach Oberzielen:

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Integration erwerbsfähiger Geflüchteter in den Arbeitsmarkt	Arbeitslosigkeit von erwerbsfähigen Geflüchteten vermeiden bzw. beenden	<p>Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße²⁵</p> <p>Nichteuropäische Asylherkunftsländer²⁶</p> <p>Ausländerinnen und Ausländer²⁷</p> <p>Anteil der arbeitslosen „Personen im Kontext von Fluchtmigration“²⁸ an allen Arbeitslosen²⁹</p> <p>Bestand der arbeitslosen „Personen im Kontext von Fluchtmigration“³⁰</p> <p>Männer:</p> <p>Frauen:</p> <p>davon 15 – unter 25 Jahre:</p> <p>25 – unter 35 Jahre:</p> <p>35 – unter 45 Jahre:</p> <p>45 – unter 55 Jahre:</p> <p>über 55 Jahre:</p>		

²⁵ Migrations-Monitor Arbeitsmarkt Eckwerte (Monatszahlen) Deutschland-Länder, Mai 2018, Tabelle 6: Arbeitslosenquote Zeitreihe (Zeitreihen_Quoten). Die eingeschränkte Bezugsgröße umfasst nur Erwerbspersonen für sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung sowie Arbeitslose. Aufgrund der geänderten Berechnungsweise der Ausländerarbeitslosenquoten weichen die Quoten auf Bundes- Länder- und Regionaldirektionsebene von denen in anderen Publikationen der Standardberichterstattung ab.

²⁶ Laut Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand Mai 2018) sind „nichteuropäische Asylherkunftsländer“ die nichteuropäischen Länder, aus denen in den letzten Jahren die meisten Asylgesuche kamen. Dazu zählen folgende acht Länder: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

²⁷ Bei der Klassifizierung „Ausländer und Ausländerinnen“ handelt es sich um eine statistische Größe der Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

²⁸ Laut Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand Mai 2018) werden „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit seit Juni 2016 auf Basis der Dimension „Aufenthaltsstatus“ abgegrenzt. Für den statistischen Begriff ist über das Asylverfahren hinaus der Bezug zum Arbeitsmarkt ausschlaggebend. „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ umfassen Drittstaatsangehörige mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Aufenthaltserlaubnis Flucht (§§ 18a, 22-26 Aufenthaltsgesetz) und einer Duldung.

²⁹ Migrations-Monitor: Personen im Kontext von Fluchtmigration, Dezember 2016, Tabelle 4: Bestand an arbeitssuchenden und arbeitslosen Personen im Kontext von Fluchtmigration nach Ländern und ausgewählten Merkmalen (Dezember 2017, Tabelle 5)

³⁰ Ebd.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung Geflüchteter steigern	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus den Hauptasylherkunftsländern ³¹ davon Frauen		
Sicherung eines hohen auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Qualifikationsniveaus	Interesse und Eignung von Geflüchteten für eine anerkannte berufliche Ausbildung steigern	Bewerbende im Kontext von Fluchtmigration für Berufsausbildungsstellen im Berichtsjahr 01.10. – 30.09. ³² davon Frauen		
	Anzahl Geflüchteter in einer anerkannten beruflichen Ausbildung (oder alternativ z. B. BvB, EQ) erhöhen	Versorgte Bewerbende im Kontext von Fluchtmigration für Berufsausbildungsstellen im Berichtsjahr 01.10. – 30.09. ³³ davon Frauen		

³¹ Migrations-Monitor Arbeitsmarkt Eckwerte (Monatszahlen) Deutschland-Länder, Mai 2018, Tabelle 4: Zeitreihen – Nichteuropäische Asylherkunftsländer (Monitoring_Quoten).

³² Migrations-Monitor: Personen im Kontext von Fluchtmigration – Deutschland, Länder, Kreise, Agentur für Arbeit und Jobcenter (Monatszahlen) – Oktober 2016, Tabelle 5: Bewerber für Berufsausbildungsstellen, insgesamt und Personen im Kontext von Fluchtmigration nach ausgewählten Merkmalen (Oktober 2017: Tabelle 8).

³³ Ebd. Laut Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Stand Mai 2018) sind versorgte Bewerberinnen und Bewerber einmündende Bewerberinnen und Bewerber, andere ehemalige Bewerberinnen und Bewerber und Bewerberinnen und Bewerber mit Alternative zum 30.09. – also Bewerberinnen und Bewerber, die entweder eine Ausbildung oder Alternative zum 30.09. haben bzw. keine weitere Hilfe bei der Ausbildungssuche wünschen.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Arbeitslose Geflüchtete ohne Berufsausbildung abschlussorientiert beraten/fördern	Bestand und Anteil Arbeitsloser mit Merkmal „nichteuropäische Asylherkunftsländer“ im SGB II und SGB III mit abgeschlossener Berufsausbildung (betriebliche, schulische und akademische Ausbildung) ³⁴ davon Frauen Bestand und Anteil Arbeitsloser mit Merkmal „nichteuropäische Asylherkunftsländer“ im SGB II und SGB III ohne abgeschlossene Berufsausbildung (betriebliche, schulische und akademische Ausbildung) ³⁵ davon Frauen		
	Potenzial vorhandener beruflicher Qualifikationen von Geflüchteten stärker nutzen	(teil)erfolgreiche Anerkennungsverfahren von Personen aus Asylherkunftsländern ³⁶ davon Frauen		
Ermöglichung eines von staatlichen Transferleistungen unabhängigen Lebens	Einmündung in existenzsichernde Beschäftigung/Gute Arbeit oder in tragfähige selbstständige Erwerbstätigkeit	Anteil der „Personen im Kontext Fluchtmigration“ an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ³⁷ davon Frauen		

* aktuellster verfügbarer Wert

Maßnahmenebene:

³⁴ Migrations-Monitor: Prozess- und Strukturkennzahlen, Mai 2018, Tabelle 5: SV-Beschäftigte, Arbeitsuchende und Arbeitslose nach Qualifikationsstruktur und Staatsangehörigkeit (T-Struktur-Qualifikation).

³⁵ Ebd.

³⁶ Voraussichtlich Ende 2018 wird es erstmals eine koordinierte Länderstatistik aller Bundesländer zu den Anerkennungsverfahren in den landesrechtlichen Berufen geben. Es ist beabsichtigt, diese Statistik als Datenquelle für den Indikator zu nutzen.

³⁷ Migrations-Monitor: Personen im Kontext von Fluchtmigration, Dezember 2016, Tabelle 7: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) insgesamt und im Kontext von Fluchtmigration nach ausgewählten Merkmalen (Dezember 2017: Tabelle 9).

Darüber hinaus gibt es ein Monitoring der Vermittlungs-, Beratungs- und Begleitangebote des Landes Berlin im System CASIAN, in dem zum einen die Beratungen gezählt und geschlechtsdifferenziert ausgewiesen werden. Zum anderen werden Beratungsverläufe von Angeboten sowie – soweit möglich – der Verbleib der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfasst. Die Daten sollen künftig auch für die Fallkoordination und für Fallübergaben darstellbar sein (siehe Darstellung der Beratungsangebote in der Anlage).

5.1 „komm auf Tour“ für „Willkommensklassen“

„komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft“ ist ein in den Berliner Bezirken verankertes Impulsangebot zur Stärkenentdeckung, geschlechtersensiblen Berufsorientierung und Lebensplanung und richtet sich an Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klassen aller Schulformen. Seit dem Jahr 2015 werden die bezirklichen Durchführungen von „komm auf Tour“ für Schülerinnen und Schüler aus Willkommensklassen geöffnet und entsprechend konzeptionell weiter entwickelt. Es veränderte sich sowohl die Moderation der Stationen (Verengung auf die Kernbotschaften) als auch die Aufgaben an den Stationen (Vereinfachung der Sprache, intensiverer Einsatz von visuellen und haptischen Methoden). An einigen Stationen wurden darüber hinaus Infoblöcke zur Wissensvermittlung hinzugefügt bei gleichzeitiger Reduzierung der Diskussionszeit. Hier wird beispielsweise am „Labyrinth“ ein Infoblock zur Bedeutung des Praktikums ergänzt, bei der Station „Zeittunnel“ werden Informationen zum deutschen Schul- und Ausbildungssystem vermittelt und an der „Bühne“ findet ein Infoblock zum Thema „Verhaltensregeln beim Vorstellungsgespräch“ statt. Darüber hinaus wurden zusätzliche Printmaterialien erstellt (in vier Sprachen).

Im Jahr 2017 fand eine Qualitätssicherung im Auftrag der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales statt. Mit dieser wurde das Ziel verfolgt, die aktuelle Einbindung der „Willkommenschülerinnen und -schüler“ bei „komm auf Tour“ zu überprüfen, um auch dieser besonderen Zielgruppe einen bestmöglichen Start in ihre Berufsorientierung und Lebensplanung zu ermöglichen. Die Qualitätssicherung zeigt, dass das grundlegende Konzept von „komm auf Tour“ für „Willkommenschülerinnen und -schüler“ optimal auch auf die Bedarfe der Zielgruppe ausgerichtet ist. Die Befragten bestätigen, dass der handlungsorientierte, interaktive und spielerische Ansatz bei den Themen Berufsorientierung und Lebensplanung eine gut geeignete Lernform ist und dieser Impuls als überaus gewinnbringend und positiv gesehen wird. Darüber hinaus wurde deutlich, dass der Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittler sehr gut funktioniert und das Konzept bestätigt.

„komm auf Tour“ für Willkommensklassen

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme Nr. 7.4.1. im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Geschlechtersensiblen Berufsorientierung und Lebensplanung	Anzahl durchgeführter Umsetzungstage für „Willkommenschülerinnen und -schüler“	12	12	12	12
	Anzahl Teilnehmende an den „Willkommenstagen“ insgesamt	926	1.266		
	davon weiblich	395	553		
	davon männlich	531	713		

	Anzahl teilnehmender Schulen an den „Willkommenstagen“	56	72		
--	--	----	----	--	--

5.2 Landesprogramm Mentoring

Eine duale Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren, ist für Auszubildende mit vielfältigen Anforderungen verbunden. Nicht alle sind dem gewachsen. Daher brechen noch zu viele junge Menschen ihre Ausbildung vorzeitig ab. Das Landesprogramm Mentoring setzt genau da an – frühzeitig und präventiv! Damit wird auch ein Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Region geleistet.

Das Programm wird für die Branchen bereitgestellt, in denen die Zahl der vorzeitigen Ausbildungsvertragslösungen besonders hoch ist. Unter dem Motto „Ausbildungserfolg sichern – Abbrüche vermeiden“ ist es Ziel des Berliner Landesprogramms Mentoring, Projekte zu fördern, die dazu beitragen, Ausbildungsverhältnisse zu stabilisieren und Jugendliche so zu stärken, dass diese ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Hierfür unterstützen Mentorinnen und Mentoren die Auszubildenden bei der Erfüllung betrieblicher und berufsschulischer Anforderungen, bei der Entwicklung dafür notwendiger Schlüsselqualifikationen und/oder tragen dazu bei, dass die Auszubildenden Schwierigkeiten in ihrer Lebenssituation erfolgreich bewältigen, die eventuell den Ausbildungserfolg gefährden könnten.

Um die Mentorinnen und Mentoren auf ihre ehrenamtliche Tätigkeit und die Arbeit mit den Jugendlichen im Rahmen der Zielstellungen des Landesprogramms Mentoring vorzubereiten, absolvieren sie eine modulare Qualifizierung. Ziel der Qualifizierung ist es, die Mentorinnen und Mentoren auf ihre Rolle vorzubereiten und ihnen fachliche Grundlagen und methodische Instrumente zur Unterstützung der Umsetzung des Mentorats zur Verfügung zu stellen.

Eine Auswertung der Anzahl der teilnehmenden Mentees (Auszubildende) in den Vergleichsmonaten Januar 2017 und Februar 2018 ergab, dass durchschnittlich 365 Personen mittels des Landesprogramms Mentoring fachlich begleitet werden. Diese verteilen sich auf zehn Projekte. Auffällig ist der Anstieg von Mentees mit Migrations- und Fluchthintergrund um rund zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Somit sind im Februar 2018 mittlerweile über die Hälfte der Teilnehmenden ausländische Personen bzw. haben einen Migrations- oder Fluchthintergrund. Dies scheint mit dem direkten Anstieg in Ausbildung befindlicher Geflüchteter zu stehen. Darin bedingt liegt auch eine Verschiebung der Bedarfe, die sich an Mentorinnen und Mentoren richten. Die Nachfrage nach Nachhilfekursen (Deutsch, Mathe) sowie Klärung aufenthaltsrechtlicher Fragen steigt zunehmend und stellt die Ehrenamtlichen sowie Projektträger vor neue Herausforderungen, denen perspektivisch zu begegnen ist.

Landesprogramm Mentoring

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme Nr. 7.4.5. im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen Stabilisierung von Ausbildungsverhältnissen Fachkräftesicherung Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit Unterstützung von Branchen, die unter erhöhter Belastung stehen langfristige Stärkung und Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt Würdigung und qualitative Stärkung des Ehrenamts	Gesamtanzahl der Mentees davon mit Migrationshintergrund/ ausländische Personen davon Frauen	364 Mentees 49%	376 Mentees 57%	350 – 400	350 – 400

5.3 Berufsbezogene Sprachkurse im Rahmen von Qualifizierung vor Beschäftigung (QvB)

Im Rahmen von QvB werden als Bestandteil von Qualifizierungsmaßnahmen berufsbezogene Sprachkurse für Arbeitslose mit Migrationshintergrund, die ALG II beziehen, angeboten. Durch den Erwerb von trägerinternen oder externen Zertifikaten sollen die Vermittlungschancen der Teilnehmenden in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Eine gesonderte statistische Erfassung von geflüchteten Menschen nach ihrem Status ist im Teilnehmerregistratursystem nicht vorgesehen. Es kann lediglich ausgewiesen werden, ob bei den Teilnehmenden grundsätzlich ein Migrationshintergrund vorhanden ist.

**Berufsbezogene Sprachkurse im Rahmen von Qualifizierung vor Beschäftigung
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche
Bildung**

Maßnahme Nr. 6.1.2 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungs- strategie	Indikatoren	ggf. Ver- gleichs- werte ³⁸	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Integration von Ar- beitslosen mit Mig- rationshintergrund in den Arbeitsmarkt	Anzahl der durchge- führten Maßnahmen	80	80	80
	Anzahl der Einmün- dungen in den Ar- beitsmarkt	276	300	300
	davon Frauen			
	Anzahl der Teilneh- menden	1.443		
	davon Frauen	rd. 59%		
	Allgemeine Vermitt- lungsquote in den Arbeitsmarkt	19,14%		

5.4 Willkommen-in-Arbeit-Büros (WiA-Büros)

Die „Willkommen-in-Arbeit-Büros“ verfolgen einen übergreifenden, ganzheitlichen und vernetzenden Ansatz, um die Zugangsmöglichkeiten von geflüchteten Menschen in Bildung und Beruf und den Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen. Dort können geflüchtete Menschen mehrsprachig werktäglich durch die Beratungsteams der Mobilen Bildungsberatung (MoBiBe), der Mobilen Jobberatung (MobiJob) sowie des Berliner Jobcoachings für geflüchtete Menschen im Rahmen fester Zeitfenster beraten werden. Regelmäßig finden Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Themen statt. Mit den Aspekten Information – Beratung – Unterstützung bei der Suche und Auswahl von Qualifizierungs- und Stellenangeboten sowie Lernmöglichkeiten wird ein Arrangement der individuellen Förderung und Unterstützung der „Hilfe zur Selbsthilfe“ vorgehalten.

Was die WiA-Büros besonders auszeichnet, ist, dass sich operative und strategische Partnerinnen und Partner auf ein gemeinsames Handeln verständigen und eine Abstimmung über eine gemeinsame Angebotsstruktur erfolgt. Oberstes Ziel ist es, den Beratungssuchenden auf den Einzelfall abgestimmte Informationen und Beratung anzubieten, verbunden mit der Möglichkeit, diese Personen in vernetzte und angegliederte Leistungen und Angebote (z. B. ARRIVO) zu vermitteln. Mit Blick auf einen ganzheitlich und lebensweltlich ausgerichteten Unterstützungsansatz werden insbesondere regionale und bezirkliche Akteure, u. a. das Jobcenter, die Sozial- und Migrationsberatung und die Integrationslotsinnen und -lotsen in das Beratungsgeschehen integriert.

³⁸ Datenquelle: Auswertung des Dienstleisters aus den QvB-Maßnahmen.

Da der Fokus mittlerweile auf von Notunterkünften unabhängigen Standorten liegt, ist die Beratung im WiA-Büro Tempelhof Anfang September 2017 eingestellt worden. Für die dort untergebrachten Menschen bleiben wesentliche Angebote gleichwohl verfügbar, denn diese werden weiterhin in den Hangars des Flughafens Tempelhof sowie künftig auch in den Tempohomes auf dem Tempelhofer Feld aufsuchend erbracht.

Das WiA-Büro Lichtenberg ist aus der Notunterkunft Ruschestraße in betreiberunabhängige Räumlichkeiten in der Alfredstraße gezogen. Damit steht die Beratung der verschiedenen Services nun wieder allen Interessierten (nicht nur Bewohnenden der Unterkunft) niedrigschwellig und in einem leicht zugänglichen Ladenlokal zur Verfügung. Nach dem Umzug wurde die (über)bezirkliche Netzwerkarbeit erneut aufgenommen. Seit 2018 gibt es eine eigene Veranstaltungsreihe im WiA-Büro und eine intensivere Netzwerkarbeit zum benachbarten Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Das Angebot des WiA-Büros Spandau wird seit 2017 täglich angeboten und wurde im Laufe des Jahres um eine regelmäßige Frauensprechstunde, eine Stellenvermittlung durch Work for refugees sowie eine Gründerinnenberatung durch ISI e. V. erweitert. Dank intensiver Koordinations- und Netzwerkarbeit hat sich das Büro zu einer festen Größe im Bezirk entwickelt. Seit 2018 wurde das bestehende Angebot um das Berliner Jobcoaching für geflüchtete Menschen sowie einen langen Beratungstag ergänzt.

Die Beratungen in den WiA-Büros werden dokumentiert und im Rahmen eines Fachcontrollings evaluiert. Seit 2017 stehen die WiA-Büros durch ein von der MoBiBe getrenntes Berichtswesen auf eigenen Füßen. Im Sommer 2018 erscheint ein von der MoBiBe unabhängiges Fachkonzept für die WiA-Büros. Übergänge und Schnittstellen sollen künftig noch effektiver gestaltet werden.

Willkommen in Arbeit Büros Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme Nr. 7.3.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Zugangsmöglichkeiten in Bildung und Beruf und den Einstieg in das Berufsleben durch Information, Beratung und Begleitung unterstützen	Anzahl der beratenen Personen insgesamt	1.253	1.892		
	darunter erstmalig Beratene	1.201	521		
	darunter in Folgegesprächen Beratene	52	49		
	Beratene im Berliner Jobcoaching für geflüchtete Menschen	- ³⁹	45		
Unterstützung bei der Suche und Auswahl von Qualifizierungs- und Stellenangeboten	Beratene in der Mobilen Jobberatung (MobiJob)	280	366		
	davon in der Mobilen Bildungsberatung (MoBiBe)	973	1.481		

³⁹ Erst seit Februar 2017 dokumentieren die Coaches für Geflüchtete in einer Falldatenbank (CASIAN), sodass für einen früheren Zeitraum keine Daten zur Verfügung stehen.

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
	Beratene im WiA-Büro Tempelhof (2/16 – 9/17)	770	716		
	Beratene im WiA-Büro Lichtenberg (seit 5/16)	378	606		
	Beratene im WiA-Büro Spandau (seit 9/16)	105	570		
	Anzahl beratener Frauen (Erstberaterinnen)	180	335		
	Anteil von Frauen an den Erstberaterinnen	15%	19,7 %		
	Anzahl der durchgeführten Beratungsgesprächen/Konsultationen	1.440	2.553		

5.5 Berliner Jobcoaching für geflüchtete Menschen

Das Programm „Berliner Jobcoaching für geflüchtete Menschen“ unterstützt Geflüchtete im Rahmen eines rund sechsmonatigen Coachings beim Abbau von erstintegrationspezifischen Beschäftigungshemmnissen und der Integration in den 1. Arbeitsmarkt.

Seit Ende 2016 wurden hierzu gezielt 25 Coaches eingestellt, die auch über Sprachkenntnisse aus den Hauptherkunftsländern verfügen und ein spezielles, ebenfalls von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales finanziertes Qualifizierungsprogramm durchlaufen. Die Coaches dokumentieren ihre Konsultationen in einer Falldatenbank, auf deren Basis Erkenntnisse über den Erfolg des Programms gewonnen werden.

Zu Beginn des Programms „Berliner Jobcoaching für geflüchtete Menschen“ basierte der Ablauf des Coachings noch auf dem Geschäftsprozessmodell des „Berliner Jobcoaching in öffentlich geförderter Beschäftigung“ (BJC ögB), das bei der Entwicklung des Programms für Geflüchtete als Referenzmodell diente. 2017 wurde das Geschäftsprozessmodell auf die besonderen Belange der Zielgruppe der Geflüchteten angepasst.

Um weiterhin möglichst viele Geflüchtete bei ihrer Integration in den 1. Arbeitsmarkt unterstützen zu können, ist künftig eine Erweiterung der Zielgruppe des Programms erforderlich. Derzeit richtet sich das Angebot vor allem an Geflüchtete in Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) nach § 5a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) sowie an Teilnehmende in gemeinnützigen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG. Aufgrund abnehmender Teilnehmendenzahlen in beiden genannten Beschäftigungsmaßnahmen wird das Jobcoaching für Geflüchtete daher demnächst für einen größeren Kreis von Geflüchteten geöffnet. Die Erweiterung der Zielgruppe wird sich dabei auf die 2017 bereits gewonnenen Erfahrungen der Jobcoaches stützen.

Berliner Jobcoaching für geflüchtete Menschen

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017 ⁴⁰	2018	2019
Abbau von erstintegrations-spezifischen Beschäftigungshemmnissen Vermittlung Geflüchteter in den 1. Arbeitsmarkt	Anzahl durchgeführter Konsultationen	6.480		
	Teilnehmende im Coaching	1.198		
	Verbleib nach Coaching: Arbeitsaufnahme in den 1. Arbeitsmarkt (im Jahresdurchschnitt in Prozent)	21,5%		
	Verbleib nach Coaching: Bildung – Studium, schulische /außerbetriebliche Ausbildung, Praktikum, Qualifizierungsmaßnahmen (im Jahresdurchschnitt in Prozent)	32,1%		
	Anteil weiblicher Coachees (im Jahresdurchschnitt in Prozent)	23,5%		

5.6 Mobile Jobberatung (MobiJob)

Das mobile Angebot der stationären Berliner JOB POINTs (Ladengeschäfte zur Präsentation von Stellenangeboten, Unterstützung bei der Bewerbung und Vermittlung zwischen Jobsuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber) – die mobile Jobberatung – unterstützt Geflüchtete bei der Suche nach einer Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt, einer Ausbildung oder Praktika und vermittelt Informationen über den deutschen Arbeitsmarkt. Sechs mobile Jobberaterinnen und -berater mit Sprachkenntnissen in den Hauptherkunftssprachen sind berlinweit unterwegs und leisten aufsuchende Arbeit, insbesondere in den Unterkünften und über die Willkommen-in-Arbeit-Büros. Sie helfen bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, beraten hinsichtlich individueller Wege zur Integration in den Arbeitsmarkt und geben Hinweise zur Vorbereitung von Vorstellungsgesprächen. Bei Bedarf begleiten die mobilen Jobberaterinnen und -berater die Ratsuchenden auch in die JOB POINTs. Die Dokumentation der Beratungen erfolgt in CASIAN.

Insgesamt hat sich das Programm in seiner Ausrichtung bewiesen und wird daher fortgeführt und weiterentwickelt.

⁴⁰ Datenquelle: Auswertungen aus der Falldatenbank (CASIAN).

Mobile Jobberatung

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte ⁴¹		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Integration Geflüchteter in den 1. Arbeitsmarkt	Anzahl durchgeführter Beratungen davon Frauen	1.415	1.935		2.200
Vermittlung von Informationen über den deutschen Arbeitsmarkt	Anzahl unterstützter Erstellung von Bewerbungsunterlagen davon Frauen	619	1.466		1.700
Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen	Anzahl der mit Geflüchteten besetzten Stellen	27	86		120
	davon Frauen				

*Eine geschlechterdifferenzierte Auswertung erfolgt im Monitoring bislang nicht.

5.7 Mobile Bildungsberatung (MoBiBe)

Ziel der Mobilen Bildungsberatung für geflüchtete Menschen ist es, die berufliche und gesellschaftliche Integration und Teilhabe zu unterstützen und den geflüchteten Menschen die Möglichkeiten und Angebote für Beruf und Bildung zugänglich zu machen. Die MoBiBe haben von der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung den Auftrag erhalten, vorhandene Qualifikationen und Kompetenzen zu erheben, Wege in Bildung und/oder in den Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen aufzuzeigen und passende Angebote zu vermitteln. Es gilt deshalb, bereits vorhandene Kompetenzen der geflüchteten Menschen zu ermitteln und deren Anschlusspunkte für den Berliner Arbeits- und Aus- bzw. Weiterbildungsmarkt bzw. vorhandene Bildungsangebote zu identifizieren.

Die MoBiBe stellt sicher, dass geflüchtete Menschen frühzeitig und wohn- bzw. lernortnah erreicht werden. Zu diesem Zweck wird die Bildungsberatung insbesondere in den Willkommen-in-Arbeit-Büros, in Deutschsprachkursen der Berliner Volkshochschulen und an weiteren bezirklichen Orten, an denen sich geflüchtete Menschen aufhalten, angeboten.

Die insgesamt 34 MoBiBe arbeiten in bewährten Berliner Beratungsstellen und knüpfen damit an die langjährige Erfahrung dieser an. Sie werden bei der Akquise und Beratung durch sieben Dolmetschende unterstützt. Die Arbeit der MoBiBe erfolgt auf Grundlage eines Fachkonzepts. Zudem werden die Beratungen dokumentiert und evaluiert.

Darüber hinaus sind vier mehrsprachige Beraterinnen speziell für geflüchtete Frauen im Einsatz, um die berufliche Integration in den Berliner Arbeitsmarkt und die langfristig stärkere Erreichbarkeit von Frauen mit und ohne schulische beziehungsweise berufliche Grundbildung zu stärken. Diese Maßnahme wird im Kapitel zum Querschnittsthema Frauen ausführlich beschrieben (vgl. Kapitel B.1.4.)

⁴¹ Datenquelle: Auswertungen aus der Falldatenbank CASIAN.

Die Beratungen fanden 2017 zunehmend in den Beratungseinrichtungen selbst statt (35,3%), der Anteil von Beratungen an „sonstigen Orten“ ist ebenso kontinuierlich über das Jahr gestiegen und beträgt 19,3%. Auch die Beratungen geflüchteter Frauen führten besonders häufig (47,6%) in die angedockten Frauenbildungsberatungseinrichtungen. Die Beratungen an sonstigen Orten lagen hingegen bei 8,5%.

Um die Reichweite der MoBiBe noch zu erhöhen, hat im Oktober 2017 eine Fachtagung unter Beteiligung der Fachöffentlichkeit stattgefunden. Zudem wurde ein mehrsprachiger Flyer und Plakate in mehreren Sprachen erstellt. Auch konnten neue Orte, wie beispielsweise die von Abteilung III Frauen und Gleichstellung in Zusammenarbeit mit der VHS initiierten Frauensprachkurse in den Wohnunterkünften mit Kinderbeaufsichtigung, erschlossen werden. Im Sinne einer Verzahnung bestehender Beratungs- und Unterstützungsangebote knüpften und intensivierten die MoBiBe vielfältige Kontakte, u. a. zu den ARRIVO-Teilprojekten, bridge, dem IQ-Netzwerk und der JBA. Das für alle MoBiBes verbindliche Fachkonzept wurde Anfang 2018 novelliert.

Im Laufe des Jahres 2018 soll die Zusammenarbeit mit anderen landes- oder bundesfinanzierten Programmen und Maßnahmen weiter verstetigt und ausgebaut werden. Übergänge und Schnittstellen müssen effektiver gestaltet und klarer kommuniziert werden. Gelebte Verzahnung in der Praxis muss noch stärker für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit sichtbar werden. Es ist geplant, den Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch zwischen den Beratenden mithilfe eines Wissensmanagement-Tools strukturierter und vernetzter zu gestalten. Die Ausweitung auf andere bezirkliche Orte soll sich verstetigen.

Mobile Bildungsberatung Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme 7.3.4 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungs- strategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte*		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
vorhandene Qualifi- kationen und Kom- petenzen erheben	Anzahl der durchge- führten Beratungs- gespräche	5.700	7.119		
Wege in Bildung und/oder in den Ar- beitsmarkt für ge- flüchtete Menschen aufzeigen	Anzahl der berate- nen Personen insge- samt	3.463 ⁴²	4.687		
	davon Frauen	821	1.310		
passende Angebote vermitteln	Anteil von Frauen an den Beratungen	23,7%	27,9%		

*Ergänzend zur Beratungsdokumentation in CASIAN werden Beratungsleistungen z. B. bestehender Kontakte über die Ratsuchenden zunehmend auch digital durchgeführt (Vereinbarungen, Informationen, Navigationsthemen und vgl.). Darüber hinaus erfolgen Kooperations- und Netzwerkarbeiten etc., die nicht komplett im Dokumentationssystem dargestellt werden können.

Eine tabellarische Darstellung der Mobilen Bildungsberatung speziell für geflüchtete Frauen findet sich im Kapitel zum Querschnittsthema Frauen. Darüber hinaus finanziert die für Frauen zuständige Senatsverwaltung eine weitere Maßnahme zur Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen beim FrauenComputerZentrumBerlin e. V., diese Maßnahme wird im Kapitel zum Querschnittsthema Frauen beschrieben.

5.8 Gute Arbeit auch für Geflüchtete

Um Geflüchtete frühzeitig über die rechtlichen Rahmenbedingungen einer Beschäftigung aufzuklären und somit einer Ausbeutung, illegalen Beschäftigung oder Schwarzarbeit vorzubeugen, finden im Auftrag der für Arbeit zuständigen Verwaltung arbeitsrechtliche Schulungen für Geflüchtete sowie in der Flüchtlingsarbeit tätige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt. Im Jahr 2017 haben unter Einbindung von 20 Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern 24 Schulungen für Geflüchtete sowie neun Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren stattgefunden, an denen insgesamt 205 Geflüchtete sowie 156 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren teilgenommen haben.

Für die Jahre 2018/2019 ist die zuvor im Rahmen eines eigenständigen Projekts organisierte Durchführung dieser arbeitsrechtlichen Schulungen neu ausgeschrieben und vergeben worden und wird inhaltlich weiterentwickelt (z. B. Erweiterung der Zielgruppe bei den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren).

Die Anbindung dieser Schulungen an vorhandene und bewährte Strukturen wie die Entsandtenberatungsstelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU funktioniert – wie in den Jahren 2016 und 2017 – weiterhin hervorragend. Damit ist dies ein

⁴² Die Zahlen beinhalten nicht die im Rahmen der Mobilen Bildungsberatung für geflüchtete Frauen beratenen Frauen. Detaillierte Informationen hierzu sind im Kapitel B.1.4. (Mobile Bildungsberatung für geflüchtete Frauen) dargestellt.

gutes Beispiel dafür, dass für Schulung und Beratung von Geflüchteten sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren keine separaten Strukturen aufgebaut oder Lösungen gefunden werden müssen. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden sind durchweg positiv. Die Kursleiterinnen und Kursleiter berichten übereinstimmend, dass die Teilnehmenden durch den Besuch der Schulungen darin gestärkt werden, ihre Rechte wahrzunehmen. Die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bewerten die Kurse durchweg als große Bereicherung für die eigene Arbeit. In den Auswertungen werden dabei stets der Wunsch und der Bedarf nach vertiefenden Schulungen geäußert, insbesondere im Bereich Arbeitsrecht.

Gute Arbeit auch für Geflüchtete

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme Nr. 7.3.6 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Vermittlung von arbeitsrechtlichen Kenntnissen Prävention von Arbeitsausbeutung und illegaler Beschäftigung	Anzahl der durchgeführten Schulungen (insgesamt)	23	33	30	30
	Anzahl der Kooperationspartnerinnen und -partner (insgesamt)	13	20		
	Anzahl der Teilnehmenden (insgesamt)	233	361		
	davon Geflüchtete	111	205		
	davon geflüchtete Frauen				
	davon Multiplikatorinnen und Multiplikatoren	122	156		

5.9 Ausbildung in Sicht (AiS) – Vorbereitung auf die Ausbildung

Das Programm „Ausbildung in Sicht“ ist ein Qualifizierungsangebot für nicht ausbildungsreife Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere mit Migrationshintergrund. Ziel ist es, die Ausbildungsreife herzustellen und die Perspektive auf eine berufliche Erstausbildung zu ermöglichen. Insbesondere gehören hierzu Maßnahmen zum Aufbau von Berufswahlkompetenzen, der Erwerb von Schulabschlüssen, Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und berufsbezogene Sprachförderung.

Das Programm ist Bestandteil des Operationellen Programms des Landes Berlin für den ESF 2014 bis 2020. Es steht nicht ausbildungsreifen Jugendlichen bis 25 Jahren, in Ausnahmefällen bis 27 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund offen.

Ab August 2016 wurden spezielle Maßnahmen für die Zielgruppe junger neu zugewandeter Menschen eingerichtet. Diese wendeten sich an die spezifischen Belange von jungen

Migrantinnen und Migranten, die aufgrund fehlender Schulabschlüsse sowie unzureichender Sprachkenntnisse noch nicht in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einmünden können.

Ausbildung in Sicht

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme Nr. 7.4.4 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Herstellung der Ausbildungsreife Ermöglichung einer Erstausbildung Herstellung der Berufswahlentscheidung Vermeidung von Arbeitslosigkeit Nachholen von Schulabschlüssen	Teilnehmende in Projekten NUR für Geflüchtete (darüber hinaus steht in allen AiS-Projekten die Teilnahme für Geflüchtete offen) Eine gesonderte Erhebung für Teilnehmende mit Fluchthintergrund findet in den anderen AiS Projekten nicht statt	525 Teilnehmende (davon 454 Männer und 71 Frauen)			

5.10 Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP)

Primäres Ziel des Berliner Ausbildungsplatzprogramms ist es, unversorgten ausbildungsplatzsuchenden Berlinerinnen und Berlinern einen qualitativen und anerkannten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Hierzu werden jährlich 500 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt.

Die BAPP beinhalten in der Regel unterschiedliche Instrumente. Hauptbestandteil und tragendes Konzept bei der Organisation der Ausbildungsplätze war in allen zurückliegenden Programmjahren jedoch stets die Ausbildung im Verbund. Bei der Ausbildung im Verbund handelt es sich um eine außerbetriebliche, aber betriebsnahe Ausbildung, die von einem Ausbildungsdienstleister (= Bildungseinrichtung) gemeinsam mit einem Berliner Kooperationsbetrieb auf der Basis des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) durchgeführt wird.

Ergänzt wurde das Spektrum der geförderten Ausbildungskonzepte durch weitere, zumeist modellhafte Maßnahmen, (z. B. die schulische Ausbildung in der Lernortkooperation, die Ausbildung junger Erwachsener etc.).

Berliner Ausbildungsplatzprogramm 2017 (BAPP 2017)

Zentrales Instrument des 2017er Programms ist ebenfalls die Verbundausbildung. Insgesamt konnten über 300 Plätze bereits im Herbst 2017 dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Ergänzend wurden Plätze in der Lernortkooperation für das Berufsbild „Industriekaufrau/Industriekaufmann“ sowie Plätze in der Lernortkooperation für Geflüchtete angeboten.

Damit wurde noch einmal die Chance auf eine Berufsausbildung für junge Berlinerinnen und Berliner eröffnet, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, über keinen Berufsabschluss und maximal über den Mittleren Schulabschluss (MSA) verfügen. Die Plätze wurden auch hier wieder den Berliner Jobcentern und Arbeitsagenturen gemeldet. Ausbildungsbeginn war der 1. Februar 2018.

Ebenfalls im Februar 2018 startete die Teilzeit-Verbundausbildung im Berufsbild „Kaufrau/Kaufmann – Büromanagement“. Diese Ausbildung wendet sich an die Zielgruppe der Erziehenden unter den Ausbildungsplatz suchenden jungen Berlinerinnen und Berlinern, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, über keinen Berufsabschluss und maximal über den Mittleren Schulabschluss (MSA) verfügen.

Berliner Ausbildungsplatzprogramm Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme Nr. 7.4.5 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Versorgung unver- sorgter ausbil- dungsplatzsuchen- der Berlinerinnen und Berliner Zurverfügungstel- lung von zusätzli- chen Ausbildungs- plätzen durch Ver- bundausbildung	Aufnahmen (Werte auf Geflüchtete ge- neriert)	70 Teilne- hmende, von de- nen ge- genwärtig noch 45 in Ausbil- dung sind	29	50	50

5.11 ARRIVO Servicebüro – Ansprechpartner für Berliner Unternehmen zur Ausbildung und Beschäftigung Geflüchteter

Die beratenden und qualifizierenden Teilprojekte der Berufsorientierungs- und Ausbildungsinitiative ARRIVO Berlin werden durch das ARRIVO Servicebüro unterstützt, welches Unternehmen in Fragen der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter berät. Damit ist eine weitere Schnittstelle geschaffen worden, um Geflüchtete und Unternehmen zusammen zu bringen. Darüber hinaus steht ARRIVO, insbesondere durch das ARRIVO Servicebüro, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit als Unternehmensnetzwerk der Wirtschaft unterstützend zur Verfügung. Die für 2017 vorgenommenen Ziele, die systematische Strukturen der Zusammenarbeit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales mit den Kammern und Verbänden in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit (AGS) zu etablieren, konnten weitestgehend eingehalten werden. Im Jahr 2018 geht es darum, diese Zusammenarbeit zu intensivieren und im Sinne einer Verzahnung Angebote weiter aufeinander abzustimmen.

Eine Fortführung des Projektes in 2019 ist vorgesehen.

ARRIVO Servicebüro

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme Nr. 7.5 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Beratung rund um Ausbildung und Beschäftigung Geflüchteter	Kontaktierte Betriebe	259	281		
	Vertiefte Einzelberatungen	39	268		
Erstellung aktueller Informationen zur Ausbildung und Beschäftigung Geflüchteter					
Vermittlung zuständiger Ansprechpersonen und Kooperationen					
Vernetzung durch Förderung von Erfahrungsaustauschen unter Betrieben mit eigenen Veranstaltungen					

5.12 ARRIVO Berlin – Projekte zur Erprobung der betrieblichen Praxis

Mit der Berufsorientierungs- und Ausbildungsinitiative ARRIVO fördert die für Arbeit zuständige Senatsverwaltung mit Unterstützung der Berliner Wirtschaft seit Dezember 2014 die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen. In den Teilprojekten „Handwerk“ (Handwerk), „Hospitality“ (Gastgewerbe), „Ringpraktikum“ (Industrie) „Bauwirtschaft“ (Bauberufe) und „Gesundheit und Soziales“ (Gesundheitsbereich) können sich Geflüchtete in den für den jeweiligen Berufsbereich erforderlichen Fertigkeiten erproben, sowie sich mit den betrieblichen Anforderungen vertraut machen. Seit dem 01.01.2017 gehören dem ARRIVO Berlin zwei weitere Teilprojekte an: das „ARRIVO EMSA“ mit dem Ziel der Berufsabschlussberatung und -begleitung sowie „ARRIVED – Ausbildungscoaching für Geflüchtete“ mit der Zielsetzung, die betrieblichen Ausbildungsverhältnisse der Geflüchteten zu stabilisieren und Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Vielen Teilnehmenden ist nach der Hospitationsphase bereits die Übernahme in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis in den Partnerunternehmen gelungen. Die beratenden und qualifizierenden Teilprojekte werden durch das ARRIVO Servicebüro unterstützt.

Durch die gezielte Auswahl bestimmter Berufsfelder (Teilprojekt Gesundheit und Soziales) und eine gesonderte Ansprache, konnten 2017 verstärkt auch geflüchtete Frauen für eine Teilnahme an den ARRIVO Projekten gewonnen werden.

Ausweitung der Initiative ARRIVO und langfristige Etablierung in Berlin

Der intensive Austausch zwischen den ARRIVO Teilprojekten und der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung wird 2018 in einem Optimierungsprozess zur Effektivitätserhöhung münden. Dazu wird das Qualifizierungsangebot der Projekte um ein Nachhilfeangebot für die Teilnehmenden erweitert. Außerdem wurde ab dem 01.02.2018 eine technische Koordinierungsstelle für ARRIVO installiert, um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Teilprojekten sowie verschiedenen Akteurinnen und Akteuren im Bereich Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu intensivieren und effizienter zu gestalten, ARRIVO zur Dachmarke weiterzuentwickeln, bei der betriebliche Praxis im Vordergrund steht, und die Dachmarke weiter bekannt zu machen.

Die systematische Verbindung von berufsbezogener Sprachförderung, Kompetenzfeststellung in der betrieblichen Praxis, Praktika und EQ und die enge Zusammenarbeit von erfahrenen Trägern und Berliner Betrieben hat ARRIVO zu einem viel beachteten und beispielgebenden Projekt gemacht. Die Erfahrungen, die im Rahmen der ARRIVO Teilprojekte gesammelt werden konnten, sollen künftig verstärkt auch an weitere Berliner Unternehmen weitergeben werden. Namhafte Konzerne wie beispielsweise die Vattenfall GmbH konnten 2017 auf die Expertise von ARRIVO Teilprojekten zurückgreifen und haben sie beim Aufbau eines betriebsinternen Förderungsprogramms für Geflüchtete zu Rate gezogen.

ARRIVO Berlin

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Maßnahme 7.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Erprobung für den jeweiligen Berufsbe- reich erforderlicher Fertigkeiten sowie betrieblicher Anforde- rungen Berufsabschlussbera- tung und -begleitung Stabilisierung betrieb- licher Ausbildungs- verhältnisse und Verminderung der Ausbildungsabbrüche vorrangige Vermitt- lung in ein Ausbil- dung- oder Arbeits- verhältnis	Teilnehmende in Projekten davon Frauen	898	809		
	Vermittlungen in Ausbildung, Arbeit, EQ und Nachquali- fizierung davon Frauen	174	164		

5.13 Flankierung von Gründungsaktivitäten durch spezifische Beratungs- bzw. Orientierungsangebote für geeignete geflüchtete Personen

Mit dieser Maßnahme sollen geeignete Personen an die Strukturen und Instrumentarien zur Begründung einer erfolgreichen Selbständigkeit herangeführt werden. Hierbei stehen die relevanten Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Existenzgründerinnen und Existenzgründer im Vordergrund. Ziel ist es, die geeigneten Personen dazu zu motivieren, sich unternehmerisch zu engagieren und sich so eine eigene tragfähige Existenz aufbauen zu können. Konkret wird die in 2016 erstmalig erfolgte Ausweitung der etablierten Seminarreihe des Landes „Vielfalt gründet – kultursensible Seminare in Berlin“ – die sich speziell an Gründerinnen und Gründer nichtdeutscher Herkunft wendet, auf gezielte Angebote für geeignete geflüchtete Personen fortgeführt. Die Realisation dieser Seminarreihe erfolgt im Auftrag der Investitionsbank Berlin, die Fortführung für das Jahr 2019 ist beabsichtigt, steht jedoch unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Um den fachlichen Austausch zur Thematik „Beratung und Begleitung von gründungsinteressierten Geflüchteten“ weiterhin zu befördern, wird die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe im Rahmen der Initiative „Gründen in Berlin“ den Kontakt mit den relevanten Stakeholdern und Akteuren suchen und entsprechende Gesprächsrunden anbieten.

Spezifische Beratungs- bzw. Orientierungsangebote für geeignete geflüchtete Personen

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Abteilung Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung

Nr. 7.8 der entsprechenden Maßnahme aus Masterplan 2017

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren (Beispiele)	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwert	
		2016	2017	2018	2019
Heranführung geeigneter Geflüchteter an die Gründungsberatungs- und -förderstrukturen im Land	Anzahl der Seminare für Geflüchtete	3	3	3	3
	Anzahl der Angebotsannahmen (hier: Teilnehmende davon Frauen)		70	70	

5.14 Weitere Beratungs- und Unterstützungsangebote

5.14.1 Jugendberufsagentur Berlin

Die Jugendberufsagentur Berlin unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene auf ihrem Weg in Ausbildung und Beschäftigung, um die Chancen für das spätere Berufsleben so optimal wie möglich zu gestalten. Sie ist in jedem Berliner Bezirk mit einem regionalen Standort vertreten.

Zielgruppe der Jugendberufsagentur Berlin sind junge Menschen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Berlin leben oder hier zur Schule gehen und noch keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Sie können sich mit ihren Fragen zur beruflichen Zukunft und den verschiedenen Ausbildungswegen in der Jugendberufsagentur Berlin

beraten lassen. Die Jugendberufsagentur steht auch jungen Geflüchteten ohne Berufsabschluss offen. Im Juli 2016 wurde das „Handbuch der Mindeststandards in der Ablauforganisation in der JBA Berlin“ entsprechend angepasst. Für junge Geflüchtete stehen nun an allen zwölf regionalen Standorten spezialisierte Fachkräfte zur Verfügung, die neben den Regelleistungen auch gesonderte Angebote bereithalten.

An allen zwölf regionalen Standorten werden von den Partnern insbesondere folgende Leistungen angeboten:

- Umfassende Beratung zu den beruflichen Perspektiven (z. B. Kompetenzerfassung, Berufsorientierung),
- Klärung der individuellen Voraussetzungen für eine Ausbildung (z. B. Sprachförderung, Anerkennung von Abschlüssen, Berufsvorbereitung),
- Unterbreitung eines passenden Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebots (z. B. EQ Welcome, AiS, BAPP),
- Unterstützung bei Problemen im privaten Umfeld, die den Weg in Ausbildung und Beruf erschweren (z. B. Erstberatung bei Schulden, Suchtproblemen oder psychosozialen Betreuungsbedarf, Jugendhilfe).
- Unterstützung bei Problemen während der Ausbildung oder bei einem drohenden Ausbildungs- oder Studienabbruch (z. B. assistierte Ausbildung, Landesprogramm Mentoring).

Die Beratung und Betreuung von jungen Geflüchteten in der Jugendberufsagentur Berlin wird nicht für alle dort vertretenen Rechtskreise gesondert erfasst. Die Inanspruchnahme der Angebote der Partner durch junge Geflüchtete kann daher innerhalb des Berichtswesens der Jugendberufsagentur Berlin nicht extra ausgewiesen werden.

5.14.2 Willkommenszentrum Berlin

Das Willkommenszentrum Berlin (WKZB) bietet allen Neuzugewanderten und damit auch Geflüchteten eine umfassende Erstorientierung, unterstützt sie bei allen Aspekten des Ankommensprozesses und verweist gegebenenfalls an spezialisierte Beratungsangebote weiter. Darüber hinaus dient das Willkommenszentrum als zentrale Erstorientierungsberatung für Geflüchtete zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und zum Arbeitsmarktzugang.

Das Willkommenszentrum beantwortet Anliegen Ratsuchender, die sich persönlich, per Telefon oder per Mail an das Willkommenszentrum Berlin wenden. Das fünfköpfige Team klärt aufenthaltsrechtliche Fragen, Fragen der Erstorientierung und bietet Sozialberatung an. Zu den Öffnungszeiten des WKZB sind außerdem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter externer Träger (vgl.: <https://www.berlin.de/willkommenszentrum/ueber-uns/unsere-partner/>) anwesend und bieten Beratungsangebote im Bereich der Aus- und Weiterbildung, zum Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Berufs- und Ausbildungsplanung, zu Möglichkeiten der Existenzgründung sowie zum Prozess der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen an. Darüber hinaus gibt es ein Angebot für italienisch sprechende Personen, das auch Geflüchtete in Anspruch nehmen. Das Willkommenszentrum verweist Ratsuchende darüber hinaus an spezialisierte Angebote in der Stadt.

Die Homepage des Willkommenszentrums Berlin (<https://www.berlin.de/willkommenszentrum/>) informiert auf acht Sprachen zu wichtigen Themen für Neueingewanderte. Seit Februar 2017 führt das Willkommenszentrum im Rahmen des Projekts „Neu in Berlin“ gemeinsam mit Minor, Projektkontor für Bildung, aufsuchende Beratung in Facebook-Gruppen von arabisch, englisch, französisch und polnisch

sprechenden Communities durch. Dabei werden Neuberlinerinnen und Neuberliner bei ihren konkreten Problemen unterstützt und sie und die mitlesenden Facebook-Gruppenmitglieder auf „Offline“-Beratungsstrukturen hingewiesen.

Das Willkommenszentrum ergreift Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils, es hat sich mit Frauenberatungsstellen vernetzt und organisiert Veranstaltungen für Frauen wie den Erzählsalon „Arbeiten in Berlin – wir haben es geschafft“ (<https://www.berlin.de/willkommenszentrum/ueber-uns/veranstaltungen/>). Um den Anteil von Geflüchteten bei den auf Arbeitsmarktzugang spezialisierten Angeboten zu erhöhen, muss das Angebot noch bekannter werden. Dazu schaltet das Willkommenszentrum U-Bahnwerbungen und wirbt über Facebook und Twitter für seine Angebote.

Willkommenszentrum

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Maßnahme Nr. 2.2.4 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Umfassende Erstorientierung bieten bei allen Aspekten des Ankommensprozesses	Anzahl beantwortender Anliegen Ratsuchender	4.155		
	Anzahl beantwortender Anliegen ratsuchender Geflüchteter	1.574		
	Anteil der Frauen an den Ratsuchenden	43%		

5.14.3 bridge – Berliner Netzwerke für Bleiberecht

bridge – Berliner Netzwerke für Bleiberecht ist ein Zusammenschluss von zwei Netzwerken, die aus neun Nichtregierungsorganisationen und der/dem Berliner Integrationsbeauftragten (Koordination einer der beiden Netzwerke) bestehen.

Ziel der **bridge**-Netzwerke ist die nachhaltige Inklusion der Zielgruppe in den Arbeitsmarkt. Die Netzwerke unterstützen die Zielgruppe durch Beratung, Qualifizierung und Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Weiterhin sensibilisiert bridge relevante Arbeitsmarktakeure wie Jobcenter und Arbeitsagenturen durch die regelmäßige Durchführung von Schulungen in flüchtlingsspezifischen aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen. Für Betriebe, die Geflüchtete beschäftigen wollen, bietet bridge sowohl Informationen zu aufenthalts- und beschäftigungsrechtlichen Fragen als auch Beratung zu Fördermöglichkeiten und Unterstützung im Beschäftigungserlaubnisverfahren.

Die beteiligten Träger sind:

- Die/der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration,
- Zentrum Überleben gGmbH,
- Migrationsrat Berlin e. V.,
- BBZ – Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten e. V.,
- BPF – Berufsfachschule Paulo Freire,
- GFBM – Gemeinnützige Gesellschaft für Berufsbildende Maßnahmen gGmbH,

- Verein zur Förderung der interkulturellen Jugendarbeit/Schlesische27 e. V.,
- AuB Arbeit und Bildung.
- KKH Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V.

Die bridge-Netzwerke werden in erster Linie aus Mitteln des ESF Europäischen Sozialfonds und des BMAS gefördert. Aus Landesmitteln (2016 und 2017 im Rahmen des Masterplans) wird der ansonsten von den Trägern zu leistende Eigenanteil der beteiligten Träger (10%) übernommen.

Übergang in die Regelangebote der Agenturen für Arbeit und Jobcenter und Heranführung an die lokale Wirtschaft – Unterstützung für Unternehmen und Geflüchtete

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Maßnahme Nr. 7.2 und 7.5 im Masterplan

Ziel(e) der Maßnahme	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
	Anzahl der geschulten Mitarbeitenden der Jobcenter und Arbeitsagenturen (7.2)	222	121		
	Anzahl der Teilnehmenden (7.5)	828	+588		
	Anzahl der weiblichen Teilnehmenden	204	+98		
	Anzahl der Vermittlung in Berufsausbildung	70	+91		
	Anzahl der Vermittlung in andere Beschäftigung	58	+65		
	Anzahl der Vermittlung in Nachholen schulischer Abschlüsse	61	+93		
	Vermittlungsquote in diese drei Bereiche	23%	31%		

5.14.4 Berliner Landesnetzwerk „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) Angebote auch für Geflüchtete

Das Bundesförderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wurde 2005 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) initiiert und ist ein zentrales arbeitsmarktpolitisches Instrument der Bundesregierung. Derzeit befindet es sich in der vierten Förderphase (2015 – 2018). Ziel des Programms ist es die Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu verbessern und auch zur Fachkräftesicherung beizutragen.

Die Koordinierungsstelle des Berliner IQ Landesnetzwerks ist bei der/dem Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin angesiedelt.

Arbeitsschwerpunkte des IQ Landesnetzwerks Berlin:

- 1) Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung
- 2) Qualifizierungen im Kontext des Anerkennungsgesetzes

3) Interkulturelle Kompetenzentwicklung zur Verbesserung der Willkommenskultur in Betrieben und Verwaltungen

Das IQ Landesnetzwerk Berlin bietet flächendeckende Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung für Ratsuchende mit ausländischen Qualifikationen an, entwickelt bedarfsorientiert Anpassungsqualifizierungen und setzt diese um. Darüber hinaus übernimmt das IQ Landesnetzwerk Berlin Servicefunktionen für Arbeitsmarktakteure, indem es diese über Informationen, Beratungen und Trainings für die spezifischen Belange von Migrantinnen und Migranten sensibilisiert und fachliches Know-how vermittelt. Die von Teilprojektträgern des IQ Landesnetzwerks durchgeführten Schulungen in Berliner Arbeitsagenturen und Jobcenter zielen auf die Stärkung der Diversity-orientierten interkulturellen Handlungskompetenz und -sicherheit der Mitarbeitenden ab.

Derzeit umfasst das IQ Landesnetzwerk Berlin 21 Projekte, die von 16 Teilprojektpartnern durchgeführt werden. Die Projekte werden durch die Mittel des Bundes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Die Finanzierung des IQ Landesnetzwerks Berlin ist bis zum 31.12.2018 gesichert.

Geflüchtete Personen können innerhalb der ersten zwei Arbeitsschwerpunkte an allen Angeboten des IQ Landesnetzwerks teilnehmen. Das Projekt „Sprachkompetenz und Berufsorientierung für Gesundheitsberufe“ (SpraBo), durchgeführt von IbBG der Vivantes Netzwerke für Gesundheit und Charité Gesundheitsakademie, richtet sich nur an geflüchtete Menschen, die Interesse an einer pflegerischen Tätigkeit haben. Es bietet einen ersten Einblick in das weite Feld der Pflegeberufe in Deutschland. Das Projekt unterstützt bei der Entscheidung für einen Pflegeberuf durch Praxiseinblicke, Kompetenzfeststellung und Beratung. Des Weiteren werden die Sprachkompetenzen der Teilnehmenden durch berufsbezogenen Sprachunterricht aufgebaut. 2017 durchliefen 42 Teilnehmende erfolgreich die Berufsorientierungskurse.

Derzeitig beteiligte Teilprojektträger des IQ Landesnetzwerks:

- Bildungswerk der Berliner Wirtschaft e. V.
- Beuth Hochschule für Technik Berlin
- Charité International Academy
- Charité Universitätsmedizin Berlin
- Club Dialog e. V.
- Europäisches Bildungswerk (EBG)
- INBAS GmbH
- Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
- LIFE – Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e. V.
- Otto Benecke Stiftung e. V.
- Stiftung SPI – Sozialpädagogisches Institut »Walter May«
- Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt Stadtentwicklung
- Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung
- Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e. V.
- Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e. V.
- IbBG der Vivantes Netzwerke für Gesundheit GmbH
- WIPA GmbH

Geflüchtete Personen* innerhalb der Angebote des IQ Landesnetzwerks
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration
Maßnahme Nr. 7.3.2 und Bestandteil der Maßnahmen 6.1.2/ 7.2 und 7.3.1 im Masterplan

Ziel(e) der Maßnahme	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018**	2019**
IQ Anerkennungsberatung (nur Erstkontakte)	Anzahl von Geflüchteten unter den ratsuchenden Personen, davon Frauen	1.022	1.177	(k.A.)	-
IQ Qualifizierungsberatung (nur Erstkontakte)	Anzahl von Geflüchteten unter den ratsuchenden Personen, davon Frauen	104	206	(k.A.)	-
Teilnehmende in IQ Qualifizierungen	Anzahl von Geflüchteten unter den Teilnehmenden der Qualifizierungen, davon Frauen	39	84	(k.A.)	-
IQ Schulungen in der Arbeitsverwaltung (JC/AA)	Grundlagenschulungen zur interkulturellen Sensibilisierung zur Themenstellung Asyl und Flucht	42 Schulungen 521 Teilnehmende	43 Schulungen 541 Teilnehmende	(k.A.)	-

* **Definitionsklärung:** Als Personen mit Fluchthintergrund gelten im Förderprogramm IQ Personen mit folgenden Aufenthaltstiteln gewertet:

- Aufenthaltsgestattung (§ 55 Abs. 1 AsylG)
- Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (§ 22 – 26, 104a, 104b AufenthG)
- Duldung (§ 60a Abs. 4 AufenthG).

6 Handlungsfeld Hochschule/Wissenschaft

Beschreibung der Instrumente zur Messung des Umsetzungserfolgs

Ziel aller Maßnahmen im Handlungsfeld Hochschulbildung/Wissenschaft ist es, Geflüchtete in das Regelsystem von Hochschulbildung und Wissenschaft einzubinden. Dies betrifft die Hochschulreife, die Studierfähigkeit und das Hochschulstudium bis zum Hochschulabschluss, einschließlich einer wissenschaftlichen Karriere. Die Anzahl von Personen, die als Geflüchtete ein Studium aufgenommen haben, könnte ein guter Indikator dafür sein, dass die Maßnahmen zur Erleichterung des Hochschulzugangs gut wirken. Weil das Merkmal „Geflüchteter“ oder auch der Asyl- oder Schutzstatus aus Gründen des Datenschutzes jedoch bei der Immatrikulation nicht erhoben oder verarbeitet werden darf, gibt es keine gesicherten Daten über geflüchtete Studierende an den Hochschulen. Über die an den Hochschulen erhobene Staatsangehörigkeit Studierender wird für die Bildung eines Indikators auf eine Zugehörigkeit Studierender zu Hauptfluchtländern zurückgegriffen. Dieser Indikator kann jedoch nur ein Indiz sein, aus dem letztlich nur ungefähr auf einen Aufwuchs oder ein Absinken der Anzahl geflüchteter Studierender geschlossen werden könnte.

Teilziele für die Einbindung Geflüchteter in das Regelsystem von Hochschulbildung und Wissenschaft sind:

- die Ermöglichung des Zugangs zur Hochschule,
- das Vorhandensein der erforderlichen Informationen für den Beginn eines Studiums,
- eine niedrigschwellige Teilhabe Geflüchteter an den Lehrangeboten der Hochschulen,
- die Eröffnung und Förderung der Möglichkeit des Beginns oder der Fortsetzung einer wissenschaftlichen Karriere.

Bei den Teilzielen können Indikatoren benannt werden, die einen direkten Schluss auf die Zielerreichung erlauben. Es handelt sich dabei um die Erfassung von Teilnehmerzahlen, der Inanspruchnahme anderer Angebote sowie des erfolgreichen Besuchs von Kursen (bestandene Prüfungen).

Für den Erfolg bei der Einbindung Geflüchteter in das Regelsystem ist das Erreichen der Studienreife durch das Bestehen der so genannten „Feststellungsprüfung“ nach KMK-Rahmenbeschluss oder der „Feststellungsprüfung Sprache“ bzw. der Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang oder eines gleichwertigen Abschlusses aussagekräftig. Am Verhältnis der Anzahl der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer zu der Anzahl von erfolgreich bestandenen Prüfungen kann, insbesondere im Vergleich zu den entsprechenden Angeboten anderer Hochschulen, auch auf die Eignung und Qualität des Kursmanagements geschlossen werden.

Ein Indikator für das Vorhandensein der relevanten Informationen für die Aufnahme eines Hochschulstudiums bei der Gruppe der Geflüchteten kann die Nachfrage von speziell für diese Zielgruppe eingerichteten Beratungsleistungen und Betreuungsangeboten sein. An diesen Daten wird deutlich, in welchem Umfang die relevanten Informationen von den kompetenten Stellen direkt an die Zielgruppe verbreitet werden. Gemessen werden können dort die Anzahl und die Dauer von Beratungsfällen und die Zahl der eingesetzten Mentorinnen und Mentoren.

Die niedrigschwellige Teilhabe Geflüchteter an den Lehrangeboten der Hochschulen kann durch die Teilnahme an Hochschulveranstaltungen als Gasthörerin oder Gasthörer erreicht

werden. Der niedrigschwellige Kontakt zur Hochschule fördert den leichten Zugang zu dem gewünschten Studienggebiet sowie dem studentischen Leben und führt frühzeitig an die vorhandenen Hochschulangebote heran. Die Anzahl der Geflüchteten, die sich als Gasthörerinnen und Gasthörer registrieren, kann über diese Entwicklung Auskunft geben.

Eine Karriere im wissenschaftsnahen Umfeld ist Nachweis höchster Integration im System höherer Bildung. Messbar ist die Anzahl der Programme an den Hochschulen, an denen geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler teilnehmen.

Zukünftig sollen für die Indikatoren auch die folgenden Angaben zum Geschlecht der Geflüchteten, die an den Maßnahmen teilnehmen, erhoben werden. Mögliche Angaben sollen sein: „männlich“, „weiblich“, „ohne Geschlechtsangabe“.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Ermöglichung der Einbindung in das Regelsystem der höheren Bildung (Hochschulreife, Studierfähigkeit und Hochschulstudium bis zum Hochschulabschluss, einschließlich Schritten einer wissenschaftlichen Karriere)		Das Kriterium „Geflüchteter“ wird mit dem Kriterium „Person mit der Staatsangehörigkeit eines Staates, aus dem häufig Geflüchtete stammen“ ersetzt. Diese Angaben können nur Indizien sein		
	Vorhandensein der Information über die Möglichkeiten eines Studiums (Berufe, Fächer, formelle Verfahren und Voraussetzungen, Studienverlauf)	1) Anzahl der Personen, die in den speziell für Geflüchtete an den Hochschulen eingerichteten Beratungen beraten wurden davon Frauen und 2) die Zahl der Beratungsstunden		
	Teilhabe an der Hochschule durch niedrigschwellige Angebote, die keine formelle Studierfähigkeit erfordern	Anzahl der Personen, die an Gasthörerprogrammen für Geflüchtete teilgenommen haben davon Frauen		
	Empowerment durch das Erreichen der formell erforderlichen fachlichen oder sprachlichen Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums (fachliche Studierfähigkeit)	Anzahl der Personen, die Fachkurse an den Studienkollegs für Geflüchtete 1) belegen davon Frauen 2) erfolgreich abschließen davon Frauen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Beginn und Fortsetzung einer wissenschaftlichen Karriere	<p>Anzahl der geförderten geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ggf. in Relation zur Dauer der Förderung für eine Einzelperson.</p> <p>Anzahl der geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die erfolgreich in der Wissenschaft eine Karriere begonnen haben</p>		
	Nutzung der wissenschaftlichen Qualifikation für eine qualifikationsadäquate Tätigkeit im wissenschaftlichen Umfeld	<p>Anzahl der geförderten geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ggf. in Relation zur Dauer der Förderung für eine Einzelperson</p> <p>Anzahl der geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die im wissenschaftsnahen Umfeld eine Karriere begonnen haben</p>		
Verhinderung und Abbau von Hemmnissen	Identifikation und Abbau von unnötigen Hindernissen und schnelle Reaktion auf Einzelprobleme	Anzahl von gemeinsamen Runden (Runder Tisch) zum regelmäßigen Austausch mit den Hochschulen und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft	Mindestens 2 mal im Jahr	Mindestens 2 mal im Jahr
	Vorhandensein aller relevanten Informationen über potenzielle oder tatsächliche Hindernisse und den besten Umgang damit	Anzahl von Fragestellungen zu Hemmnissen in den Beratungsangeboten der Hochschulen		

6.1 Fach- und Sprachkurse zum Erwerb der formellen Studienberechtigung

Durch Fachkurse am Studienkolleg und studienvorbereitende Sprachkurse erwerben Geflüchtete den formellen Zugang zum Studium.

Fach- und Sprachkurse zum Erwerb der formellen Studienberechtigung

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung

Maßnahme Nr. 6.14.2 und 6.14.3 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte ⁴³		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Durch Fachkurse am Studienkolleg und studienvorbereitende Sprachkurse erwerben Geflüchtete den formellen Zugang zum Studium	Anzahl der Personen, die Sprach- und Fachkurse an den Studienkollegs für Geflüchtete 1) belegen 2) erfolgreich abschließen	1) 453 2) 43	1) 668 2) 373		
	davon Frauen 1) belegen 2) erfolgreich abschließen				

6.2 Beratung für studieninteressierte Geflüchtete und Betreuung für Geflüchtete an der Hochschule

Geflüchtete, die sich für ein Studium interessieren, werden an der jeweiligen Hochschule beraten. Zudem werden Geflüchtete an Vorbereitungsprogrammen der Hochschule durch studentische Mentoringprogramme betreut.

Beratung für Studieninteressierte Geflüchtete und Betreuung für Geflüchtete an der Hochschule

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung

Maßnahme Nr. 6.14.5 und 6.14.6 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte ⁴⁴		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019

⁴³ Quelle: Die Daten wurden von den Hochschulen erhoben.

⁴⁴ Quelle: Die Daten wurden von den Hochschulen erhoben.

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte ⁴⁴		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Geflüchtete, die sich für ein Studium interessieren, werden an der jeweiligen Hochschule beraten. Zudem werden Geflüchtete an Vorbereitungsprogrammen der Hochschule durch studentische Mentoringprogramme betreut	Anzahl der Personen, die in den speziell für Geflüchtete an den Hochschulen eingerichteten Beratungen beraten wurden und die Zahl der Beratungsstunden	3.173	7.500		
	davon Frauen				
	Anzahl der Mentorinnen und Mentoren sowie Anzahl der Mentees				
	davon Frauen				

6.3 Gasthöherangebote für Geflüchtete

Ohne weitere Zugangs- oder Zulassungsvoraussetzungen können Geflüchtete kostenfrei als Gasthörer an Hochschulveranstaltungen teilnehmen.

Gasthörerangebote für Geflüchtete

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung

Maßnahme Nr. 6.14.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	Vergleichswerte ⁴⁵		Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Ohne weitere Zugangs- oder Zulassungsvoraussetzungen können Geflüchtete kostenfrei als Gasthörerinnen und Gasthörer an Hochschulveranstaltungen teilnehmen	Anzahl der Personen	734	975	keine	keine
	davon Frauen				

⁴⁵ Quelle: Die Daten wurden von den Hochschulen erhoben.

7 Handlungsfeld Sozialräumliche Integration

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Die hier vorgeschlagenen Indikatoren beziehen sich auf die genannten Ziele, welche die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine sozialräumliche Integration und die Gestaltung des Prozesses zur Integration der Geflüchteten, zum gemeinsamen Zusammenleben sowie den Aufbau einer funktionierenden Nachbarschaft unter Einbezug der neu Zugewanderten und der bestehenden Nachbarschaft betreffen. Das Querschnittsthema Freiwilliges Engagement wurde als eigenes Ziel des Handlungsfeldes benannt, weil es für die Nachbarschaftsarbeit einen hohen Stellenwert hat.

Da es sich bei der Sozialräumlichen Integration um ein umfassendes Themenfeld handelt, indem es auch Schnittstellen zu anderen Handlungsfeldern des Gesamtkonzepts gibt, kann die Messung des Erfolgs oder der Umsetzung der beschriebenen Ziele zur Steigerung der Integrationsmöglichkeiten von Geflüchteten nicht vollständig erfolgen. Die benannten Maßnahmen werden auch von anderen Senatsverwaltungen und den Bezirken umgesetzt und initiiert. Somit ist es schwer Indikatoren zu formulieren, die auf Grundlage abzurufender Daten die Integrationserfolge belegen. Weiterhin erschwerend kommt hinzu, dass es keine vollständig abrufbaren und gesicherten Daten über die Bevölkerungszusammensetzung und die Anzahl der Geflüchteten in den Sozialräumen gibt. Aus Sicht der sozialräumlichen Analyse wäre es durchaus wünschenswert, für alle Indikatoren und Zielwerte auf Daten zurückgreifen zu können, die Aussagen über den Migrationshintergrund und die Zusammensetzung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Geflüchteten treffen.

Inhaltlich beinhalten die Indikatoren weniger Hinweise auf den Stand der Integration sondern mehr externe integrationsfördernde Rahmenbedingungen und Maßnahmen der Integrationsförderung.

Beim Formulieren der Indikatoren und Zielwerte konnten geschlechterspezifische Aspekte kaum einbezogen werden, da wenige Teilziele durch Angaben von Teilnehmendenzahlen belegt werden können. In den Zielen und Maßnahmen wurde jedoch darauf geachtet, dass die Belange besonders schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen unter anderem der Mädchen und Frauen Beachtung finden.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Geflüchtete finden ausreichende lokale Ressourcen für die Integration und Zugänge in die Nachbarschaft	Die Integration Geflüchteter wird durch den Aufbau und die Erweiterung der Infrastruktur gefördert	Ein flächendeckendes Monitoring zur Bestimmung der sozialräumlich notwendigen Infrastrukturer-gänzungen wurde aufgebaut ⁴⁶		
	Integrationsspezifische Aufgaben sind dauerhaft in die Gemeinwesenarbeit einbezogen	Verstetigung der Förderschwerpunkte der Willkommenskultur – Projekte in den Aufgabenprofilen der IFP geförderten Stadtteilzentren		
In den Sozialräumen existieren lokale Netzwerkstrukturen mit aktiver Beteiligung von Geflüchteten	Geflüchtete sind in Gremien der Stadtteilarbeit gemeinsam mit der ansässigen Bevölkerung aktiv	Der Anteil von Migrantinnen und Migranten mit und ohne Fluchterfahrung in den Beteiligungsgremien der Stadtteilarbeit steigt zum Vorjahr (Anteil in%)		
		Anteil Frauen und Mädchen		
		Anteil Männer und Jungen		
		Anteil ohne Geschlechtsangabe		

⁴⁶ Maßnahme wird geprüft und steht unter Finanzierungsvorbehalt. Aufbau Monitoring ist abhängig von der Klärung der Datenlage.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
Der soziale Zusammenhalt wird aktiv durch interkulturelle Begegnung, Austausch und Dialog gefördert	In allen Bezirksregionen findet sich in räumlicher Nähe zu den Gemeinschaftsunterkünften eine Einrichtung, die spezifische Angebote zur interkulturellen Begegnung vorhält und durch aufsuchende Arbeit bewirbt	Die Anzahl an neu gebauten, neu eingerichteten interkulturellen Begegnungsorten in den Bezirken steigt zum Vorjahr ⁴⁷	5	10
	Geflüchtete gestalten aktiv Aktionen und Maßnahmen interkultureller Begegnung	Die Anzahl Geflüchteter als Ideengebende für Aktionen und Maßnahmen interkultureller Begegnungen zwischen Geflüchteten und ansässiger Bevölkerung steigt zum Vorjahr ⁴⁸	40	60
Die Integration Geflüchteter wird durch den Aufbau nachhaltiger Strukturen für das freiwillige Engagement von und für Geflüchtete unterstützt	Geflüchtete engagieren sich freiwillig im Sozialraum	Anzahl der geförderten Projekte/Aktionen/Maßnahmen, die das freiwillige Engagement von Migrantinnen und Migranten mit und ohne Fluchterfahrung in der Nachbarschaft aktiv unterstützt ⁴⁹	40	60
	Der Austausch zwischen den Fachakteurinnen und -akteuren wird aktiv unterstützt	Durchführung von mindestens vier gesamtstädtischen Jour Fixe durch das Beratungsforum Engagement ⁵⁰	4	4

⁴⁷ Die Einrichtung von interkulturellen Begegnungsorten findet auch über Vereine, Kirchengemeinden, Wohnungsgesellschaften statt. Daher kann sich die Erfassung nur auf die geförderten Projekte durch die Städtebauförderprogramme, die Programme BENN und FEIN, den Integrationsfonds und das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren beziehen. Eine weitere Finanzierung außerhalb der Fördergebiete ist zu prüfen. Datenquelle: SenSW, SenIAS.

⁴⁸ Die Datenlage kann nicht vollständig erfasst werden. Die Erfassung der Aktionen und Maßnahmen erfolgt über die Programme BENN und FEIN. Datenquelle: SenSW, SenIAS.

⁴⁹ Die Datenlage kann nicht vollständig erfasst werden. Die Erfassung der Aktionen und Maßnahmen erfolgt über die Programme BENN und FEIN. Datenquelle: SenSW.

⁵⁰ Die Datenlage kann nicht vollständig erfasst werden. Die Erfassung erfolgt über das Projekt Beratungsforum Engagement. Datenquelle: SenSW, SenIAS.

7.1 BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften (Oberziele 2,3 und 4)

Seit April 2017 wird durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Integrationsmanagement im Rahmen des Programms BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften im Umfeld von großen Flüchtlingsunterkünften betrieben, um vor Ort den sozialen Zusammenhalt zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. In der Koalitionsvereinbarung 2016 – 2021 wurde die Einrichtung des Programms an 20 Standorten festgelegt.

Im Programm BENN steht die sozialräumliche Integration im Fokus. Ziel ist es, der Isolation der Geflüchteten in den Unterkünften entgegenzuwirken, ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, den Dialog mit engagierten aber auch verunsicherten Nachbarn und ein Miteinander zu fördern und damit den nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ebenso stellen die Aktivierung der Geflüchteten und deren Nachbarschaft sowie die Unterstützung bei der Organisation des eigenen Lebens einen wichtigen Schwerpunkt dar. Beauftragte BENN-Teams stehen in einem Vor-Ort-Büro als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung, organisieren Beteiligungsprozesse und bauen Netzwerke und Kooperationen auf bzw. unterstützen bestehende. Den Teams werden Sach- und Honorarmittel zur Verfügung gestellt. Damit können Aktionen und Maßnahmen unterstützt werden, denen die folgenden strategischen Ziele zugrunde liegen:

- Stabilisierung von Nachbarschaften und Stärkung des nachbarschaftlichen Engagements,
- Aktivierung und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements und Ehrenamts,
- Aufbau und Stabilisierung von Netzwerken,
- Aktivierung und Unterstützung der Geflüchteten und deren Nachbarschaft.

Um die Selbstorganisation der Menschen vor Ort zu stärken, ist BENN beteiligungsorientiert ausgerichtet. Dafür werden entsprechende Strukturen zur Partizipation geschaffen bzw. vorhandene Beteiligungsstrukturen gestärkt und ausgebaut.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“ und dem „Investitionspakt soziale Integration im Quartier“. Innerhalb der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen findet eine enge Zusammenarbeit mit dem für die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau, BIQ und FEIN zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und zwischen den Referaten IV B/IV C zum Investitionspakt statt, vor allem hinsichtlich der Förderung von BENN. Abstimmungsbedarf besteht zukünftig aufgrund der Notwendigkeit, potenzielle investive Fördermaßnahmen im Umfeld von BENN-Standorten zu identifizieren.

Bei der Durchführung stimmt sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen eng mit Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten ab. Eine Kooperation besteht auch mit dem von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales geförderten Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen. Diese werden an den Standorten zur Unterstützung des BENN-Teams als Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittler eingesetzt und helfen, den Zugang zu Geflüchteten zu verbessern. Der Ausbau weiterer Kooperationen mit relevanten Landesprogrammen der Senatsverwaltungen ist geplant.

Das Programm wird bis Ende 2021 wissenschaftlich begleitet. In diesem Rahmen werden 2018 Indikatoren durch die beauftragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erarbeitet und stehen ab 2019 für die Überprüfung der gesetzten Ziele zur Verfügung.

BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften

**Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Abteilung Wohnungswesen,
Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt Maßnahme Nr. 9.3.1 im Masterplan**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Aufbau von lokalen Beteiligungsgremien mit Beteiligung Geflüchteter	Der Anteil von Beteiligungsgremien mit Beteiligung von Migrantinnen und Migranten mit Fluchterfahrung steigt	10	20

7.2 Einsatz von Fördermitteln des Programms FEIN – Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften

Mit dem Landesprogramm FEIN stellt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Mittel zur Unterstützung freiwilligen Engagements vor allem in benachteiligten Quartieren sowohl für Einzelmaßnahmen als auch für Pilotprojekte zur Verfügung. FEIN wird berlinweit außerhalb der Gebiete der Sozialen Stadt umgesetzt. FEIN – und hier insbesondere die Pilotprojekte – haben im Zusammenspiel mit den Städtebauförderprogrammen, vorrangig der Sozialen Stadt, als Instrument für kleine Quartiersverfahren und für den Aufbau von vernetzten Strukturen ehrenamtlicher Arbeit in den benachteiligten Stadtquartieren eine wichtige unterstützende Funktion. Dabei spielt die Abstimmung mit anderen Programmen und Aktivitäten (z. B. Nachbarschaftsprogramme der Bezirke [SenIAS]) eine wichtige Rolle. Gemäß der Koalitionsvereinbarung wurde die Förderung ehrenamtlichen Engagements in Nachbarschaften durch zusätzliche Landesmittel verstärkt.

Mit den Pilotprojekten werden quartiersbezogene Gesamtkonzepte unterstützt, um vor allem Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren. Ziel ist es, dass Foren entstehen, in denen unterschiedliche Bewohnergruppen und lokale Institutionen gemeinsame Entwicklungsziele für ihr Quartier erarbeiten und umsetzen.

Ein Großteil der in den letzten Jahren genehmigten Pilotprojekte widmet sich in unterschiedlicher Form dem verstärkten Zustrom von Geflüchteten und deren Integration. Daher sollen auch zukünftig im unmittelbaren lebensweltlichen Umfeld Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe eröffnet werden, um der Isolation der Geflüchteten in den Unterkünften entgegenzuwirken, engagierte genauso wie verunsicherte Nachbarn mit einzubeziehen und den nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Wichtige Schwerpunkte stellen dabei die Aktivierung der Geflüchteten und deren Nachbarn sowie die Unterstützung bei der Selbstorganisation des eigenen Lebens dar. Sowohl die Geflüchteten als auch die Bewohnerinnen und Bewohner im nachbarschaftlichen Umfeld sollen darin unterstützt werden sich auszutauschen, gemeinsame Bedarfe zu formulieren und Lösungen zu entwickeln bzw. mit den zur Verfügung stehenden Fördermitteln kleine Aktionen und Maßnahmen, die dem nachbarschaftlichen und gemeinschaftlichen Miteinander dienen, umzusetzen.

Einsatz von Fördermitteln des Programms FEIN – Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften

**Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Abteilung Wohnungswesen,
Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt**

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Das freiwillige Engagement von Migranten und Migrantinnen mit und ohne Fluchterfahrung in der Nachbarschaft und in den Unterkünften wird aktiv unterstützt	Anzahl der geförderten Projekte, die das freiwillige Engagement von Migrantinnen und Migranten mit und ohne Fluchterfahrung in der Nachbarschaft aktiv unterstützt		
In den Sozialräumen sind lokale Netzwerkstrukturen mit aktiver Beteiligung von Migranten und Migrantinnen mit und ohne Fluchterfahrung aufgebaut	Anzahl der geförderten Projekte, die den Aufbau von Netzwerken mit aktiver Beteiligung von Migrantinnen und Migranten mit und ohne Fluchterfahrung zum Ziel haben im Vergleich zum Vorjahr		

7.3 Landesweite Ausweitung des Stadtteilmütterprojektes sowie Sicherung und Stärkung des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und -lotsen

Die Stadtteilmütter, Integrationslotsinnen und -lotsen unterstützen in Berlin lebende Menschen mit Migrationshintergrund, seit 2015 auch verstärkt in den Flüchtlingsunterkünften. Die Stadtteilmütter, Integrationslotsinnen und -lotsen verfügen selbst über einen Migrationshintergrund sowie interkulturelle Kompetenzen und sind damit wichtige Ansprechpersonen für die Zielgruppe.

Das Konzept der aufsuchenden Arbeit der Stadtteilmütter durch geschulte (muttersprachliche) Multiplikatorinnen und der niedrigschwelligen Ansprache von (neu) zugewanderten und schwer erreichbaren Migrantenfamilien hat sich in den vergangenen 13 Jahren erfolgreich bewährt und wurde durch die Förderung im Rahmen der Sozialen Stadt in den Bezirken Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte fest etabliert. Stadtteil- und Kiezmütter informieren dort andere Mütter ihrer Communities niedrigschwellig zu Themen der Erziehung, Bildung und Gesundheit und unterstützen Bildungseinrichtungen und Familienzentren in deren Elternarbeit. Die Projekte fördern die Integration auch schwer erreichbarer Familien und die Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle Kinder unabhängig von deren Herkunft. Darüber hinaus fördern sie die persönliche Entwicklung der im Projekt tätigen Frauen, indem diese an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Die Stadtteilmütter haben seit 2015 zunehmend auch Erfahrungen in der Betreuung geflüchteter Familien gemacht.

Angesichts der großen Zuwanderung Geflüchteter sehen auch die Bezirke, deren Bevölkerungsstruktur früher nicht prioritär integrationsspezifische Ziele nahe legten, akuten Bedarf an langfristigen, interkulturellen familienbegleitenden Maßnahmen. Die bisherige Finanzierungsstruktur der Projekte in Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte ist nicht über 2020 hinaus gesichert. Der Berliner Senat wird für das Projekt Stadtteilmütter eine berlinweite Regelfinanzierung für die Ausbildung und pädagogische Begleitung ab 2020 etablieren. Darüber hinaus sollen weitere regelhafte sozialversicherungspflichtige Stellen in den Bezirken und bei anderen möglichen Einsatzorten geschaffen bzw. deren Schaffung unterstützt werden. Damit wird die Familienförderung durch das Projekt Stadtteilmütter als eine bezirkliche Entwicklungsaufgabe landesweit etabliert.

Mit dem Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen wird ein niedrigschwelliger Ansatz verfolgt, der die Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin fördert. Integrationslotsinnen und Integrationslotsen geben erste

aufklärende Hilfestellung und nehmen Mittler-, einfache Beratungs- und Begleittätigkeiten wahr. D. h. sie begleiten zu Ämtern, Behörden, Ärztinnen und Ärzten und vermitteln zu fachspezifischen Beratungsstellen und Kriseninterventionsdiensten der Fachdienste. Sie unterstützen bei Sprachbarrieren und sind dabei als Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittler im jeweiligen Beratungskontext tätig. Seit 2017 besteht eine Kooperation des Landesrahmenprogramms mit dem Programm BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften.

Landesweite Ausweitung des Stadtteilmütterprojektes sowie Sicherung und Stärkung des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und -lotsen

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Maßnahme Nr. 2.2.2 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Der soziale Zusammenhalt wird aktiv durch interkulturelle Begegnung, Austausch und Dialog gefördert	Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Stellen im Landesprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen und für Stadtteilmütter ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen	193	189	202	202
Geflüchtete nehmen aktiv an Aktionen und Maßnahmen interkultureller Begegnungen teil und werden dabei durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren unterstützt	Der Anteil der Bezirke, die das Programm Stadtteilmütter eingesetzt haben, ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen	3	3	12	12

7.4 LeNa – Lebendige Nachbarschaft

Mit der Lebendigen Nachbarschaft (LeNa) soll dazu beigetragen werden, dass geflüchtete Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und am Engagement interessierte Menschen durch Partizipation und Teilhabe in Nachbarschaften integriert werden.

Hierbei sollen Stadtteilzentren und gesamtstädtische Projekte aus dem IFP STZ (Infrastrukturprogramm Stadtteilzentren) u. a. neue bzw. bestehende Netzwerke um neue Partner, wie z. B. Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, Willkommensinitiativen, Wohnungsbaugesellschaften und/oder weitere kulturelle, ethnische, themenspezifische oder konfessionelle Gruppierungen/Gemeinschaften erweitern. Dazu gehört auch die Verstärkung des aktivierenden Engagements von Nachbarn, Geflüchteten und/oder Ehrenamtlichen. Die Förderung von Synergien mit bereits bestehenden privat und/oder öffentlich finanzierten Projekten ist ein weiterer Schwerpunkt.

LeNa – Lebendige Nachbarschaft/

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Gewinnung neuer Ehrenamtlicher	Darstellung der Anzahl der Engagierten (Summe aller 15 Projekte) im Vergleich zum Vorjahr	50	70
	Darstellung der Anzahl neu gewonnener Engagierter (Summe aller 15 Projekte) im Vergleich zum Vorjahr	50	20

7.5 Willkommenskultur des Infrastruktur-Förderprogramms Stadtteilzentren

Stadtteilzentren haben sich in Berlin als gesamtstädtische Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements etabliert und bewährt.

Stadtteilzentren engagieren sich in der Nachbarschaftsarbeit und schaffen mit ihrer generationenübergreifenden und integrativen Arbeit die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung für alle Berlinerinnen und Berliner. Sie sind leicht erreichbar und stehen allen Altersgruppen und Nationalitäten offen. Die Angebote reichen von sozialer Beratung, Lehr- und Kursprogrammen über kreative Gestaltung, Selbsthilfegruppen bis zur aktiven Gestaltung der gemeinsamen Lebenswelt. Die dazugehörigen Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstellen vervollständigen das Angebot der Stadtteilzentren.

Stadtteilzentren sind als Einrichtungen der Nachbarschaftsarbeit und Selbsthilfe im besonderen Maße geeignet, die Koordination und Organisation im Bereich der Entwicklung und Verstärkung von Strukturen der Willkommenskultur und der lebendigen Nachbarschaft zu übernehmen. Für die zusätzliche Herausforderung, Geflüchtete in Nachbarschaften zu integrieren und fremdenfeindlichen Aktionen entgegenzuwirken, stehen die Stadtteilzentren mit ihren sozialkulturellen und demokratiefördernden Ansätzen zur Verfügung. Sie leisten einen Beitrag dazu, dass ein authentischer Dialog zwischen Berlinerinnen und Berliner entsteht, dass Menschen vernetzt werden und gemeinsam ihren Sozialraum gestalten.

Stadtteilzentren setzen die folgenden Inhalte im Rahmen der Willkommenskultur und der lebendigen Nachbarschaft um. In Abhängigkeit der lokalen Bedarfe und Ressourcen erfolgen Schwerpunktsetzungen.

Willkommenskultur des Infrastruktur-Förderprogramms Stadtteilzentren

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Gewinnung neuer Ehrenamtlicher	Darstellung der Anzahl der Engagierten (Summe aller 30 Projekte) im Vergleich zum Vorjahr	1.217	658	680	700
	Darstellung der Anzahl neu gewonnener Engagierter (Summe aller 30 Projekte) im Vergleich zum Vorjahr	249	559	22	20

7.6 Netzwerk „Berlin hilft“

„Berlin hilft“ hat sich in den letzten beiden Jahren zu der Informationsplattform für Geflüchtete, Helfende, Betreuerinnen und Betreuer in Unterkünften aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung rund um das Thema Geflüchtete in Berlin entwickelt.

„Berlin hilft“ stellt prägnante, aktuelle Informationen zu umfangreichen Themen zur Verfügung und kann somit zum Wissens- und Qualifizierungsbedarf Ehrenamtlicher beitragen: z. B. zu Leistungsbezug, Wohnungssuche, Unterkünfte, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Deutschkurse, Integrationskurse, Asylverfahren u.v.m. Zu den Formaten, die durch Qualifizierung und Quantifizierung der Vernetzung den Wissensverbreitungsgrad erhöhen, zählen neben den unten genannten Aktivitäten insbesondere:

- aktuelle Informationsaufbereitung, ggf. Newsletter in Kooperation, insbesondere auf Webseite,
- ggf. Fortsetzung des Partizipationsformates PLANBAR! zum Gesamtkonzept nach Abstimmung mit SenIAS,
- laufende Aufnahme von Einzelfällen und deren Weiterleitung zur Prüfung und Auswertung,
- Teilnahme an der Kommission Verfahrenshinweise der Ausländerbehörde/VAB-Kommission.

Die auf diesem Wege ermöglichte Bereitstellung von Know-how trägt dem Bedarf einer „Wissensdatenbank“ grundsätzlich Rechnung.

Netzwerk „Berlin hilft“

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten in Kooperation mit der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Inanspruchnahme aktueller Informationen	Anzahl der Zugriffe auf Webseite		
Verbreitungsgrad Wissen erhöhen	Qualifizierung und Quantifizierung der Vernetzungen, u. a.: <ul style="list-style-type: none">– inhaltliche und strukturelle Vorbereitung von Austauschrunden Berliner Initiativen mit Berliner Behörden, insbesondere Initiativen-Treffen mit dem/r Staatssekretär/in für Integration– Aufbau und Durchführung von strukturierten Austauschtreffen Berliner Initiativen– Durchführung von Veranstaltungen/Schulungen zum Asylrecht		

7.7 Beratungsforum Engagement für Geflüchtete

Mit Hilfe dieses Projektes werden die ca. 100 Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren bei den Geflüchtetenunterkünften koordiniert. Diese sollen, wie bisher, dezentral qualifiziert, informiert und untereinander bzw. mit der sonstigen das Engagement und die Integration fördernden Infrastruktur vor Ort vernetzt werden.

Zugleich erfüllt das Projekt damit eine wichtige Dienstleistungs- und Informationsmanagementfunktion für das LAF, Bereich Unterkünfte, bei der Umsetzung der Vorhaben des „Expertenzirkel Ehrenamtskoordination Unterkünfte“, z. B. bei der Planung und Durchführung regelmäßiger zentraler und dezentraler Informations-, Qualifizierungs- und Erfahrungsaustauschrunden.

Beratungsforum Engagement für Geflüchtete

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten in Kooperation mit der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement

Maßnahme Nr. 9.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Unterstützung und Vernetzung der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren und Freiwilligenmanagerinnen und -manager als Fachgruppierung	Durchführung des mindestens 4-wöchigen „Jour fixe Ehrenamtskoordination Bezirke“	4	32	20	
Kontakt und Austausch mit weiteren Fachakteurinnen und -akteuren im Feld und in den Bezirken, auf der Landesebene, sowie mit zivilgesellschaftlichen Netzwerken (z. B. Willkommensbündnissen)	Durchführung von mindestens 4 gesamtstädtischen Jour Fixe durch das Beratungsforum Engagement		2	4	
Qualifizierung der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren	Anzahl der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren die das Zertifikat „Ehrenamtskoordination“ des BFE erhalten haben		28	22	

7.8 Unterstützung gezielter Projekte zur Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Aspekte der Flucht

Die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit unterstützt im Rahmen ihres Förderprogramms für Berliner entwicklungspolitische und diasporische NGOs Projekte zum Thema Flucht und Entwicklung. Diese Projekte umfassen vor allem die entwicklungspolitische Bildungsarbeit sowie die internationale Zusammenarbeit mit Partnerstädten und Partnerschulen. Schwerpunkte hierbei sind:

- Diskussion und Information zu Fluchtursachen,
- Unterstützung von migrantischen Netzwerken,
- Willkommenskultur: Verständnis für Geflüchtete stärken.

Dabei sollen die Projekte eine entwicklungspolitische Ausrichtung haben und sich klar von den arbeitsmarktpolitischen und integrationspolitischen Förderinstrumenten abgrenzen. Die Zielgruppe für die Vergabe der Fördermittel sind im Bereich der Entwicklungspolitik aktive Vereine.

7a Handlungsfeld Sport

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Bei der Teilnahme an gemeinschaftlichen Sportaktivitäten zwischen Menschen mit und ohne Fluchthintergrund kommen die Teilnehmenden miteinander in Kontakt und bauen Beziehungen zu ihren Mitsportlerinnen und -sportlern auf. Die Zahl der Teilnehmenden kann daher ein Indikator für die Integration in den Sport sein. Entsprechende Daten werden den Projektberichten entnommen. Der Frauen- und Mädchenanteil unter den Geflüchteten liegt bei ca. einem Drittel. Die Zahlen der Projekte, die vom Landessportbund betreut werden, machen deutlich, dass diese einen ähnlichen Frauen- und Mädchenanteil bereits 2017 erreichen konnten. Ziel ist daher, diese sehr gute Geschlechterverteilung aufrechtzuerhalten.

Durch freiwillige Tätigkeiten und durch Absolvierung der dazu notwendigen Qualifizierungen wird Verantwortung für den Sportverein übernommen. Die Übernahme ehrenamtlicher Funktionen kann somit als Indikator für eine vertiefte Zugehörigkeit dienen. Als Ziel werden 5% festgelegt, die in etwa dem Anteil freiwillig Engagierter mit Migrationshintergrund im Bereich Sport und Bewegung entspricht (siehe z. B. Braun/Nobis 2011: Migration, Integration und Sport in: Braun/Nobis (Hrsg.) „Migration, Integration und Sport“ S. 16). Das Engagement wird über einen Erhebungsbogen, der allen Projektträgern zur Verfügung gestellt wird, erfasst.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Integration in den Berliner Sport und Gesundheitsförderung	Aktive Teilnahme an den Trainingsangeboten der Berliner Sportvereine	Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Projekten des Landessportbunds	4.000	4.000
		Anteil Frauen und Mädchen	29,5%	29,5%
		Anteil Männer und Jungen	69,5%	69,5%
		Anteil ohne Geschlechtsangabe	1,0%	1,0%
		Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den geförderten Großprojekten	400 davon ca. 300 Geflüchtete	400 davon ca. 300 Geflüchtete
		Anteil Frauen und Mädchen	29,5%	29,5%
		Anteil Männer und Jungen	69,5%	69,5%
		Anteil ohne Geschlechtsangabe	1,0%	1,0%
	Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben im Verein	Zahl der vermittelten Ehrenamtlichen	5% der Teilnehmenden an Sportangeboten	5% der Teilnehmenden an Sportangeboten

7a.1 Projekte des Landessportbunds

Der Landessportbund Berlin unterstützt Sportvereine, Geflüchtete und Träger der Flüchtlingshilfe mit insgesamt fünf Coaches (Stand 31.12.17) bei der Integration in den Berliner Sport. Mit einem eigens dafür eingerichteten Förderprogramm können die Vereine auch eine finanzielle Unterstützung erhalten. 2017 wurden ca. 100 Vereine hierüber gefördert. Zur Öffentlichkeitsarbeit für alle Berliner Integrationsprojekte und um Geflüchtete und Sportvereine zusammenzubringen, wurde die Seite www.sportbunt.de eingerichtet. Die Internetseite bietet verschiedene Informationen zum Sport in Berlin, Videos zur Erklärung des Vereinssports in Deutschland, Interviews mit Trainerinnen und Trainern und Sportlerinnen und Sportlern sowie aktuelle Nachrichten in verschiedenen Sprachen an. Über eine interaktive Karte können interessierte Geflüchtete passende Angebote finden. Die Online-Plattform wird durch mehrere Broschüren sowie ein spezielles Heft für Mädchen und Frauen ergänzt.

Sportangebote für geflüchtete Menschen

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Sport

Maßnahme Nr. 10.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Integration von Geflüchteten in Sportangebote von Sportvereinen	Anzahl der Angebote bzw. Aktivitäten	67	67	70	70
	Anzahl Teilnehmende	3.290	3.907	4.000	4.000
	davon Frauen				

7a.2 Einrichtung von Integrationscoaches

Einrichtung von Integrations-Coaches zur Unterstützung der Vereine und Hilfen für Geflüchtete zur Partizipation im Sport.

Einrichtung von Integrationscoaches

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Sport

Maßnahme Nr. 10.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Einrichtung von Integrationscoaches zur Unterstützung der Vereine und Hilfen für Geflüchtete zur Partizipation im Sport	Anzahl der Coaches	4	5	5	5
	Projektleitung	1	1	1	1

Großprojekte von Verbänden und Vereinen (Maßnahmen 7a 3-6)

7a.3 Berliner Boxverband

Das Projekt des Berliner Boxverbands hat sich die Talentförderung zum Schwerpunkt gesetzt. In Kooperation mit verschiedenen Boxvereinen werden Geflüchtete gezielt gefördert und an den Leistungssport herangeführt.

7a.4 ALBA Berlin

Das Angebot von ALBA Berlin konzentriert sich auf den Freizeitsport. Schwerpunkt sind organisierte Basketballtreffen. Diese finden in Marzahn, Prenzlauer Berg, Kreuzberg und im alten Flughafen Tempelhof statt. Aus den Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben sich Teams gebildet, die an der Freizeit-Basketball-Liga teilnehmen.

7a.5 Berliner Fußball-Verband

Das Projekt des Berliner Fußball-Verbands bietet freies Training im Rahmen von Trainingskooperationen zwischen Fußballvereinen und Unterkünften an. Neben den regelmäßigen Trainingsangeboten finden Turniere und Veranstaltungen statt, um das Projekt öffentlich zu bewerben. Darüber hinaus werden auch Schulungen für Trainerinnen und Trainer angeboten.

7a.6 Eisbären Juniors

Das Projekt der Eisbären Juniors umfasst die Sportarten Floorball und Eislaufen. Es baut auf Erfahrungen aus den Willkommensklassen auf. Angebote bestehen in Hohenschönhausen, Weißensee und Schmöckwitz. Ein weiteres Ziel des Projekts ist, Geflüchtete für freiwillige Tätigkeiten und Ehrenämter zu gewinnen.

Förderung von Großprojekten, Verbänden und Vereinen (Maßnahmen 7a 3-6)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Sport

Maßnahme Nr. 10.05.1 im Masterplan

Ziel(e) der Maßnahme	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Förderung von Sportangeboten	Anzahl der Projekte	1	4	4	4

Weitere Projekte (Maßnahme 7a 7-9)

7a.7 Vorspiel SSL

Der Verein Vorspiel Sportverein für Schwule und Lesben e. V. bietet für LSBTI-Geflüchtete ein Schwimmangebot an. Aufgrund der Verfolgung, der sie in ihren Heimatländern ausgesetzt waren, sind LSBTI in vielen Fällen besonders vorsichtig beim Aufbau von Kontakten. Vorspiel SSL gelang es in diesem Projekt sehr gut, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Das Projekt wird über das beschriebene Förderprogramm des Landessportbunds Berlin gefördert. Wegen der durchweg ehrenamtlich arbeitenden Trainerinnen und Trainer und die Zielgruppe besitzt das Projekt ein Alleinstellungsmerkmal und wird deshalb hier aufgeführt.

7a.8 Tentaja

Im ehemaligen Flughafen Tempelhof wurde mit „tentaja“ ein neuer Ort der Begegnung in Berlin aufgebaut. Erfahrene Träger und Vereine aus ganz Berlin bieten verschiedene Sportangebote in einem der Hangars an. Die beteiligten Sportorganisationen haben Sportplätze eingerichtet und betreuen diese mit verschiedenen Trainingsangeboten.

Weitere Projekte (Maßnahme 7a 7-8)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Sport

Ziel(e) der Maßnahme	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Besondere Förderung von Angeboten für LSBTI, Menschen mit Behinderung und Ältere	Anzahl der Projekte		2	2
Unterstützung Begegnungszentrum	Anzahl der geförderten Projekte im Begegnungszentrum	1	2	2

7b Handlungsfeld Kultur

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Das Oberziel Integration und Partizipation im Kulturbereich unterteilt sich in vier Teilziele:

- 1) Förderung von Zugängen für geflüchtete Kulturnutzerinnen und -nutzer, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen,
- 2) Förderung von Zugängen für geflüchtete Kunst- und Kulturschaffende,
- 3) Diversitätsorientierte Entwicklung im Kulturbereich im Personal, Programm und Publikum,
- 4) Förderung der Integration geflüchteter Menschen durch Sprachlernangebote und Vermittlung weiterer Angebote der Berliner Öffentlichen Bibliotheken.

Förderung der interkulturellen Arbeit in der arabisch-deutschen Literaturversorgung.

Repräsentative, kontinuierlich erhobene und vergleichbare Daten zur Kulturnutzung und Kultur-Nichtnutzung sind wesentliche Indikatoren des Erfolgs kulturpolitischer Ziele, Strategien und Maßnahmen. Erhebungen erfolgen im Rahmen der Grundlagenforschung des Berliner Projektbüros für Diversitätsentwicklung, der Nutzerinnen- und Nutzerbefragung an öffentlich geförderten Kultureinrichtungen (KulMon) und der geplanten Studie zu Nicht-Nutzerinnen und -Nutzern. Es wird geprüft, inwiefern die Integration geflüchteter Menschen Berücksichtigung bei diesen bestehenden Instrumenten finden kann.

Darüber hinaus fehlen Daten über die Anzahl geflüchteter Kunst- und Kulturschaffender in Berlin (sowohl unter den Arbeitssuchenden oder den bereits im Kulturbetrieb tätigen Menschen) sowie geflüchteter Studierender in Studiengängen im Bereich Kunst und Kultur.

Eine zusätzliche Wirkungsanalyse zur Erreichung der genannten Ziele im Kulturbereich gestaltet sich schwierig, insbesondere ohne zusätzliche Ressourcen. Bei den Indikatoren wird deshalb der Output der durch den Masterplan Integration und Sicherheit geförderten Maßnahmen erfasst. Dies beinhaltet u. a. die Anzahl von geförderten Projekten, Veranstaltungen, Aufführungen und Teilnehmenden, um die Reichweite zu erfassen. Die Erhebung der Teilnehmenden geschieht bislang nicht überall geschlechterspezifisch. Es wird geprüft, wo eine geschlechterspezifische Erhebung ab 2019 möglich ist. Zudem wird die Anzahl von Besucherinnen und Besuchern erhoben, da diese Aufschluss über die Sichtbarkeit der Kulturangebote mit und von Geflüchteten geben.

Bei der Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen und der Entstehung neuer Maßnahmen flossen bisherige Erfahrungen und Rückmeldungen aus den Partizipationsprozessen ein. So hat sich beispielsweise im Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung die Förderung von Sonderprojekten mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung zu einem neuen niedrigschwelligen Fördermodul weiterentwickelt, das Akteurinnen und Akteure der kulturellen Bildung mit Fluchterfahrung als Antragstellende adressiert und bei der Durchführung von Projekten begleitet. Außerdem hat die Senatsverwaltung für Kultur und Europa das neue Förderprogramm Weltoffenes Berlin ins Leben gerufen, um die Kooperation zwischen Berliner Kultureinrichtungen und Kunst- und Kulturschaffenden mit Fluchterfahrung zu fördern.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Integration und Partizipation im Kulturbereich	Förderung von Zugängen für geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene durch Kulturelle Bildung stärken	Anteil der Projekte mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung Anzahl teilnehmender Geflüchteter an Projekten davon Frauen	24% 11.000	24% 11.000
	Förderung von Zugängen für geflüchtete Kunst- und Kulturschaffende stärken	Anzahl der Qualifizierungsangebote Anzahl der Förderungen der künstlerisch-kreativen und kulturvermittelnden Arbeit von Menschen mit Fluchterfahrung davon Frauen	22 83	22 83
	Förderung der Integration Geflüchteter durch Sprachlernangebote und Vermittlung weiterer Angebote der Berliner Öffentlichen Bibliotheken	– Anzahl der Ausleihen der Medienkoffer der Berliner Öffentlichen Bibliotheken	300	300
	Förderung der interkulturellen Arbeit in der arabisch-deutschen Literaturversorgung	– Anzahl der interkulturellen Veranstaltungen	9	9

7b.1 Maßnahmen des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung

Der Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung fördert Projekte der Kulturellen Bildung mit geflüchteten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Maßnahmen des Projektfonds werden seit 2016 durch eine Diversitätsentwicklung begleitet. Zudem werden durch neue, niedrigschwellige Förderformate bisher unterrepräsentierte Akteurinnen und Akteure für die Antragstellung gewonnen – dabei stehen u. a. Menschen mit Fluchterfahrung im Fokus.

Maßnahmen des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung

Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Abteilung Grundsatz

Maßnahme Nr. 6.15.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Förderung von Zugängen für geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene durch Kulturelle Bildung stärken	Der Anteil der Projekte mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung beim Projektfonds Kulturelle Bildung bleibt konstant (darunter auch inklusive Projekte mit Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung) ⁵¹	32%	26%	24%	24%
	Der Großteil der Projekte Kultureller Bildung mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung fördert Sprachvermittlung ⁵²			50%	50%
	Die Förderung von Akteurinnen und Akteuren der kulturellen Bildung mit Fluchterfahrung beim Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung im zielgruppenspezifischen Fördermodul „Durchstarten“ wird gestärkt			20%	- 20%

⁵¹ Es ist mit einem geringen Rückgang zu rechnen, da es keine themenspezifischen Ausschreibungen mehr gibt, sondern die Projekte mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung im Rahmen der Regelförderung erfolgen soll. Zudem ist bzgl. der Vergleichswerte darauf hinzuweisen, dass die Mittel sich nur im Jahr 2017 auf alle Fördersäulen inkl. der bezirklichen Mittel beziehen.

⁵² Die Förderpraxis zeigt, dass ein Großteil der Projekte künstlerisch-kreative Ansätze nutzt, um die deutsche Sprache zu vermitteln. Gleichzeitig gibt es aber auch viele Projekte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, die bereits seit vielen Jahren in Berlin leben und der deutschen Sprache mächtig sind.

7b.2 Weltoffenes Berlin

Im Rahmen der Initiative „Weltoffenes Berlin“ ermöglicht die Senatsverwaltung für Kultur und Europa neben der Mitgliedschaft im „International Cities of Refuge Network“ und der Förderung von Beratung, Unterstützung und Vernetzung für transnationale Kunst-, Medien- und Kulturschaffende auch Zugänge für geflüchtete Kunst- und Kulturschaffende durch ein Fellowship-Programm. Das Fellowship-Programm fördert Berliner Kulturakteurinnen und -akteure, die durch Fellowships den Zugang ins Berufsleben für Kunst-, Medien- oder Kulturschaffende erleichtern wollen, die ihre bisherigen Aufenthaltsländer aufgrund der dortigen politischen Situation verlassen haben oder wollen.

Weltoffenes Berlin

Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Abteilung Grundsatz

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Förderung von Zugängen für geflüchtete Kunst- und Kulturschaffende stärken	Die zur Verfügung stehenden Mittel für das Fellowship-Programm „Weltoffenes Berlin“ wird vollständig ausgeschöpft durch Förderung von mindestens 15 Fellows	15	15
	Die Förderung von Fellows aus mind. 3 Sparten ⁵³ erfolgt im Fellowship-Programm davon Frauen	3	3

7b.3 Exil Ensemble des Maxim Gorki Theaters

Das Exil Ensemble ermöglicht geflüchteten Schauspielerinnen und Schauspielern Theaterprojekte zu entwickeln und durchzuführen. Neben der Weiterbildung der Ensemble-Mitglieder steht der gegenseitige Austausch zu verschiedenen Theatertraditionen und ästhetischen Systemen im Vordergrund.

Exil Ensemble des Maxim Gorki Theaters

Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Abteilung Grundsatz

Maßnahme Nr. 10.4 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwert	
		2017	2018	2019
Förderung von Zugängen für geflüchtete Kunst-	Die Anzahl der Schauspielerinnen und Schauspieler des Exil Ensembles bleibt konstant	7	7	7

⁵³ Von den Sparten Bildende Kunst, Literatur, Musik, Darstellende Kunst, Tanz, Film.

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwert	
		2017	2018	2019
und Kulturschaffende stärken	Die Anzahl der Aufführungen des Exil Ensembles bleibt konstant	28	28	28
	Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher des Exil Ensembles bleibt konstant	11.901	11.901	11.901

7b.4 Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung. Diversity.Arts.Culture

Das Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung Diversity.Arts.Culture hat drei Kernaufgaben: Empowerment von unterrepräsentierten Künstlerinnen und Künstlern, Begleitung der Berliner Kultureinrichtungen bei der diversitätsorientierten Weiterentwicklung und Beratung der Senatsverwaltung für Kultur und Europa in der diversitätsorientierten Organisationsentwicklung.

Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung. Diversity.Arts.Culture Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Abteilung Grundsatz Maßnahme Nr. 10.4 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Förderung von Zugängen für geflüchtete Kunst- und Kulturschaffende stärken	Die Austausch- und Fortbildungsveranstaltungen für unterrepräsentierte Künstlerinnen und Künstler des Berliner Projektbüros für Diversitätsentwicklung werden gesteigert	12 (darunter 8 Runde Tische und 4 Werkstätten)	15	15

7b.5 Mobile Services der Bibliotheken

Durch die Erstellung von Medienkoffern können dezentral alle Berliner Öffentlichen Bibliotheken Sprachlernangebote und weitere Vermittlungsangebote für Geflüchtetenunterkünfte zur Verfügung stellen.

Mobile Services der Bibliotheken Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Abteilung Grundsatz Maßnahme Nr. 10.4 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Förderung der Integration Geflüchteter durch Sprachlernangebote und Vermittlung weiterer Angebote der Berliner Öffentlichen Bibliotheken	Die Medienkoffer kommen einer Vielzahl geflüchteter Menschen zugute	273 Medienkoffer	273 Medienkoffer	273 Medienkoffer
		411 Ausleihen und Verlängerungen	300 Ausleihen und Verlängerungen	300 Ausleihen und Verlängerungen

7b.6 Kooperation zwischen Zentral- und Landesbibliothek und der arabischen Bibliothek Baynatna

Die Förderung schafft die (u. a. räumlichen) Grundlagen für eine dauerhafte Kooperation zwischen der Zentral- und Landesbibliothek und der arabischen Bibliothek Baynatna, mit dem Ziel, die interkulturelle Arbeit in der arabisch-deutschen Literaturversorgung zu stärken.

Kooperation zwischen Zentral- und Landesbibliothek und der arabischen Bibliothek Baynatna

Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Abteilung Grundsatz

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Förderung der interkulturellen Arbeit in der arabisch-deutschen Literaturversorgung	„Baynatna. The Arabic Library“ wird in ihrer Infrastruktur gestärkt, indem sie in die neuen Räumlichkeiten der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) einzieht und so ihre Zielgruppe gut erreichen kann Die ZLB wird als Ort der universalen Literatur- und Wissensvermittlung ein Anlaufort auch für die arabisch-sprachige Community in Berlin	20 Besucherinnen und Besucher pro Öffnungstag	20 Besucherinnen und Besucher pro Öffnungstag
		5 Pressestimmen	5 Pressestimmen

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
	Veranstaltungen in der arabischen Bibliothek „Baynetna“ werden ermöglicht und schaffen Begegnungsorte für arabische Geflüchtete und ansässige und neu-zugezogene Menschen	8 Veranstaltungen	8 Veranstaltungen
	Der interkulturelle Dialog zwischen Kultur- und Literaturinteressierten wird gestärkt	1x Arabisch-Deutsche Literaturtage als Vernetzungsaktivitäten	1x Arabisch-Deutsche Literaturtage als Vernetzungsaktivitäten

7b.7 Berlin Mondiale

Die Berlin Mondiale initiiert und unterstützt Tandems zwischen Kultureinrichtungen und Geflüchtetenunterkünften, die Projekte der Kulturellen Bildung mit geflüchteten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen verwirklichen.

Berlin Mondiale

Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Abteilung Grundsatz

Maßnahme Nr. 6.15.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Förderung von Zugängen für geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene durch Kulturelle Bildung stärken	Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Fluchterfahrung beim Projekt „Berlin Mondiale“ pro Tandem bleibt konstant	836	16.303	11.000	11.000
	davon Frauen				
	Die Anzahl der finanziell eigenständigen Tandems der „Berlin Mondiale“ erhöht sich		10	18	26

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Förderung von Zugängen für geflüchtete Kunst- und Kulturschaffende stärken	Die Anzahl der Projektleitungen und Projektmitarbeitenden mit Fluchterfahrung im Projekt „Berlin Mondiale“ bleibt konstant		52	52	52
	davon Frauen				
	Das Netzwerk der „Berlin Mondiale“ erreicht weiterhin alle Bezirke	9	12	12 (insb. Fokus auf Außenstadtteile)	12 (insb. Fokus auf Außenstadtteile)
	Die Anzahl der Fortbildungsangebote der „Berlin Mondiale“ für Projektträger bleibt konstant		7	7	7
	Praktikantinnen und Praktikanten bzw. FSJler mit Fluchterfahrung werden in der „Berlin Mondiale“ angestellt			3	3
	davon Frauen				
	Öffentliche Veranstaltungen mit stadtweiter Strahlkraft zur Präsentation der Arbeiten finden im Rahmen der „Berlin Mondiale“ statt			3	3

8 Handlungsfeld Partizipation

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Da es sich beim Thema Partizipation um ein Querschnittsthema handelt, das in allen Handlungsfeldern des Gesamtkonzepts umzusetzen ist, muss die Messung des Erfolgs oder der Umsetzung der beschriebenen Ziele zur Steigerung der Partizipationsmöglichkeiten von Geflüchteten in den Handlungsfeldern erfolgen. Der Stand der interkulturellen Öffnung soll auch weiterhin im Rahmen der Berichterstattung zum Berliner Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration (PartIntG) von den jeweils ausführenden Senatsverwaltungen ausgewiesen werden. Da die angestoßenen und umgesetzten Maßnahmen sehr unterschiedlich sein können und von den jeweils zuständigen Häusern selbst initiiert werden, ist es schwer, allgemeingültige Indikatoren zu formulieren. Aus den gleichen Gründen ist die Formulierung von Zielmarken in dieser Allgemeinheit nicht möglich. Jede ausführende Stelle muss sich je nach bisherigem Stand der Umsetzung von partizipativen Verfahren, eigene Zielmarken setzen.

Die hier vorgeschlagenen Indikatoren beziehen sich auf die oben genannten Ziele, die Strukturen der Verwaltung zugänglicher zu machen, Angebote für Geflüchtete partizipativ auszugestalten, sowie Selbstorganisation und Empowerment Geflüchteter zu fördern. Dazu sollen die jeweils verantwortlichen Stellen berichten. So soll bei der Berichterstattung über Maßnahmen und Programme für Geflüchtete beispielsweise ausgewiesen werden, in welcher Weise und wie häufig bzw. wie viele geflüchtete Expertinnen und Experten einbezogen und konsultiert wurden. Auch soll berichtet werden über die Art der Informationsvermittlung an die Zielgruppe. Es soll angegeben werden, ob und wie der von SenIAS, Abteilung Integration zur Verfügung gestellte Leitfaden zur Anwendung kam. Ziel ist eine Steigerung der partizipativen Verfahren und Konsultationen sowie kooperatives Vorgehen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, insbesondere Migranten- und Geflüchteteninitiativen und eine generelle Öffnung der Verwaltung für die Bedarfe aber auch Ideen und Kenntnisse Geflüchteter. Bisher ist die Datenbasis zu partizipativen Vorgehensweisen in der Verwaltung gering. Da Kooperationen und partizipatives Vorgehen häufig eher qualitativ – also in der Art und Weise der Kooperation und Beteiligungsform zu beschreiben sind - als in quantitativen Angaben, soll eine Datenbasis geschaffen werden, in der die Maßnahmen und Formen der Kooperation qualitativ beschrieben werden. Auf Basis dieser Daten können dann auch Zahlen und Steigerungen angegeben werden.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Geflüchtete sollen in der Gesellschaft partizipieren und sich einbringen und insbesondere in den sie betreffenden Belangen sowie längerfristig in weiteren politischen und gesellschaftlichen Kontexten mitsprechen können. Geflüchtete sollen leicht zugängliche Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten erhalten, ihre Kenntnisse, Fähigkeiten, Perspektiven einbringen können	Zugänglichkeit von Strukturen erhöhen und Öffnung der Verwaltung für die Bedarfe Geflüchteter	Die Berichterstattung zur interkulturellen Öffnung erfolgt im Rahmen des Berichts zum Partizipations- und Integrationsgesetz		
		Steigerung mehrsprachiger Angebote Art und Anzahl mehrsprachiger Angebote (welche Sprachen) wird ausgewiesen		
		Angebote Sprachmittlung sind in Zahl und Qualität verbessert		
		Anzahl der Kooperationen mit Geflüchteten- und Migrantenorganisationen ist gestiegen Anzahl und Art der Kooperationen werden ausgewiesen		
		Rückmelde- und Beschwerdemechanismen sind geschaffen Verfahren zur Bearbeitung und Klärung der Beschwerden sind beschrieben		
	Angebote für Geflüchtete sind partizipativ ausgestaltet	Beschreibung Art der Partizipation der Zielgruppe		
		Anzahl beteiligter Vertretender der Zielgruppe in Planung, Begleitung, Evaluation der Maßnahme davon Anzahl Frauen		
		Steigerung Anzahl partizipativer Prozesse pro Maßnahme/Programm		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Empowerment, Information, Unterstützung von Selbstorganisation, Kommunikation und Vernetzung	Anzahl und Art geförderter Projekte zum Empowerment Geflüchteter		
		Art und Anzahl Kooperationen mit Geflüchteten Initiativen		

8.1 Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen

Das Landesrahmenprogramm sieht den Einsatz von Integrationslotsinnen und -lotsen sowie mancherorts Stadtteil- und Kiezmüttern in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen bei freien Trägern vor, wobei programmbegleitend ein Angebot an Qualifizierungs- und Supervisionsmöglichkeiten für die Lotsinnen und Lotsen zur Verfügung gestellt wird. Außerdem wird über eine Fachstelle ein Vernetzungsangebot der Träger und Lotsinnen und Lotsen untereinander und eine landesweite Koordinierung sichergestellt. Seit Mitte 2014 werden geflüchtete Menschen als eine neue, mittlerweile wesentliche Zielgruppe des Landesrahmenprogramms betrachtet. Wegen der hohen Bedarfslage wurden in den letzten Jahren weitere Integrationslotsinnen und -lotsen eingestellt. Zurzeit (Stand: März 2018) umfasst das Landesrahmenprogramm 18 bezirkliche Projekte und ein überbezirkliches Projekt und ermöglicht berlinweit die Arbeit von 202 Integrationslotsinnen und -lotsen.

Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Maßnahme Nr. 2.5 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Ein berlinweites Angebot an niedrigschwelliger Verweisberatung mit Sprachmittlung wird sichergestellt und ermöglicht Menschen mit noch keinen oder geringen Deutschkenntnissen die gesellschaftliche Teilhabe	Anzahl der unterstützten Beratungsprozesse insgesamt		
	davon Anzahl der unterstützten Familien		
	davon Frauen		
	Anzahl der unterstützten geflüchteten Menschen		
	davon Frauen		
	Anzahl der Kurzberatungen (bei Veranstaltungen, telefonisch, in Sprechstunden und bei Vor-Ort-Besuchen)		

8.2 Willkommenszentrum Berlin

Das Willkommenszentrum Berlin steht Geflüchteten (wie auch EU-Bürgerinnen und -Bürgern und Personen aus Drittstaaten, die nicht aus humanitären Gründen nach Berlin gekommen sind) für Fragen der Erstorientierung (Wie finde ich eine Wohnung? Wie melde ich mein Kind zur Kita an? Wie finde ich einen Schulplatz?), bei aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen sowie bei Fragen zum Arbeitsmarktzugang, zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Zum Thema Arbeitsmarktzugang, Aus- und Weiterbildung arbeitet das Willkommenszentrum mit verschiedenen Trägern zusammen, die zu den Öffnungszeiten des Willkommenszentrums anwesend sind und beraten. Die Beraterinnen und Berater des Teams des WKZB sowie der kooperierenden Partnerorganisationen beantworten Fragen selbst und verweisen an spezialisierte Angebote in der Stadt. Das WKZB steht auch Ehrenamtlichen und anderen Beratungsstellen offen. Die Beraterinnen und Berater sprechen verschiedene Sprachen (Englisch, Vietnamesisch, Türkisch, Französisch, Spanisch), darüber hinaus sind Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Farsi, Arabisch, Dari, Hindu, Pashtu, Amharisch und Tigrinya anwesend. Damit bietet das WKZB serviceorientierte Beratungsleistungen zu verschiedenen Themen unter einem Dach und nimmt außerdem eine Verweis- und Orientierungsfunktion wahr. Das Willkommenszentrum wird weiter gestärkt. Es soll räumlich

...

ausgebaut werden. Es soll seine Aktivitäten in den Sozialen Medien durch aufsuchende Beratung sowie Erhöhung der Präsenz ausweiten. Durch einen neuen Beirat sollen die Willkommensstrukturen im Land Berlin gestärkt werden.

Willkommenszentrum Berlin

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Maßnahme Nr. 2.2.4 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Zugängliche, transparente und gebündelte Beratungsstrukturen sind ausgebaut, Information u. a. über Social Media in Zielgruppe verbreiten	Anzahl der beantworteten Beratungsanfragen (persönlich, telefonisch, E-Mail)	505	4.155		
	Digitale Landkarte Beratungsangebot WKZB mit VIA ist erstellt				
	Anteil Angebotsannahme durch Frauen		38%		
	ggf. Anzahl externer Angebote	6	8	10	
	Social Media Beratungsangebote sind ausgebaut Messung: Anzahl wöchentliche Beratungen über Social Media		ca. 10	ca. 20	

8.3 Konsultation Geflüchteter, Leitfaden und Checklisten für Partizipationsprozesse

Um Geflüchtete in die Konzipierung und in die Evaluation von Maßnahmen, Programmen und Angeboten stärker einzubeziehen, erstellt die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales für die Verwaltung einen Leitfaden und Checklisten für Beteiligungsverfahren, die sich insbesondere an die Zielgruppe Geflüchtete richten. Dieser soll aufbauend auf vorhandenen Materialien und Anleitungen zu Beteiligungsverfahren (z. B. Handbuch Partizipation der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt von 2012 http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf) unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten u. a. mit Fluchterfahrung erarbeitet werden. Der Leitfaden soll methodische Handlungsansätze zusammenfassen, die Verwaltungen und Trägern aufzeigen, wie sie in ihren jeweiligen Fachgebieten Anliegen, Interessen und Meinungen der spezifischen Zielgruppe Geflüchteter berücksichtigen können. Der Leitfaden soll Vorbedingungen für Partizipation, Beteiligungsformate für die konzeptionelle Phase, die Implementierungsphase und anschließende Auswertung erfassen. Die jeweils zuständigen Verwaltungen prüfen, ob und bei welchen Maßnahmen Beteiligungsformate sachdienlich sind und setzen diese gegebenenfalls anhand des Leitfadens um.

Konsultation Geflüchteter, Leitfaden und Checklisten für Partizipationsprozesse

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte
------------------------------	-------------	----------------

gie		2018	2019
Leitfaden und Checklisten für die Verwaltung zur Anleitung von Beteiligungsprozessen mit Geflüchteten sind erstellt	Leitfaden und Checklisten wurden in partizipativen Prozess unter Beteiligung Geflüchteter erstellt		
	Anzahl der Anwendung des Leitfadens bzw. Art und Anzahl der Konsultations- und Beteiligungsprozesse		

8.4 Ausbau von Kooperationen, Fachdialogen, Konsultationen und offenen Dialogen mit Geflüchteten

Dialoge und Konsultationsprozesse, Fachgespräche und Workshops mit Geflüchteten werden fortgesetzt oder ausgebaut. Die Kooperation der Verwaltung mit Organisationen von Migrantinnen und Migranten und von Geflüchteten, Ehrenamtsorganisationen oder Vereinen wird ausgebaut mit dem Ziel der besseren Kommunikation, Netzwerkbildung und des Vertrauensaufbaus.

Ausbau von Kooperationen, Fachdialogen, Konsultationen und offenen Dialogen mit Geflüchteten

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Ausbau von offenen Dialogen und Konsultationsprozessen, Fachdialogen und Workshops mit Geflüchteten Ausbau von Kooperation der Verwaltung mit Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten und von Geflüchteten, Ehrenamtsorganisationen oder Vereinen	Die im Rahmen der Entstehung des Gesamtkonzepts entstandenen Fachdialoge werden fortgesetzt		
	Themen und Anzahl der Fachdialoge		
	Anzahl der Teilnehmenden		
	davon Frauen		
	Integration im Dialog wird fortgesetzt.		
	Anzahl der Fachdialoge		
	Anzahl der Teilnehmenden		
	davon Frauen		
	Art und Anzahl Kooperationen mit Geflüchteteninitiativen, Migrantenorganisationen, Ehrenamtsorganisationen Unterteilt nach Form der Kooperation (z. B. Expertinnen- und Expertenanhörung, regelmäßiger Runder Tisch, gemeinsames Kooperationsprojekt o. ä.)		
	Feedback von Teilnehmenden der Veranstaltungen oder Kooperationen wird eingeholt		
	ggf. Anteil Kooperationen mit Frauenorganisationen		

8.5 Qualitäts- und Beschwerdemanagement, Rückmeldemechanismen einbauen

Sowohl bei Maßnahmen und Programmen für Geflüchtete als auch bei Behörden und landeseigenen Beratungsstellen wird Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit gegeben, Feedback über die Qualität der Leistung zu geben und ggf. Beschwerden zu artikulieren. Im Rahmen eines Qualitätsmanagements soll dieses Feedback dazu dienen, die Angebote zu verbessern, zielgruppengerechter auszugestalten und Hürden abzubauen. Dies soll ausgewiesen werden.

Qualitäts- und Beschwerdemanagement, Rückmeldemechanismen einbauen, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Rückmelde-/ Beschwerdemechanismen sind eingebaut, Qualitätsmanagement eingerichtet	Rückmelde-/Beschwerdemechanismus ist eingerichtet Beschreibung der Form der Rückmelde-/Beschwerdemechanismus		
	Anzahl Rückmeldungen Anzahl Beschwerden		
	Nachweis über Qualitätsmanagement, wie und ob Rückmeldung/Beschwerde zu Konsequenzen geführt hat z. B. Art und Anzahl der implementierten Veränderungen		
	Die Einrichtung von Feedback/Beschwerdemechanismen wurde geprüft		
	Rückmeldung der Zielgruppe ist Bestandteil der Berichterstattung zu Maßnahmen und Programmen für Geflüchtete		

8.6 Qualitäts- und Beschwerdemanagement der Geschäftsstelle Koordinierung Flüchtlingsmanagement in SenIAS

Der Senat wird gemäß Auftrag des Koalitionsvertrags (S. 119) ein „unabhängiges, effektives, transparentes, nachvollziehbares Beschwerde- und Kontrollmanagement“ einführen. Ein Unterbringungs-TÜV-Modell ist Teil und Instrument eines umfassenderen Beschwerdemanagements. Dieses initiiert, strukturiert und bündelt verschiedene Instrumente (z. B. Lotsinnen und Lotsen, Fürsprecherinnen und Fürsprecher, Bewohnerinnen- und Bewohnerräte usw.), Prozesse (z. B. Rückmeldungen, Meldekettten) und Maßnahmen (z. B. Begehungen, Beratung etc.) auf der Basis einheitlicher Qualitätsstandards, um die Unterbringungsbedingungen geflüchteter Menschen deutlich zu verbessern. Das berlinweit zu installierende Beschwerdemanagement zielt auf die Etablierung berlinweit gültiger, transparenter Qualitätsstandards und effektiver Ombuds- bzw. Beschwerdesysteme für diverse Unterbringungsstrukturen für Geflüchtete ab und soll zugleich auf die Zielgruppe der von Wohnungslosigkeit bedrohten/betroffenen Menschen in staatlicher Unterbringung erweitert diskutiert und etabliert werden.

Im Frühjahr 2018 wird mit einer Auftaktveranstaltung ein partizipativer Prozess begonnen, der alle betroffenen und beteiligten Akteurinnen und Akteure in die Konzeptentwicklung für ein Berliner „Unterbringungs-TÜV“-Modell einbezieht und dem Berliner Senat zum Herbst 2018 einen geeigneten Modell-Entwurf unterbreitet. Funktionierende Modelle und Best Practices aus anderen Bundesländern sollen vorab zur Diskussion im Berliner Kontext gestellt und mit der lokal vorhandenen Expertise und den praktischen Erfahrungen zahlreicher Akteurinnen und Akteure zusammengeführt, vernetzt und diskutiert werden. Unter breiter Beteiligung sollen relevante Fachverwaltungen auf Landes- und Bezirksebene, Verbände, Beratungsstellen, Betreiberinnen und Betreiber von Flüchtlingsunterkünften, Migrantenorganisationen sowie Geflüchtete, ihre Organisationen und ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer gemeinsam in geeigneten Formaten u. a. ein nachhaltiges und effektives Beschwerdemanagementsystem erarbeiten, welches dauerhaft in Berlin verankert werden soll.

Parallel zur Konzeptionsphase wird ein regelmäßiger Expertinnen- und ExpertenTalk als Austauschforum mit Geflüchteten ins Leben gerufen und ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt gestartet, das modellhaft eine Form des Beschwerdemanagements in drei bis vier Stadtbezirken erproben wird, dessen praktische Erfahrungen und Handlungsempfehlungen in die Erarbeitung der Gesamtkonzeption zum Qualitäts- und Beschwerdemanagement einfließen sollen.

Qualitäts- und Beschwerdemanagement der Geschäftsstelle Koordinierung Flüchtlingsmanagement in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Integration

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Leitfaden und Checklisten für die Verwaltung zur Anleitung von Beteiligungsprozessen mit Geflüchteten sind erstellt	Ein unabhängiges, effektives, transparentes, nachvollziehbares Beschwerde- und Kontrollmanagement ist eingerichtet		
	Ein partizipativer Prozess unter Einbindung Geflüchteter und zivilgesellschaftlicher Initiativen hat stattgefunden		

8.7 Einbindung von Geflüchteten als Dozentinnen und Dozenten, Expertinnen und Experten in Bildungs- und Informationsveranstaltungen

Wenn möglich und thematisch passend sollte z. B. bei Diskussions-, Informations- und Bildungsveranstaltungen, Fortbildungen und in Hochschulen darauf geachtet werden, Geflüchtete bei Vorbereitung und Umsetzung, z. B. als Dozentinnen und Dozenten, Referentinnen und Referenten und eingeladene Expertinnen und Experten einzubeziehen.

Geflüchtete als Dozentinnen und Dozenten, Expertinnen und Experten in Bildungs- und Informationsveranstaltungen einbinden, alle Senatsverwaltungen

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Geflüchtete werden als Dozentinnen und Dozenten, Referentinnen und Referenten, Expertinnen und Experten z. B. bei Informations- und Bildungsveranstaltungen, Fortbildungen, in der Hochschule zu unterschiedlichen Themen je nach Expertise einbezogen	Art und Anzahl der Veranstaltungen, bei denen Geflüchtete als Dozentinnen und Dozenten, Referentinnen und Referenten, Expertinnen und Experten eingesetzt wurden		
	Anteil Geflüchteter, die als Referierende oder Dozentinnen und Dozenten, Expertinnen und Experten vertreten waren		
	Anteil Frauen an den geflüchteten Referierenden oder Dozentinnen und Dozenten, Expertinnen und Experten		

8.8 Ausbau von Mehrsprachigkeit der Verwaltung und ihrer Angebote, Verwendung verständlicher Sprache

Die Mehrsprachigkeit der Verwaltung und ihrer Angebote soll ausgebaut werden. Das umfasst sowohl mehrsprachige Informationsangebote als auch die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Fremdsprachen sowie die Einstellung mehrsprachigen Personals. Zur besseren Zugänglichkeit soll verständliche Sprache verwendet werden. Die zuständigen Senatsverwaltungen prüfen, in welchen Bereichen dies umsetzbar ist.

Mehrsprachigkeit der Verwaltung und ihrer Angebote wird ausgebaut, verständliche Sprache wird verwendet, alle Senatsverwaltungen

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Mehrsprachigkeit der Verwaltung und ihrer Angebote ist ausgebaut, verständliche Sprache wird verwendet	Sprachkurse (auch in leichter verständlicher Sprache) werden von Mitarbeitenden der Verwaltung in Anspruch genommen Messung: Anzahl Teilnehmende an Sprachkursen		
	davon Frauen		
	Mehrsprachiges Infomaterial zu einschlägigen Programmen, Konzepten und Angeboten liegt vor Messung: Steigerung Anzahl mehrsprachigen Materials Benennung mehrsprachigen Materials		

8.9 Förderung Projekte zur Stärkung Partizipation und Empowerment Geflüchteter

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales fördert Organisationen geflüchteter Menschen sowie Projekte und Initiativen, die sich das politisch-gesellschaftliche Empowerment und die Qualifizierung sowie die Vernetzung von und mit Geflüchteten zum Ziel gesetzt haben. Auch andere Senatsverwaltungen fördern solche Projekte.

Förderung Projekte zur Stärkung Partizipation und Empowerment Geflüchteter, alle Senatsverwaltungen

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Förderung von Projekten zum Empowerment, zur Stärkung der Partizipation und zur Vernetzung Geflüchteter	Art und Anzahl geförderter Projekte mit Fokus auf Empowerment, Selbstorganisation und Vernetzung Geflüchteter		
	Anteil Projekte mit Fokus auf oder u. a. für/von geflüchteten Frauen		
	Ziel Empowerment und Partizipation Geflüchteter ist als Vergabekriterium in Förderprogrammen aufgenommen		

9 Handlungsfeld Sicherheit und Demokratieförderung

Die aufgeführten Maßnahmen wurden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Facharbeitsgruppe zum Handlungsfeld „Demokratieförderung und Sicherheit“ zusammengestellt. Es handelt sich nicht um eine berlinweite vollständige Erhebung. Sicherheit, Gewaltschutz, Prävention und Demokratieförderung sind Bestandteile einer großen Anzahl der in Berlin angebotenen Maßnahmen und Projekten, bei denen nicht nur die Geflüchteten zur Zielgruppe gehören.

9.1 Sicherheit

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Die definierten Oberziele aus dem Bereich Sicherheit sind abstrakte Größen, die sich nur schwer messen lassen, da die Begrifflichkeiten unterschiedlichen Definitionen unterliegen, die nicht vereinheitlicht betrachtet werden können. Dennoch können anhand der aufgeführten Teilziele Indikatoren benannt werden, die Indizien dafür liefern können, wie erfolgreich Maßnahmen umgesetzt werden, um die angestrebten (Teil-)Ziele zu erreichen.

Um die Umsetzungserfolge der einzelnen Maßnahmen im Rahmen der Lösungsstrategien messbar zu machen, werden im folgenden Indikatoren benannt, die als Grundlage eines kontinuierlichen Monitorings geeignet sind.

Ein wesentlicher Indikator sind hier sicherlich die erhobenen statistischen Werte, die den einzelnen Maßnahmen zugrunde liegen. Es besteht ein Wirkungszusammenhang zwischen den angebotenen Maßnahmen und der Zielerreichung. Je maßgeschneiderter, zielgruppenorientierter, flächendeckender oder vielfältiger die Projekte, Maßnahmen und Angebote zur Erreichung eines (Teil-)Zieles sind, die angeboten werden, desto höher kann die Zielerreichung ausfallen. Die statistischen Erhebungen erfolgen in unterschiedlicher Form und sind von den einzelnen Maßnahmen abhängig.

Für das Oberziel Sicherheit für besonders schutzbedürftige Geflüchtete sind dies in Bezug auf die Opferhilfe für besonders schutzbedürftige Geflüchtete die Anzahl der Beratungen und Casemanagements in den Fachberatungsstellen, die Anzahl von Vernetzungstreffen mit Akteurinnen und Akteuren der Geflüchtetenhilfe, die Anzahl der relevanten Kooperationspartnerinnen und -partner sowie die Anzahl der Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenfortbildungen zu den beschriebenen Themenfeldern.

In Bezug auf die Bereitstellung von niedrigschwelligen Angeboten für besonders schutzbedürftige Geflüchtete sind als Indikatoren die Anzahl der Kontakte zu Unterkünften, Kooperationen mit Unterkünften und mobilen Beratungen in Unterkünften sowie die Anzahl von Informationsveranstaltungen und Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen sinnvoll. Auch die Implementierung entsprechender Handreichungen und die verbindliche Umsetzung eines Gewaltschutzkonzepts und Vernetzungstreffen können quantitativ erhoben werden. Andere Teilziele können sogar nur quantitativ erfasst werden, wie die Anzahl der Notfallplätze für LSBTI-Geflüchtete.

Des Weiteren können sich Umsetzungserfolge auch in statistischen Werten, die an anderer Stelle erhoben werden, widerspiegeln. So kann es sinnvoll sein, die Anzahl der Vorfälle sowie Beschwerden von homo- und transphob-motivierter Gewalt und Diskriminierung als Datenbasis heranzuziehen, die durch das LAF erhoben werden. Auch fachliche Bewertungen der Berücksichtigung der besonderen Schutzbedarfe durch das LAF können als Indikatoren dienen.

Für die Oberziele Radikalisierungs- und Gewaltprävention und Stärkung der Resilienzkraft sowie Deradikalisierung von bereits radikalisierten oder gefährdeten Geflüchteten werden im Rahmen der masterplangeförderten Projekte Daten zu Geflüchteten erhoben und der

Projektverlauf überprüft. Diese Datenquellen bilden sinnvolle Indikatoren und können zur Messung der Umsetzungserfolge herangezogen werden.

In den zuwendungsgeförderten Projekten, in denen keine Masterplanförderung erfolgt, ist die Erhebung in Bezug auf die Zielgruppe der Geflüchteten bislang nicht vorgesehen.

Es werden zwar auch Geflüchtete erreicht, dies ist aber bislang nicht statistisch standardisiert erfasst.

Im Bereich der Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung ist davon auszugehen, dass Geflüchtete direkt oder indirekt von den Maßnahmen profitieren. Aus diesem Grund sind als Indikatoren die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der durchgeführten Veranstaltungen sinnvoll. Diese Daten werden im Rahmen der Projektförderung erhoben und können zur Messung der Umsetzungserfolge herangezogen werden. Darüber hinaus finden z. B. über die Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt über die Projektförderung hinaus regelmäßige Kooperations- und Vernetzungstreffen sowie Veranstaltungen statt, die zum Teil die Zielgruppe ansprechen.

Quantitative Indikatoren wie die tatsächliche Teilnehmerzahl eines Workshops, sind oft gut zu erfassen, jedoch sind qualitative Indikatoren zur Messung der Zielerreichung kaum erfassbar. Die Frage danach, was zur erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen erforderlich ist, kann im qualitativen Bereich durch wissenschaftliche Begleitung und Evaluation beantwortet werden.

Seit dem Jahr 2016 hat die Landeskommision Berlin gegen Gewalt eine wissenschaftliche Begleitung des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention durch die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin in Auftrag gegeben. Das Ziel der wissenschaftlichen Begleitung ist eine wissenschaftliche Bewertung der Projekte zur Radikalisierungsvermeidung und Deradikalisierung sowie die passgenaue Weiterentwicklung der Aktivitäten im Rahmen des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention.

Ergänzend dazu wurden 2017 fünf Präventionsprojekte sowie die Beratungsstelle KOMPASS durch die Camino gGmbH im Rahmen des Landesprogramms evaluiert. Die Ergebnisse dieses Monitorings werden durch entsprechende Daten aus zusätzlichen quantitativen oder qualitativen Erhebungen ergänzt.

Sowohl bei der wissenschaftlichen Begleitung als auch bei den Evaluationen erfolgt ein engmaschiger Austausch mit Expertinnen und Experten vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und dem nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK). Darüber hinaus erfolgt unter anderem die sukzessive Weiterentwicklung eines entsprechenden Controllingkonzepts, um auch zukünftig entsprechende Qualitäts- und Sicherheitsstandards zu gewährleisten.

Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Begleitung sowie der Evaluationen wird das Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention kontinuierlich weiterentwickelt.

Um die Umsetzungserfolge der einzelnen Maßnahmen im Rahmen der Lösungsstrategien messbar zu machen, werden im Folgenden Indikatoren benannt, die als Grundlage eines kontinuierlichen Monitorings geeignet sind.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Radikalisierungs- und Gewaltprävention sowie Stärkung der Resilienzkkräfte von Geflüchteten	Aus- und Fortbildung und Sensibilisierung von Fachkräften, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Workshops an Schulen, den Justizvollzugsanstalten und bei den Sozialen Diensten der Justiz	1. Anzahl der Veranstaltungen, unter Angabe der Institution/ Behörde/ Einrichtung 2. Anzahl der Teilnehmenden davon Frauen		
	Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote für Geflüchtete zur Stärkung der Resilienz gegen islamistische Anwerbungsversuche und Radikalisierung, z. B. in den Unterkünften und Justizvollzugsanstalten	1. Anzahl der Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote 2. Anzahl der Teilnehmenden davon Frauen		
	Maßnahmen gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Anfeindung von geflüchteten Menschen und Maßnahmen zur Prävention von antimuslimischem Rassismus (Islam- bzw. Muslimenfeindlichkeit), Rechtsextremismusprävention sowie auch zur Prävention von Anfeindungen bzw. von Gewalttaten gegen Schutzsuchende aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Herkunft oder Identität, die von anderen Asylsuchenden, anderen Gruppen von Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung ausgehen	1. Anzahl der Aufklärungsangebote/-Veranstaltungen 2. Anzahl der Teilnehmenden davon Frauen		
	Einzel- und Gruppenangebote zur Extremismusprävention in den Berliner Justizvollzugsanstalten	Anzahl der Einzel- und Gruppenmaßnahmen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Erprobung neuer Ansätze zur Integration und Teilhabe von Geflüchteten	Anzahl der Projekte		
	Vernetzung der (in diesen Bereichen relevanten) Akteurinnen und Akteure	Anzahl der Vernetzungstreffen		
	Nutzung der Sozialen Medien zur Bereitstellung von präventiven Angeboten	Anzahl der Projekte Anzahl der Veröffentlichungen		
	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Projekten und Maßnahmen	Anzahl der Berichte		
Deradikalisierung von bereits radikalisierten oder gefährdeten Geflüchteten	Durchführung von Einzelfallbetreuungen von Radikalisierten zur Einleitung von Distanzierungs- und Deradikalisierungsprozessen	Anzahl der behandelten Fälle durch die Beratungsstelle KOMPASS davon Frauen		
	Durchführung von Deradikalisierungsmaßnahmen bei Inhaftierten in den Berliner Justizvollzugsanstalten	Anzahl der behandelten Fälle		
	Ausweitung der Deradikalisierungsarbeit auf weitere Unterstützungsangebote	Implementierungsstand eines entsprechenden Konzepts		
	Austausch der Berliner Sicherheitsbehörden zu sicherheitsrelevanten Einzelfällen (Deradikalisierung-Netzwerk-DeradNet)	Anzahl der DeradNet Treffen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
<p>Sicherheit für besonders schutzbedürftige Geflüchtete (hier: LSBTI, Frauen)</p> <p>Maßnahmen zum Schutz von Frauen siehe Anhang, Kapitel B.1.1, B.1.8, B.1.9 und B.1.10.</p>	Opferhilfe durch Beratung, Casemanagement und Prävention durch LSBTI-Fachberatungsstellen gewährleisten und bedarfsgerecht weiterentwickeln	<p>Anzahl Beratungen und Casemanagements in den Fachberatungsstellen</p> <p>Anzahl Vernetzungstreffen mit Projekten/Organisationen der Flüchtlingshilfe für LSBTI</p> <p>Anzahl Multiplikatorinnen- und Multiplikatorfortbildungen zum Themenfeld</p> <p>Anzahl relevanter Kooperationspartnerinnen und -partner, (Einrichtungen und Organisationen der allgemeinen Flüchtlingshilfe und weitere), die zum Themenfeld homo- und transphob-motivierte Gewalt sensibilisiert und informiert wurden</p>		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Niedrigschwellige aufsuchende sozialraumorientierte Angebote durch LSBTI-Fachberatungsstellen etablieren, durchführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln	<p>Anzahl aufgebauter Kontakte zu Unterkünften für Geflüchtete</p> <p>Anzahl der Unterkünfte, mit denen längerfristige Kooperationen eingegangen wurden</p> <p>Anzahl aufsuchende mobile Beratung und Casemanagent in Unterkünften</p> <p>Anzahl aufsuchende Sensibilisierungsarbeit, Info-Gespräche und Fortbildungen für Mitarbeitende in Unterkünften</p> <p>Anzahl Info-Veranstaltungen, Workshops, gemeinsame Freizeitgestaltung etc. für Geflüchtete in Unterkünften</p> <p>Anzahl Info-Aktionen an ausgewählten Szeneorten</p>		
	Fortbildungen zur Handreichung „Was tun bei Gewalt gegen geflüchtete Frauen und LSBTI in Unterkünften?“	Indikatoren werden im Anhang, Kapitel B.1.1, dargestellt		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Verbindlichkeit für die Entwicklung und Umsetzung eines Gewaltschutzkonzeptes in Unterkünften gewährleisten	<p>Anzahl der Unterkünfte (in % und absolut), die ein Gewaltschutzkonzept vorgelegt haben</p> <p>Anzahl der aufgelegten und durchgeführten Maßnahmen zum Gewaltschutz</p> <p>(erfasst im Rahmen der Qualitätskontrolle durch das LAF)</p> <p>Anzahl der Vorfälle von homo- und transphob-motivierter Gewalt und Diskriminierung in Unterkünften (erfasst im Rahmen der Qualitätskontrolle durch das LAF)</p> <p>Anzahl von Beschwerden zu homo- und transphob-motivierter Gewalt und Diskriminierung (erfasst im Rahmen des Beschwerdemanagements durch das LAF)</p>		
	Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen im Handlungsfeld stärken	Anzahl der durchgeführten Vernetzungstreffen		
	Notfallplätze für LSBTI-Geflüchtete einrichten	<p>Anzahl der eingerichteten und vorgehaltenen Notfallplätze</p> <p>Anzahl der Inanspruchnahmen</p>		

Radikalisierungs- und Gewaltprävention sowie Stärkung der Resilienzkkräfte von Geflüchteten

9.1.1 Verhaltenstipps für die Sicherheit von Mitarbeitenden, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und Bewohnende in Flüchtlingsunterkünften mit Hilfe von Publikationen

Publikationen der Polizei Berlin:

1. Information für Betreiberinnen und Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Sicherheitsrelevante Hinweise und Empfehlungen
2. Informationen für Betreiberinnen und Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Sicherheit von Mitarbeitenden und ehrenamtlichen Helfern in Flüchtlingsunterkünften – Relevante Hinweise und Empfehlungen zum Thema „Unerlaubte Drogen“ aus polizeilicher Sicht
3. Verhaltenstipps für die Sicherheit von Mitarbeitenden und ehrenamtlichen Helfern in Flüchtlingsunterkünften
4. Willkommen in Deutschland. Für ein gutes Zusammenleben. (mehrsprachig)
5. Das Phänomen „Finanzagent“ (mehrsprachig)
6. Lassen Sie sich nicht betrügen! (mehrsprachig)
7. Überweisungsbetrug (mehrsprachig)
8. Vorsicht Betrüger! „Betrügerische Wohnungsangebote“ gegenüber Geflüchteten (mehrsprachig)
9. Verkehrsunfallprävention: Grundregeln für Radfahrer und Fußgänger (mehrsprachig) und weitere mehrsprachige Informationsangebote des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) sowie anderer Behörden und Institutionen und von NGO-Netzwerkpartnern der Polizei Berlin, insbesondere BIG e. V. oder andere wie z. B. die Handreichung „Was tun bei Gewalt gegen geflüchtete Frauen und LSBTI in Unterkünften?“.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Polizei

Maßnahme 8.6. im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Verhaltenstipps für die Sicherheit von Mitarbeitenden, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und Bewohnenden in Flüchtlingsunterkünften mit Hilfe von Publikationen	Erstellung und Aktualisierung von polizeilichen Publikationen mit Verhaltenstipps für die Sicherheit von Mitarbeitenden und der Bewohnerschaft von Flüchtlingsunterkünften sowie ehrenamtlich Tätigen	7	9		
	Bestellung und Verteilung von Material durch Betreibende der Unterkünfte				

9.1.2 Ansprechpartnerkonzept der Polizei Berlin für Flüchtlingsunterkünfte (Maßnahme 8.1.2. im Masterplan)

Es wurden für alle Flüchtlingsunterkünfte feste polizeiliche Ansprechpersonen benannt. Diese pflegen einen engen Kontakt zu den Einrichtungen. Sie sind für die Bewohnenden sowie für die Betreibenden und die Angestellten der Einrichtungen regelmäßig ansprechbar und anlassbezogen vor Ort präsent. Zudem fungierten auch die Mitarbeitenden der örtlichen Arbeitsgebiete Interkulturelle Aufgaben als Kontakt- und Ansprechpersonen für die Flüchtlingsunterkünfte sowie für Organisationen und Vereine, die in diesem Bereich tätig sind. Dadurch wird Vertrauen aufgebaut und gleichzeitig die Rolle und die Aufgaben der Polizei in Deutschland vermittelt. Die Ansprechpersonen beraten im Bedarfsfall direkt vor Ort und haben so die Möglichkeit, frühzeitig Probleme in den Unterkünften und im Wohnumfeld zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

9.1.3 Sensibilisierung und Professionalisierung des Umgangs von Dienstkräften der Polizei mit Geflüchteten (Maßnahme 8.6. im Masterplan)

Ein wichtiges Unternehmen ist die Sensibilisierung und Professionalisierung des Umgangs von Dienstkräften der Polizei mit Geflüchteten. Um die interkulturellen Kompetenzen der Dienstkräfte weiter zu erhöhen, werden spezielle Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Hier werden Wissen über Herkunft, Fluchtursachen, den Ablauf des Asylverfahrens und Kenntnisse über Traditionen in den Herkunftsländern der Geflüchteten vermittelt.

9.1.4 Sichtbare Polizeipräsenz sowie professionelle und nachhaltige Ermittlungsarbeit (Maßnahme 8.1.2. im Masterplan)

Die Erhöhung der Polizeipräsenz im Wohnumfeld von Flüchtlingsunterkünften dient dem Schutz der Unterkünfte und deren Bewohnenden sowie der Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung im Wohnumfeld und der Erläuterung der Polizeiarbeit in einem Rechtsstaat, um das nötige Vertrauen für eine erhöhte Anzeigebereitschaft zu schaffen. Im Rahmen der allgemeinen Streifentätigkeiten des Funkwageneinsatzdienstes der örtlichen Polizeiabschnitte wurden Flüchtlingsunterkünfte anlassunabhängig aufgesucht, Haltepunkte eingenommen und

Kontaktaufnahmen mit den privaten Sicherheitsdiensten und den Mitarbeitenden der Unterkunftsbetreuung getätigt.

9.1.5 Angebote themenbezogener Informationsveranstaltungen an Schulen (Maßnahme 8.1.2. im Masterplan)

Die Polizei Berlin bietet an Schulen themenbezogene Informationsveranstaltungen, u. a. zum Thema Hasskriminalität/Flüchtlinge (am Beispiel Hass-Postings) an. In den Willkommensklassen werden Antigewaltveranstaltungen angeboten, die auch der Vermittlung von Werten und der Vertrauensbildung zur Polizei dienen.

9.1.6 Gewährleistung der frühzeitigen Beratung zu sicherheitsrelevanten Aspekten bei der Auswahl und Planung von Flüchtlingsunterkünften und Wohnquartieren (Maßnahme 8.1.2. im Masterplan)

Die Polizei Berlin berät zum Umfeld einer Flüchtlingsunterkunft und zu den in Verantwortung des Betreibenden durchgeführten Sicherheitsmaßnahmen. Die polizeilichen Maßnahmen erstrecken sich ggf. auf eine Teilnahme an Besprechungen, Beratungen beim Erstellen von Sicherheitskonzepten, das Prüfen von erstellten Sicherheitskonzepten bzw. das Erstellen von Gefährdungsanalysen für Flüchtlingsunterkünfte. Die sicherheitsrelevanten Aspekte sollten die besondere Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen und Kindern vor Missbrauch und Gewalt umfassen.

9.1.7 Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen

Abstimmungen und Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen zum Thema Geflüchtete, beispielsweise Teilnahme an der Berliner Runde, Bund-Länder-Projektgruppen und Vernetzungstreffen auf Bezirks- und Landesebene.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Polizei

Maßnahme 8.1.3.1. im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen	Eine statistische Erfassung der Maßnahmen erfolgt bei der Polizei nicht		
	Ggf. Erfassung durch Einladende		

9.1.8 Polizeiliche Kriminalprävention (Maßnahme 8.6. im Masterplan)

Es wurde eine AG Prävention und Flüchtlinge unter Federführung des Landeskriminalamtes eingerichtet. Von dieser wurden und werden Informationsangebote zur Verhinderung von Gewalt und Kriminalität entwickelt.

9.1.9 Angebote zur Verkehrsunfallprävention (Maßnahme 8.6. im Masterplan)

Im Rahmen der Verkehrsunfallprävention wird schulpflichtigen Flüchtlingskindern und Jugendlichen Basiswissen zum sicheren Verhalten im Straßenverkehr und der Nutzung des ÖPNV vermittelt. Es werden Fahrradkurse für geflüchtete Frauen angeboten.

9.1.10 Vorstellung und Bekanntmachung der polizeilichen Ansprechpersonen für LSBTI beim Landeskriminalamt

Dialog und persönliche Vorstellung der Ansprechpersonen für LSBTI in der eigens eingerichteten Unterkunft für LSBTI-Geflüchtete.

9.1.11 Gewalt kriegt die rote Karte

Der Verein BIG (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern) führt in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Workshops in Grundschulen durch und thematisiert die Gewalt zwischen den Eltern bzw. Lebenspartnern, gibt Hilfestellungen und stärkt die betroffenen Kinder. In einem „Modellprojekt Willkommensklassen“ wird das Konzept an die kulturellen Hintergründe und die besonderen Lebensbiografien von geflüchteten Kindern angepasst und durch zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit eigener Migrationsgeschichte verstärkt. Die Anpassung hat die Landeskommision Berlin gegen Gewalt in den Jahren 2017 und 2018 im Rahmen der Projektförderung finanziert. Ziel ist es, dieses Zusatzangebot dauerhaft zu integrieren.

Es handelt sich um ein Projekt, das sich nicht ausschließlich an Geflüchtete richtet.

9.1.12 Radikalisierungsprävention für junge und heranwachsende Geflüchtete – Das Projekt „Al-Namara“

Das Projekt Al-Manara – Beratung und Begleitung Geflüchteter – soll gefährdete Geflüchtete durch Beratung und Begleitung gegen Rekrutierungsversuche extremistischer Gruppen aus dem islamistischen Spektrum „immunisieren“. Träger ist das Violence Prevention Network e. V. (VPN). Im Rahmen der Arbeit wird eine für den Bereich der Radikalisierungsprävention neue, sehr spezifische Zielgruppe erkannt und erreicht. Die Mitarbeitenden arbeiten sehr eng mit der Beratungsstelle KOMPASS – Toleranz statt Extremismus (KOMPASS) zusammen, die beim gleichen Träger angesiedelt ist. Zu den Schwerpunkten der gegenwärtigen Projektarbeit zählt daher auch die Etablierung von Zugängen zu radikalierungsgefährdeten Geflüchteten, vor allem auch unbegleiteter Minderjähriger. Dabei spielen insbesondere pädagogische Fachkräfte in den entsprechenden Unterkünften eine wichtige Rolle. Die Einschätzung, inwiefern die Zielgruppe erreicht wird, kann nur annäherungsweise und mittelbar über die Analyse der Zugangswege erfolgen, da die genaue Zahl der Geflüchteten in Berlin ständigen Änderungen unterliegt und keine gesicherten Befunde zur Zahl gefährdeter oder radikalisierter jugendlicher Geflüchteter vorliegen.

Radikalisierungsprävention für junge Geflüchtete

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Maßnahme 8.6.2.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Projektförderung Al-Manara	Anzahl der präventiven Beratungsgespräche und institutionellen Beratungen	35	95		
	Davon Gespräche bei Radikalisierungs- bzw. Gefährdungsverdacht	23%	23%		

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
	Prüffälle mit Radikalisierungs- bzw. Gefährdungsverdacht		22		
	Prüffälle bei Radikalisierungs- bzw. Gefährdungsverdacht von Frauen		1		

9.1.13 Radikalisierungsprävention für junge und heranwachsende Geflüchtete - Das Projekt „Zwischenwelten“

Das Projekt „ZwischenWelten“ von Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e. V., zielt auf eine niedrigschwellige Prävention von Gewalt- und Radikalisierungstendenzen bei Geflüchteten und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ab. Zielgruppe sind vorwiegend jugendliche und heranwachsende Inhaftierte der Jugendstrafanstalt, aber auch ehemalige Inhaftierte oder vollzugsgelockerte Jugendliche, die bei Gangway e. V. Angebote wahrnehmen. Ziel ist es auch, die Begegnung mit der deutschen Kultur integrativ zu gestalten. Die Jugendlichen sollen an der neuen Kultur teilhaben, ohne ihre eigene aufzugeben. Vor allem die dialogischen und narrativen Elemente schaffen bei dem Projekt ein Bewusstsein für demokratische Prozesse, stoßen Reflexionsprozesse an und fördern Handlungskompetenzen der Teilnehmenden. Das Projekt wird seit 2016 gefördert.

Radikalisierungsprävention für junge Geflüchtete

Senatsverwaltung Inneres und Sport, Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Maßnahme 8.6.2.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Projektförderung ZwischenWelten	Anzahl der Teilnehmenden insgesamt	34	90		
	davon Teilnehmende mit Hafterfahrung	91%	46%		
	Präsentation der Arbeitsergebnisse in der Öffentlichkeit Ausstellung ZwischenWelten zum Thema Heimat Präsentation ZwischenWelten zum Thema Träume		1 1		
	Anzahl Angebotsannahmen durch Frauen		14		

Die Maßnahme wird seit 2018 von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung weitergeführt.

9.1.14 Antigewalt-, Verhaltens- und Kommunikationstraining

Das Multikulturelle Jugend-Integrationszentrum (MJI) e. V. in Berlin-Charlottenburg setzt das Projekt „Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migranten und Flüchtlinge“ (TPIF) um. Das Projekt verfolgt einen vorrangig primär-präventiven Ansatz, indem es darauf abzielt, die beteiligten Kinder und Jugendlichen in ihrer psychischen und sozialen Entwicklung zu unterstützen und sie gegenüber Einflüssen einer radikalen Religionsauslegung zu stärken. Der Modellcharakter dieses Projekts liegt dabei in seinem psychotherapeutisch fundierten Ansatz begründet. Einmalig in diesem Kontext nehmen die beteiligten Kinder und Jugendlichen über mehrere Module hinweg an einem Kommunikations- und Sozialtraining teil, das sich an Grundzügen der kognitiven Verhaltenstherapie orientiert und auf eine kognitive Umstrukturierung abträglicher Wahrnehmungs- und Attributionsmuster abzielt. Der Träger bietet bei erhöhtem Unterstützungsbedarf in krisenhaften Situationen auch professionelle psychosoziale Beratung oder eine Weitervermittlung an andere Institutionen an. Flankierend können auch die Familien der Kinder und Jugendlichen Beratung in Anspruch nehmen. Das Projekt wird seit 2016 gefördert.

Antigewalt-, Verhaltens- und Kommunikationstraining
Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung
Maßnahme 8.6.2.3 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Projektförderung „Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen“	Anzahl der Teilnehmenden	30	19		
	davon Geflüchtete	50%	63%		
	Anzahl Angebotsannahmen durch Frauen/Mädchen	16	10		

9.1.15 Modellprojekt „Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen“

Das Konzept zur Erprobung neuer Zugänge der Radikalisierungsprävention im Sozialraum verbindet eine Peer Education mit sozialraumorientierter Präventionsarbeit und orientiert sich an partizipativen und empowernden Ansätzen. Das Projekt stärkt Jugendliche, Erwachsene und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Bildungs- und Sozialarbeit in städtischen Räumen, die von Migrations- und Ausgrenzungsprozessen sowie verdichteter Unsicherheit geprägt sind. Ziel der Arbeit ist es, jeglicher Form von Ausgrenzung, Rassismus, Gewalt und Radikalisierung in diesen Räumen entgegenzuwirken. Mit diesen Angeboten (Anwohner-Foren, Jugend-Projekten und Fachkräfte-Fortbildungen) wird Respekt und Dialog zwischen verschiedenen Bewohnergruppen gefördert, um Konflikten vorzubeugen oder diese abzubauen. Träger ist die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V.).

9.1.16 Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention

Projekte zur Gewaltprävention zum Schutz und zur Reduktion von Risikofaktoren von Geflüchteten (insbesondere jugendlichen Geflüchteten) werden in verschiedenen Bezirken aus den Mitteln der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für Kiezorientierte Gewalt- und Konfliktprävention eigenverantwortlich umgesetzt.

Die Förderung der Kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention der Landeskommision Berlin gegen Gewalt zielt auf die Einrichtung und Weiterleitung von bezirklichen Präventionsräten oder vergleichbarer Arbeitsgremien ab, die mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise bezirkliche Präventionsstrategien entwickeln und auf dieser Grundlage Fördermittel für gewaltpräventive Projekte u. a. Angebote für jugendliche Geflüchtete, Mobile Straßensozialarbeit, Prävention durch Sport, Konfliktmediation beantragen.

9.1.17 Interkulturelle Übergangsräume – Erweiterung von Kommunikations- und Interventionsmöglichkeiten in konfliktträchtigen Gruppen/Initiierung einer Müttergruppe für arabischsprachige Flüchtlingsfrauen

Das Projekt des Trägers Institut für Kulturanalyse (IfK) e. V. wird seit 2016 im Rahmen des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Im Rahmen des Projektes findet im interkulturellen Stadtteilzentrum „Divan“ (in Charlottenburg) einmal wöchentlich ein Treffen für arabischsprachige, geflüchtete Frauen statt. Ziele sind die Begleitung im Umgang mit der Situation in einem noch fremden Land und die Vermittlung der Bedeutung von Religion in der säkularen pluralistischen Gesellschaft. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.18 Erprobung neuer Zugänge der Radikalisierungsprävention im Sozialraum

Das Institut für Kulturanalyse (IfK) e. V. führt im Rahmen dieses Projektes seit 2016 Maßnahmen zur Gewalt- und Islamismusprävention bei Jugendlichen durch und berät deren Angehörige. Dabei werden verschiedene Ebenen der Zusammenarbeit wie z. B. mit dem Quartiersmanagement im Sozialraum oder auch die Etablierung von Einwohnerforen genutzt. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.19 Durchführung von Aufklärungsworkshops an Schulen und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Die Workshops des Trägers Violence Prevention Network (VPN) e. V. richten sich an Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und Fachkräfte. Ziele sind das Aufzeigen der Vereinbarkeit von Religion und Demokratie durch politische Bildungsarbeit/interreligiöse Dialogangebote, die Vermittlung von Demokratieverständnis sowie interkultureller/interreligiöser Kompetenz, der Abbau von Vorurteilen und der Aufbau von Toleranzentwicklung, die Förderung eines empathischen, toleranten und respektvollen Umgangs miteinander, die Vertiefung der Kenntnisse zum Islam, zu extremistischen Auslegungen des Islams sowie zu aktuellen politischen Bezügen sowie Information und Aufklärung über die Terrororganisation Islamischer Staat, Rekrutierung, Radikalisierung, Ausreise und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.20 Durchführung, Modulentwicklung, Teambetreuung und Koordination, Workshops an Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen

Die Workshops des Trägers ufuq e. V. richten sich an Schülerinnen und Schüler und Jugendliche in den Themenfeldern Islam, Islamfeindlichkeit, Islamismus sowie Dschihadismus und salafistische Propaganda, Sensibilisierung hinsichtlich religiös begründeter demokratie- und freiheitsfeindlicher Orientierungen und Verhaltensweisen. Ziele sind die Förderung selbstbewusster und reflektierter deutsch-muslimischer Identitäten (Empowerment), Anstoß von Reflektionen über (religiöse) Orientierungen, Werte und Normen, religiöse Vielfalt, Identität und Medienkompetenz und damit verbunden das Aufzeigen unterschiedlicher Sichtweisen und die Förderung von Urteils- und Handlungskompetenzen in Fragen von Religion, Identität und gesellschaftlicher Teilhabe sowie Information und Aufklärung über die Terrororganisation Islamischer Staat und über Rekrutierung, Radikalisierung, Ausreise und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Dazu gehören ebenfalls die Aus- und Fortbildung sowie die Koordination und Begleitung von Teamerinnen und Teamern und die Auswertung der Workshops „Wie wollen wir leben?“ in Berliner Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen zu den

o. g. Themenfeldern. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.21 Workshops und Identitätsstärkung

Der Träger „Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.“ erhält seit 2016 eine Förderung für die Durchführung seines Projektes „Die Freiheit, die ich meine“. In diesem Rahmen bietet er Workshops und Exkursionen für Schülerinnen zu verschiedenen Themenbereichen (mit verschiedenen Kooperationspartnern wie Schulen, Mädchen- und Fraueneinrichtungen) an und führt Elternabende an den kooperierenden Schulen sowie Workshops zur Qualifizierung von Kiezmüttern durch. Ziel ist es, Alternativen zu einer abwertenden Grundhaltung gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen und demokratischen Werten sowie Strategien zur gewaltfreien Lösung von Konflikten aufzuzeigen, eine Identitätsstärkung/Empowerment und selbstbewusstes Mitwirken an der Gesellschaft, ohne radikales Korsett zu unterstützen. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.22 Präventives Wirken gegen konfrontative Religionsbekundungen sowie islamistische und salafistische Ideologiesegmente unter den Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden

Durchführung von Aufklärungsworkshops von Mädchen und jungen Frauen über die Terrororganisation Islamischer Staat und andere extremistische Organisationen und deren Rekrutierungsstrategien zum Schutz vor Rekrutierung, Ausreise und Zwangsverheiratung. Radikalisierungsprävention durch politische Bildungsarbeit, Analyse frauenspezifischer Rekrutierungsstrategien der salafistischen/islamistischen Szene (hier insbesondere Manipulation und Instrumentalisierung von Frauen und Mädchen und Vermittlung weiblicher Rollenbilder in Abgrenzung zum salafistischen Rollenbild) sowie die Bereitstellung von Bildungsangeboten in Moscheegemeinden zwecks Zielgruppenerreichung und Information und Aufklärung von Eltern und Angehörigen ausreisewilliger Mädchen und junger Frauen. Das Projekt MAXIMA wird seit 2016 durch den Träger VPN e. V. durchgeführt. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.23 Präventives Wirken gegen konfrontative Religionsbekundungen, sowie islamistische und salafistische Ideologiesegmente unter den Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden

Im Rahmen des Projektes „Berliner (Berufs-)Schulen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt – Prävention von [...] islamistischer Radikalisierung“ führt der Träger „Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DEVI) e. V.“ Fortbildungen von Lehrkräften zu Beratungslehrerinnen und -lehrern, Workshops zum Verständnis der Persönlichkeitsstrukturen radikalierungsgefährdeter Jugendlicher, zur Einschätzung der Gefährdungslage und zur Entwicklung geeigneter Interventionsstrategien durch. Diese haben die Verankerung einer diskriminierungssensiblen und demokratischen Schulkultur an den Berufsschulen zum Ziel, bieten Schulberatung und -entwicklung, Foren und Klassentage für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende sowie Diskussionsmöglichkeiten und -räume zum Austausch für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende zum Thema islamistische Radikalisierung und weltanschauliche und religiöse Vielfalt. Die Förderung erfolgt über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.24 Extrem Demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken

Die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V. bietet Aus- und Fortbildungen sowie Begleitung und Unterstützung junger Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus muslimischen Gemeinden, Initiativen, Gruppen vor allem in der salafistischen Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zum Ausbau einer demokratiefördernden muslimischen Jugendarbeit an. Entwickelt und erprobt werden Argumentationen und Handlungsansätze zur Stärkung junger muslimischer Menschen gegen eine Übernahme extremistischer, religiös begründeter, gewaltbejahender und demokratiefeindlicher Ideologien. Es wird an der Stärkung der Kompetenzen zur argumentativen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Argumenten und Ideologie(-fragmenten) gearbeitet und Kenntnisse über bzw. Kontakte zu professionellen Unterstützungsangeboten vermittelt. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.25 Konzepte gegen islamistische Radikalisierung und Erprobung neuer Zugänge der Radikalisierungsprävention im Sozialraum

Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA) e. V. führt Workshops und verschiedene Module einer Seminarreihe/Seminarwoche an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Teamer-Schulungen durch. Diese haben die Sensibilisierung muslimisch sozialisierter junger Menschen in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen für die Gefahren islamistischer Radikalisierung und die Förderung eines pluralistischen Demokratieverständnisses in einer ethnisch, religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft zum Ziel. Weiter erfolgt die Vermittlung von Wissen über Islam, Islamismus, Salafismus und Dschihadismus. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.26 Durchführung von interkulturellen und interreligiösen Workshops

Der Verein Visioneers e. V. führt in seinem 2017 begonnenen Projekt christliche, jüdische und muslimische Jugendliche im Alter von 16 – 20 Jahren für interreligiöse und interkulturelle Workshops in Berlin zusammen. Die Zielgruppe bilden deutsche Jugendliche, geflüchtete Jugendliche aus Afghanistan, Syrien und dem Irak sowie die Projektmitarbeitenden aus Israel. Ein christlich-jüdisch-muslimischer Religionsaustausch ist geplant, indem auch Konflikte im Nahen Osten thematisiert werden (Toleranz und Aussöhnung vs. Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit). Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – gefördert.

9.1.27 Radikalisierungsprävention durch politische Bildungsarbeit

Violence Prevention Network (VPN) e. V. leistet Bildungsarbeit durch den Aufbau der Webseite www.traenen-der-dawa.de, die Aufbereitung und Verbreitung von Webseiten-Content, der über die präventive Arbeit mit Counter-Narratives im Netz hinausgeht und bietet Kontaktmöglichkeiten via Webseite, Facebook, Twitter, Instagram etc. zur Einleitung von langfristigen Prozessen der Deradikalisierung von Jugendlichen/jungen Erwachsenen. Dazu gehört auch die Online-Beratung für Angehörige und das soziale Umfeld. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.28 Projekt im Internet und Sozialen Medien für Jugendliche (14 – 21 Jahre)

Der Träger ufuq e. V. führt im Internet und in den sozialen Medien ein Projekt für Jugendliche (14 – 21 Jahre) durch, welches die Themen Islam, Islamismus, Mediennutzung, Hate Speech, Propagandastrategien von Extremisten, antimuslimischen Rassismus, alternative Narrative, etc. thematisiert. Es werden Image macros und pointierte Beiträge in den Sozialen Netzwerken (Gegenrede sowie alternative Botschaften) erstellt, Fortbildung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angeboten und die Einrichtung einer länderübergreifenden Medienplattform zur Bündelung der „Online-Formate“ angestrebt. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert.

9.1.29 Mediales Präventionsprojekt gegen gewaltorientierte salafistische Radikalisierung

Das Projekt richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 27 Jahren mit fehlender Kompetenz, sich vor gefährdenden Einflüssen der radikal-neosalafistischen Medien-Propaganda zu schützen. Durchgeführt werden systemische Präventionsmaßnahmen im Internet, um der Tendenz zur Radikalisierung von Jugendlichen zu begegnen. Dazu wird die Etablierung eines präventiven sowie intervenierenden offenen „virtuellen Streetwork“ in den entsprechenden radikalgeprägten Internetforen und bekannten Netzwerken angestrebt. Vom Träger Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive (AVP) e. V. werden kurze, zielgruppenorientierte, deradikalisierende und aufklärende Videobotschaften, Videospots, „Gegenerzählungen“, Musikvideos, etc. erstellt. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.30 Konflikt-Abbau durch Beratung und Integrationsförderung für Flüchtlinge und Asylsuchende

Das Arabisches Kulturinstitut (AKI) e. V. bietet Beratung und Integrationsförderung für Flüchtlinge und Asylsuchende, kulturelle und gesellschaftliche Integrationsförderung (beispielsweise durch gemeinsame Sportveranstaltungen), Auseinandersetzung mit den Themenfeldern salafistisch-extremistische Bestrebungen, Islamismus und Dschihadismus, unter Berücksichtigung des Präventionsaspekts, Vermittlung von gemeinsamen Werten, Identität, Diversität und Zugehörigkeit im Kontext muslimischer Lebenswelten in Deutschland und strebt Identitätsstärkung (verschiedene Empowerment-Ebenen) mit dem Ziel eines selbstbewussten Mitwirkens an der Gesellschaft an. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.31 Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migranten und Flüchtlinge

Durch das Multikulturelle Jugend Integrationszentrum (MJl) e. V. werden seit 2016 Präventions- und Interventionsmaßnahmen in Gruppensitzungen mittels pädagogisch-beratender und diagnostisch-therapeutischer Verfahren sowie Antigewalt-, Verhaltens- und Kommunikationstrainings für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete durchgeführt. Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.32 Interdisziplinäres Wissenschaftliches Kompetenznetzwerk Deradikalisierung

Die Denkzeit-Gesellschaft e. V. bringt im Rahmen dieses Projektes relevante Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft und Praxis an einen Tisch, um so Wissensbündelung, Wissenstransfer, eine Erweiterung der bestehenden und neu zu fördernden Projekte unter Berücksichtigung des psychodynamischen Ansatzes zu fördern. Ein Handlungsrahmen für

Lehrende, Polizei, Jugendhilfe und Streetworkerinnen und Streetworker soll erstellt werden. Eine Anbindung des Projektes an die Medical School Berlin (MSB) ist geplant (Dauer: 1 bis 2 Jahre). Die Maßnahme wird über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gefördert. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete.

9.1.33 Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge

Das Projekt „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“ ist ein Qualifizierungsprogramm für junge Erwachsene, die sich in der Geflüchtetenarbeit engagieren. Neben der 1:1 Betreuung eines Geflüchteten im Alltag, bei Behördengängen, Job- und Wohnungssuche, nimmt der Mentor mit seinem Mentee an Gruppenaktivitäten und Ausflügen teil. Dadurch ist der Geflüchtete aktiv in der Planung und Ausgestaltung der Projekteinhalte beteiligt. Träger: Inssan e. V.

9.1.34 Beratung, Fortbildung und Vernetzung zum Themenbereich „Normen und Werte im Kontext von Neuzuwanderung“

Fachliche Auseinandersetzung, Sensibilisierung und Vermittlung von Handlungskompetenz für haupt- und ehrenamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Flüchtlingsunterkünften und weiteren Einrichtungen sowie der Aufnahmegesellschaft insgesamt und für neuzugewanderte im Bereich Normen und Werte. Beratungs- und Fortbildungsangebote: Interkulturelle Kommunikation, Herkunftskultur und Milieuzugehörigkeiten, Religion und Politik, Zuwanderung und Integration (Modelle und praktische Ansätze), Konflikt- und Diversitymanagement zur Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (sowohl zwischen Aufnahmegesellschaft und Neuzuwanderung als auch unter neuzugewanderten), Reflexion von Normen- und Werteverständnissen und kultureller Prägungen Publikation: „Ankommen: Durch Normenorientierung und Wertediskussion den Integrationsprozess für Flüchtlinge erleichtern“ Vernetzung und Fachaustausch: Veranstaltungsreihe „Ankommen gestalten“. Träger: Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung/Stiftung SPI.

9.1.35 Fortbildung und Beratung: Stärkung demokratischer Haltung/Zum Umgang mit Vorurteilen, Diskriminierung, rassistischen Anfeindungen oder rechtsextremer Bedrohung, Antisemitismus

Fortbildung, Einzelfall- und Prozessberatung zu Themen wie zum Beispiel der Stärkung der persönlichen Haltung, Sensibilität und Argumentationsfähigkeit gegenüber diskriminierenden, rassistischen, rechtspopulistischen, rechtsextremen, antisemitischen Positionen, Reflektion von Begriffen, „Vorurteilen“ und Diskriminierungen in ihrer Vielschichtigkeit sowie Reflektion demokratischer Grundsätze und berufsethischer Standards anhand von Fallbeispielen, Prozessberatung etwa zur Leitbildentwicklung in Organisationen, Institutionen, Verbänden u. ä., Entwicklung passgenauer Handlungsstrategien bei Vorfällen mit rechtsextremem, rassistischem, antisemitischem oder diskriminierendem Kontext. Die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen richtet sich stets nach den Nachfragen, (zeitlichen) Ressourcen und Problemlagen vor Ort. Die Bildungsmaßnahmen werden methodisch mittels Szenarien, Fallbeispielen, Anschauungsmaterial und mit interaktiven Methoden gestaltet. Träger ist die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) des VDK e. V..

9.1.36 Projekt „Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten“

Das Projekt „Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten“ zielt auf die Sensibilisierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie pädagogischen Fachkräften für die Gefährdung des öffentlichen Friedens und der Grundrechte (besonders betreffend die politischen Bestrebungen von Flüchtlingen und Neueingewanderten, die sich

anhand der Debatte um Flucht, Asyl und Einwanderung gegen grundlegende Normen und Werte des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates wenden). Inhaltlich werden die Schnittmengen zwischen traditionellen und neuen Formen des völkischen Rassismus und Antisemitismus mit kulturalistisch, islamfeindlich und xenophob motivierter Einwanderungs- und Flüchtlingsfeindlichkeit thematisiert. Dieses erfolgt in der Durchführung von Workshops und Veranstaltungen, in denen didaktische Konzepte und Arbeitsmaterialien entwickelt und erprobt werden. Grundlage für die Workshops ist ein fortlaufendes Monitoring zu diesem Themenkomplex, mit dessen aufgearbeiteten Materialien in den Formaten gearbeitet wird. Träger: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V..

9.1.37 Ke'Ezrach – Konfliktprävention im Kontext von Flucht und Integration in der Einwanderungsgesellschaft

Das Projekt „Ke'Ezrach – Konfliktprävention im Kontext von Flucht und Integration in der Einwanderungsgesellschaft“ verfolgt die Stärkung der Handlungsfähigkeit von Fachkräften im Kontext religiös oder kulturell aufgeladener Konflikte. Hauptamtliche Mitarbeitende von Flüchtlings- und Gemeinwesenseinrichtungen sowie Freiwillige/Ehrenamtliche, Pädagoginnen und Pädagogen, Jugendsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter werden in ihrer Konfliktfähigkeit und interkulturellen Handlungskompetenzen gestärkt. Es werden Handlungsansätze für den Umgang mit Wertekonflikten und mit Erscheinungsformen rassistisch, kulturalistisch und religionsbezogener Einwanderungs- und Flüchtlingsfeindlichkeit u. a. Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erarbeitet. Dabei werden insbesondere die Herausforderungen und Konfliktlagen aus der täglichen Arbeit mit Geflüchteten thematisiert und reflektiert. Träger: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA)

9.1.38 „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“

Das Projekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ zielt auf die Kompetenzstärkung zur Wahrnehmung und Einordnung sowie Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen. Diese erfolgt durch die Implementation und Erprobung des Formats einer interaktiven Lernwerkstatt für junge Menschen im Alter von 14 bis 18 Jahren sowie für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bzw. pädagogische Fachkräfte. Schwerpunkte sind die Themenfelder Vorurteile, Ausgrenzung sowie Antisemitismus. Darüber hinaus wird die Entwicklung bedarfsgerechter Varianten des Formats für Schulungen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Schulen, anderen Bildungseinrichtungen und Initiativen sowie für die Nutzung in Willkommensklassen im Projekt verwirklicht. Träger: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e. V.

9.1.39 Projekt „Vermittlung von Grundkenntnissen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der abrahamitischen Religionen und die Entwicklung des Antisemitismus an neu zugewanderte arabischsprachige Eltern in arabischer Sprache“ (Arbeitstitel/ angedacht)

Das Projekt zielt auf die Vermittlung von Grundkenntnissen über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der abrahamitischen Religionen und die Entwicklung des Antisemitismus unter neu zugewanderten arabischsprachigen Elterngenerationen. Im Vordergrund steht das Entdecken von gemeinsamen historischen Entwicklungslinien der abrahamitischen Religionen, die unter der Förderung von Einordnungs-, Beteiligungs- und Diversity-Kompetenzen erschlossen werden. Hierzu werden auch jeweils eigene Vorurteile, verschwörungstheoretische Ansätze und (antisemitische) Diskriminierungsmuster thematisiert sowie Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kritisch reflektiert. Als Sekundärzielgruppe sollen auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Haupt- und Ehrenamtliche aus Migrantenorganisationen, Pädagoginnen und Pädagogen, die in Willkommensklassen arbeiten, kommunale Akteurinnen und Akteure der lokalen Flüchtlingsarbeit, Sprachmittlerinnen und

Sprachmittler, Integrationslotsinnen und -lotsen, Freiwillige/Ehrenamtliche) angesprochen werden. Träger: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) e. V.

9.1.40 „Wir im Rechtsstaat“ (WiR): Bildungsangebote für geflüchtete Menschen durch Richter und Staatsanwälte zu den Grundlagen der Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland. Erwachsenenbildung in Kooperation mit den Berliner Volkshochschulen, Workshop-Angebote für Berliner Schulen

„Wir im Rechtsstaat“ (WiR) ist ein von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung geleitetes Bildungsangebot für geflüchtete Menschen zur Rechtsvermittlung. Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vermitteln interaktiv die Grundzüge unseres Rechtssystems. Die Kurse für Erwachsene finden in Kooperation mit den Berliner Volkshochschulen in den Sprachkursen statt. Auch in Berliner Schulen und Flüchtlingsunterkünften wird das Angebot angenommen. Bei Bedarf werden die 3,5-stündigen Kurse in Herkunftssprachen übersetzt. In einem Inputteil werden Prinzipien wie das staatliche Gewaltmonopol und die Gewaltenteilung, die Bedeutung der Menschenwürde, Grundrechte wie Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung – insbesondere von Mann und Frau –, Meinungs- und Religionsfreiheit erklärt. Danach werden in einer Gruppenarbeitsphase Fälle zu Alltagsthemen diskutiert und geübt, mit rechtlichen Grundlagen die Lösungen zu erarbeiten. Zur Vorbereitung der Kurse wird auf Wunsch kostenfrei ein Arbeitsheft für Sprachlerngruppen zugeschickt.

9.1.41 Wegweiser – Mentorinnen und Mentoren für Geflüchtete

Der Wegweiser „Mentorinnen und Mentoren für Geflüchtete“ ist ein Projekt des Trägers Inssan e. V., das aktiv die Flüchtlingsarbeit von Ehrenamtlichen gestaltet. Das Mentoringprogramm wurde entwickelt, um junge Erwachsene (17 bis 30 Jahre) mit Zuwanderungsgeschichte für das Bürgerschaftliche Engagement für Geflüchtete zu begeistern und dabei zu begleiten. Die Mentorinnen und Mentoren im Projekt durchlaufen eine Ausbildung (1 Workshop und monatliche Coachings), in dem sie auf ihre Aufgaben vorbereitet und gestärkt werden.

9.1.42 Peer-Trainerinnen und -Trainer für interreligiöse und weltanschauliche Vielfalt und Verständigung/Interreligious-Peers

Seit 2013 haben sich 29 junge Berliner Muslime, Christen, Juden und Bahai von erfahrenen Trainerinnen und Trainern der interkulturellen und interreligiösen Bildung zu Peer-Trainerinnen und -Trainern für interreligiöse und weltanschauliche Vielfalt und Verständigung ausbilden lassen. Die Ausbildung befähigt sie, mit jungen Menschen, Schülerinnen und Schülern zum Thema interreligiöse und weltanschauliche Vielfalt und Verständigung zu arbeiten. Als junge Menschen setzen die Interreligious-Peers bewusst auf den Peer-Education-Ansatz, in dem die Erkenntnis zum Tragen kommt, dass Jugendliche in Bezug auf die Entwicklung des eigenen Wertesystems besonders durch Gleichaltrige ansprechbar sind und sich vor allem auch an deren praktischen und authentischen Erfahrungen orientieren.

In ihrem Workshop vermitteln die Interreligious-Peers grundlegendes Wissen zu den verschiedenen Weltreligionen und veranschaulichen, welche Bedeutung ihre Religion für sie ganz persönlich hat. Träger ist RAA e. V. /JUMA.

9.1.43 Unser muslimisches Erbe

Ein Angebot für Schulklassen – egal welcher Religion die Schülerinnen und Schüler angehören! Peers erarbeiten mit den Schülerinnen und Schülern die vielfältigen Einflüsse der islamischen Welt auf die „abendländische“ Kultur und zeigen auf, wie wenig die Vorstellung von einem Abendland in Abgrenzung zur Islamischen Welt mit der Realität zu tun hat. Sie machen

gemeinsame Wurzeln, Einflüsse und die großen gegenseitigen Bereicherungen sichtbar. Es ist geplant, dieses Konzept auch speziell für Willkommensklassen und Klassen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Fluchterfahrung weiterzuentwickeln. Träger ist RAA Berlin /JUMA.

9.1.44 Lokale Problembeschreibungen/Lagebilder und Einschätzungen zu Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus

Eines der wesentlichen Rahmenziele für die praktische Beratungsarbeit ist der Schutz für Betroffene von Diskriminierung und rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer Gewalt und Anfeindungen. Im Beratungs- und Bildungskontext der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) heißt dies, die Thematisierung von und Positionierung gegenüber flüchtlingsfeindlichen, rassistischen Diskriminierungen in der Gesellschaft und in Mediendiskursen, Gewährleistung der Wahrnehmung von Betroffenen- bzw. Minderheiten-Perspektiven in der gesellschaftlichen Diskussion, Anstoßen gesellschaftlicher, unterstützender Reaktionen und praktischer Solidarisierungen für Betroffene im Kontext rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Angriffe und Diskriminierungen. Träger ist die MBR des VDK e. V.

9.1.45 Angebote des Mobilen Beratungsteams Berlin für Demokratieentwicklung

Das Mobile Beratungsteam bietet Beratungen, Moderationen und Fortbildungen sowie längerfristige Prozessbegleitungen im Rahmen von Kooperationen sowie Formate zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung an. Auf Anfrage hält das Mobile Beratungsteam Angebote in folgenden Themenbereichen bereit: gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (mit den Schwerpunkten Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, ethnozentrierter Kulturalismus, LSBTI-Feindlichkeit, politischer und religiös begründeter Extremismus sowie Hasskriminalität) und diversityorientierte und diskriminierungssensible Kompetenzvermittlung und Organisationsentwicklung. Träger ist das Mobile Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung/Stiftung SPI.

9.1.46 Bildung, Fortbildung, (Antidiskriminierungs- und Opfer-) Beratung als Beitrag zur Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“

Im Landesprogramm werden diverse Projekte gefördert, die unmittelbar oder mittelbar einen Beitrag zur Prävention und Intervention bei Diskriminierung, Ausgrenzung und Anfeindung von geflüchteten Menschen leisten. Zu nennen sind insbesondere die Angebote der MBR Berlin, des MBT Berlin, der Opferberatung „ReachOut“, die Antidiskriminierungsberatung des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin (ADNB) und das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit des Vereins Inssan e. V. u. a.m. Hinzu kommen diverse Präventionsprojekte und Angebote für Schulen, Jugendarbeit und Kita. Eine Übersicht über diese Angebote ist auf dem Portal www.demokratie-vielfalt-respekt.de einsehbar. Die Maßnahmen werden über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung – angeboten.

9.1.47 Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in Flüchtlingsunterkünften für das Thema „Islamismus und Gefahren einer islamistischen Radikalisierung“ mit Hilfe von Vorträgen und Publikationen

Folgende Angebote werden über die Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Verfassungsschutz Berlin – vorgehalten: 1. Sensibilisierungsvorträge des Verfassungsschutzes Berlin für Betreiberinnen und Betreiber von Flüchtlingsunterkünften und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Informationen über mögliche Ursachen und Indikatoren einer islamistischen Radikalisierung, salafistische Strukturen in Berlin sowie Hinweise auf Präventions- und Deradikalisierungsprojekte des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention SenInnDS für Geflüchtete. 2. Publikationen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Verfassungsschutz Berlin: „Aktivitäten islamistischer Akteure im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation“ Berlin 2015 – „Salafismus als politische Ideologie“, Berlin 2015 – „Zerrbilder von Islam und Demokratie – Argumente gegen extremistische Interpretationen von Islam und Demokratie“, Berlin 2015.

9.1.48 Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit

Das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit wurde im August 2010 gegründet, um aktiv gegen Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen in unserer Gesellschaft vorzugehen. Das Projekt verfolgt einen Empowerment-Ansatz. Ziel ist es, bei Betroffenen das Bewusstsein zu stärken, gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger dieses Staates zu sein und Ihnen Handlungsoptionen im Falle von Diskriminierung aufzuzeigen. Die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter gehen in die Moscheen und muslimischen Einrichtungen. Ausgehend von den Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird in den Veranstaltungen vor Ort Aufklärung über die rechtlichen Grundlagen geboten, Handlungsoptionen aufgezeigt und über die bestehende Unterstützungs- und Beratungsinfrastruktur informiert. Fälle von Diskriminierung und Hate Crimes werden dokumentiert und ausgewertet, um so einen vertieften Einblick in die Problemlage zu bekommen, ohne Anspruch auf Repräsentativität zu erheben. Betroffene werden aufgeklärt und beraten. Projektträger: Inssan e. V.

9.1.49 Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Berliner Justizvollzugsanstalten

In den Justizvollzugsanstalten werden, neben den bestehenden etablierten Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangeboten, zielgruppenspezifische Maßnahmen vorgehalten und bei Bedarf abgerufen. Diese sind:

- Anti-Gewalt- und Kompetenztraining für einzelne radikalierungsgefährdete Personen und Radikalisierte im frühen Stadium, Kompetenztraining als Gruppentraining für Radikalisierte und radikalierungsgefährdete Personen im frühen Stadium,
- Anti-Gewalt- und Kompetenztraining für jugendliche Inhaftierte mit Radikalisierungstendenzen und einer vorliegenden Gewaltbereitschaft,
- Individuelles Training für Radikalisierte im Strafvollzug (auch Ausreisewillige und so genannte Rückkehrer),
- psychotherapeutische Behandlung für Haftentlassene und Klienten der Bewährungshilfe aus dem Spektrum des politisch- oder religiös motivierten Extremismus.

Ergänzend zu den gefangenenbezogenen Maßnahmen werden in den Justizvollzugsanstalten und bei den Sozialen Diensten der Justiz, Gerichts- und Bewährungshilfe Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden vorgehalten. In der

Ausbildung des Allgemeinen Vollzugsdienstes und in speziellen Fortbildungen für alle Mitarbeitenden werden in den Themen „Interkulturelle Kompetenz“, „Professioneller Umgang mit Gefangenen“ sowie „Praxis des Justizvollzuges“ Hintergrundwissen zu verschiedenen Kulturen vermittelt. Neben dem theoretischen Wissen wird ebenfalls der Umgang mit kulturellen Unterschieden bzw. mit Gefangenen aus verschiedenen Kulturkreisen in unterschiedlichen Alltagssituationen thematisiert. Vermittelt werden auch unterschiedliche wissenschaftliche Erklärungsmodelle für das Entstehen von Kriminalität. Im Rahmen der Schulung zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in der Justizvollzugsanstalt wird das Erkennen von verfassungsfeindlichem Schriftgut und sonstigen verfassungsfeindlichen Medien geschult. Das Thema „Extremismus“ ist im Rahmenplan des Ausbildungsfaches „Praxis des Vollzuges“ integriert und erfährt eine auf Dauer angelegte Präsenz in den Ausbildungsinhalten. Darüber hinaus werden seit 2015 besondere „Inhouse-Schulungsveranstaltungen“ zum Themenbereich „Radikalisierung bei jungen Menschen mit Schwerpunkt Islam“ für alle Berliner Justizvollzugsanstalten und die Bewährungshilfe angeboten.

Die Maßnahmen werden durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung koordiniert. Die Kooperationen in diesen Angeboten erfolgen mit den Trägern Violence Prevention Network (VPN) e. V., Denkzeit-Gesellschaft e. V., Psychologisch-therapeutisches Netzwerk NEXUS und anderen Trägern und Einzelpersonen.

9.1.50 Ethikunterricht für Muslime

Freie Mitarbeiter bieten für männliche Inhaftierte der JVA Tegel, der JVA Moabit, der JVA Plötzensee und der JVA Heidering, die sich zum Islam bekennen und den gegenseitigen Austausch unter fachlicher Anleitung wünschen oder suchen, Gruppenangebote zur freiwilligen Teilnahme an. Die Diskussionen und Gespräche bewegen sich in den Themenbereichen Glauben und Traditionen aus verschiedenen islamischen Ländern mit ihren unterschiedlichen kulturellen, religiösen und ethnischen Besonderheiten.

9.1.51 PROVA – Prevention of violent Radicalisation and Of Violent Actions in intergroup relations

Es handelt sich um ein Europaprojekt in Kooperation zwischen „aufBruch“ und der Jugendstrafanstalt Berlin. Zielgruppe: Männliche jugendliche Strafgefangene. Die Partnerschaft hat das Ziel, Radikalisierungen im Gefängnis- und im Jugendbereich wirkungsvolle Arbeitsansätze und -Methoden, speziell in künstlerischer Form, entgegenzusetzen.

Deradikalisierung von bereits radikalisierten oder gefährdeten Geflüchteten

9.1.52 Beratungsstelle KOMPASS

Ziel der Projektarbeit der Beratungsstelle KOMPASS ist es, bei bereits radikalisierten Personen Distanzierungs- und Deradikalisierungsprozesse von dschihad-salafistischem Gedankengut einzuleiten und eine Demobilisierung gewaltbereiter Personen zu erreichen. Dabei geht es konkret vor allem darum, die Dschihadisten von der Bereitschaft zur Ausübung terroristischer Gewalt abzubringen, Ausreisen gewaltbereiter junger Männer zu verhindern, die in den Bürgerkriegsgebieten von Syrien und Irak am Kampf teilnehmen wollen. Gleichzeitig zielt die Arbeit auf die Demobilisierung und Deradikalisierung von Dschihad-Rückkehrern. Im Rahmen des Projektes geht es ausdrücklich nicht um eine allgemeine Präventionsarbeit.

Das Projekt richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die einem islamistischen Radikalisierungsprozess unterliegen und noch keine Ausstiegsmotivation formulieren sowie an junge Menschen, die sich von der salafistischen bzw. dschihadistischen Szene distanzieren wollen. Des Weiteren sollen auch die Angehörigen von ausstiegs- und distanzierungswilligen

Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einbezogen werden (Maßnahme 8.6.2.2 im Masterplan).

9.1.53 Denkzeit - Deradikalisierungs- und Multiplikatorentaining

Die Zielgruppe des Projektes bilden radikalisierte und bereits radikalisierte junge Menschen. Dabei stehen psychosoziale Fähigkeiten im Fokus, um bei jungen Menschen die inneren Voraussetzungen zu schaffen, sich aus radikalen Gruppen lösen zu können. Die individuelle Interaktionsfähigkeit und Beziehungsgestaltung der Teilnehmenden sollen mit dem Ziel einer Reduktion von Gewaltverhalten und Deradikalisierung gestärkt werden. Gleichzeitig werden Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Verständnis der Persönlichkeitsstrukturen radikalierungsgefährdeter Jugendlicher, zur Einschätzung der Gefährdungslage und zur Entwicklung geeigneter Interventionsstrategien angeboten. Das Projekt richtet sich nicht ausschließlich an Geflüchtete. Das Projekt wird von der Denkzeit-Gesellschaft e. V. angeboten und wird seit 2016 über die Landeskommision Berlin gegen Gewalt gefördert.

9.1.54 Deradikalisierungsnetzwerk

In Kooperation mit Berliner Sicherheitsbehörden (Landeskriminalamt Polizei Berlin, Berliner Verfassungsschutz, der Landeskordinierungsstelle Radikalisierungsprävention) und dem Träger VPN e. V. (Beratungsstelle KOMPASS) werden regelmäßig Absprachen über notwendige Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in sicherheitsrelevanten Einzelfällen erörtert. Die Zielgruppe sind Jugendliche/junge Erwachsene, die einem Radikalisierungsprozess unterliegen und noch keine Ausstiegsmotivation formulieren, junge Menschen, die sich von der salafistischen Szene distanzieren wollen sowie Angehörige und Unterstützerinnen und Unterstützer. Die Federführung obliegt der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

Sicherheit für besonders schutzbedürftige Geflüchtete

9.1.55 Gewährleistung des Schutzes von LSBTI-Geflüchteten vor homo- und transphob-motivierter Gewalt

Seit Mitte 2016 wurden Angebote zu Opferhilfe, Beratung und Casemanagement für von homo- und transphob-motivierter Gewalt betroffene LSBTI-Geflüchtete in verschiedenen Sprachen und Formaten in die bestehenden Anti-Gewalt-Projekte Berlins integriert. Zusätzlich werden aufsuchende, sozialraumorientierte Maßnahmen umgesetzt, um LSBTI-Geflüchtete in den Unterkünften zu erreichen, die (noch) keine Anbindung an die Berliner LSBTI-Infrastruktur haben.

LSBTI-Geflüchtete haben nach wie vor einen hohen Bedarf an niedrigschwelliger, jedoch fachlich spezifizierter Beratung und Begleitung bei unterschiedlichen Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen, unabhängig vom Status des individuellen Asylverfahrens oder der Unterbringungsform. Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre zeigen zudem deutlich, dass LSBTI-Geflüchtete auch in Berlin alltäglich Gewalt und Diskriminierungen ausgesetzt sind. Die Verstetigung und mittelfristige bedarfsgerechte Anpassung der Angebote und die weitere Vernetzung der staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld Antigewalt ist demnach unerlässlich.

9.1.56 Verbreitung, Fortbildungen und Implementierung der Handreichung „Was tun bei Gewalt gegen Frauen und LSBTI in Unterkünften?“

In Kooperation zwischen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ist in

Zusammenarbeit mit der Polizei Berlin, der Staatsanwaltschaft Berlin sowie verschiedenen zivilgesellschaftlichen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (NGOs) eine Handreichung mit Handlungsempfehlungen für Unterkünfte entstanden. Sie soll Unterkünfte bei der Entwicklung und Umsetzung eines eigenen Gewaltschutzkonzeptes unterstützen, das im Rahmen des Betriebs einer Unterkunft verbindlich zu entwickeln ist. Die Handreichung soll an alle Unterkünfte geschickt und über NGOs verbreitet und eingesetzt werden und online zur Verfügung stehen. Sie soll auch im Rahmen kostenloser Fortbildungen zum Thema „Gewalt gegen LSBTI-Geflüchtete“ als Baustein der Entwicklung eines Gewaltschutzkonzeptes vermittelt werden.

9.1.57 Verbindlichkeit für die Entwicklung und Umsetzung eines Gewaltschutzkonzeptes in Unterkünften gewährleisten

Die Entwicklung und Umsetzung eines Gewaltschutzkonzeptes ist für Betreibende von Unterkünften verpflichtend. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) entwickelt im Rahmen der Qualitätssicherung Instrumente zum Monitoring. Betreibende, Mitarbeitende und Sicherheitspersonal werden darin unterstützt, ein unterkunftsspezifisches Gewaltschutzkonzept zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen auf der Grundlage der Handreichung „Was tun bei Gewalt gegen Frauen und LSBTI in Unterkünften?“ umzusetzen. Betreibende, Mitarbeitende und das Sicherheitspersonal werden zur Teilnahme an einer Fortbildung zum Thema „Gewalt gegen LSBTI-Geflüchtete“ verpflichtet.

9.1.58 Stärkung der Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen im Handlungsfeld „Sicherheit von LSBTI-Geflüchteten“

Die stärkere Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen dient dem Informations- und Fachaustausch, der Identifikation von spezifischen Problemlagen sowie der Abstimmung möglicher Strategien zur Verbesserung des gesamtstädtischen Schutzes von LSBTI-Geflüchteten vor homo- und transphober Gewalt. Folgende Institutionen sollen hierbei zukünftig stärker vernetzt werden: SenJustVA, Ansprechpersonen für LSBTI der Staatsanwaltschaft Berlin, Ansprechpersonen für LSBTI der Polizei Berlin, LKA Zentralstelle für Prävention, SenInn, NGOs aus dem Bereich Antigewalt, bezirkliche Strukturen.

9.1.59 Notfallplätze für LSBTI-Geflüchtete einrichten

Zeitlich befristete Unterbringung von Geflüchteten, die in den allgemeinen Unterkünften untergebracht und von homo- und transphober Gewalt, Bedrohung und Diskriminierung betroffen sind. Diese Maßnahme befindet sich in der Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten.

9.1.60 Wegweiser für LSBTI-Geflüchtete

Wegweiser für Geflüchtete zu Beratungsstellen im Handlungsfeld Flucht und Asyl in folgenden Sprachen: deutsch, englisch, französisch, russisch sowie in Planung: arabisch und farsi. Die Maßnahmen werden über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung – angeboten.

9.1.61 Fortbildungen zur Situation von LSBTI-Geflüchteten

Fortbildungen für Leitungen und Mitarbeitende in Unterkünften, Integrationslotsinnen und -lotsen, Beratungsstellen der Flüchtlingsarbeit sowie Sprachmittlerinnen und Sprachmittler im Rahmen des Projektes „Jo weiß Bescheid“ der Schwulenberatung Berlin. Projektträger ist die Schwulenberatung Berlin, die Förderung erfolgt über die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung.

9.2 Demokratieförderung

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Quantifizierbare Daten zur politischen Teilhabe von Geflüchteten werden nicht regelhaft erhoben. Um Aussagen über den tatsächlichen Erfolg von Interventionen treffen zu können, wären spezifische sozialwissenschaftliche Erhebungen notwendig. Dabei wäre ein Vergleich zwischen der Gruppe der Geflüchteten und einem nach Alter, Geschlecht und schulischer Qualifikation ähnlichen repräsentativen Querschnitt der Aufnahmegesellschaft notwendig. Nur so ließen sich Aussagen darüber treffen, ob Geflüchtete ebenso politisch integriert wären, wie der Durchschnitt der Aufnahmegesellschaft.

Schlüsselindikatoren, um politische Teilhabe bestimmen zu können, orientieren sich an den Bereichen:

- Mitwirkung in Teilhabegremien (z. B. Elternvertretung an Schule),
- Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen (Interessenverbänden, Parteien, Migrantenorganisationen etc.),
- Nutzung von Instrumenten der Interessenvertretung (Petition, Gespräche mit Politikerinnen und Politikern etc.).

Die Teilnahme an Wahlen scheitert an den fehlenden rechtlichen Voraussetzungen in Deutschland. Die Öffnung der demokratischen Strukturen für nicht EU-Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern würde zentrale Voraussetzungen für Prozesse der Stärkung der demokratischen Teilhabe und Zugehörigkeit von Geflüchteten schaffen. Dementsprechend sind zum einen Strukturen der partizipativen Mitwirkung durch Unterstützungsangebote für Geflüchtete zu öffnen und andererseits Initiativen zu ergreifen, das kommunale Wahlrecht für nicht EU-Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu schaffen, was auch die Teilhabe an direktdemokratischen Elementen auf kommunaler Ebene ermöglichen würde.

In Bezug auf die Einstellung zu Demokratie und Menschenrechten hat eine Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit aus dem Jahr 2016 ergeben, dass die politischen Einstellungen von Geflüchteten und Aufnahmegesellschaft nahezu deckungsgleich sind, während beim Vergleich mit den Herkunftsgesellschaften der Geflüchteten zum Teil erhebliche Unterschiede sichtbar werden. Dies weist darauf hin, dass bei Geflüchteten in Bezug auf die politischen Einstellungen ebenso zu differenzieren ist, wie bei der Aufnahmegesellschaft. Eine Herausforderung stellt die Zustimmung zu Formen des Antisemitismus dar. Angebote der politischen Bildung müssen die Akzeptanz von Antisemitismus in den Herkunftsländern aber auch antisemitische Haltungen in der Aufnahmegesellschaft aufgreifen.

Bei etlichen Zielen und Maßnahmen bestehen Schnittmengen mit den Überlegungen des Querschnittsthemas Partizipation.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
1. Abbau von strukturellen Barrieren und demokratiefeindlichen Einstellungen in der Aufnahmegesellschaft	1.1. Stärkung von demokratischen und menschenrechtsorientierten Haltungen, Strukturen und Prozesse in der Aufnahmegesellschaft	1. Verankerung in den Angeboten des lebenslangen Lernens von Kita über Schule, Jugendarbeit, Universität, Berufsausbildung bis zur Erwachsenenbildung 2. Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Kampagnen, Gewinnung von prominenten „Menschenrechtsbotschaftern“		
	1.2 Ausbau von Sensibilisierungsangeboten für Mitarbeitende in Behörden und Institutionen	1. Qualifizierungsangebote für Mitarbeitende in Behörden und Institutionen 2. Anzahl der Teilnehmenden		
	1.3 Einführung eines Reflexionsindex zur Auseinandersetzung mit eigenen Werthaltungen, Strukturen und Prozessen für Behörden und Institutionen	Anzahl der Anwendungen des Reflexionsindex unter Angabe der Institution/Behörde/Einrichtung		
2. Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten der Geflüchteten an der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens	2.1 Ausbau der Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote der niedrigschwelligen Demokratiebildung	1. Zuwachs der Bildungs- und Beratungsangebote in einfacher Sprache/mehrsprachig 2. Anzahl der Teilnehmenden davon Frauen 3. Anzahl der Publikationen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	2.2 Förderung der aktiven Teilhabe Geflüchteter an Regelangeboten durch Beratung und Qualifizierung zum Zweck der Selbstorganisation	1. Anzahl der Fortbildungen 2. Anzahl der Teilnehmenden, davon Frauen 3. Anzahl der Projektförderungen im Bereich Demokratieförderung, die von Geflüchteten umgesetzt werden		
	2.3 Integration von Angeboten der Demokratieförderung in die Regelstrukturen (z. B. Schulen, OSZ, VHS)	1. Anzahl eingerichteter Formate an den jeweiligen Einrichtungen 2. Anzahl der Teilnehmenden, davon Frauen		
	2.4 Stärkung von Selbstorganisation und Empowerment Geflüchteter	1. Unterstützung und Förderung von Selbstorganisationen, Anzahl der Organisationen 2. Durchführung von Empowermentangeboten, Anzahl der Teilnehmenden, davon Frauen		
3. Verbesserung des Austauschs zwischen Aufnahmegesellschaft und Geflüchteten	3.1 Schaffung von Begegnungsorten	1. Zahl der Begegnungsprojekte in den Kiezen, 2. erreichte Anwohnerinnen und Anwohner und Geflüchtete, davon Frauen		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	3.2 Durchführung von Tandemprojekten zwischen Selbstorganisationen von Geflüchteten und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Aufnahmegesellschaft	1. Zahl der durchgeführten Tandemprojekte 2. Zahl der erreichten Mitwirkenden, davon Frauen		
	3.3 Durchführung von Mentoringprojekten, insbesondere zur Stärkung von Frauen, minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten, LSBTI etc.	1. Zahl der Mentoringprojekte, 2. Zahl der beteiligten Mentorinnen/ Mentoren und Mentees		

9.2.1 Fortbildungsmodule für Fachkräfte und Multiplikatoren (Zieldimension 5)

Durch Seminare und Workshops sollen Fachkräfte für eine partizipationsorientierte Arbeit mit Geflüchtete qualifiziert werden. Schwerpunktmäßig werden pädagogische Fachkräfte der schulischen und außerschulischen Bildung und der sozialen Arbeit angesprochen. Erfahrungen liegen aus der Fortbildungsreihe „Demokratiepädagogik in Willkommensklassen“ des Schuljahres 2016/2017 vor. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und ehrenamtlich Engagierte erhalten Informationen zu den Situationen in den Herkunftsländern. In die Konzeption solcher Seminare werden Geflüchtete einbezogen.

Fortbildungsmodule für Fachkräfte, und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Zieldimension 5)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend, Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Fortbildungen	Teilnehmende der Fortbildungen insgesamt	153	140		30
	davon Frauen	50%	50%		50%

9.2.2 Fortbildungsangebote für Verwaltungen (Zieldimension 5)

Angebote für Mitarbeitende der Berliner Verwaltungen haben vor allem zum Ziel, über die Vermittlung von Wissen, die Reflexion der eigenen Praxis und der Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns gemeinsam Strategien zur Umsetzung eines neuen Verständnisses von Integration und Partizipation zu entwickeln. Wenn Geflüchtete nicht primär als Hilfeempfänger sondern als (politische) Akteurinnen und Akteure angesprochen werden, dann hat dies weit reichende Folgen für das Selbstverständnis von Verwaltungshandeln. Aus diesem Grund sind neben individuellen Fortbildungen auch Angebote für ganze Verwaltungseinheiten anzustreben.

Fortbildungsangebote für Verwaltungen (Zieldimension 5)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Fortbildungen	Teilnehmende der Fortbildungen insgesamt		
	davon Frauen		

9.2.3 Erstellung eines Indexes zur Selbstreflexion (Zieldimension 6)

Im Kontext von Inklusion hat sich das Instrument des Indexes bewährt, um eigene Werthaltungen, bestehende Strukturen und Prozesse überprüfen und weiterentwickeln zu können. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten soll ein Index zur Partizipation und Integration von Geflüchteten im Sinne eines Organisationsprozesses entwickelt werden. Dieser Index soll so gestaltet sein, dass er von Verwaltung, Trägern der sozialen Arbeit, diversen Regelstrukturen der Arbeit mit Geflüchteten, aber auch Initiativen und

Selbstorganisationen genutzt werden kann. Er stellt ein niedrigschwelliges Instrument dar, um die Weiterentwicklung des Handlungsfeldes zu unterstützen.

Erstellung eines Indexes zur Selbstreflexion (Zieldimension 6)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Erstellung Publikationen	Anzahl und Auflage		1/10.000

9.2.4 Teilhabeförderung im Alltag (Zieldimension 7)

In Stadtteilzentren, Familienzentren oder Quartiersbüros werden Trainings und Informationsveranstaltungen durchgeführt, die Geflüchtete und andere neu Zugewanderte motivieren und begleiten, sich z. B. an Elternabenden in Schule und Kita oder in Anwohnerversammlungen zu beteiligen. Ziel ist es, Geflüchtete zu unterstützen, z. B. als Elternvertretung oder Quartiersratsmitglied Verantwortung zu übernehmen.

Teilhabeförderung im Alltag (Zieldimension 7)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Fortbildungen	Teilnehmende der Fortbildungen insgesamt		
	davon Frauen		

9.2.5 Informationsbroschüren zu Politik und Teilhabe (Zieldimension 8)

Durch mehrsprachige leicht verständliche Informationsbroschüren (Print und Online) sollen Geflüchtete über Politik und Teilhabemöglichkeiten in Berlin informiert werden. Basis für die Entwicklung weiterer Broschüren können die bereits von der Landeszentrale erstellten Materialien „Willkommen in Berlin“ (Deutsch/Englisch), „Demokratie in Berlin“ (Deutsch und Arabisch) und „30 Fragen Migration und Mitbestimmung in Berlin“ (Deutsch und weitere Sprachen) sein.

Informationsbroschüren zu Politik und Teilhabe (Zieldimension 8)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Erstellung Publikationen	Anzahl und Auflage	3/9.400	2/5.000	8/13.500	2/5.000

9.2.6 Geflüchtete zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung ausbilden (Zieldimension 9)

Geflüchtete verfügen über Qualifikationen aufgrund ihres Engagements in ihren Herkunftsländern, die anschlussfähig für die Ausbildung zur Trainerin/zum Trainer für politische Teilhabe und politische Bildung sind. Im Sinne von Learning-by-doing sind sie zu qualifizieren, um selbst als Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter der politischen Bildung aktiv werden zu können. Dies ermöglicht auch neue Zugänge zu den Zielgruppen und „Übersetzungsarbeit“ im unmittelbaren aber auch im übertragenen Sinne. Die neu ausgebildeten Trainerinnen und Trainer sollen auch bei den neu zu schaffenden Modulen zur politischen Teilhabe zum Einsatz kommen.

Geflüchtete zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung ausbilden (Zieldimension 9)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Fortbildungen	Teilnehmende der Fortbildungen insgesamt	10	20
	davon Frauen	50%	50%

9.2.7 Trainingsmodule zur politischen Teilhabe in die Berliner Sprachkurse integrieren (Zieldimension 12) (siehe auch 4.9.6.)

Mit den Berliner Sprachkursen wird ein großer Prozentsatz der Geflüchteten erreicht. Wenn die Förderung der politischen Teilhabe eine breite Wirkung entfalten soll, ist es sinnvoll, diese an die Sprachkurse anzugliedern. Die Trainingsmodule sollten aber einer anderen Didaktik folgen als das Sprachlernen; Die Themenauswahl sollte in Absprache mit den Lernenden erfolgen, aktivierende Methoden eingesetzt werden, ergänzt durch Exkursionen an (historische) Lernorte in Berlin etc. Als Trainerinnen und Trainer sollten vor allem entsprechend ausgebildete Menschen mit Fluchterfahrung zum Einsatz kommen. Als Handreichungen zur Unterstützung der Trainerinnen und Trainer müssen Module auf unterschiedlichen Sprachniveaus zu unterschiedlichen Themen erstellt werden. Der zeitliche Umfang der Module zur politischen Teilhabe sollte etwa ein Zehntel der Sprachlernzeiten umfassen.

Bildungsangebot „Politische Teilhabe“

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Durchführung von Modulen zu Stärkung der politischen Teilhabe von Geflüchteten im Rahmen der Berliner Sprachkurse	Anzahl an angebotenen Modulen		
	Anzahl an teilnehmenden Personen		
	davon Frauen		

9.2.8 Qualifizierung von Sprachlehrkräften (Zieldimension 13) (siehe auch 4.9.7. und 4.9.9.)

Die Berliner Volkshochschulen haben in Kooperation mit Partnerinnen und Partnern Lehrwerke erarbeitet, die Sprachlernen mit Fragen der politischen Orientierung und politischen Teilhabe verbinden. Diese Materialien sind kontinuierlich zu ergänzen. Gleichzeitig ist es notwendig, die Sprachlehrkräfte im Gebrauch der neuen Lehrwerke und den damit verbundenen erweiterten Themenfeldern vertraut zu machen. Zugleich sind die Sprachlehrkräfte wichtige Ansprechpersonen für Geflüchtete, sie begleiten diese über mehrere Monate in ihrem Prozess der Integration und Teilhabe. Auch für diese Aufgabe sind die Lehrkräfte zu qualifizieren. Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung kann die VHS bei der Durchführung insbesondere zu Fragen der politischen Teilhabe unterstützen.

Qualifizierung von Sprachlehrkräften (Zieldimension 13)

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Qualifizierung der Lehrkräfte an VHS	Anzahl an Fortbildungen	4	
	Anzahl an teilnehmenden Lehrkräfte	30	
	davon Frauen		
Erarbeitung und Anwendung von zusätzlichen Lehrmaterialien	Anzahl an Lehrmaterialien	1	
	Anzahl an Modulen, in denen die Lehrmaterialien genutzt wurden		

9.2.9 Seminarangebote für Geflüchtete (Zieldimension 14)

In Seminaren für Geflüchtete sollen Kenntnisse über das politische System Deutschlands und Berlins vermittelt werden. Erfahrungen liegen seit 2015 mit den „Demokratiemodulen für Neuzuwanderer“ der Berliner Landeszentrale für politische Bildung vor. Geflüchtete werden ermutigt, in politischen Fragen eigene Haltungen und Positionen zu entwickeln und im geschützten Rahmen einer Fortbildung mit anderen zu diskutieren. Im Sinne von Empowerment sollen die Teilnehmenden in die Lage versetzt werden, ihre Anliegen und Interessen z. B. bei Elternabenden, Stadtteilversammlungen und politischen Debatten einzubringen.

Seminarangebote für Geflüchtete (Zieldimension 14)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Fortbildungen	Teilnehmende der Fortbildungen insgesamt	400	300	200	200

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
	davon Frauen	20%	20%	40%	40%

9.2.10 Mentoringprojekte für Frauen (Zieldimension 15)

Durch die Vermittlung von Mentorinnen werden geflüchteten Frauen Ansprechpartnerinnen und Wegweiserinnen z. B. für Bildungswege bzw. Berufswegplanung für die Bewältigung von Alltagsfragen an die Seite gestellt. Die Mentorinnen sind dabei in den Berufsfeldern tätig, in denen die geflüchteten Frauen Fuß fassen wollen. In der Gesprächssituation Mentorin-Mentee werden dabei auch Fragen des Alltags und der Vertretung eigener Interessen thematisiert.

Mentoringprojekte für Frauen (Zieldimension 15)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Unterstützung von Frauen mit Fluchterfahrung	Zahl der Teilnehmerinnen		

9.2.11 Auseinandersetzung mit antisemitischer Propaganda in den Herkunftsländern (Zieldimension 16)

Geflüchtete, insbesondere aus arabischen Herkunftsländern, zeigen häufig eine hohe Zustimmung zu antisemitischen Stereotypen. Es ist davon auszugehen, dass dies in erheblichem Maße darauf zurückgeführt werden kann, dass der Antisemitismus in ihren Herkunftsländern Staatsdoktrin ist und von frühester Kindheit an auch über das staatliche Erziehungs- und Bildungssystem vermittelt wird. Zugleich kann die Bereitschaft festgestellt werden, sich (selbst-)kritisch mit den Folgen dieser Indoktrination auseinanderzusetzen. Hierzu sind Angebote zu entwickeln, die nicht die Einstellung von Geflüchteten sondern die Ideologie des Antisemitismus zum Gegenstand machen.

Auseinandersetzung mit antisemitischer Propaganda in den Herkunftsländer (Zieldimension 16)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Fortbildungen	Teilnehmende der Fortbildung insgesamt		30
	davon Frauen		40%

9.2.12 Begegnungen zwischen Politik und Geflüchteten schaffen (Zieldimension 19)

Viele Geflüchtete kommen aus Ländern, wo der öffentliche demokratische Austausch mit Politikerinnen und Politikern nicht zum Standard gehört. Die Erfahrung, in einen gleichberechtigten Meinungsaustausch gehen zu können und im offenen Gespräch mit den eigenen Anliegen Gehör zu finden, kann demokratische Einstellungen stärken und zur politischen Teilhabe motivieren. Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung kann solche Orte der Begegnung und des Austauschs zwischen Politik und Geflüchteten schaffen und unterstützen.

Begegnungen zwischen Politik und Geflüchteten schaffen (Zieldimension 19)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
		2018	2019
Begegnungsprojekte	Anzahl der Begegnungen		
	Teilnehmende der Begegnungen		
	davon Frauen		

B Querschnittsthemen

1 Querschnittsthema Frauen

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Wie bereits dargestellt sind Maßnahmen in allen Handlungsfeldern des Gesamtkonzepts auch für geflüchtete Frauen relevant. Daher sind bei allen Maßnahmen, die sich auch an Frauen richten, genderspezifische Daten zu erheben, die Aufschluss darüber geben können, ob die Maßnahme geflüchtete Frauen erfolgreich einbezieht. Die Erhebung und Auswertung der Daten soll durch die jeweils umsetzende Senatsverwaltung in Bezug auf die in den jeweiligen Handlungsfeldern formulierten Ober- und Teilziele erfolgen.

Darüber hinaus wird von der für Frauen zuständigen Senatsverwaltung folgende Auswertung vorgenommen:

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Geflüchtete Frauen nehmen gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teil	<ol style="list-style-type: none"> 1. Behörden berücksichtigen in ihrem Handeln die spezifische Situation und die besonderen Belange geflüchteter Frauen 2. Geflüchtete Frauen kennen die regulären Angebote im Bereich des Versorgungs-, Gesundheits- und Bildungswesens und nehmen sie in Anspruch 3. Geflüchtete Frauen kennen und nutzen die berlinweiten und sozialräumlichen Partizipationsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote 	Ergebnisse einer begrenzten Befragung von Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern	k. A.	

Der vermutete Wirkungszusammenhang des Indikators „Ergebnisse einer begrenzten Befragung von Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern“ besteht darin, dass diese aufgrund ihrer Tätigkeit in der Beratung geflüchteter Frauen einschätzen können, inwiefern die o. g. Teilziele erreicht werden. Die Teilziele geben Aufschluss darüber, inwiefern geflüchtete Frauen an verschiedenen Lebensbereichen teilhaben.

Zur Bestimmung der Anzahl in Berlin lebender geflüchteter Frauen greift die für Frauen zuständige Senatsverwaltung auf Angaben anderer Behörden zurück. Da diese jeweils Personen in ihrem Zuständigkeitsbereich nach eigenen Kriterien erfassen und die vorhandenen Daten stets nur die Situation zum Zeitpunkt der Abfrage abbilden, ist eine verbindliche Aussage zur Gesamtzahl geflüchteter Frauen in Berlin nicht möglich.

1.1 Fortbildungen für Mitarbeitende in Unterkünften für Geflüchtete

Zur Stärkung der Handlungskompetenz der Mitarbeitenden in den Unterkünften bei Gewalt gegen geflüchtete Frauen und LSBTI werden 2018 Fortbildungen zur im Rahmen des Masterplans Integration und Sicherheit entwickelten Handreichung „Was tun bei Gewalt gegen geflüchtete Frauen und LSBTI in den Unterkünften“ durchgeführt. Sie setzen das seit 2016 bei BIG e. V. angesiedelte Fortbildungsangebot zu häuslicher und sexualisierter Gewalt fort und erweitern es um die Thematik der homo- oder transphob-motivierten Gewalt. Die Fortbildungen werden in Kooperation mit anderen Projekten durchgeführt. Mitarbeitende werden über ihre Handlungsmöglichkeiten zur Prävention, bei subakuter und akuter Gewalt, sowie die Unterstützungsstruktur in Berlin informiert.

Darüber hinaus werden von Solwodi Berlin e. V. Fortbildungen zur Information und Sensibilisierung von Mitarbeitenden in den Unterkünften zum Thema Menschenhandel im Kontext von Flucht durchgeführt.

Fortbildungen für Mitarbeitende in Unterkünften für Geflüchtete

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung

Maßnahme Nr. 8.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Mitarbeitende in den Unterkünften sind zum Thema (häusliche/sexualisierte) Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen LSBTI sensibilisiert Mitarbeitende in Unterkünften sind zum Thema Menschenhandel sensibilisiert	Anzahl von Fortbildungen zu (häuslicher/sexualisierter) Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen LSBTI für Mitarbeitende in den Unterkünften	4	18	20	
	Anzahl der teilnehmenden Mitarbeitenden an den Fortbildungen zu (häuslicher/sexualisierter) Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen LSBTI in den Unterkünften	52	244	250	
	Anzahl der Unterkünfte, in denen Fortbildungen für Mitarbeitende zu (häuslicher/sexualisierter) Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen LSBTI durchgeführt wurden	8	35	20	
	Anzahl von Fortbildungen zu Menschenhandel (2016: 1 Projekt, 2017 2 Projekte, 2018 1 Projekt)	1	9	4	

1.2 Verbesserung des Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung

In Umsetzung des Teilziels 2 (Geflüchtete Frauen kennen die regulären Angebote im Bereich des Versorgungs-, Gesundheits- und Bildungswesens und nehmen sie in Anspruch) finanziert die für Frauen zuständige Senatsverwaltung drei Projekte im Bereich der gesundheitlichen Versorgung geflüchteter Frauen. Die Projekte setzen ihren Fokus insbesondere auf das Thema Schwangerschaft, Familienplanung und reproduktive Gesundheit.

Das Projekt „Gesundheitliche Versorgung geflüchteter Frauen verbessern“ (Familienplanungszentrum Balance) setzt sich zum Ziel, eine Brückenfunktion zwischen den Bewohnerinnen in den Unterkünften für Geflüchtete und den Regeldiensten der Gesundheitsversorgung zu erfüllen. Damit sollen Versorgungslücken identifiziert und nach Möglichkeit geschlossen, Zugangsbarrieren zu gesundheitlichen Leistungen abgebaut und eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung ermöglicht werden.

Zentrales Element ist dabei die Informationsvermittlung und Beratung von geflüchteten Frauen im Sinne eines umfassenden Gesundheitsverständnisses. Dazu werden kultursensible themenspezifische Gruppenangebote und Einzel- und Gruppenberatungen bzw. offene Sprechstunden zu sexueller (reproduktiver) Frauengesundheit, der psychischen Gesundheit, der allgemeinen Gesundheitsversorgung und zum hiesigen Gesundheitssystem durchgeführt. Dabei werden Themen wie Familienplanung, Verhütung und Schwangerschaft, Partnerschaft, sexuelle Selbstbestimmung, Gewaltschutz oder der Umgang mit traumatischen Erfahrungen angesprochen. Die Mitarbeiterinnen (eine Sozialarbeiterin und eine Psychologin) vermitteln bei Bedarf an relevante Anlaufstellen im Gesundheitssystem und im Hilfesystem für Geflüchtete, bieten Fachgespräche für Mitarbeitende in den Unterkünften an und vernetzen sich aktiv mit anderen Trägern.

Verbesserung des Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Geflüchtete Frauen haben besseren Zugang zur gesundheitlichen Versorgung	Anzahl der Gruppenberatungen	52	199	200	
	Anzahl von Einzel-, Paar- oder Familienberatungen	85	126	120	
Geflüchtete Frauen sind in ihrer Selbstwirksamkeit bezüglich ihrer (reproduktiven) Gesundheit und der Familienplanung gestärkt	Anzahl der beratenen Frauen	305	785	750	
	Anzahl der Unterkünfte, in denen Angebote durchgeführt wurden	5	15	15	
	Anzahl der Workshops zu Familienplanung (ab 07/2017)		20	45	
	Anzahl der Workshop-Teilnehmerinnen (ab 07/2017)		115	350	
Mütter und ihre Neugeborenen werden durch Ausgabe von Taschen mit einer	Anzahl der Einzel- oder Paarberatungen zu Familienplanung (ab 07/2017)		89	210	

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Erstausrüstung unterstützt („Welcome Baby Bags“)	Anzahl der zu Familienplanung beratenen Frauen (ab 07/2017)		89	210	
	Anzahl der abgeholten „Welcome Baby Bags“	115	686	680	
	Anzahl der angeforderten „Welcome Baby Bags“	111	838	840	
	Gesamtzahl der Spenderinnen und Spender für „Welcome Baby Bags“	81	504	500	

Im Projekt „Child Spacing“ (Lila Offensive e. V./Frauenkreise) werden Workshops zum Thema Familienplanung und Frauengesundheit für geflüchtete Frauen muslimischen Glaubens angeboten. Begleitend finden individuelle oder Paarberatungen statt. Das Projekt zeichnet sich dadurch aus, dass die Workshops und Beratung von geflüchteten Frauen umgesetzt werden, womit eine niedrigschwellige und wertschätzende Begegnung auf Augenhöhe möglich wird. Das Projekt stellt damit sowohl für die Teilnehmerinnen als auch für die Beraterinnen selbst einen wichtigen Schritt hin zu Selbstbestimmung und Integration dar.

Im Projekt „Welcome Baby Bags“ (Evas Arche e. V.) werden Taschen mit einer Erstausrüstung für Neugeborene und Wöchnerinnen ausgegeben. Die Sachspenden stammen von Einzelpersonen oder Kooperationspartnerinnen und -partnern aus der Wirtschaft und werden von Ehrenamtlichen sortiert, in Taschen gepackt und ausgegeben. Anfragen kommen insbesondere aus Gemeinschaftsunterkünften, Beratungsstellen, Krankenhäusern oder von ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern. Die Nachfrage ist weiterhin groß, da die Taschen unbürokratisch und zeitnah zur Verfügung gestellt werden können und eine Erstausrüstung für die erste Zeit nach der Geburt aufgrund fehlender Informationen oder komplizierter Antragsverfahren häufig nicht vorhanden ist.

1.3 Unterstützung geflüchteter Frauen beim Spracherwerb

Der Schwerpunkt der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen liegt in der Überwindung wesentlicher Hindernisse bei der gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe. Die Investitionen in den Ausbau des Spracherwerbs sowie die Erhöhung von Lernchancen geflüchteter Frauen eröffnen den Zugang zur Teilhabe und bieten Chancen zur Arbeitsmarktintegration.

Die für Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung unterstützt den Ausbau von Sprachkursangeboten für geflüchtete Frauen in passgenauer Angebotsform. 2017 konnten in Anlehnung an eine durchgeführte Bedarfsabfrage in den Unterkünften (2016) insgesamt 15 VHS-Frauensprachkurse sowie fünf Frauensprachkurse (EJF gAG) mit Kinderbeaufsichtigung in Unterkünften in Zusammenarbeit mit der VHS-Geschäftsstelle-Integration, VHS-Programmbereichsleitungen und den jeweiligen Unterkunftsleitungen umgesetzt werden (siehe Darstellung der Basissprachkurse der VHS im Kapitel A.4.9.1). Um das frauenspezifische Sprachkursangebot zu verstärken, wurden 2017 zusätzliche sieben Sprachkurse in frauenspezifischen Einrichtungen (Flotte Lotte e. V., FCZB e. V., Elisi Evi e. V., BOX 66, Fokus Plus gGmbH) über Mittel des Masterplans Integration und Sicherheit

gefördert. Mit dem Sprachkursangebot wurden ca. 320 Frauen mit Fluchthintergrund erreicht und ca. 260 Kinder in den Lernzeiten beaufsichtigt.

Der Zugang von geflüchteten Frauen zu Bildung und Qualifikation gelingt nur über eine verstärkte passgenaue Erreichbarkeit dieser Zielgruppe. Es ist daher erforderlich, diejenigen der weiblichen Geflüchteten, die überwiegend aus traditionell orientierten Familienstrukturen kommen, intensiver über die Berufs-, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland zu beraten und über ihre Chancen zu informieren.

Die Umsetzungsergebnisse der Sprachkurse mit Kinderbeaufsichtigung in den Lernzeiten weisen auf die positive Annahme des Angebots durch die Zielgruppe hin. Deshalb werden 2018 weiterhin passgenaue Sprachkurse mit Kinderbeaufsichtigung in Unterkünften, Familienzentren oder sonstigen Orten fortgeführt, sowie zeitnah funktionierende Sprachketten und systematische Anschlusskurse in Kooperation mit der VHS-Geschäftsstelle Integration umgesetzt. Diese Kurse richten sich vor allem an Frauen mit geringen Sprachkenntnissen oder unzureichender Alphabetisierung sowie an die Frauen, die bereits Sprachkenntnisse erworben haben und ihre Sprachkompetenzen erweitern wollen.

Unterstützung geflüchteter Frauen beim Spracherwerb

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung

Maßnahme Nr. 6.1.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte ⁵⁴	
		2016	2017	2018	2019
Begleitende Kinderbeaufsichtigung in den Lernzeiten zur Unterstützung des Spracherwerbs geflüchteter Frauen	Anzahl von Sprachkursen mit Kinderbeaufsichtigung	5	27	ca. 33	
	Anzahl teilnehmender Frauen	35 Frauen (zusätzlich ca. 200 Frauen mit unregelmäßiger Teilnahme)	ca. 320	ca. 350	
	Anzahl beaufsichtigter Kinder	126	260	ca. 260	

⁵⁴ Schätzwert (aufgrund höherer Nachfrage nach Sprachkursen mit Kinderbeaufsichtigung).

1.4 Mobile Bildungsberatung für geflüchtete Frauen

(MoBiBe speziell für geflüchtete Frauen über Frauenbildungsberatungseinrichtungen)

Im Rahmen des Fachkonzeptes Mobile Bildungsberatung (MoBiBe)⁵⁵ werden seit 2016 aus Mitteln der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung von 34 MoBiBes insgesamt vier mehrsprachige mobile Bildungsberaterinnen, angesiedelt bei Frauenbildungsträgern (Inpäd e. V./ Marie e. V./ Frauenzukunft e. V./ KOBRA), für die Beratung und zum Zweck der verstärkten Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen gefördert. Die Arbeit aller Mobilen Bildungsberaterinnen und -berater erfolgt auf der Grundlage eines abgestimmten Fachkonzeptes der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung.

Beratungen finden mobil an unterschiedlichen Orten statt (z. B. Unterkünfte, Sprachkurse, WiA-Büros, Familienzentren usw.). Der Beratungsansatz mobiler Beraterinnen für geflüchtete Frauen ist gendersensibel und lösungsorientiert ausgerichtet und setzt einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung und Gewinnung geflüchteter Frauen für Bildungs-, berufliche und arbeitsmarktorientierte Maßnahmen. Die besondere Situation der Frauen, die tradierten Lebensgewohnheiten, die überwiegend alleinige Verantwortung für die Kinderbeaufsichtigung, lassen wenig Zeit und Raum für die Annahme von bildungs- und integrationsförderlichen Angeboten. Hier bedarf es eines intensiven Beratungsangebots mit der Bestärkung für berufliche Entwicklungschancen geflüchteter Frauen.

Schwerpunkte bestehen daher im Aufbau beruflicher Perspektiven für geflüchtete Frauen und die Schaffung eines gerechten Zugangs zur Bildung und Arbeit. Die Mobile Bildungsberatung der Frauenbildungsberatungsträger fokussiert sich auf die individuellen Lebenslagen und Bildungsvoraussetzungen sowie Berufsvorstellungen in Bezug zur Familiensituation und den realen Bildungs- und Lebensvoraussetzungen der Frauen.

Die Zahl der Folgeberatungen bei Frauen steigt kontinuierlich an und bestätigt die Tendenz, Frauen längerfristig beratend zu begleiten. Die Frauen haben i.d.R. keine Vorstellung über das Berufsbildungssystem in Deutschland, die Länge von Bildungswegen bzw. die Bedeutung der Vorstellung eines lebenslangen Lernens für die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt. Die Beratungen gestalten sich insgesamt komplexer und differenzierter.

Im Jahr 2017 wurde deutlich, dass sich die Sprachkenntnisse (A1 bis B2/C1) der Beratenen noch wesentlich unterscheiden. Die Frauen, die zur Beratung kommen, sind aktiv, nehmen an Deutschkursen teil, haben teilweise schon Praktika gemacht oder sind auf der Suche nach einem Praktikum, um ihre Wunschberufe auszutesten und ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Es sind deutliche Fortschritte erkennbar, dennoch sind die Hürden auf dem Weg in den Arbeitsmarkt noch sehr hoch.

⁵⁵ Die Mobile Bildungsberatung wird auch im Handlungsfeld „Arbeitsmarktintegration, Erwerbsleben und Ausbildung Geflüchteter“ (Kapitel A.5.7) sowie im Handlungsfeld Bildung (A.4.9.5) dargestellt.

Mobile Bildungsberatung für geflüchtete Frauen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung (Finanzierung durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung Arbeit)

Maßnahme Nr. 7.3.2 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte ⁵⁶	
		2016	2017	2018	2019
Geflüchtete Frauen sind über Möglichkeiten der beruflichen Integration in Deutschland, arbeits- und bildungsmarktpolitische sowie gleichstellungsbezogene Themen informiert	Anzahl der erreichten Frauen (individuelle Beratung)	193 TN in Erstberatung insgesamt 246 in Folgeberatung	255 TN in Erstberatung insgesamt 458 in Folgeberatung	250	
	Anzahl der Folgeberatungen (individuelle Beratung)	53	203	320	
	Anzahl von Infoveranstaltungen und Teilnehmenden	136 erreichte Frauen in 15 Infoveranstaltungen	534 erreichte Frauen in 47 Infoveranstaltungen	480	
	Anzahl von Gruppenberatungen/ Teilnehmenden	349 TN in 35 Gruppen	336 TN in 40 Gruppen	350	
Gesamt:		731	1.328	1.400	

Ergänzend zur Beratungsdokumentation in CASIAN werden Beratungsleistungen z. B. bestehender Kontakte über die Ratsuchenden zunehmend auch digital durchgeführt (WhatsApp, Vereinbarungen, Informationen, Navigationsthemen u. vgl.). Hintergrund: Beratungswunsch kann mündlich in der Herkunftssprache formuliert werden (insbesondere für Geflüchtete mit geringer Alphabetisierung notwendig), darüber hinaus erfolgen Kooperations- und Netzwerkarbeiten etc.

1.5 Unterstützung der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen

Zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen fördert die für Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung zwei Projekte im Bereich der Bildungsberatung und der Förderung von Medien-/IT- und Sprachkompetenzen.

Der Träger TIO e. V. bietet seit 2016 eine dauerhafte muttersprachliche Bildungsberatung, um Frauen auf ihrem Weg in die berufliche Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Das am 01.11.2016 gestartete Modellprojekt „Digital Empowerment and Information Access for Refugee Women“ des Frauencomputerzentrums Berlin (FCZB) richtet sich an geflüchtete Frauen in Berlin, unabhängig vom Herkunftsland bzw. der Bleibeperspektive. Das Modellprojekt mit dem Ansatz, modulare Zugänge für digitale Basis-Medien-/IT-Technik mit

⁵⁶ Schätzwert (aufgrund einer höheren Beratungsnachfrage nach Folgekonsultationen).

dem Erwerb von Sprachkompetenzen zu verbinden, wird auch weiterhin stark nachgefragt und 2018 fortgesetzt.

Das modulare, zeitlich und inhaltlich flexible Angebot nimmt sich der Heterogenität geflüchteter Frauen (z. B. Bildungsvoraussetzungen, berufliche Vorerfahrungen, familiäre Verpflichtungen etc.) an. Die Maßnahme unterstützt Mobilitätsprozesse, die Erhöhung der Sprachkompetenzen und IT-Kenntnisse jeweils mit entsprechender Kinderbeaufsichtigung während der Lernzeiten. Die Angebote finden im FCZB und in zwei ausgewählten Unterkünften statt und erfordern hinsichtlich der differenzierten Angebote für die Zielgruppe erhebliche Anstrengungen von Seiten aller Akteurinnen und Akteure. So werden, um die hohe Anzahl von Frauen mit gesundheitlichen Problemen einzubeziehen, Beratungsstellen für Frauengesundheit und Gesundheitszentren für die psychosoziale und interkulturelle Beratung teilweise in die Qualifizierung eingebunden.

Förderung der Medien-/IT- und Sprachkompetenzen geflüchteter Frauen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung

Maßnahme Nr. 7.0 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016*	2017*	2018 ^{57*}	2019
Geflüchtete Frauen haben Zugang zu technischer Infrastruktur, erwerben Basis IT- und Medienkompetenzen und sind in ihrer Handlungskompetenz gestärkt	Medientraining mit Beratung im FCZB/Teilnehmende		130	150	
	Trainingsangebote (zwei Unterkünfte)/Teilnehmende	24	76	80	
	Exkursionen/Teilnehmende	16	132	150	
Geflüchtete Frauen sind als Multiplikatorinnen qualifiziert	Multiplikatorinnen-Training/Teilnehmende		4	4	
	Anzahl beaufsichtigter Kinder	10	20	25	

*Daten beziehen sich auf das Projekt „Digital Empowerment and Information Access for Refugee Women“

1.6 WOMEN'S WELCOME BRIDGE – Vernetzungs- und Austauschplattform für Frauen

Mit WOMEN'S WELCOME BRIDGE⁵⁸ hat die für Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung Ende des Jahres 2016 ein Projekt von Frauen für Frauen geschaffen. Träger des Projekts ist der Verein Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V.

Die Idee von WOMEN'S WELCOME BRIDGE ist es, geflüchtete Frauen durch ein niedrigschwelliges Angebot mit ehrenamtlich engagierten Frauen und Fraueninitiativen

⁵⁷ Schätzwert (Nachfragepotenziale geflüchteter Frauen erhöht).

⁵⁸ <https://www.womens-welcome-bridge.de/>

zusammenzubringen. Die Webseite WOMEN'S WELCOME BRIDGE, die in sechs Sprachen verfügbar ist, funktioniert wie ein digitales Schwarzes Brett, auf dem Angebote und Gesuche eingestellt werden können. Die Angebote und Gesuche sind dabei sehr vielseitig. Es finden sich Sprachtandems, gemeinsame Freizeitaktivitäten werden geplant oder die Frauen suchen gemeinsam ein Beratungsangebot auf. Ziel ist es, dass Frauen in Kontakt miteinander kommen, sich unterstützen und geflüchteten Frauen neue Chancen eröffnet werden, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

WWB will dabei unterstützen, Integration durch Partizipation zu ermöglichen. Hierfür gibt es für Berlin, aber auch für Deutschland insgesamt einen besonderen Bedarf – vor allem für geflüchtete Frauen, die häufig durch Angebote nicht erreicht werden. Um geflüchtete Frauen gezielter erreichen zu können, ist es essentiell, bereits bestehende Partizipationsmöglichkeiten für Frauen sichtbar zu machen, dafür zu werben und damit auch Lücken aufzudecken. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure. Frauen einen Raum zu geben, in dem sie sich austauschen können und Informationen erhalten, die ihnen bei der Integration helfen, ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Partizipation.

Vernetzungs- und Austauschplattform für Frauen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikator	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Geflüchtete und nicht-geflüchtete Frauen sind vernetzt und unterstützen sich gegenseitig durch ihre Fähigkeiten und Kenntnisse geflüchtete Frauen erhalten Informationen und erfahren neue Partizipationsmöglichkeiten	Anzahl der Nutzerinnen der Webseite	51	319	400	

1.7 Allgemeine Beratungsangebote für geflüchtete Frauen

In Umsetzung des Teilziels 3 (Geflüchtete Frauen kennen und nutzen die berlinweiten und sozialräumlichen Partizipationsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote) finanziert die für Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung die Projekte HINBUN und Al Nadi zur Beratung geflüchteter Frauen, die ein breites Themenspektrum abdecken. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten zu verschiedenen Aspekten der Alltagsbewältigung (Familie und Gesundheit, Wohnen, leistungs- und aufenthaltsrechtliche Fragen, Bildung und Arbeitsmarkt usw.). Ein weiterer, zunehmend wichtiger Bereich ist die Beratung zu den Themenkomplexen Gewalt und Diskriminierung. Voraussetzungen für den Erfolg der Angebote sind eine niedrigschwellige Herangehensweise, z. B. offene Beratungsangebote in Gruppen und kompetente Sprachmittlung.

Das breite Beratungs- und Unterstützungsangebot dient einer besseren Orientierung und Alltagsbewältigung sowie der psychosozialen Stabilisierung der Frauen und ihrer Kinder. Ziel ist die Stärkung der Frauen in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Selbstwirksamkeit und die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, die ihnen die selbständige, gleichberechtigte und eigenverantwortliche Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

Allgemeine Beratungsangebote für geflüchtete Frauen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung, Maßnahme Nr. 2.2.3 bzw. 8.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte*	
		2016	2017	2018	2019
Geflüchtete Frauen sind in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt, können sich besser orientieren, den Alltag besser bewältigen und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil	Anzahl der Angebote bzw. Aktivitäten (individuelle und Gruppenberatungen, Freizeitaktivitäten, Themencafés)	503	2.900	500	
	Anzahl der beratenen Frauen bzw. Teilnehmerinnen	316	3.171	150	

*Zielwert 2018 niedriger, da aufgrund nicht weiter zur Verfügung stehender Mittel aus dem Masterplan Integration und Sicherheit nur noch zwei Projekte gefördert werden können (2016/2017 neun Projekte)

1.8 Geschützte Unterbringung für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen

Zur adäquaten Unterbringung für von häuslicher Gewalt betroffene geflüchtete Frauen werden im Jahr 2018 mehrere Maßnahmen aus 2016/2017 fortgesetzt. Zum einen werden weiterhin vier zusätzliche Frauenhausplätze für akut gewaltbetroffene Frauen im 2. Frauenhaus bereitgestellt. Zudem werden weiterhin Mittel für drei zusätzliche Wohnungen im Projekt NeuRaum (Träger: Caritas) zur Verfügung gestellt. Frauen, die nach dem Aufenthalt im Frauenhaus weiteren Unterstützungsbedarf haben und über keinen eigenen Wohnraum verfügen, können dort untergebracht werden.

Eine weitere Maßnahme in diesem Bereich ist das Projekt „Casamia Trägerwohnungen“ der Interkulturellen Initiative e. V. Das Projekt richtet sich an von häuslicher Gewalt betroffene geflüchtete Frauen und ihre Kinder, die nach einem Aufenthalt im Frauenhaus noch längerfristig weiteren Unterstützungsbedarf haben. Ziel ist es, die Frauen nach dem Aufenthalt in einem Frauenhaus durch selbständiges Wohnen in einer durch den Träger angemieteten und betreuten Wohnung darin zu unterstützen, sich in ihrer Lebenssituation zu orientieren, neue Perspektiven zu entwickeln und sich in dem bestehenden Hilfesystem zurechtzufinden.

Der Träger hat insgesamt 14 Wohnungen angemietet, die aufgrund ihrer Größe gut für die Unterbringung von Frauen mit vielen Kindern geeignet sind. Ein Teil der Wohnungen ist barrierefrei, dort sind Frauen mit entsprechendem Bedarf untergebracht. Die Frauen können Beratungs- und Unterstützungsangebote der Sozialarbeiterin und Erzieherin im Projekt, sowie weitere Angebote im Bezirk in Anspruch nehmen.

Durch die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen mit vielen Kindern bzw. Frauen mit Behinderungen wird ein Angebot für eine Zielgruppe bereitgestellt, die häufig mehr Schwierigkeiten als andere Geflüchtete hat, Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden. Das Angebot ist für sie deshalb von großer Bedeutung.

Mietwohnungen mit Betreuung für schutzbedürftige geflüchtete Frauen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung, Maßnahme Nr. 2.2.3 bzw. 8.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte*		ggf. Zielwerte*	
		2016	2017	2018	2019
Gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder werden nach dem Aufenthalt im Frauenhaus geschützt untergebracht, bei der Entwicklung von Perspektiven und der Aktivierung ihrer Ressourcen unterstützt	Anzahl der durchgeführten individuellen Beratungen/Begleitungen	131	1.141	900	
	Anzahl der durchgeführten Gruppenangebote	4	27	25	
	Anzahl der untergebrachten Frauen	18	22	20	
	Anzahl der untergebrachten Kinder	31	34	34	

*Daten beziehen sich auf das Projekt (Casamia).

1.9 Mobile Beratungsangebote für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen

Die Schaffung mobiler Beratungsangebote für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen ist eine zentrale Maßnahme der für Gleichstellung zuständigen Senatsverwaltung zur Unterstützung geflüchteter Frauen.

Um dem z. T. recht hohen Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei sexualisierter und häuslicher Gewalt in Unterkünften zu begegnen, werden mobile psychosoziale Beratungsangebote bei BIG e. V. (Mobile Intervention bei häuslicher Gewalt), Frauentreffpunkt (mobile Beratung bei häuslicher Gewalt) und LARA e. V. (Mobile Beratung bei sexualisierter Gewalt) umgesetzt. Ziel ist es, geflüchteten Frauen einen niedrigschwelligen Zugang zum Hilfesystem zu eröffnen, sie zu ihren Rechten und Handlungsmöglichkeiten zu beraten und bei den erforderlichen Schritten zu begleiten. Das Beratungsangebot umfasst allgemeine Erstberatung zu den akuten Fragen und Problemen der Frauen, Informationen über Hilfsangebote (z. B. geschützte Unterbringung), mögliche polizeiliche und rechtliche Maßnahmen. Hierbei spielen auch asyl- und aufenthaltsrechtliche Aspekte eine wichtige Rolle, da die Sorge um aufenthaltsrechtliche Nachteile es Frauen erschweren kann, sich aus einer von Gewalt geprägten Beziehung zu lösen. Nach einer Erstberatung können Frauen auch längerfristig durch die Projekte unterstützt werden, z. B. durch Begleitung zu Behörden, Rechtsberatung, Polizei, Gerichten, gesundheitlicher Versorgung, bei der psychosozialen Stabilisierung oder der Klärung der Situation der Kinder.

Neben individueller Unterstützung nach konkreten Gewaltsituationen werden auch Informationsveranstaltungen bzw. regelmäßige Treffen in Gruppen angeboten. Die Beratungen (mit Sprachmittlung oder durch muttersprachliche Mitarbeiterinnen) finden sowohl in den Unterkünften als auch in den Räumlichkeiten der Träger statt.

Mobile Beratungsangebote für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung, Maßnahme Nr. 8.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
Gewaltbetroffene geflüchtete Frauen sind durch persönliche Ansprache über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten zum Schutz vor Gewalt informiert und finden Zugang zum Hilfesystem	Anzahl der Angebote bzw. Aktivitäten (individuelle Beratungen/Begleitungen, Gruppenangebote)	414	2.037	1.800	
	Anzahl der beratenen Frauen bzw. Teilnehmerinnen	497	2.052	1.800	

1.10 Weitere Maßnahmen zur Stärkung des Hilfesystems für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen

Um das Hilfesystem bei Gewalt gegen Frauen bei der Beratung geflüchteter Frauen zu unterstützen, werden 2018 in Fortsetzung der Maßnahmen aus 2016/2017 Beratungskapazitäten einzelner Träger aufgestockt und Mittel für Sprachmittlung bereitgestellt.

Für die Beratung von geflüchteten Frauen, die von Menschenhandel betroffen sind, wird die 2017 begonnene Maßnahme bei Solwodi Berlin e. V. fortgesetzt. Frauen werden in ihren Asylverfahren unterstützt, in der Bearbeitung ihrer teilweise traumatischen Erfahrungen psychosozial beraten und zu verschiedenen Anlaufstellen begleitet. Das Projekt ist eine wichtige Anlaufstelle für betroffene Frauen aber auch für Mitarbeitende in den Unterkünften und Behörden und anderen Einrichtungen.

Für die psychosoziale Beratung geflüchteter Frauen wird die 2016 begonnene Maßnahme beim Frauenkrisentelefon e. V. fortgeführt. Ziel ist eine niedrigschwellige psychosoziale Beratung und Begleitung von geflüchteten Frauen in verschiedenen Lebenslagen und die Durchführung von Informationsveranstaltungen in den Unterkünften. Das Projekt hat sich seit 2016 als wichtige Anlaufstelle für geflüchtete Frauen mit psychosozialen Beratungsbedarf etabliert. Vor dem Hintergrund des oft schwierigen Zugangs zur psychologischen Regelversorgung stellt es ein wichtiges Angebot dar.

Eine zentrale Maßnahme zur Stärkung des Hilfesystems bei Gewalt gegen Frauen ist die Bereitstellung von Mitteln für Sprachmittlung bei der Beratung gewaltbetroffener geflüchteter Frauen. Dadurch wird gewaltbetroffenen geflüchteten Frauen der Zugang zu Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen und Fachberatungsstellen bei Gewalt erleichtert. Die Mittel stehen allen Projekten aus dem Anti-Gewalt-Bereich zur Verfügung und können mit geringem bürokratischem Aufwand über BIG e. V. abgerufen werden.

Darüber hinaus wird ein Projekt der Volkssolidarität – Landesverbandes Berlin e. V. zur Durchführung präventiver Arbeit und Beratung für gewaltausübende geflüchtete Männer gefördert. Ziel ist, ein an die Zielgruppe der Geflüchteten orientiertes Beratungskonzept zur Täterarbeit bei häuslicher Gewalt zu entwickeln und geflüchtete Männer in Beratungen zu befähigen, familiäre Konflikte konstruktiv und gewaltfrei zu lösen. Beratungen finden

individuell oder auch gemeinsam mit den Partnerinnen statt. Parallel wird eine Zusammenarbeit mit dem Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen angestrebt, um die Familien gemeinsam zu betreuen.

Weitere Maßnahmen zur Stärkung des Hilfesystems für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung, Maßnahme Nr. 8.5.1 im Masterplan

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte		ggf. Zielwerte	
		2016	2017	2018	2019
<p>Von Menschenhandel betroffene geflüchtete Frauen sind über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten informiert und werden hinsichtlich ihrer psychosozialen Stabilisierung unterstützt</p> <p>Geflüchtete Frauen in verschiedenen Lebenslagen haben niedrigschwelligen Zugang zu psychosozialer Beratung/Begleitung</p> <p>Das Hilfesystem bei Gewalt kann geflüchtete Frauen durch Einsatz von Sprachmittlerinnen besser unterstützen</p> <p>Gewaltausübende geflüchtete Männer, die ihr Verhalten ändern wollen, haben Zugang zu niedrigschwelliger Beratung</p>	Anzahl der Beratungen zu Menschenhandel/Anzahl der Begleitungen (2016: 1 Projekt, 2017 2 Projekte, 2018 1 Projekt)	15	659/ 43	550/40	
	Anzahl zu Menschenhandel beratener Frauen/Anzahl der begleiteten Frauen (2016: 1 Projekt, 2017 2 Projekte, 2018 1 Projekt)	4	62/ 21	35/15	
	Anzahl der psychosozialen Beratungen geflüchteter Frauen	23	124	100	
	Anzahl der beratenen Frauen in der psychosozialen Beratung	15	105	90	
	Anzahl der Informations- und Netzwerkveranstaltungen zur psychosozialen Beratung		30	25	
	Anzahl der Sprachmittlungsstunden, für die Honorare erstattet wurden	30,5	2.316,25	2.000	
	Anzahl der Beratungen von geflüchteten Männern (ab 2017)		97	100	
	Anzahl der beratenen Männer (ab 2017)		26	30	

2 Querschnittsthema unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Beschreibung der Instrumente zur Messung der Umsetzungserfolge

Zur Erfüllung des Ziels, unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die sich in Berlin aufhalten, umfassenden Schutz und Förderung unabhängig von Zugangszahlen zu bieten, ist die Inobhutnahme sicherzustellen. Daher sind zum einen die vorzuhaltenden Unterbringungskapazitäten entsprechend der Verfahrensschritte der Inobhutnahme zu steuern. Zum Controlling dieses Ziels wird die Auslastung der zur Verfügung stehenden Inobhutnahmeplätze über das IT-Fachverfahren ISBJ-UMA ermittelt, sowie zusätzlich die Inobhutnahmeplätze, die mittelfristig zur Verfügung stehen.

Zum anderen sind die gesetzlichen Fristvorgaben einzuhalten, die auf eine möglichst kurze Verfahrensdauer und schnelle Klärung des jugendhilferechtlichen Bedarfs und die rechtliche Vertretung der Jugendlichen abzielen.

Zu den Standards im Clearingverfahren während der Inobhutnahme gehört, dass zeitnah das Erst-Screening durchgeführt wird, dass ein Clearingplatz zur Verfügung steht und dass unverzüglich nach Feststellung der Zuständigkeit Berlins eine Vormundschaft angeregt wird. Zum Controlling werden die Daten über das IT-Fachverfahren ISBJ-UMA ermittelt.

Zu einer verlässlichen und ressortübergreifend geregelten Anschlussunterbringung bei weiterem Bezug der Jugendhilfe gehört eine fristgerechte Anschlussunterbringung in bezirklicher Zuständigkeit. Zum Controlling werden die Daten über das IT-Fachverfahren ISBJ-UMA ermittelt. Zur bedarfsgerechten Anschlussunterbringung bei Entlassung aus einer Einrichtung der Jugendhilfe dient die Anschlussunterbringung über das LAF in besonderen Wohnformen für junge Erwachsene. Diese wird durch den prozentualen Indikator gemessen, der beim LAF ermittelt wird.

Die Anzahl der Patinnen und Paten, die junge volljährige UMF begleiten, wird im Rahmen des Wirksamkeitscontrollings der Maßnahme „Implementierung ehrenamtlicher Einzelvormundschaften“ erhoben.

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
			2018	2019
Unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die in Berlin sind, erhalten Schutz und Förderung, unabhängig von Zugangszahlen	Sicherstellung einer Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter	Auslastung der sofort zur Verfügung stehenden Inobhutnahmeplätze (Anzahl sofort benötigter Inobhutnahmeplätze im Verhältnis zur Anzahl sofort zur Verfügung stehender Inobhutnahmeplätze)		
		Anzahl der zusätzlich mittelfristig (6 – 12 Monate) zur Verfügung stehenden Inobhutnahmeplätze		
	Die Standards im Clearingverfahren sind eingehalten	Erst-Screening mit Sprachmittlung (Anzahl der Fälle, in denen eine Sprachmittlung für ein Erst-Screening innerhalb von drei Werktagen zur Verfügung steht im Verhältnis zur Gesamtzahl Erst-Screenings)		
		Anregung der Bestellung von Vormundschaften beim Familiengericht (Zeitspanne vom Zeitpunkt des dauerhaften Zuständigkeitsbeginns des Landes Berlin bis zur Anregung der Bestellung eines Vormunds)		
		UMF erhalten einen Clearingplatz. (Zeitspanne vom Zeitpunkt des dauerhaften Zuständigkeitsbeginns des Landes Berlin bis zum Erlangen eines Clearingplatzes)		

Oberziel(e)	Teilziele	Indikatoren	ggf. Zielwerte	
	Nach der Volljährigkeit junger UMF sind diese im Rahmen von Patenschaften ergänzend zur Jugendhilfe begleitet	Anzahl der Patinnen und Paten, die volljährig gewordene UMF begleiten		
	Verlässliche und ressort-übergreifend geregelte Anschlussunterbringung bei weiterem Bezug von Jugendhilfe	Fristgerechte Anschlussunterbringung (Anzahl der Minderjährigen, die zum geplanten Zeitpunkt nach Abschluss der dreimonatigen Clearingphase in die Zuständigkeit des Bezirks übergeben werden im Verhältnis zur Gesamtanzahl in Bezirkszuständigkeit zu übergebender Minderjähriger)		
	Bedarfsgerechte Anschlussunterbringung über das LAF in besonderen Wohnformen für junge Erwachsene bei Entlassung aus einer Einrichtung der Jugendhilfe	Anzahl der jungen Erwachsenen, die zum geplanten Zeitpunkt nach Beendigung der Jugendhilfe in die Zuständigkeit des LAF übergehen und in besonderen Wohnformen untergebracht werden im Verhältnis zur Gesamtanzahl der in die Zuständigkeit des LAF zu übergebenden jungen Erwachsenen zwischen 18 und 21 Jahren, davon Frauen		

2.1 Implementierung ehrenamtlicher Einzelvormundschaften

Ziel der Maßnahme „Implementierung ehrenamtlicher Einzelvormundschaften“ ist die Schulung, Beratung und Begleitung von ehrenamtlichen Einzelvormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch das Netzwerk Vormundschaft sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Die drei im Netzwerk Vormundschaft Berlin zusammengeschlossenen Vormundschaftsvereine Caritas, Nachbarschaftsheim Schöneberg/Cura e. V. und Xenion e. V. schulen, vermitteln, beraten und begleiten potenzielle oder bereits tätige ehrenamtlichen Einzelvormünder für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF).

Durch die Maßnahme wird ein wichtiger Beitrag zur Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geleistet. Gleichzeitig wird die bezirkliche Amtsvormundschaft entlastet, sodass diese zusätzliche Ressourcen zur Übernahme von Vormundschaften für den Personenkreis der so genannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einsetzen kann.

Unter Wahrung einer pädagogisch wichtigen Beziehungskontinuität durch Volljährigkeit sollten auslaufende Vormundschaften in ehrenamtliche Patenschaften übergehen, da die Heranwachsenden weiterhin einen großen Unterstützungs- und Integrationsbedarf haben.

Lösungsstrategie: Implementierung ehrenamtlicher Einzelvormundschaften

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie

Ziel(e) der Lösungsstrategie	Indikatoren	ggf. Vergleichswerte	ggf. Zielwerte	
		2017	2018	2019
Ehrenamtliche Einzelvormünder sind akquiriert und geschult	Anzahl der vermittelbaren und geschulten Personen	100		
Potenzielle und bereits tätige Vormünder sind begleitet und beraten	Anzahl der Vormundschaften	285		